

12. Sitzung

Mittwoch, den 06. Dezember 2006

Mainz, Deutschhaus

Die Tagesordnung für die 12. und 13. Plenarsitzung am 6. und 7. Dezember 2006 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung wie folgt festgestellt:

- a) *Zu TOP 5 (Änderung des Abgeordnetengesetzes) und TOP 8 (verfassungsschutzrechtliche Vorschriften) wird die Frist zwischen der ersten und zweiten Beratung der beiden Gesetzentwürfe gemäß § 55 Abs. 1 GOLT i.V.m. § 68 Abs. 1 GOLT abgekürzt.....* 554
- b) *Zu TOP 4 (Rundfunkänderungsstaatsvertrag), TOP 7 (Kommunalabgabengesetz) und TOP 9 (Brand- und Katastrophenschutzgesetz) wird die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der zweiten Beratung gemäß § 55 Abs. 1 GOLT i.V.m. § 68 Abs. 1 GOLT abgekürzt.....* 554
- c) *Gemäß § 131 GOLT wird folgende Abweichung von der Geschäftsordnung beschlossen:*
 - aa) *Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung (TOP 4 und 5 sowie 7 bis 12) erfolgen am Donnerstag nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2007/2008. Die Ausschussüberweisung zu TOP 6 (Landesdatenschutzgesetz) erfolgt zum Abschluss der Beratungen des Einzelplans 01.....* 554
 - bb) *Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge, wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung, getrennt abgestimmt.....* 554
 - cc) *Über die Entschließungsanträge zum Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 wird erst nach der Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 abgestimmt, und zwar in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs.....* 554

Änderung des Ressortzuschnitts von Mitgliedern der Landesregierung	554
Zustimmung zur Bestellung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz	555

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden gemeinsam aufgerufen.

Ministerpräsident Beck unterrichtet über die Änderung des Ressortzuschnitts von Mitgliedern der Landesregierung und bittet um Zustimmung zur Bestellung von Staatsminister Karl Peter Bruch zu seinem Stellvertreter.

<i>Der Landtag stimmt mit Mehrheit der Bestellung von Staatsminister Karl Peter Bruch zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten zu.</i>	<i>556</i>
---	------------

Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 (LHG 2007/2008)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/304 –

Zweite Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 bis 2011

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/500 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/501 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 15/502/531 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/532 –

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 15/503 bis 15/530 –

Entschließungsanträge der Fraktion der FDP

– Drucksachen 15/533 und 15/542 bis 15/550 –

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 15/558 –

Entschließungsanträge der Fraktion der SPD

– Drucksachen 15/559 bis 15/572 – 556

Grundsatzaussprache

Einzelplan 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung –..... 558

Landesgesetz zu dem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/432 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien und Multimedia**

– Drucksache 15/534 – 558

Die zweite Beratung wird bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen.

Einzelplan 01 – Landtag – 608

...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**

– Drucksache 15/489 –

Erste Beratung 608

Die erste Beratung ist nach Begründung und Aussprache erledigt.

Die zweite Beratung erfolgt im Anschluss an die Abstimmungen im Landeshaushaltsgesetz.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**

– Drucksache 15/490 –

Erste Beratung 608

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/490 – wird nach Begründung und Aussprache an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport – 610

...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU**

– Drucksache 15/318 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses**

– Drucksache 15/536 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU

– Drucksache 15/555 – 610

Die zweite Beratung wird bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen.

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Ausführungsgesetzes
zu Artikel 10 GG und zur Fortentwicklung verfassungsschutzrechtlicher
Vorschriften vom 16. Dezember 2002**

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 15/491 –

Erste Beratung 610

Die erste Aussprache ist nach Begründung und Aussprache erledigt.

Die zweite Beratung erfolgt im Anschluss an die Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz.

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Brand- und Katastrophen-
schutzgesetzes (LBKG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/436 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 15/537 – 610

Die zweite Beratung wird bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen.

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz – 627

Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit – 643

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Stadelmaier.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:	610, 614
Abg. Baldauf, CDU:	559
Abg. Bracht, CDU:	608, 631
Abg. Burgard, SPD:	639
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	655
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	647
Abg. Dr. Wilke, CDU:	627, 628, 636
Abg. Eymael, FDP:	609
Abg. Frau Dr. Lejeune, FDP:	636
Abg. Frau Ebli, SPD:	654
Abg. Frau Grosse, SPD:	645
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:	608
Abg. Frau Schmitt, SPD:	556
Abg. Frau Steinruck, SPD:	656
Abg. Frau Thelen, CDU:	643
Abg. Frau Wopperer, CDU:	653
Abg. Hartloff, SPD:	567
Abg. Henter, CDU:	611, 621
Abg. Hoch, SPD:	632
Abg. Hörter, CDU:	611
Abg. Lammert, CDU:	617
Abg. Mertin, FDP:	577
Abg. Noss, SPD:	612
Abg. Pörksen, SPD:	619
Abg. Puchtler, SPD:	603
Abg. Rüdgel, CDU:	558
Abg. Schreiner, CDU:	598
Abg. Schweitzer, Harald, SPD:	622
Beck, Ministerpräsident:	554, 586, 632
Bruch, Minister des Innern und für Sport:	624
Dr. Bamberger, Minister der Justiz:	641
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:	650
Präsident Mertes:	554, 555, 558, 559, 567, 577, 631, 632, 639, 641
	643, 645
Vizepräsident Bauckhage:	586, 598, 603
Vizepräsident Schnabel:	627, 628, 636
Vizepräsidentin Frau Klamm:	607, 608, 609, 610, 611, 612, 614, 617, 619, 621
	622, 624, 647, 650, 653, 654, 655, 656, 657

12. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 06. November 2006

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle herzlich zu unserer 12. und 13. Plenarsitzung in Mainz begrüßen. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen einige Hinweise zur Tagesordnung vortragen, die dann mit der Feststellung der Tagesordnung zu beschließen sind.

1. Zu Tagesordnungspunkt 5 – Änderung des Abgeordnetengesetzes – und Tagesordnungspunkt 8 – Verfassungsschutzrechtliche Vorschriften – wird mit der Feststellung der Tagesordnung die Frist zwischen der ersten und zweiten Beratung der beiden Gesetzentwürfe abgekürzt.

2. Zu Tagesordnungspunkt 4 – Rundfunkänderungsstaatsvertrag –, Tagesordnungspunkt 7 – Kommunalabgabengesetz – und Tagesordnungspunkt 9 – Brand- und Katastrophenschutzgesetz – wird mit der Feststellung der Tagesordnung die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der zweiten Beratung abgekürzt.

3. Ebenfalls mit der Feststellung der Tagesordnung sind gemäß § 131 der Geschäftsordnung des Landtags folgende Abweichungen von der Geschäftsordnung zu beschließen:

a) Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung – Tagesordnungspunkte 4 und 5 sowie 7 bis 12 – erfolgen am Donnerstag nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2007/2008. Die Ausschussüberweisung zum Punkt 6 erfolgt zum Abschluss der Beratung des Einzelplans 01.

b) Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt.

c) Über die Entschließungsanträge zum Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 wird erst nach Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt, und zwar in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs.

Ich bin gehalten, dies vorzutragen, damit wir eine Geschäftsgrundlage für die Beratungen der nächsten zwei Tage haben. Sie verzeihen mir die Länge. Ich stelle fest, dass es gegen die von mir vorgetragene Form der Tagesordnung und deren Abwicklung keine Einwände gibt

und darf damit die Tagesordnung feststellen. Herzlichen Dank.

Ich rufe die **Punkte 1 und 2** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Änderung des Ressortzuschnitts von Mitgliedern der Landesregierung

Zustimmung zur Bestellung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Beck.

Beck, Ministerpräsident:

ehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu dem eigentlichen Punkt komme, warum ich den Präsidenten gebeten habe, ihn auf die Tagesordnung zu setzen, erlaube Sie mir, Ihnen mitzuteilen, dass mir gerade die Information zugekommen ist, dass der langjährige Abteilungsleiter für Kommunalpolitik, Herr Rudolf Oster, heute Nacht verstorben ist. Ich denke, viele von Ihnen haben mit ihm zu tun gehabt, weil es zwischen der Kommunalabteilung und vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament eine enge Kooperation gibt. Ich wollte Ihnen das mitteilen und Sie bitten, seiner zu gedenken und unseren Dank und unseren Respekt für seine Arbeit für dieses Land auszudrücken.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Herr Präsident, ich danke Ihnen, dass Sie das möglich gemacht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie bereits wissen, ist der ehemalige Staatsminister und stellvertretende Ministerpräsident, Herr Universitätsprofessor Dr. E. Jürgen Zöllner, mit Datum vom 22. November 2006 als Mitglied der Landesregierung ausgeschieden. Herr Staatsminister a. D. Zöllner war Mitglied der Landesregierung seit 21. Mai 1991. Seit 18. Mai 2006 war er zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Ich möchte daran erinnern dürfen, dass Herr Kollege Zöllner für dieses Land in dieser Zeit sehr vieles geleistet hat. Er ist und bleibt eine der herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Er hat sich auch in der Schul- und Kulturpolitik große Verdienste um dieses Land erworben. Er hat Verantwortung in Berlin übernommen. Das heißt, dass die Bindung und Verbindung auf der politischen Ebene und auch auf der persönlichen Ebene bestehen bleiben kann. Ich will die Gelegenheit nutzen, wie ich es ihm auch persönlich ausgedrückt habe, ihm sehr herzlich für dieses Land, die Landesregierung und im Namen all derjenigen, die seine Arbeit zu schätzen wussten, zu danken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mit der Leitung des bisherigen Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur habe ich mit Wirkung vom 23. November 2006 Frau Staatsministerin Doris Ahnen neben ihrem Amt als Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend betraut. Ebenfalls mit Wirkung vom 23. November 2006 habe ich den Minister des Innern und für Sport, Herrn Karl Peter Bruch, zu meinem Stellvertreter bestimmt.

Die Landesregierung hat in der Sitzung des Ministerrates am 28. November 2006 eine Organisationsänderung beschlossen, die hiermit dem Landtag gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz unverzüglich vorgelegt werden soll und heute zur Beurteilung vorliegt. Durch die Organisationsänderung, die am heutigen Tag in Kraft getreten ist, wird das bisherige Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur aufgelöst und in das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend mit der dann neuen Bezeichnung „Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur“ eingegliedert.

Der Bereich Bildung umfasst die Bereiche Schul- und Weiterbildung, der Bereich Wissenschaft die Bereiche Forschung und Lehre. Deshalb bedarf es bei der Bezeichnung des Ministeriums keiner eigenständigen Anführung der Bereiche Weiterbildung und Forschung. Ich will ausdrücklich betonen, dass sie ihren Stellenwert in gleicher Deutlichkeit wie bisher behalten werden.

Aus dem bisherigen Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend wird der Bereich Frauen in das bisherige Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit mit der dann neuen Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen“ verlagert.

Vor diesem Hintergrund habe ich heute Frau Staatsministerin Doris Ahnen zur Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und Frau Staatsministerin Malu Dreyer zur Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen ernannt.

Ergänzend hierzu möchte ich Sie davon unterrichten, dass ich Frau Staatssekretärin Dorothee Dzwonke und die Herren Staatssekretäre Michael Ebling und Professor Dr. Joachim Hofmann-Göttig mit den Aufgaben einer Staatssekretärin bzw. eines Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur betrauen werde.

Herr Präsident, ich bitte Sie um Verständnis, wenn nach Beratung des Einzelplans 02 die Betreffenden kurz den Plenarsaal verlassen werden, um diese Aufgabe zu vollziehen.

Die Aufgabe des Amtschefs übernimmt Herr Staatssekretär Michael Ebling. Herrn Staatssekretär Dr. Richard Auernheimer werde ich mit den Aufgaben eines Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen betrauen.

Sehr geehrter Herr Präsident, ich darf Sie bitten, durch das Hohe Haus gemäß Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz die Zustimmung zur Bestellung von Herrn Staatsminister Karl Peter Bruch zu meinem Stellvertreter herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, sodann kommen wir zur Abstimmung über die Zustimmung zur Bestellung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP hat das Parlament der Bestellung von Karl Peter Bruch zum stellvertretenden Ministerpräsidenten zugestimmt.

Herr Minister, herzlichen Glückwunsch und Gottes Segen für Ihre Aufgaben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich Frau Jeanette Wopperer und Herrn Clemens Hoch als schriftführende Abgeordnete begrüßen. Als Besucher sind bereits Mitglieder der Katholischen Frauengemeinschaft aus Edenkoben und Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 der Realschule Katzenelnbogen anwesend. Seien Sie herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 (LHG 2007/2008)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/304 –

Zweite Beratung

dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 bis 2011

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/500 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/501 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 15/502/531 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/532 –

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 15/503 bis 15/530 –

Entschließungsanträge der Fraktion der FDP
– Drucksachen 15/533 und 15/542 bis 15/550 –

**Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD,
CDU und FDP**
– Drucksache 15/558 –

Entschließungsanträge der Fraktion der SPD
– Drucksachen 15/559 bis 15/572 –

Ich bitte zunächst die Berichterstatterin, die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Frau Astrid Schmitt, die Berichterstattung vorzunehmen.

Frau Schmitt, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses liegen Ihnen in schriftlicher Form als Drucksachen vor. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich mich auf einige wenige Bemerkungen zum Verfahren und zum Inhalt der Ausschussberatungen beschränke.

Nach Artikel 116 der Verfassung für Rheinland-Pfalz ist für jedes Haushaltsjahr ein Haushaltsplan aufzustellen, der durch das Haushaltsgesetz festzustellen ist. Mit der Vorlage des Entwurfs eines Landeshaushaltsgesetzes 2007/2008 und den Entwürfen der entsprechenden Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 hat die Landesregierung den haushaltsrechtlichen Vorgaben entsprochen.

Ich möchte dies deswegen noch einmal besonders betonen und an den Anfang stellen, weil dies der erste Doppelhaushalt ist, den der Landtag, der am 26. März neu gewählt wurde, in dieser Wahlperiode zu beraten hat. Sämtliche Einzelplanberatungen fanden auch diesmal im Haushalts- und Finanzausschuss unter Einbeziehung der Fachausschüsse statt. Im Unterschied zu den Beratungen des letzten Doppelhaushalts für die Jahre 2005 und 2006 aber haben sich inzwischen nicht nur die politischen Rahmenbedingungen im Land verändert.

Ausgehend von der vorgelegten Finanzplanung für die Jahre 2006 bis 2011 lässt sich feststellen, dass sich auch die konjunkturelle Situation insgesamt erheblich verbessert hat. Inzwischen ist ein als stabil und kräftig zu bezeichnender Aufschwung vorhanden, mit dem die konjunkturelle Schwächephase, die gesamtwirtschaftlich in der Bundesrepublik seit 2001 andauerte, weitgehend überwunden zu sein scheint. Dies ermöglicht eine nachhaltige Gesundung der immer noch angeschlagenen öffentlichen Haushalte, nicht zuletzt auch im Hinblick auf das mittelfristig zu erwartende Steuereinnahmenniveau, das sich auch infolge der vom Deutschen Bundestag für 2007 beschlossenen Umsatzsteuererhöhung zusätzlich günstig entwickeln wird.

In den Beratungen der Regierungsvorlage betonte die Fraktion der SPD, dass der Haushaltsentwurf für sie

einen wohlaustarierten Einklang von Investieren, Konsolidieren und Vorsorgen darstelle. Aus Sicht der Oppositionsfraktion hingegen mangle es dem Entwurf insbesondere an ernsthaften Sparanstrengungen und Konsolidierungsbemühungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wichtiger Schwerpunkt in den Haushaltsberatungen war das Thema „Pensionsfonds“. Bei ihm geht es um die demografische Entwicklung und die hohen Versorgungslasten, die von den Ländern zu schultern sind. Um diese Last auch in Zukunft tragen zu können, hatte Rheinland-Pfalz – und zwar als erstes Bundesland – bereits im Jahr 1996 einen Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung errichtet.

Dem Vorbild von Rheinland-Pfalz sind – allerdings mit zeitlicher Verzögerung – inzwischen fünf weitere Bundesländer gefolgt. Der Haushalts- und Finanzausschuss hatte im Zuge der Haushaltsberatungen den Gesetzentwurf zur Änderung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften mit zu beraten, den der Landtag in seiner 10. Sitzung am 15. November dieses Jahres verabschiedet hat. Damit sollte die rechtliche Qualifizierung der Zuführung an diesen Fonds geändert werden.

Die bisher als interne Rücklagen qualifizierten Zuflüsse sollten dem Entwurf zufolge jetzt als Darlehen einzuordnen sein. Zur Begründung hatte der Regierungsentwurf vor allem auf die wirtschaftliche Bedeutung der zugeführten Mittel und auf deren Vorsorgefunktion für künftige Versorgungsausgaben abgestellt.

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hatte in seiner Stellungnahme zusätzlich darauf hingewiesen, dass aus der Qualifizierung als Darlehen eine Erhöhung der verfassungsrechtlichen Kreditobergrenze folge. Auch im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit hat der Rechnungshof weiteren Prüfungsbedarf gesehen.

Daran anknüpfend hat die Fraktion der CDU nicht nur die Richtigkeit der Qualifizierung als Darlehen, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Zuführungen an den Finanzierungsfonds insgesamt in Frage gestellt und ferner bezweifelt, ob der Haushalt insoweit noch die verfassungsrechtliche Obergrenze einhalten könne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Standpunkt teilten im Ergebnis allerdings weder die Fraktion der SPD noch die der FDP.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Beratungen der Einzelpläne ist vonseiten der CDU-Fraktion Kritik geübt worden, dass die für einseitig oder gegenseitig deckungsfähig erklärten Ausgaben in einem Umfang zugenommen hätten, der die Kontrollmöglichkeit des Gesetzgebers erschwere.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Übertragbarkeit und Deckungsfähigkeit von Ausgaben ist ein gesetzlich zugelassenes und auch ausdrücklich erwünschtes Instrument, das übrigens seinerzeit im Kontext der Haushaltsreform 2000 mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet wurde. Es gewährleistet nicht nur höhere Flexibilität, sondern auch bessere Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Haushaltsführung. Natürlich

darf das parlamentarische Budgetrecht dadurch nicht ausgehöhlt werden. Das ist aber auch nicht der Fall; denn der Verwendung dieser Instrumentarien sind durch die entsprechenden Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung Grenzen gesetzt.

Hinzu kommen weitere haushaltsrechtliche Instrumente. Insbesondere die gesetzlich vorgesehenen Budgetberichte der Landesregierung geben dem Parlament und dem Haushalts- und Finanzausschuss einen zeitnahen und detaillierten Überblick über den Vollzug dieser flexibilisierten Haushalte. Der aktuelle Budgetbericht der Landesregierung ist im Zuge der Haushaltsberatungen von den Ausschussmitgliedern mitbehandelt und auch zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Auch das erfolgreich eingesetzte Instrument des Leistungsauftrags kommt im vorliegenden Haushaltsentwurf zum Tragen. Inzwischen hat die Landesregierung insgesamt elf Leistungsaufträge ausgebracht. Auch Leistungsaufträge sind – das möchte ich ausdrücklich festhalten – Instrumente parlamentarischer Steuerung, weil sie die ganz konkret zu erreichenden Ziele vorgeben, die dann mit einem ganz konkret zu veranschlagenden Budget zu erreichen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gegenstand der Beratungen des Ausschusses war nicht zuletzt auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2006 zur Haushaltssituation des Stadtstaates Berlin, die Ihnen aus der von der Fraktion der CDU beantragten Aktuelle Stunde der vergangenen Plenarsitzung sicher noch in Erinnerung ist und hier sehr kontrovers diskutiert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der abschließenden Beratung lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss insgesamt über 200 Änderungsanträge zur Abstimmung vor. Aus der Vielzahl der Änderungsanträge möchte ich an dieser Stelle lediglich folgende nennen:

Zunächst einen gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen zum Einzelplan 01 – Landtag –.

Die hier einstimmig angenommenen Anträge dienen vor allem der Umsetzung geplanter Organisationsänderungen, von denen die künftig hauptamtliche Ausgestaltung des Amtes des Landesbeauftragten für den Datenschutz besonders hervorzuheben ist.

Einvernehmlich erhöht wurden auch die Mittel für die Kommission für die Geschichte des Landes aus Anlass eines Handbuchs, das zur rheinland-pfälzischen Geschichte entstehen soll.

Ein weiterer Änderungsantrag wurde von den Fraktionen der SPD und FDP gemeinsam eingereicht. Mit diesem soll eine Aufstockung des Personals für die Arbeit in den Gedenkstätten Osthofen und Hinzert erreicht werden. Der Antrag ist – auch das möchte ich ausdrücklich betonen – von allen Fraktionen angenommen worden.

Darüber hinaus hat jede Fraktion natürlich weitere Änderungsanträge eingebracht, von denen ich hier nur die wesentlichen nennen kann.

So betreffen die angenommenen Änderungsanträge der Fraktion der SPD beispielsweise das Netzwerk für Demokratie und Courage, das zusätzliche Fördermittel erhalten soll. Das Netzwerk für Demokratie und Courage ist ein Bildungsprojekt mit dem Ziel der Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Diskriminierung sowie der Gewalt; es tritt für Respekt, Zivilcourage und Demokratie ein.

Vor dem Hintergrund des streitig diskutierten Entwurfs zur Änderung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften zielte der weit überwiegende Teil der Änderungsanträge der Fraktion der CDU darauf ab, die Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung komplett zu streichen. Nach dem Willen der CDU-Fraktion sollten die Zuführungen stattdessen durch Übertragung von Landesvermögen ersetzt werden.

Einsparungen sollten zudem vor allem durch die Erhöhung globaler Minderausgaben in den verschiedenen Ressorts sowie durch Kürzungen der Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit oder beispielsweise durch den vollständigen Verzicht auf eine vorgesehene Standortkampagne für Rheinland-Pfalz erzielt werden.

Die Änderungsanträge der Fraktion der FDP betrafen ebenfalls Einsparungen, etwa im Bereich der Kindertagesstätten, für die die Beitragsfreiheit über das letzte Kindergartenjahr hinaus ausgesetzt werden sollte. Dort erzielte Einsparungen sollten nach dem Willen der FDP-Fraktion der Qualitätssicherung im Bereich der Sprachförderung und Schulvorbereitung zugute kommen. Mehrausgaben hat die FDP-Fraktion beispielsweise für die Einrichtung von insgesamt 80 zusätzlichen Arbeitsweltklassen an Grund- und Hauptschulen beantragt.

Im Bereich Hochschulen und Forschung zielten die Änderungsanträge vor allem darauf ab, Förderprogramme aufzulegen und ein Netzwerk zwischen Hochschuleinrichtungen, Technologiezentren und Unternehmen zu entwickeln.

Im Ausschuss fanden diese von den Oppositionsfraktionen eingereichten Änderungsanträge jedoch keine Mehrheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die konkret beschlossenen Änderungen der Haushaltsansätze sind in der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 15/500 – ausführlich dargestellt. Einige will ich kurz nennen.

Mit einer ganzen Reihe angenommener Änderungen hat der Haushalts- und Finanzausschuss der zwischenzeitlich vorgenommenen Umbildung des Kabinetts Rechnung getragen. Die vorgesehene Übertragung der Zuständigkeit für die Bereiche Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur auf die Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend, Frau Doris Ahnen, ist mit den angenommenen Änderungsanträgen im Haushaltsentwurf ebenso vollzogen wie die Anbindung des Frauenressorts an den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Frau Malu Dreyer. Durch die Zusammenlegung der Geschäftsbereiche können erhebliche Einsparungen im Haushalt verwirklicht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport – hat der Ausschuss zusätzliche Stellen vorgesehen, die wegen der Aufstockung von Polizei- und Kriminalbeamten aus Anlass der Antiterrordatei erforderlich sind.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahl der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen bewilligte der Ausschuss im Kontext des Hochschulprogramms „Wissen schafft Zukunft“ zahlreiche Stellenzuwächse. Diese werden für zusätzliche Universitätsprofessoren sowie Assistenten und Verwaltungspersonal zur Verfügung stehen. Damit soll die Attraktivität rheinland-pfälzischer Hochschulen auch in Zukunft erhalten bleiben.

Ferner wurden die Mittel für Zuschüsse an Volkshochschulen und andere Organisationen der Weiterbildung erhöht, um der zunehmenden Zahl von Menschen ohne Schulabschluss entgegenzuwirken.

Auch für die Förderung von Jugendkunstschulen hat der Ausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion Zuweisungen bewilligt. Ebenfalls auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, dass die Zuschusszahlungen an die Theologische Hochschule Vallendar auch zukünftig erhalten bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor jetzt anschließend die zweite Lesung beginnt, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses ganz herzlich zu bedanken. Natürlich waren unsere Beratungen nicht immer nur von Konsens geprägt. Da ist auch gut so. Als Vorsitzende des Ausschusses habe ich sie aber überwiegend als konstruktiv und sachlich empfunden. Das gilt ausdrücklich auch für die Mitglieder der Fachausschüsse, die unsere Beratung als Haushälter mit ihren Fachbeiträgen bereichert haben.

Auch spreche ich sicherlich im Namen des gesamten Ausschusses, wenn ich mich bei jenen bedanke, die uns in unserer Arbeit unterstützt haben. Ich darf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Ministerien, aber auch der Fraktionen und der Landtagsverwaltung nennen. Besonders hervorheben möchte ich auch in diesem Jahr den Stenographischen Dienst, dem es wieder einmal gelungen ist, uns die Protokolle rechtzeitig zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung und der Einzelpläne unter Berücksichtigung der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden Änderungen. – Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich.

(Beifall im Hause)

Präsident Mertes:

Frau Schmitt, herzlichen Dank für die Berichterstattung.

Ich rufe nunmehr zur Beratung auf:

**Grundsatzaussprache
Einzelplan 02
– Ministerpräsident und Staatskanzlei,
Landesvertretung –**

In die Beratung wird **Punkt 4** der Tagesordnung einbezogen:

**Landesgesetz zu dem Neunten Rundfunk
änderungsstaatsvertrag
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/432 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Medien und Multimedia
– Drucksache 15/534 –**

Dazu wird, bevor die große Rede beginnt, Herr Kollege „Rüd-dèl“ berichten.

(Zurufe aus dem Hause: Die große Rede! –
Sie kommen auch darin vor! –
Heiterkeit und Beifall)

Abg. Rüdchel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident „Mer-tés“,

(Heiterkeit und Beifall)

meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Blick der Medien auf die heutige Sitzung des Landtages ist sicherlich hervorgehoben. Daher ist es auch nur konsequent, dass der Tag nahezu mit der Berichterstattung zur Debatte um den Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag beginnt.

Die Ordnung des Rundfunks und der Mediendienste ist, vergleichbar mit der Bildungspolitik, ureigene Länderaufgabe. Deshalb hätten wir uns im Medienausschuss gewünscht, den Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag etwas ausführlicher im Plenum behandeln zu können. Wir sind aber zuversichtlich, dass uns der Zehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag im nächsten Jahr die Möglichkeit bietet, der Medienpolitik den ihr gebührenden Rahmen zu geben.

Dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Reform der Medienordnung. Es ist zu begrüßen, dass auch der Bund mit dem Telemediengesetz seinem Teil der Verantwortung für die Reform der Medienordnung gerecht wird.

Zur Verbesserung des Jugendschutzes sollen die Regelungen für Teledienste, zum Beispiel Informations- und Kommunikationsdienste, im Bundesrecht und Mediendienste, zum Beispiel Hörfunk und Fernsehen, im Länderrrecht weiter vereinheitlicht werden. Teledienste und Mediendienste werden nun unter dem einheitlichen Begriff der Telemedien zusammengefasst.

Zukünftig werden die wirtschaftsbezogenen Bestimmungen, zum Beispiel das Herkunftslandprinzip, die Zulassungsfreiheit usw. im Telemediengesetz des Bundes

geregelt. Die inhaltsspezifischen Regelungen sind nunmehr im Rundfunkstaatsvertrag enthalten. Die bisherige oftmals schwierige Grenzziehung zwischen Telediensten und Mediendiensten entfällt. Die Gesetzgebung passt sich der aktuellen technischen Entwicklung an und wird der zunehmenden Konvergenz von Medien und Telekommunikationsdiensten gerecht. Durch einen einheitlichen Regulierungsansatz, der bei den Inhalten ansetzt, werden bürokratische Hemmnisse abgebaut. Gleiche Inhalte werden, unabhängig vom Verbreitungsweg, gleichen Regeln unterworfen. Damit wird nicht nur die Entwicklung und Verbreitung neuer Informationsangebote erleichtert, sondern insbesondere auch die Angebots- und Meinungsvielfalt gefördert.

Diese Reform ist ein erster Schritt zu einer neuen Medienordnung. Neben diesem Kernbereich enthält der Neunte Rundfunkänderungsstaatsvertrag noch Regelungen zu folgenden Bereichen:

Die regionalen Fenster im Hauptprogramm werden gefestigt, die ARD-Gremienkontrolle wird gestärkt, Rundfunkgebühren und -befreiungstatbestände werden konkretisiert, und die Fusion von Landesmedienanstalten soll zusätzlich gefördert werden.

Der Ausschuss empfiehlt Annahme.

(Beifall im Hause)

Präsident Mertes:

Es tut mir leid, Herr Kollege Rüdell, dass ich Ihren Namen verunstaltet habe. Sie waren im Gegenzug so charmant, meinen zu adeln. Herzlichen Dank.

(Heiterkeit im Hause)

Damit kommen wir zur Grundsatzaussprache. Das Wort hat der Kollege Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Politiker sollen den Mut haben, notwendige Wahrheiten zu sagen, die nicht gern gehört werden. – Diese Aussage stammt aus einem Papier von Kardinal Lehmann und Bischof Huber mit dem Titel „Demokratie braucht Tugenden“.

Der Doppelhaushalt, den wir morgen verabschieden sollen, wird diesem Maßstab aber nicht gerecht.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich muss Sie schon fragen: Warum fehlt Ihnen dieser Mut, die Wahrheit zu sagen, trotz einer absoluten Mehrheit der SPD? Warum verschließen Sie sich den Realitäten? Warum legt diese Landesregierung einen Haushalt vor, dem es an Wahrheit und Klarheit fehlt? Herr Ministerpräsident, Ihre Schuldenmachelei ist verantwortungslos.

(Beifall der CDU)

Sie denken nicht mehr an die Zukunft. Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Sie profilieren sich auf Kosten der Allgemeinheit. Sie reden den Menschen nach dem Mund, Sie verschweigen unangenehme Wahrheiten und machen unvernünftige Schulden.

(Beifall der CDU)

Deshalb brauchen wir – was wir auch fordern – eine grundlegende Umkehr in der Haushaltspolitik. Wir dürfen das Fundament unseres Gemeinwesens nicht zerstören, nur um kurzfristige Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen. Sonst ist unser Vermögen verfrühstückt, und wir hinterlassen unseren Nachkommen nur noch Schulden.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Wann fangen Sie an, für dieses Land verantwortlich zu handeln und nicht nur an Ihren persönlichen Erfolg zu denken?

(Starker Beifall der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, legen immer besonderen Wert darauf, glaubwürdig zu wirken. Noch gesteht Ihnen die Mehrheit der Bevölkerung ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit zu. Doch ich bin mir sicher, dies wird sich schnell ändern, wenn Sie in der Haushaltspolitik des Landes nicht einen grundlegenden Wechsel herbeiführen. Dann wird Sie die zunehmende Diskrepanz zwischen Ihren Reden und Ihrem Handeln immer mehr entlarven. Sie müssen sich auch an dem messen lassen, was Sie sagen. Da passt vieles nicht zusammen. Sie reden anders, als Sie handeln.

(Beifall der CDU –

Zuruf von der SPD: Ach du lieber Gott!)

Aber das ist kein Wunder. Das legt auch Ihre Doppelfunktion als Ministerpräsident und als SPD-Bundesvorsitzender offen.

(Unruhe bei der SPD)

Ich darf daran erinnern: Im Sommer erscheinen Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit am Horizont. Da hat der Herr Ministerpräsident den Kämpfer für die Haushaltsdisziplin gemimt.

(Staatsministerin Frau Conrad:
Beeindruckend!)

Herr Ministerpräsident, ich gestehe Ihnen sogar zu: Diese Rolle haben Sie gut gespielt. Aber die Lage ist auch in diesem Lande zu ernst, um nur parteitaktische Spielchen zu betreiben.

(Beifall der CDU)

Im Bund treten Sie als Streiter für die Haushaltsdisziplin auf, und im Land geben Sie den Schuldenkönig. Aber das fällt auch leicht, wenn die Rechnungen Ihres politischen Handelns nicht Sie alleine finanzieren müssen, sondern andere über den Länderfinanzausgleich mitbezahlen müssen.

(Beifall der CDU)

oder wenn Sie wieder einmal in die Schatulle der Kommunen greifen.

Im Land, in dem Sie noch Verantwortung tragen, kneifen Sie überall dort, wo es um konkrete Einsparungen geht. Dabei ist das Ihre Aufgabe als Regierung. Das können Sie nicht allein der Opposition überlassen.

(Heiterkeit bei der SPD –
Ramsauer, SPD: Das stimmt!)

Sie haben zu sagen, wo Sie konkret einsparen wollen.

(Beifall der CDU)

Aber – darauf komme ich noch zurück – Ihnen fehlen Kraft und Motivation zu sparen. Sie beschäftigen sich nur mit dem Verschleiern von Haushaltslöchern hier und Haushaltslöchern da.

Diesem Vorwurf könnten Sie ganz einfach entgegentreten, indem Sie bei der Aufstellung des Landeshaushalts künftig die kaufmännische Buchführung beachten. Dies fordern Sie schließlich auch von den Kommunen. Setzen Sie sich dafür ein, dass der rheinland-pfälzische Landeshaushalt nach diesen klaren Grundsätzen aufgestellt wird.

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen machen Sie es lieber anders. Sie verstecken Schulden in Schattenhaushalten. Sie verschieben Dinge in Landesbetriebe, beispielsweise in den Landesbetrieb für Straßen und Verkehr. Dort ist zwischenzeitlich jeder einzelne Schotterstein kreditfinanziert. Und nicht nur das: Seit der Landesbetrieb besteht, braucht er für Personal- und Verwaltungsaufwand Kredite. Mit über 15 Millionen Euro pro Jahr – pro Jahr – soll er jetzt auch noch helfen, die gekürzten Regionalisierungsmittel des Bundes auszugleichen. Seien Sie endlich so ehrlich, und legen Sie einmal alle Schulden offen!

(Beifall der CDU)

Ich gebe zu: Ihre Angst kann ich nachvollziehen. Würden Sie alle Schulden offenlegen, wären wir im Länder-ranking weitaus schlechter. Aber, Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich in Zukunft an den Aussagen, die Sie im Bund gemacht haben, auch hier im Land messen lassen.

Ich darf die „Bild am Sonntag“ vom 16. Juli zitieren. Dabei geht es wiederum um die Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit: „Das Geld kommt in den Bundeshaushalt. Schließlich wollen wir die Staatsfinanzen konsolidieren. Zum Verteilen und für neue Wünsche steht da nichts zusätzlich zur Verfügung.“ – Und was machen Sie im Land? Sie verplanen konsequent das zusätzliche Geld, das Sie aus Mehreinnahmen zur Verfügung haben, oder legen es für Haushaltsreste zur Seite.

Einen gewaltigen Teil der Ausgaben des Haushaltes kann man nicht einmal mehr genau zuordnen. In einem sehr weiten Rahmen kann die Landesregierung mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger machen, was sie will. Investitionsausgaben können verschoben werden, ohne

dass das Parlament, also wir alle, und die Öffentlichkeit das merken. Dieser Haushaltsplan ist so, wie er vorliegt, das Papier, auf dem er steht, nicht wert.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die Menschen in unserem Land, alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, haben einen Anspruch auf Transparenz. Sie haben einen Anspruch darauf zu wissen, was mit ihrem Geld geschieht. Die Menschen haben auch einen Anspruch auf eine sparsame Haushaltsführung, wie man sie ihnen selbst auch abverlangt. Herr Ministerpräsident, Sie verwalten kein eigenes Geld, sondern die Gelder der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.

(Beifall der CDU)

Ich finde Sie offen gestanden nicht glaubwürdig, wenn Sie im Bund für Konsolidierung eintreten wollen, aber im Land die Neuverschuldung weiter nach oben treiben.

In der „Financial Times Deutschland“ wehren Sie sich – ich zitiere – „gegen die Sehnsucht, wenn mögliche Mehreinnahmen am Horizont erscheinen, dass wir uns dann gleich mit Vorschlägen für dauerhafte Aufgaben überschlagen“. Hier im Land handeln Sie nach dem Motto: „Jeder kriegt, was er haben will, und dann herrscht Ruhe im Karton“.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist es!)

Werden Sie doch endlich Ihren eigenen Anforderungen im Bund gerecht. Legen Sie uns doch einmal ein nachvollziehbares Konzept vor, wohin Sie wollen, und damit endlich auch einen Maßstab für Ihr Handeln.

(Beifall der CDU)

Warum, muss man sich fragen, kommen denn keine Vorschläge für eine dauerhafte Ausgabensenkung von Ihnen? Sie regieren das Land,

(Ministerpräsident Beck: Das ist wahr! –
Hartloff, SPD: Gott sei Dank!)

nicht die Opposition von CDU und FDP.

(Beifall der CDU)

Wir haben in den zurückliegenden Haushaltsberatungen Politikschwerpunkte gesetzt. Das wissen Sie ganz genau. Aber bitte verlangen Sie nicht von uns, dass wir Ihr Geschäft machen. Das ist nicht unsere Aufgabe.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Dann schauen wir uns den Haushalt an. Welche strukturellen Einsparvorschläge legen Sie denn auf den Tisch? Welche? Da kann ich nur feststellen: Fehlanzeige!

(Licht, CDU: Null!)

Herr Ministerpräsident, dann ist es einfach nicht glaubwürdig, dass Sie auf Bundesebene den Haushaltssanierern spielen und sich hier komplett anders verhalten.

(Beifall der CDU)

Schauen wir uns das doch einmal genauer an: Ich darf in diesem Zusammenhang die Hauspostille der Berliner Landesregierung zitieren, die durch ihren stellvertretenden Ministerpräsidenten verstärkt worden ist. Dort heißt es noch am 2. November „Beck will Steuerregen fürs Militär“. Weiter können Sie dort nachlesen, dass die absehbaren Steuermehreinnahmen nach Meinung von SPD-Chef Kurt Beck der Bundeswehr zugutekommen sollen. – Nicht, dass Sie denken, ich wäre gegen eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr.

(Ministerpräsident Beck: Meinen Sie, die BZ wäre Maßstab?)

– Ich zeige es Ihnen nachher. Ich habe es dabei. Schauen Sie, ich mache es wie Sie. Ich habe es heute dabei. Ich gebe es Ihnen nachher gerne.

(Zurufe von CDU und von der SPD)

Nicht dass Sie denken, ich wäre gegen eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr. Aber was sagen Sie: auf der einen Seite sparen, auf der anderen Seite Mehrausgaben. – Das zeigt: Ihre Forderungen passen hinten und vorne nicht zusammen.

(Beifall der CDU)

Das haben Sie im Übrigen gerade gestern Abend in einer Nacht- und Nebelaktion – wir haben es aber mitbekommen – schon wieder getan. Die von Ihnen selbst so hoch gelobte Landeskinderregelung ist zurückgezogen worden: Jetzt, wo sich Ihr Wissenschaftsminister in die Büsche geschlagen hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich zitiere aus dem „Mannheimer Morgen“: „Zöllner lässt Mainz ratlos zurück.“ – Wie wahr, wie wahr.

(Beifall der CDU)

Und dann kommt noch der Gipfel!

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Das ist wirklich der Gipfel!)

Gerade am Wochenende hat der Ministerpräsident wieder gezeigt, wie widersprüchlich seine Politik ist. In der Regierungserklärung in Rheinland-Pfalz kündigt er Tarifsteigerungen für den öffentlichen Dienst von sage und schreibe 0,5 % an.

(Noss, SPD: Nur für die Beamten!)

Das ist weit weniger als der Inflationsausgleich. Ein paar Monate später setzt er sich als SPD-Bundesvorsitzender für Lohnsteigerungen ein.

Herr Ministerpräsident, als verantwortlicher Politiker sollte man sich aus Verhandlungen von Tarifvertragsparteien zunächst einmal heraushalten.

(Beifall der CDU –
Keller, CDU: So ist es!)

Das gilt im Übrigen umso mehr, wenn man selbst Arbeitgeber ist und offenkundig im Land ganz andere Vorstellungen vertritt, als man sie im Bund wieder nach außen posaut.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, der DGB – ich habe es schon gestern in der Zeitung lesen können – darf sich schon fragen, wie ernst Sie selbst Ihre Empfehlung für höhere Löhne wirklich meinen, und Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, ob Sie den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz vom Wohlstandsniveau ausklammern wollen.

Aber ich verstehe das auch. Die Anbieterungen an die Gewerkschaften müssen Sie als Vorsitzender machen. SPD und Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren schon auseinandergelebt. Nachdem sogar Ihr werter ehemaliger Genosse Oskar Lafontaine zwischenzeitlich die CDU für sozialer als die SPD einstuft, kann ich das durchaus nachvollziehen.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Das müsste
Ihnen zu denken geben!)

Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Bilanz wäre ich wesentlich zurückhaltender, sie ist nämlich äußerst dürftig.

Die Mär vom Aufsteigerland wird immer wieder deutlich widerlegt. Das belegt auch eine Studie der HypoVereinsbank. Darin heißt es – ich zitiere –: „Besorgniserregend ist der rasante Anstieg der Verschuldung in den letzten 15 Jahren.“ Tatsächlich ist die Gesamtverschuldung des Landes von 1991 bis 2005 mit den Nebenhaushalten um über 130 % gestiegen. In Hessen sind es im gleichen Zeitraum 110 %, in Baden-Württemberg 90 % und in Bayern 50 %, obwohl diese Länder in den Länderfinanzausgleich eingezahlt und so am Ende ihren eigenen Haushalt mitfinanziert haben.

Die Studie der HypoVereinsbank mahnt dringend Sparbemühungen an, sonst würde die Zinslast der Politik bald alle Spielräume nehmen.

Aber wenn diese Landesregierung dann einmal spart, dann spart sie am falschen Ende. Beispiel Forschung: So heißt es in dieser Studie auch: „Forschungsinvestitionen gering und mit fallender Tendenz.“ Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2004 nur 1,9 % der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert. Länderdurchschnitt: 2,7 %. Die Folge: In Rheinland-Pfalz sind es 53 Patentanmeldungen, in Bayern 110.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Interessant ist dann immer Ihre Aussage zu der Arbeitslosenquote.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Hartloff, wenn Sie nicht wissen, was Patentanmeldungen sind, dann verstehe ich auch, warum Sie den Haushalt so unterstützen. Dann tun Sie mir wirklich leid. Das ist nämlich wichtig für eine Investition.

(Beifall der CDU)

Dann kommt die Arbeitslosenquote immer wieder ins Spiel. Wir haben eine so gute Arbeitslosenquote, predigen Sie immer.

Herr Ministerpräsident, dann bedanken Sie sich bitte bei den Ministerpräsidenten der umliegenden Länder und bei Jean-Claude Juncker, dass sie die Arbeitsplätze vorhalten; denn da, wo man nicht in andere Bundesländer gehen kann, liegt die Arbeitslosigkeit wie beispielsweise in Pirmasens bei 17 %.

(Beifall der CDU)

Sieht so eine Erfolgsbilanz aus? Wie kann man vor diesem Hintergrund von einem Aufsteigerland reden?

Aber wenn man sich dann anschaut, welches Augenmerk Sie auf die Öffentlichkeitsarbeit legen, dann wundert mich nichts mehr. Sie brauchen viele bunte Prospekte und Werbemittel mit plakativen Aussagen, um von der schlechten Bilanz abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Für eine neue permanente sogenannte Standortkampagne will die Landesregierung alleine im kommenden Doppelhaushalt 5 Millionen Euro ausgeben – ich wiederhole noch einmal: 5 Millionen Euro –, bis 2011 nochmals 4,5 Millionen Euro. Das ist im Übrigen zusätzlich zu den Mitteln, die bisher schon ausgegeben werden.

Herr Ministerpräsident, Sie können Ihre Politik durch ständig neue Hochglanzprospekte verkaufen, so scheint es. Die CDU-Fraktion meint: Mehr Substanz und weniger Hochglanz – Die rheinland-pfälzischen Steuerzahler würden es Ihnen danken.

(Beifall der CDU)

Die fehlende Konzeption des Ministerpräsidenten zur Haushaltspolitik zieht schon wieder eine Glaubwürdigkeitsfrage nach sich: Was ist denn mit dem Anti-Schulden-Pakt, den Sie 2005 zusammen mit den Ministerpräsidenten Wulff und Milbradt verkündet haben? Man müsse einen nationalen Anti-Schulden-Plan in der Verfassung festschreiben, haben Sie gesagt. Diese Forderung haben Sie sogar kürzlich im Gespräch mit der „Rheinpfalz“ noch einmal wiederholt. Aber Sie handeln nicht danach.

Ihre Kollegen Wulff und Milbradt führen die Verschuldung zurück, Christian Wulff sogar über Gebühr in Höhe von 350 Millionen Euro Rückführung der Neuverschul-

dung in jedem Jahr. Georg Milbradt wird im nächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Was machen Sie? Sie machen Schulden, Schulden, Schulden und profitieren noch vom Länderfinanzausgleich.

(Hartloff, SPD: Aber Herr Milbradt nicht?)

Ist das Ihr Verständnis eines Paktes? Sie fordern ihn, aber die anderen bezahlen ihn.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Berlin-Urteil eine gerade Linie vorgegeben: Die Länder, die schlecht wirtschaften, können sich ihre Schulden nicht von anderen bezahlen lassen. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz.

Die Landesregierung scheint sich der Konsequenzen aber nicht bewusst zu sein. Es wird in der Zukunft um die Frage der Bonität gehen. Die Banken werden künftig bei Krediten genau hinsehen, in welchem Maße ein Land finanzpolitisch ordnungsgemäß aufgestellt ist. Die Zahlungsfähigkeit verschlechtert sich durch diese Politik extrem, weil die guten Kredite von Ihnen nicht mehr zu bekommen sein werden.

(Ministerpräsident Beck: Lieber Gott, wir haben die beste Bonität in der Republik! So ein Unfug!)

In der Frage der Kreditwürdigkeit ist und wird Rheinland-Pfalz ein Absteigerland werden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, das Berlin-Urteil ist auch eine Mahnung an Sie.

(Ministerpräsident Beck: So ein dummes Zeug ist selten erzählt worden!)

– Herr Ministerpräsident, wenn Sie das für dummes Zeug halten, muss ich mich ernsthaft fragen, weshalb Sie uns dann so einen Haushalt vorlegen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist dummes Zeug!)

Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall der CDU – Ministerpräsident Beck: So ein dummes Zeug!)

Sie haben seit über einem Jahrzehnt eine ausufernde Neuverschuldung zu verantworten, die im Ländervergleich außergewöhnlich ist. In Ihrer Finanzplanung bis 2011 wird genau dasselbe weitergemacht.

Sie meinen es nicht ernst, wenn Sie von einem Anti-schuldenpakt reden. Dies belegen im Übrigen Ihre Aussagen in der „Rheinpfalz“ vom 28. Oktober dieses Jahres. Dort fordern Sie zwar noch einmal, die Länder müssten sich auf Spielregeln verständigen, aber was ist

das Ganze wert, wenn der Pakt – so wörtlich von Ihnen – „ein bisschen atmen können muss“?

Herr Ministerpräsident, das ist wieder ganz typisch für Sie. Sie fordern verbindliche Regelungen, ohne dass diese verbindlich sind. Sie fordern wirksame präventive Maßnahmen gegen Haushaltsnotlagen, aber Sie treffen selbst dagegen keine Vorkehrungen.

Wenn Sie so weitermachen wie bisher, ist der Staat irgendwann nicht mehr in der Lage, seine Kernaufgaben zu erbringen. Die steigenden Zinsverpflichtungen werden uns fesseln. Sie nehmen den Menschen in unserem Land die Luft zum Atmen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die dümmste Art für einen Politiker, Geld auszugeben, ist bekannterweise die, Zinsen zu zahlen.

Rheinland-Pfalz gibt jedes Jahr rund 1 Milliarde Euro an Zinsen nur allein im Kernhaushalt aus. In den nächsten Jahren steigen die Zinsbelastungen immer schneller an. Diese Haushaltspolitik hat keine Substanz. Dieses Geld fehlt, um Rheinland-Pfalz für die Zukunft fit zu machen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, sehr interessant ist, wie Sie den Investitionsbegriff auslegen. Voraussetzung für eine Haushaltssatzung ist, dass sie verfassungskonform ist. Verfassungskonform kann sie aber nur dann sein, wenn die Summe der Investitionen die Summe der Nettoneuverschuldung übersteigt.

Jetzt hat die Landesregierung – oh, welch erfreuliche oder schlimme Überraschung – feststellen müssen, dass die Verschuldung sehr hoch ist. Da ist die Landesregierung auf die Idee gekommen, den Investitionsbegriff so auszulegen, dass unter dem Strich ein Betrag über der Nettoneuverschuldung herauskommt.

Man muss sich das einmal vorstellen: Die Landesregierung merkt, dass ihre Politik der Verfassung widerspricht. Hier geht es nicht um einfachen Rechtsbruch, sondern es geht um Verfassungsbruch. Anstatt sich zu bemühen, sich verfassungstreu, also rechtstreu zu verhalten und im Haushalt vielleicht einmal notwendige Einsparungen vorzunehmen, wird der Rechtsbegriff der Investitionen so zurechtgebogen, dass die Verfassungsgrenze nicht gerissen wird. Dies ist Rechtsverdrehung zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Ministerpräsident, kein Richter würde einem Privatmann eine solche Rechtsverdrehung durchgehen lassen.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Dann gehen Sie doch vor
das Verfassungsgericht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß bei dieser Forderung den Landesrechnungshof hinter mir.

(Ministerpräsident Beck: Aber auch nur räumlich!)

– Aber nur räumlich? Herr Ministerpräsident, warten Sie einmal ab, bis ich aus den Schreiben zitiere.

Zum Pensionsfonds möchte ich noch etwas sagen. Das jüngste und besonders krasse Beispiel für die laxer Auslegung des Investitionsbegriffs ist genau dieser Pensionsfonds. Die Landesregierung sagt, die Zahlungen an den Pensionsfonds seien eine Investition. Dabei dürfte doch jedem klar sein, dass eine Investition etwas ist, was einen bleibenden Mehrwert schafft, wie zum Beispiel eine Schule, eine Straße oder Ähnliches.

(Hartloff, SPD: Oje!)

Die Landesregierung erklärt aber kurzerhand, die Zahlungen an den Pensionsfonds seien ein Darlehen des Landes und damit Investitionen. Der Pensionsfonds gibt dem Land das Geld dann sofort wieder zurück. Auf diese Weise wird das Land über dieselbe Summe Geld sowohl Gläubiger als auch Schuldner. Dabei ist das Land nicht nur gegenüber dem Pensionsfonds Schuldner und Gläubiger, sondern zugleich auch noch Schuldner gegenüber der Bank, bei der es zuvor das Geld geliehen hat. Sie sind also zweimal Schuldner und einmal Gläubiger, aber es geht immer um dasselbe Geld. Versteht das noch einer? Wollen Sie die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer an der Nase herumführen?

(Hartloff, SPD: Nein, aber Sie verursachen
Herrn Finanzminister Deubel Schmerzen!)

Dann wollen Sie uns dieses Konstrukt als Investition verkaufen. Erklären Sie einmal einem klar denkenden Menschen, dass dies etwas mit Altersvorsorge zu tun hat. Da wäre es in der Tat klüger, wirklich Ersparnisse in argentinische Anleihen anzulegen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seriöse Landesregierungen wie in Bayern oder Sachsen gehen anders vor. Sie legen einen Pensionsfonds erst an, wenn sie für den Haushalt keine neuen Schulden brauchen.

Die bayerische Staatsregierung stellt am 30. Mai 2006 fest – ich zitiere –: „Bayern hat einen ausgeglichenen Haushalt und finanziert den Pensionsfonds nicht mit neuen Krediten. Denn für kommende Generationen macht es keinen Unterschied, ob sie einen Berg aus Schulden oder aus Pensionsverpflichtungen erben.“

Herr Ministerpräsident, genauso sieht das der Rechnungshof Rheinland-Pfalz in seinem Schreiben vom 13. Juli 2006, das Sie hoffentlich gelesen haben. Ich zitiere: „... ob die Zuführungen an den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz auch künftig finanzierbar sind oder bis zu einer nachhaltigen Verbesserung der Haushaltslage ausgesetzt werden sollten.“

(Hartloff, SPD: Fertig lesen!)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, diesem einzig vernünftigen Vorschlag zu folgen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat im Verlauf der Haushaltsberatungen nachzuweisen versucht, dass die Zahlungen an den Pensionsfonds aus Einsparungen an anderer Stelle finanziert wurden und werden.

Der Rechnungshof kommentiert dies in einer abschließenden Stellungnahme vom 7. November 2006 knapp und unzweideutig.

(Hartloff, SPD: Die Stellungnahme ist unzweideutig nicht abschließend!)

– Herr Hartloff, knapp und unzweideutig: „Das in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 24. Oktober 2006 mündlich vorgetragene Berechnungsbeispiel mit den zugrunde gelegten Annahmen ... vermochte mit Blick auf die mit dem Pensionsfonds angestrebte Haushaltsentlastung nicht zu überzeugen.“

(Beifall der CDU)

Dies ist eine schallende Ohrfeige für Sie, Herr Deubel. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Ändern Sie in dieser Sache Ihren Kurs.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die Haushaltspolitik des Herrn Ministerpräsidenten hat uns längst in eine bedrohliche Lage geführt. Das kann man an den Zahlen der Finanzplanung von 2008 bis 2011 klar erkennen. Die geplanten Mehreinnahmen des Haushaltes werden in den kommenden drei Jahren allein durch drei Faktoren fast völlig aufgebraucht:

1. Immer schneller anwachsende Zinszahlungen.
2. Immer schneller anwachsende Leistungen für die Pensionen der Ruhestandsbeamten.
3. Die steigenden Zahlungen an den Pensionsfonds.

Für alles andere ist im Grunde genommen längst kein Spielraum mehr frei.

(Ministerpräsident Beck: Welche Logik gibt es zwischen 2. und 3.?)

Die Landesregierung sagt selbst in der mittelfristigen Finanzplanung, die von Ihnen aufgestellt wird, Herr Ministerpräsident, dass ab 2009 strukturelle Haushaltskürzungen von erst 139 Millionen Euro und dann von sogar 330 Millionen Euro zwingend notwendig sind, um die ohnehin schon gewaltige Neuverschuldung nicht weiter anwachsen zu lassen.

Daraus ergibt sich nur eine Konsequenz: Wenn wir jetzt nicht sparen, sind wir schon bald nicht mehr in der Lage, den Standard in unseren Schulen aufrechtzuerhalten.

(Beifall der CDU)

Wenn wir jetzt nicht sparen, werden unsere Universitäten im Wettbewerb noch weiter abfallen.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Also wir kürzen
ihnen jetzt die Mittel!)

Wenn wir jetzt nicht sparen, wird die personelle Situation bei der Polizei so lückenhaft sein, dass Sie sich in Zukunft ernsthaft fragen müssen, ob die Bürgerinnen und Bürger vor allem in den ländlich geprägten Räumen überhaupt noch sicher sind.

(Beifall der CDU)

Wenn wir jetzt nicht sparen, gelingt es uns nicht, gezielte Wirtschaftsförderung zu betreiben und so für Arbeit in Rheinland-Pfalz zu sorgen, wie beispielsweise die Förderung der Flughäfen Hahn und Zweibrücken.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn wir jetzt nicht sparen, können wir nichts mehr für junge Familien tun. Die Beitragsfreiheit der Kindergärten wird gefährdet sein. In einigen Jahren kann man überhaupt nichts mehr erreichen.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn wir jetzt nicht sparen, wird die Infrastruktur in unserem Land – im Übrigen bei zurückgehender Bevölkerungszahl – kaum mehr aufrechtzuerhalten sein.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident gibt sich der Illusion hin – auch Frau Ahnen hat das einmal kundgetan –, dass weniger Aufwendungen erforderlich wären und sich die Haushaltslage entspannen würde, wenn es weniger Menschen in Rheinland-Pfalz gäbe. Das ist grandios. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch dummes Zeug! Wer hat denn das gesagt?)

– Fragen Sie einmal Frau Ahnen. Wir müssen in der Zukunft die Infrastruktur bei weniger Steuerzahlern aufrechterhalten, wenn wir den ländlichen Raum auch weiterhin nicht aufgeben wollen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie der Meinung sind, dass es des ländlichen Raums nicht mehr bedarf, sagen Sie das. Ansonsten stellen Sie klar, dass das, was Frau Ahnen gesagt hat, Unsinn ist.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, solides Sparen setzt auch eine zeitgemäße Verwaltungsorganisation voraus. Wir brauchen endlich eine Verwaltungsreform, die diesen Namen verdient, wirkliche Einsparungen erbringt, aber auch nicht darauf verkürzt wird; denn Verwaltung ist für die Menschen und nicht für den Ministerpräsidenten da.

Wir müssen uns an den Servicewünschen der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer orientieren, die eine unbürokratische, bürgernahe und zügige Verwal-

tungstätigkeit erwarten. Wir müssen aber auch die Beamtinnen und Beamten im Blick behalten, denen keine unzumutbare Arbeitsbelastung auferlegt werden darf.

Deshalb müssen wir Verwaltungsverfahren vereinfachen und vor allem eine umfassende Aufgabenkritik vorab durchführen, und nicht eine Reform, wie von Ihnen durchgeführt, die sich nach außen auf das „Auswechseln von Türschildern“ beschränkt und zu mehr Bürokratie geführt hat, die kurzum, wie es der SPD-Kollege Pörksen getan hat, als „Flop“ zu bezeichnen ist.

(Beifall der CDU)

Herr Pörksen, Gastparlamentarier studieren Regelwerk. Diese grundlegende Ausführung kann ich nur unterstreichen. Vielen Dank für diese Vorlage.

(Billen, CDU: Da hat der Kollege Pörksen einmal etwas Richtiges gesagt! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf die Veränderungen in der Landesregierung eingehen. Das ist ein spannendes Thema. Es ist schon interessant, wenn das Ausscheiden von Minister Zöllner als große Einsparleistung verkauft wird und der Ministerpräsident gleichzeitig behauptet, dass das Ministerium weiterhin voll einsatzfähig sei.

Mir stellt sich jetzt die Frage, warum über Jahre hinweg ein Minister besoldet werden musste, wenn er nach seinem Weggang nicht zu fehlen scheint.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, gibt es noch weitere Posten an der Spitze der Landesverwaltung, die man ersatzlos streichen könnte, ohne dass es jemand merkt?

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Die Opposition schon!)

Ich stelle mir schon die Frage, wie Sie reagiert hätten, wenn wir dies vor einem Jahr gefordert hätten. Himmel hilf, Sie hätten bei einem solchen Vorschlag mit heftiger Ablehnung geantwortet und den Untergang des Abendlandes beschworen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Das ist schon ein sehr eigentümliches Sparen, das Sie an den Tag legen.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Das Kultusministerium hatte bei Ablösung meines guten Freundes Georg Gölter im Jahr 1991 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das jetzt neu zusammengefügte Wunderministerium hat 410 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Abzüglich der Aufgabenbereiche Landeszentrale für politische Bildung und den Bereich Jugend sind es nur noch 375 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also rund 100 mehr als zu den erfolgreichen Zeiten von Minister Gölter. So spart diese Landesregierung.

(Beifall der CDU –

Hartloff, SPD: Es hat keine Veränderungen in der Hochschullandschaft gegeben in dieser Zeit!)

– Herr Hartloff, hören Sie einmal genau zu. Betrachten wir uns einmal die Führungsspitze: damals ein Minister, zwei Staatssekretäre, dann zwei Minister, zwei Staatssekretäre,

(Ramsauer, SPD: Und jede Menge arbeitslose Mitarbeiter!)

dann zwei Minister, drei Staatssekretäre und heute eine Ministerin, drei Staatssekretäre. So spart diese Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, unter Minister Gölter gab es acht Abteilungen, das heißt acht Abteilungsleiter und acht Stellvertreter. Es wird noch viel schlimmer. Jetzt reichen sie erst recht nicht mehr, weil wir heute elf Abteilungen und sage und schreibe 15 Stellvertreter haben. So spart diese Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Beispiel. In zwei Ministerien sitzen zwei Abteilungsleiter mit Sonderaufgaben, das heißt, sie nehmen ursprüngliche Leitungsaufgaben nicht mehr wahr, sondern Sonderaufgaben. Sie wurden gleich durch teure Nachfolger ersetzt. Ein Stellvertreter sitzt an der Uni, weil er an seinem alten Arbeitsplatz auf Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten ersetzt werden sollte. Auch hier entstehen nebenbei doppelte Aufwendungen. So spart diese Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Last but not least: In der Landesvertretung in Berlin gibt es einen Staatssekretär, der dort noch seltener als der Ministerpräsident in seiner Staatskanzlei gesichtet wird.

Herr Ministerpräsident, nicht, dass Sie meinen, wir schätzen Ihre Arbeit als Parteivorsitzender nicht. Das ist nicht der Fall. Was mich stört – das sage ich offen –, ist die Situation, dass Sie hier nur noch in Teilzeit zur Verfügung stehen, während dieses Land mit Baustellen und Löchern übersät ist,

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

und dies bei einem Schuldenstand von 26 Milliarden Euro, der dauernd zunimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir überhaupt noch Zukunft für die kommenden Generationen gestalten wollen, dann brauchen wir jetzt eine grundlegende Wende der Haushaltspolitik. Die CDU steht für eine wirkliche Wende in der Haushaltspolitik mit eindeutigen Prioritäten.

Deshalb fordert die CDU: Vorrang muss der Abbau der jährlichen Neuverschuldung haben, bis wir ohne neue Schulden auskommen. Erst so machen wir wieder mehr Mittel für die Zukunftsaufgaben dieses Landes frei.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, andere Länder, die im Übrigen nicht mit absoluten Mehrheiten regieren, wie beispielsweise Sachsen, haben das als klares Ziel vorgegeben und werden das erreichen. Rheinland-Pfalz hat heute schon mehr Schulden als Bayern, obwohl Bayern mehr als dreimal so viele Einwohner und dazu noch ein rund dreimal so hohes Haushaltsvolumen hat.

Wir wollen Schritt für Schritt einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

1. Das schaffen wir nur, wenn wir auf die schuldenfinanzierten Zuführungen zum Pensionsfonds verzichten, da sie nur bei beständiger hoher Kreditaufnahme mit Zinszahlungen des Haushalts geleistet werden können.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Zukunftsvorsorge mit Schulden zu bezahlen, ist Unfug. Das wissen Sie auch.

2. Das schaffen wir nur, wenn wir das Landesvermögen für Zukunftsaufgaben sichern. Es macht keinen Sinn, das noch verbliebene Vermögen zu verscherbeln und damit die strukturellen Defizite im Haushalt ohne Vermögenszuwachs auszugleichen.

Hier werden die Defizite nur auf die kommenden Haushaltsjahre verschoben. Das wissen Sie genau. Wir müssen erst konsolidieren, dann können wir zu einem späteren Zeitpunkt derartiges Vermögen für Zukunftsaufgaben einsetzen, wie dies auch in anderen Bundesländern geschieht.

(Beifall der CDU)

3. Das schaffen wir nur, wenn wir uns auf die wesentlichsten Zukunftsaufgaben konzentrieren und

4. die Verwaltung mit strukturellen und ernst zu nehmenden Kostensenkungen modernisieren und

5. wenn wir einen Personalpool mit der Zielsetzung einer dauerhaften Kostensenkung einrichten.

(Beifall der CDU)

Damit wollen wir – das ist nichts Neues – nach hessischem Vorbild erreichen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auch mit Fortbildung und Umschulung viel flexibler in andere Aufgabenbereiche eingearbeitet und eingesetzt werden können. Das macht in der Industrie jeder so.

(Hartloff, SPD: Toll!)

Diese frei werdenden Stellen, die von Beamten durch In-Ruhestand-Gehen oder durch Versetzungsabkommandierungen oder ähnliche Dinge frei werden, können auch durch Menschen besetzt werden, die diesem Pool zur Verfügung stehen. Da muss ich nicht automatisch immer Neue einstellen.

Sie vermeiden damit unnützen Leerlauf, wie wir es gerade bei der Besetzung des Präsidentenamtes des Oberlandesgerichts feststellen müssen.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Was soll denn der Unsinn?)

Meine Damen und Herren, angesichts der knappen öffentlichen Mittel müssen wir mit der richtigen Schwerpunktsetzung Verwaltung nachdrücklich verändern.

Der Staat muss nur noch dort Präsenz zeigen, wo die Bürgerinnen und Bürger staatliche Präsenz brauchen.

Wir müssen Verwaltung vereinfachen, Verwaltungsaufgaben kritisch hinterfragen, Doppelzuständigkeiten abbauen.

(Ministerpräsident Beck: Nennen Sie ein Beispiel!)

– Landespflege.

(Licht, CDU: Denkmalpflege!)

– Landesdenkmalpflege, natürlich.

(Zuruf von der SPD)

– Jaja, nachher können Sie dazu etwas sagen. Sie sind ja noch dran.

Im Übrigen müssen wir auch noch eine engere Kooperation zwischen verschiedenen Bundesländern erreichen. Das muss unser Ziel sein.

Wir müssen die Verwaltung so umbauen, dass wir nicht so viele Beamte in der Verwaltung haben, sondern wieder Beamte bei den Menschen, wie Polizeibeamte und Lehrer.

(Beifall der CDU)

Wir brauchen Polizeibeamte und Lehrer, nicht so viele Beamte in der Verwaltung.

Herr Ministerpräsident, zum Schluss muss ich feststellen, Ihre Haushaltspolitik ist eine einzige Enttäuschung.

(Fuhr, SPD: So wie Ihre Rede!)

Trotz absoluter Mehrheit lassen Sie jeden Gestaltungswillen vermissen. Was Sie beherrschen, ist, den Menschen ein gutes Gewissen einzureden. Das erkenne ich sogar neidlos an.

Dass Sie in der Lage sind, die Probleme und Sorgen Ihrer Zuhörer wortreich zu analysieren, ist ja schön, hilft aber nicht, wenn Sie die Probleme nicht angehen. Mit schönen Worten allein kommt dieses Land nicht weiter.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Minister ziehen mit vermeintlichen Erfolgen durchs Land. Aber die Fakten und Zahlen Ihrer Politik sprechen eine andere Sprache. Sie regieren nach der Maxime des schönen Scheins,

(Licht, CDU: So ist es!)

immer ein nettes Wort, immer ein offenes Ohr.

(Licht, CDU: Ja!)

Das ist in Ordnung, auch, dass Sie sich um viele Einzelanliegen kümmern. Das ist Engagement. Das kritisiere ich nicht. Aber dies ersetzt doch keine Politik aus einem Guss.

(Beifall der CDU)

Mit Ihrem beherrschenden Motto „Viele Geschenke erhalten die Freundschaft“ ist aus meiner Sicht eine gemeinwohlorientierte Politik heute kaum möglich.

Die Rechnung Ihrer Politik – das ist das Tragische – werden alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zu tragen haben.

Vielen Dank.

(Lang anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren! Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder der Katholischen Frauengemeinschaft Edenkoben, Mitglieder des Ortsgemeinderats Niederalben mit Partnerinnen und Partnern sowie Schülerinnen und Schüler der Berufsoberstufe der Berufsbildenden Schule Lahnstein. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat der Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Baldauf hat vorhin den Satz gesagt: „Verlangen Sie nicht, dass wir Ihr Geschäft machen.“ Herr Baldauf, Sie haben recht, das ist das Beste, was wir machen können.

(Beifall der SPD)

Das, was Sie gesagt haben, war keine Visitenkarte dafür, wie man in unserem Land Gestaltung betreiben kann. Den Maßstab, den Sie genannt haben, Mut zu haben, um die Wahrheit zu sagen, dazu muss ich fragen: Wo war denn Ihr Mut?

Wo war der Mut zu sagen, wo wir kürzen, wo wir streichen, wo wir sparen? Außer dem, auf das ich noch eingehen werde, kamen keine konkreten Vorschläge.

(Beifall der SPD)

Ganz außen herum, im hehren Reich der Abstraktion, haben Sie sich bewegt und die Kenntnis vermittelt, dass Schulden nicht gut und vom Übel der Welt seien

(Bracht, CDU: So wie dieser Haushalt!)

und deshalb keine Entwicklung in diesem Land möglich sei.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

Das ist zu kurz gesprungen, werter Kollege Baldauf.

(Pörksen, SPD: Das ist überhaupt nicht gesprungen!)

– Das könnte man auch sagen, Herr Kollege Pörksen.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Sie haben uns das edle Vorbild Sachsen genannt. Es ist schön, wie Sachsen seine Finanzen entwickelt, aber die Transferleistung in die neuen Länder haben Sie wohl ein wenig vergessen, wenn Sie uns vorhalten, dass Rheinland-Pfalz Leistungen aus dem Finanzausgleich bekomme.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie am liebsten darauf verzichten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja, genau!)

Wäre das Ihre konkrete Politik für Rheinland-Pfalz? Tun Sie dem Land einen Gefallen, wenn Sie auf Leistungen verzichten, die es bekommen kann? Ich meine nein.

(Beifall der SPD)

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren heute über den Haushalt, der es ermöglicht, Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln, der den Rahmen für notwendige Investitionen in die Zukunft unseres Landes setzt und damit die Chancen unserer Bürgerinnen und Bürger im Wettbewerb einer sich sehr schnell verändernden Welt verbessert.

Wir sind deshalb der Auffassung, der Haushaltsentwurf setzt die richtigen politischen Schwerpunkte.

(Bracht, CDU: Eher keine!)

Er sorgt für Zukunftsinvestitionen, die unser Land als attraktiven und modernen Wirtschaftsstandort und als lebenswertes Land für die Menschen in Rheinland-Pfalz weiter stark machen werden.

(Heiterkeit des Abg. Baldauf, CDU)

Herr Baldauf, Sie lachen. Nur mit einer Schuldenkritik, die die Verschuldung unseres Landes, unserer Kommunen, unseres Bundes ernst nimmt und nicht aufzeigt, wie ich Politik in Zukunft entwickle, werden Sie nie ein Land gestalten können.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Dieser Haushalt setzt unter schwierigen Bedingungen den notwendigen Weg der Konsolidierung fort. Das ist

zwingend für die Zukunftssicherung mit für uns Sozialdemokratinnen und -demokraten wichtigen Vorhaben.

Mit der Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuches, dem Ausbau der Ganztagschulen, dem Sozialfonds für das Mittagessen, der Aufstockung der Mittel für Lernmittelfreiheit, mit der Fortsetzung der Erhöhung des Hochschulsonderprogramms „Wissen schafft Zukunft“ werden Akzente für unsere Gesellschaft des Miteinanders und der Chancengerechtigkeit gesetzt.

Dies ist nötig für die Weiterentwicklung dieses Landes.

(Beifall der SPD)

Die SPD setzt damit auch konsequent um, was sie den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl versprochen hat und was von Ministerpräsident Kurt Beck in seiner Regierungserklärung angekündigt wurde. Versprochen, gehalten – das sind für uns keine Worthülsen, sondern danach handeln wir.

(Beifall der SPD)

Ich sprach gerade von den Investitionen in die Wissenschaft. Ich möchte die Gelegenheit und diesen Ort nutzen, um Herrn Minister Professor Dr. Jürgen Zöllner im Namen meiner Fraktion für seine langjährige Arbeit für die Menschen in unserem Land herzlich zu danken und ihm für sein neues Amt im Berliner Senat alles Gute zu wünschen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Meine Glückwünsche gehen aber auch an die Ministerinnen Doris Ahnen und Malu Dreyer für die neu übernommenen Aufgaben und nicht zuletzt natürlich auch an Herrn Karl Peter Bruch, den neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Baldauf, so, wie Sie die Arbeit von Herrn Minister Zöllner kritisiert haben,

(Pörksen, SPD: Peinlich!)

haben Sie wahrscheinlich nicht mitbekommen, dass Herr Professor Dr. Zöllner von allen Hochschulpräsidenten schon mehrfach zum besten Wissenschaftsminister gekürt worden ist und er ein Renommee weit über dieses Land hinaus erarbeitet hat.

(Baldauf, CDU: Landeskinderregelung, Herr Hartloff!
Landeskinderregelung!)

– Keine Angst, ich werde Ihnen dazu Etliches sagen. Auch diese Regelungen sind nötig, weil wir für die Freiheit von Studiengebühren sind und Sie gerade dabei sind, einen Schwenk in Ihren Aussagen von „Keine Studiengebühren“ hin zu „Wir nehmen in Zukunft Studiengebühren“ zu vollziehen.

(Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: So ist das!)

Somit ist es in keiner Weise gerechtfertigt, dass wir seine Arbeit verunglimpfen.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU –
Schreiner, CDU: Warum ist er
eigentlich gegangen? –
Pörksen, SPD: Weil er Sie
nicht mehr sehen konnte!)

– Weil er eine neue Aufgabe suchte. Sie haben auch die Kommentare gelesen. Wir wissen dieses Sachgebiet bei Doris Ahnen in guten Händen. Natürlich ist die Regierung in den vergangenen Jahren immer wieder umstrukturiert worden. Sie haben vorhin Aufgabenbeispiele aus dem Bildungsministerium genannt, Sie haben aber nicht erzählt, wie viele Ministerien es darüber hinaus noch gab, welche anderen Aufgaben vorhanden waren und dass wir eine ganz andere Fachhochschullandschaft haben. So simpel, wie Sie die Welt schildern, ist sie beim besten Willen nicht!

(Beifall der SPD)

Aber lassen Sie mich zum Landeshaushalt zurückkommen, der deutlich zeigt, dass das Land ein verlässlicher Partner der Kommunen bleibt.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

– Ja, ich erspare es Ihnen nicht, das anhören zu müssen!

Rheinland-Pfalz nimmt im Gegensatz zu anderen Ländern keine Einschnitte im kommunalen Finanzausgleich vor und unterstützt die Umstrukturierung im Land, beispielsweise durch die Fortsetzung der Konversion.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU: Oh! –
Heiterkeit bei der CDU)

– Das Lachen ist hilflos. Wo sind die Einschnitte, meine Damen und Herren? – Sie lachen, aber sie sind nicht vorhanden.

(Billen, CDU: Wo sind die Finanzen
der Kommunen?)

Der Verbundsatz steht. Er steht seit Jahren, und die Zusagen sind verlässlich für die Kommunen.

(Beifall der SPD)

Ein Blick auf andere westliche Flächenländer zeigt, dass das Vorlegen eines verfassungsgemäßen Haushalts nicht selbstverständlich ist. Unser Doppelhaushalt hingegen ist solide und verfassungskonform, und da mögen Sie vor das Verfassungsgericht ziehen und ihn beklagen, dann wird er überprüft und bestätigt werden.

(Baldauf, CDU: Es klatscht aber keiner! –
Ramsauer, SPD: Sie können ja wieder
einmal einen Prozess verlieren!)

– Ja, Sie haben Erfahrung mit verlorenen Prozessen, nicht wahr? – Das ist gar keine Frage.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Doppelhaushalt steht der Rahmen, mit dem wir auch in Zukunft gute Perspektiven haben. Dieser Haushalt, dessen Inhalte natürlich auch schon in der Vorbereitung Gegenstand von Gesprächen zwischen der Regierung und der die Regierung tragenden Fraktion waren,

(Zuruf von der CDU: Umso schlimmer!)

ist so gestaltet, dass er Rheinland-Pfalz stark macht. Deshalb wird die SPD-Fraktion dem Haushalt morgen in den noch folgenden Abstimmungen mit den Vorschlägen, die wir als SPD-Fraktion unterbreiten, zustimmen.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt der Auseinandersetzung und auch Ihrer Ausführungen steht die Frage der Verschuldung der öffentlichen Hand. Ja, es ist keine Frage, dass die Verschuldungssituation der öffentlichen Hand auf allen Ebenen – beim Bund, in den Ländern und in den Kommunen – seit längerer Zeit sehr angespannt ist und wir uns permanent durchaus in einer kritischen Situation befinden. Dies will doch kein Mensch verhehlen.

Aber es stellt sich doch die Frage: Wie ist der Umgang mit diesen Schulden? Muss man sie als Alptraum beschreiben? Ist es sinnvoll, wie Sie dies tun, dass mein gleichsam wie ein weißer Hase schaut, wenn die Schlange auftaucht? – Für Sie sind die Schulden die Schlange, und der weiße Hase ist der Staat und sagt nur noch: Sparen, Sparen, Sparen ist die einzige Maßnahme, die hilft, ohne konkret zu sagen, wo.

(Baldauf, CDU: Alle außer Rheinland-Pfalz tun das!)

Ist die Entschuldung ein politischer Selbstzweck? Darf ich sie als Land ohne Rücksicht auf die kommunalen Partner betreiben? – Die Frage zu stellen heißt, Sie auch zu beantworten. Dazu lohnt sich durchaus ein Blick über die Grenzen: Wie gehen andere Länder mit ihrer Verschuldung um? – Ich werde Ihnen dazu einige Zahlen nennen.

Ich stelle fest, dass wir – wie auch andere Länder – das Ziel, eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf null zu erreichen, mit den notwendigen Schritten, die hierzu eingeleitet worden sind, sowie mit den Einsparmaßnahmen, die wir vorgenommen haben und die wir natürlich konsequent fortführen, verfolgen. Aber uns unterscheidet, dass Sie eine Verwaltungsreform und Entschlackungen fordern, ohne zu sagen, wo und wie.

(Schreiner, CDU: Doch, doch!)

Wir machen das, und wir gestalten es. Das Motto der Landesregierung: „Wir machen's einfach“ ist dort längst eingetreten und in vielen Bereichen des Lebens umgesetzt worden. Ich habe Ihnen in der Haushaltseinbrin-

gung Beispiele dafür genannt und möchte sie kurz wiederholen: In der Forstverwaltung, in der Katasterverwaltung oder in der Finanzverwaltung, überall gehen wir Schritte, die zu Personaleinsparungen, zu mehr Konzentration und damit auch dazu führen, dass Sparmaßnahmen des Landes greifen und unser Weg beschritten werden kann.

Es ist unter allen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt, dass das Land Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren mit die größten Sparerfolge errungen hat. Zusammen mit Hamburg und Berlin ist es gelungen, den Konsolidierungsbedarf in überdurchschnittlich hohen Quoten zu senken. Dieser Erfolg ist auf geringe Ausgaben und höhere Einnahmen zurückzuführen, wie dies gerade jüngst die Studie „Schuldenmonitor“, welche das Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat, belegt hat.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Ich weiß, Sie wollen das nicht gern hören, weil Sie ein anderes Weltbild haben und weil Sie meinen, über die Definition von Schulden könnten Sie das Land und Ihre Klientel vielleicht gewinnen.

(Schreiner, CDU: Wenn das Land ein verlässlicher Partner für die Kommunen ist, dann reden Sie doch einmal mit dem Bürgermeister von Kusel!)

Das sind Fakten. Rheinland-Pfalz hat in den Jahren 2000 bis 2005 im Vergleich der westlichen Flächenländer mit 5,7 % die niedrigste durchschnittliche Steigerung der Schulden zu verzeichnen.

(Schreiner, CDU: Unmöglich!)

Zum Vergleich darf ich Ihnen die Länder Baden-Württemberg mit 5,8 %, Niedersachsen mit 6,1 %, Bayern mit 6,4 %, Hessen mit 6,8 % und Nordrhein-Westfalen mit 7,2 % nennen. Andere Länder wie das benachbarte Saarland haben noch viel stärkere Schuldenanstiege.

Herr Kollege Schreiner, Sie meinen, der Bürgermeister von Kusel wüsste nicht, wovon er redet, wenn er über Kommunalpolitik redet. Sie haben vorgeschlagen, von den Zweckzuweisungen etwas wegzunehmen und es den Schlüsselzuweisungen hinzuzufügen, um mehr Geld für die Konsolidierung der kommunalen Finanzen zu erhalten.

(Zuruf von der SPD: Dummheit hoch drei!)

Aber damit übersehen Sie, dass viele kleine Kommunen größere Aufgaben ohne Zweckzuweisungen überhaupt nicht schultern können.

(Beifall der SPD)

Auch die Stadt Mainz, in der Sie beheimatet sind, wünscht sich Zweckzuweisungen, damit das Schloss

saniert werden kann und andere Maßnahmen durchgeführt werden können.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Sie verlagern damit nur Geld vom einen Topf in den anderen. Dies führt im Endeffekt dazu, dass die größeren Kommunen etwas mehr im Rahmen der allgemeinen Zuweisungen erhalten und kleine Gemeinden nichts mehr schultern können. Wir werden im Land erzählen, dass Sie das so vorhaben, aber substantiell gespart haben Sie damit nicht!

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Opposition, Sie müssen sich das noch weiter anhören. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung hat sich Rheinland-Pfalz seit der Regierungsübernahme der SPD im Vergleich der Flächenländer deutlich verbessert, nämlich vom elften auf den siebten Platz. Nimmt man den Bereich der Kassenkredite und der Schulden der öffentlichen Haushalte mit dazu, liegen wir im Ländervergleich bereits auf dem fünften Platz. Das ist keine Verschlechterung.

Lassen Sie mich sagen, wie das mit den Untersuchungen ist. Ich bin gar nicht untersuchungsgläubig, meine Damen und Herren. Wenn eine Untersuchung ein einzelnes Land oder eine einzige Stadt in den Fokus nimmt und danach schaut, dann ist die Situation immer in der Darstellung kritisch, da durchaus die Situation der Finanzen natürlich schwierig ist. Wenn Sie aber Untersuchungen haben, die vergleichend schauen, wie es in den verschiedenen Bundesländern aussieht, dann können Sie sehen, wie sich die einzelnen Bundesländer verhalten. Dort bestehen wir die Vergleiche. Wir liegen gut und sind auf dem richtigen Weg. Das wird in dem Schuldenmonitor bestätigt und nicht bestritten.

Der Anteil bei den Zinsen an den Gesamtausgaben in Rheinland-Pfalz ist so, dass er sich im Ländervergleich sehen lassen kann. Wir liegen in dem Drittel der Länder, welche die niedrigsten Zinsausgaben in ihren Haushalten haben. Das ist letztlich nur mit Selbstdisziplin und Einsparung gelungen. Auf dem Weg gehen wir auch weiter.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Hören Sie zu. Ohne Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich ist die Entwicklung seit 2000 so, dass wir in Rheinland-Pfalz einen Anstieg um 1,9 % an Ausgaben haben, in Baden-Württemberg 3,5 %, in Hessen 6 %, in Nordrhein-Westfalen über 10 %, dies alles, obwohl wir in wichtige Projekte, wie beispielsweise die Konversion, im letzten Jahrzehnt über 1,3 Milliarden Euro investiert haben, im Bereich der Bildung einen Aufbruch gewagt haben, welcher erhebliche finanzielle Belastungen mit sich bringt und, wie Sie wissen, durch einen Beistandspakt mit den Kommunen dafür gesorgt haben, dass die Einbrüche durch verminderte Steuereinnahmen bei den Gemeinden, Städten und Kreisen nicht durchschlagen, sondern die Kontinuität bei der Finanzierung besser gewahrt ist. Das hat uns insgesamt 688 Millionen Euro gekostet. Diese stehen den Kommunen zur Verfügung.

Das ist eine konstruktive und gute Politik für die Kommunen in diesem Land, nicht das, was Sie mit Ihren Einsparungen betreiben.

(Beifall der SPD)

Andere Länder haben ihre Ausgaben im Finanzausgleich erheblich gekürzt, um die Sanierung ihres eigenen Haushalts voranzutreiben. Ich nenne Ihnen auch hier einige Zahlen. Ich möchte Ihnen das gar nicht ersparen. In Baden-Württemberg sind Kürzungen von 560 Millionen Euro vorgenommen worden, in Hessen 100 Millionen Euro, in Niedersachsen 170 Millionen Euro, in Nordrhein-Westfalen 380 Millionen Euro, in Schleswig-Holstein 120 Millionen Euro. Das sind Kürzungen, keine Kontinuität, kein Beistandspakt. Im Beistandspakt haben sich manche Länder auch schon etwas vom Land Rheinland-Pfalz abgeschaut und schaffen das nicht ab.

Meine Damen und Herren, wir haben derzeit eine konjunkturelle Entwicklung, welche äußerst positiv verläuft und bei welcher uns die Konjunkturforschungsinstitute, Wirtschaftsweisen und viele andere prognostizieren, dass diese Entwicklung über den Tag hinaus anhalten wird. Das lässt uns Mut schöpfen.

Durch diese Wirtschaftsentwicklung greifen auch Verbesserungen am Arbeitsmarkt, wenn auch viel langsamer, als wir uns alle dies wünschen. In Rheinland-Pfalz ist die Arbeitslosenquote nach der letzten Statistik auf 7,1 % gesunken. Wir liegen nach wie vor an drittbester Stelle in der Bundesrepublik. Es ist über 1 % besser als beispielsweise im Nachbarland Hessen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, das sind Zeichen einer wirtschaftlichen Entwicklung, die sicherlich nicht allein von der Politik bestimmt ist. Zu dieser Entwicklung haben aber auch Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen mit beigetragen. Das gilt insbesondere auch für die Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Wenn die Initiativen auf dem Arbeitsmarkt, die Investitionen in die Infrastruktur betrachtet werden, genauso wie das unbürokratische Verhalten unserer staatlichen Akteure bei Genehmigungsverfahren usw., so sind dies Rahmenbedingungen, die positiv in diesem Land sind und auf die eine wirtschaftliche Entwicklung aufsetzen kann. Deshalb müssen wir weiter diese Impulse setzen.

(Beifall der SPD)

Gerade das bestätigt uns, auf dem eingeschlagenen Weg die notwendigen Investitionen zu tätigen, die notwendigen Impulse für das Land zu setzen und mit dem Landeshaushalt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu gestalten.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie beantragen mit dem wesentlichen Teil Ihrer Änderungsanträge die Aussetzung der Zahlung an den Pensionsfonds. Ich bin versucht zu sagen, Herr Kollege Baldauf, wenn Sie in den Haushaltsberatungen anwesend gewesen wären – ich sage so etwas nicht gerne –, dann hätten Sie vielleicht die „lichtvollen“ Ausführungen des Finanzministers

zu dem Pensionsfonds mitbekommen können und hätten nicht das erzählt, was Sie uns eben erzählt haben.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

– Einmal war er da, mehr nicht.

Einmal abgesehen davon, dass Sie zugrunde liegenden Gesetzen zugestimmt haben und ein Antrag auf Änderung der Gesetze von Ihnen nicht vorgelegt worden ist, greifen Sie nach unserer Auffassung viel zu kurz, wenn Sie die Zahlungen aussetzen. Ich rufe in Erinnerung, dass das Land Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck an der Spitze 1996 als erstes Bundesland einen Pensionsfonds eingerichtet hat, um bei den Beamtinnen und Beamten, welche neu eingestellt werden, dafür Sorge zu tragen, dass die Pensionszahlungen für Beamte, welche in den Ruhestand gehen, auch berücksichtigt und finanziert sind und nicht, wie bisher, allein den kommenden Generationen als ungewisses Risiko überlassen werden. Das ist in Rheinland-Pfalz durch den Pensionsfonds eben nicht so, wie es in der Vergangenheit war.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ja, es stimmt, dieser Pensionsfonds wächst in den nächsten Jahren stark an, weil wir Neueinstellungen benötigen, da vermehrt geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Es stimmt, wir haben nach wie vor eine Neuverschuldung. Aber die Zuführungen des Landes an den Finanzierungsfonds werden dennoch 259,6 Millionen Euro im Jahr 2007 und 301,6 Millionen Euro im Jahr 2008 betragen. Das ist auch richtig so.

Auch 1996, als wir den Pensionsfonds eingerichtet haben, war die Verschuldenssituation des Landes schwierig. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, einen solchen Fonds als Zukunftsvorsorge einzurichten, um das Kapitel der Vorsorge für in den Ruhestand gehende Beamte nicht aus der politischen Diskussion auszublenken und damit nicht die zukünftigen Generationen zu belasten.

Wir sollten diesen Weg auch konsequent weitergehen. Keine Aussetzung des Pensionsfonds und damit kein Herausschmuggeln aus der politischen Verantwortung ist unsere Antwort auf Ihre Änderungsanträge in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Überzeugung ist in dieser wichtigen Frage in einem Erschließungsantrag dazu niedergelegt. Meine Damen und Herren, Sie haben ein wenig die unterschiedlichen Rechtssauffassungen über manche Bewertungen im Rahmen des Pensionsfonds zwischen Rechnungshof und Landesregierung angesprochen. Ohne das jetzt vertiefen zu wollen, wird auch da das Gespräch weitergeführt. Das hätten Sie bei Teilnahme an den Haushaltsberatungen auch gehört.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich bei der Verschuldensfrage bin und mir die weiteren Änderungsanträge der CDU anschau, welche sich in ganz wesentlichen Teilen darin ergehen, globale Minderausgaben in Höhe von insgesamt rund 103 Millionen Euro vorzuschlagen und ein wenig den Aufwand der Werbung für das Land kürzen zu wollen, möchte ich Letzteres eigentlich gar nicht vertiefen. Wir haben die Diskussion schon oft geführt. Es bleibt Ihnen unbenommen, dass Sie nicht Werbung für das Land machen wollen, obwohl Werbung in heutiger Zeit notwendig ist

(Bracht, CDU: Sie machen ja Werbung für sich!)

und wir sie wesentlich geringer betreiben als beispielsweise Ihr gelobtes Nachbarland Baden-Württemberg.

(Bracht, CDU: Sie machen das doch,
um Ihre schlechte Politik besser
verkaufen zu können!)

Lassen Sie uns einmal die großen Vorschläge und deren Auswirkungen anschauen. Insgesamt schlagen Sie Kürzungen von 677 Millionen Euro vor. Darin ist dann der Pensionsfonds mit enthalten. Es ist die Rechenakrobatik da. Dann kommen bei Ihrem Entwurf 45 Millionen Euro Einsparungen im Personalbereich und ähnlich hoch in den Sachkosten heraus. Dort sparen Sie dann bei Lehrerinnen und Lehrern, wissenschaftlichem Personal an Hochschulen, Polizei, Justiz, in den Einzelplänen 01 – Landtag –, 10 – Rechnungshof – sowie bei Kapitel 06 04. Da mag jetzt jeder nachschauen, wo es sein mag. Aber was ist die Konsequenz? Da bleibt überhaupt nicht viel, wo Sie einsparen und Ihren Personalpool machen können.

Keine Angst, ich lasse Sie da nicht aus. Wir deklinieren das jetzt richtig schön durch. Was hätte das für Konsequenzen für den Haushalt, wenn ich diese Millionenbeträge kürze?

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wir haben uns die Arbeit gemacht und den Vorschlag der CDU genau betrachtet.

(Billen, CDU: Das ist immer gut!)

Sie wissen, um ein Einsparpotenzial zu errechnen, muss man beim Personal von sogenannten Zahlfällen sprechen. Zahlfälle beschreiben dabei das tatsächlich finanzierte Personal, also die Menschen, die in Lohn und Arbeit des Landes stehen. Lassen Sie mich das durchdeklinieren. Wir haben zurzeit etwa 72.000 Menschen, die beim Land in Lohn und Arbeit stehen. Die von der CDU ausgeklammerten Bereiche betreffen 58.000. Nur, dass Sie das einmal wissen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Schauen wir uns weiter an, wie viel Personen im Ministerium der Finanzen bei den Finanzverwaltungen beschäftigt sind. Das sind 6.800. Da haben wir eine Reform gemacht. Das ist erheblich beschnitten worden. Das Personal sagt, es sind Engpässe vorhanden. Der Bundesrechnungshof hat vor kurzem in einem Überblick

festgestellt, dass beispielsweise die Steuerfahndung sehr starke Unterschiede macht und Leute mit großem Vermögen in anderen Bundesländern gute Chancen haben, sehr wenig geprüft zu werden, weil so wenig Personal vorhanden ist. Das gilt nicht für Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, wollen Sie das, indem Sie bei der Finanzverwaltung weiter in großem Maß Personal herausnehmen? Wollen Sie das auch in Rheinland-Pfalz erreichen? Ist das Ihr Ziel? Dann sagen Sie es auch!

(Beifall der SPD)

Wenn ich die 6.800 Personen aus dem Finanzbereich nicht antaste, dann haben Sie einen von der CDU gewählten Ausnahmebereich von 65.000 Menschen. Es bleiben somit rund 7.500 Menschen, bei denen Sie Einsparungen wie vorgeschlagen vornehmen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Baldauf, CDU: Sie wollen gar nicht einsparen!)

– Ach, Sie wollen gar nicht einsparen.

(Zuruf von der CDU: Sie wollen nicht einsparen!)

Nein, ach Sie wollen gar nicht. Was höre ich da für einen Zwischenruf, alles nur Papiere oder wie?

(Ministerpräsident Beck: Rechnen muss man halt beim Haushalt, sonst wird es nichts!)

Lassen Sie uns weiterrechnen. In den Ruhestand gehen im Jahr 2007 vielleicht 120 bis 130 Personen. Diese scheiden durch Ruhestand aus.

(Ministerpräsident Beck: So einen Käse vorzuschlagen!)

Die Personen besetzten ca. 80 bis 90 Stellen. Die gehen natürlich nicht auf einmal in den Ruhestand, sondern über das Jahr verteilt. Das heißt, Sie können vielleicht mit 40 bis 50 Zahlfällen rechnen. Das wäre vielleicht gut gerechnet eine Einsparung von 1,5 Millionen Euro. Bei der von Ihnen unterstellten Zahl von 24,5 Millionen Euro per anno im Jahr 2007 müssten ungefähr 700 Leute eingespart werden, um auf die Summe zu kommen. Sie sprechen von 400 bis 500, 700 von diesen sind es. Das heißt, Sie selbst reden von 500. Das ist ca. ein Zehntel der Personen, die, wenn ich die Finanzverwaltung immer außen vor lasse, dem von Ihnen genannten Gestaltungsbereich zugerechnet werden. 10 % in einem Jahr. Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draußen im Land, hört es euch an, 10 % sollen weg.

(Beifall der SPD –
Ministerpräsident Beck: Das heißt Entlassungen!)

Haben Sie vor, Hunderte von Leuten zu entlassen?

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wie soll man das anders einsparen?

Meinen Sie tatsächlich, Ihr Vorschlag hätte etwas mit Realismus oder mit dem zu tun, was Herr Kollege Baldauf in seinem Interview in der „Rhein-Zeitung“ gesagt hat?

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Herr Schreiner, ich kann viel lauter reden als Sie. Ich habe ein Mikrofon. Da brauche ich gar nicht entgegenzuhalten.

(Baldauf, CDU: Aber Herr Schreiner redet noch, da müssen Sie aufpassen!)

– Herr Schreiner redet gern.

Herr Baldauf, Sie sagten im Interview der „Rhein-Zeitung“ vom 29.11.2006 fürsorglich: „Neue und sichere Arbeitsplätze sind das beste Mittel gegen den sozialen Absturz und die Angst davor. Im Mittelpunkt unseres Wirkens muss deshalb stehen: Arbeit, Arbeit, Arbeit.“ –

(Baldauf, CDU: Richtig!)

Das korrespondiert mit Ihren Vorschlägen, die Leute zu entlassen, ja, Arbeit, Arbeit, Arbeit. Die Worte müssen wie Hohn klingen.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: Sie haben aber Ahnung von Wirtschaftspolitik, herzlichen Glückwunsch!)

– Wir können zur Wirtschaftspolitik kommen, aber ich lasse Sie bei Ihren Vorschlägen noch nicht aus, keine Angst.

Die Vorschläge sind Schaumschlägerei. Es ist nicht durchgerechnet, was Sie politisch wollen.

(Beifall der SPD)

Erinnern wir uns doch ein wenig, wie die immer bedingten Reflexe sind. Wenn irgendwo im Land irgendetwas auftaucht, dann wird gesagt: Wir brauchen mehr Personal bei den Untersuchungsämtern. Das muss intensiver gemacht werden. Wir müssen bei der Luftreinhaltung mehr schauen, deshalb brauchen wir dort mehr Personal. Wie sieht es mit der Reaktorsicherheit und der Chemikaliensicherheit aus? Wo fordern Sie nicht überall mehr Personal? Das machen Sie mit den 10 %, die Sie einsparen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wollen nach hessischem Beispiel eine Personalvermittlungsstelle für die gesamte Landesverwaltung schaffen.

(Baldauf, CDU: Die brauchen wir in einem Jahr sowieso!)

Sie wollen einen Pool schaffen. Die Behörden sollen die Menschen melden, die der Behördenchef nicht mehr braucht.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Sie haben vorhin gesagt, das finde ich in der Privatwirtschaft so gut. Wer ist hier aus der Landesverwaltung? Herrn Kollegen Weiland sehe ich im Moment nicht. Herr Kollege Bracht ist aus der Landesverwaltung. Da sagt der Behördenchef, den brauche ich im Moment nicht mehr, er sitzt im Landtag, kommt in den Pool und soll sich etwas suchen, er soll nachher in den Forst gehen, oder der Förster geht zum Gericht und macht Rechtsprechung.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, sind Sie sich gewiss, was Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumuten, wenn Sie diese in einen Pool nach hessischem Vorbild stecken wollen? Mit einem solchen Pool erreichen Sie nicht das, was Sie erreichen wollen, nämlich einen Abbau um 10 % in diesen gestaltbaren Personalsachen im nächsten Jahr. Das ist Ihr Antrag.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: In Hessen ist das sehr erfolgreich!)

Wenn wir schon von Hessen als „gelobtem Land der Haushalterter“ sprechen, dann sehen wir uns an, was sie dort drüben machen. Das dortige Kabinett hat vor wenigen Tagen dem Verkauf von 36 landeseigenen Immobilien zugestimmt, darunter so ehrenwerte Gebäude wie das Landessozialgericht, das Wirtschaftsministerium und das Kultusministerium. Der Name des Immobilienportfolios, Leo II, soll wahrscheinlich auf das hessische Wappentier anspielen. Sie wohnen dann nachher in Leo V, wenn sich das so weiterentwickelt.

Kommen wir zurück zum Kern der Sache. Natürlich sind die Haushalte in der Verschuldungssituation alle schwierig zu gestalten. Wir dürfen in Anbetracht der Verschuldung nicht den Anspruch aufgeben, Politik für die Menschen in diesem Land zu gestalten. Sie haben ihn aufgegeben.

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Bracht und weitere Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auch das kann ich Ihnen nicht ersparen. Sie fordern die Aufstellung des Haushalts parallel zur herkömmlichen Kameralistik nach den Prinzipien der Doppik und werfen der Landesregierung vor, dass in kommunalen Bereichen die Doppik eingeführt wird. Nur kurz zur Erinnerung: Hans-Hermann Schnabel könnte das auch sagen. Ich muss mich umschauen, er präsidiert im Moment nicht. Er könnte Ihnen das auch sagen. Sie haben es so gesagt. Die kommunalen Spitzenverbände wollten einhellig, dass Doppik eingeführt wird. Wir führen sie ein. Es gibt kaum eine Landesregierung, die in so vielen Bereichen wirtschaftliches Handeln und wirtschaftliche Prinzipien zum Grundsatz gemacht hat, damit es durchsichtig ist und effektiv gehandelt wird. Der LSV, der LBB und die Landesforstverwaltung mit einem Forstbetrieb sind zu nennen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Betriebe sind so geführt. Hier ist das Land Rheinland-Pfalz vorbildlich. Ob dann wirklich Doppik im Kernhaushalt weiterführt, wenn der Wert der Gefängniszellen

bewertet wird oder Landeseigentum und die Polizeiausrüstung taxiert und abgeschrieben werden, darüber lassen Sie uns trefflich diskutieren. Erst kostet das eine ganze Menge mehr an Aufwand, wenn man das komplett einführen wollte. Das muss man sich vor Augen führen. Hier fehlt jeglicher Vorschlag der Finanzierung von Ihnen. Das zur Akrobatik der Vorschläge.

(Beifall der SPD)

Sehe ich mir die Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Landesregierung an, so hatten Sie in der Einbringungsrede angekündigt, Sie werden hören, was wir einsparen und was wir konkret machen, Herr Baldauf. Ich habe das noch gut im Ohr.

(Baldauf, CDU: Ja, ist doch so!)

Sie haben globale Minderausgaben während der Haushaltsdiskussion genannt. Für das Publikum muss ich sagen, für die Haushälter sind die globalen Minderausgaben ein bisschen des Teufels. Wenn man es nicht konkret sparen kann, macht man eine globale Minderausgabe.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Zugegebenermaßen macht das die Haushalte nicht immer so schön. Das kritisiert die Opposition in der Regel immer. Was macht die CDU? Sie setzt eine große globale drauf, weil sie nicht sagen möchte, wo man das Geld konkret einspart.

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Herr Kollege Baldauf, wie war Ihr Satz?: „Verlangen Sie nicht, dass wir Ihr Geschäft machen.“ – Nein, wir verlangen es in der Tat nicht.

(Ramsauer, SPD: Sie können es auch nicht!)

Die Menschen draußen im Land hätten schon gern gewusst, wo der Zug mit Ihnen hingehen könnte, wenn es denn so wäre.

(Zurufe von der CDU)

– Das ist ein schöner Versprecher. Verwaltungsabbau: Wir verwalten das Land nicht mehr, nein, wir lassen es einfach. Ist das Ihr Vorschlag? Wir lassen es einfach! – Unser Vorschlag ist anders. Wir machen es einfach. Wir bringen die Frage, wo wir Verwaltungsstrukturen vereinfachen, sehr wohl auf den Punkt. Auch die Frage einer kommunalen Reform verbunden mit der Debatte darüber, was wer am besten macht, steht auf der Agenda. Wenn Sie herunterdelegieren – das haben Sie gesagt: Wir wollen das herunterdelegieren –, dann kostet das, wenn man eine Aufgabe erfüllt, auch Geld. Nach Konnektivität müssen Sie dann die Kommunen und die Kreise auch mit Geld ausstatten, damit sie das vernünftig machen können.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Deswegen muss erst die Aufgabenkritik sein!)

Ich weiß, bei Ihnen hat es einen Wechsel gegeben. Ist aber denn alles, was Sie im Landtagswahlkampf gefordert haben, Schall und Rauch: Die 900 neuen Lehrer für Rheinland-Pfalz? Die 800 neuen Polizisten?

(Frau Spurzem, SPD: Wo sind die?)

Alles Schall und Rauch? – Sie sagen: 200 Anwärter mehr, ohne Deckungsvorschlag, kann man aus dem Haushalt machen, nicht finanziert. – Das ist der Ansatz zur neuen Ehrlichkeit der CDU.

(Beifall der SPD)

Auch meine Redezeit ist ein wenig begrenzt, deshalb will ich mich doch auch etwas den Vorschlägen der FDP zuwenden.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Schade!)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie machen – zugestanden – konkrete Änderungsvorschläge. Wenn ich so in den Reihen hin- und herschaue, gefällt mir das besser, weil man sich damit auseinandersetzen kann. Das ist gar keine Frage.

(Beifall der SPD)

Herr Mertin, Sie haben bereits bei der Haushaltseinbringung angekündigt, dass Sie den zweiten Schritt zur vollen Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten über das letzte Kindergartenjahr hinaus aussetzen wollen, um andere Prioritäten zu setzen, weil Sie sagen, das können wir uns momentan nicht leisten. Wir sind dieser Auffassung nicht.

Sie wollen eine Förderung bei der Sprachförderung von Kindern in Höhe von 7 Millionen Euro vornehmen. Herr Mertin, wir teilen die Auffassung, dass wir durchaus – –

(Zuruf von der FDP)

– 2 Millionen, die anderen gehen in die Hauptschulen. Entschuldigung, danke für den Hinweis. Ich will das nicht vermengen. Sie nehmen das Geld dort heraus, um es anderweitig einzusetzen, durchaus mit sinnvollen Ansätzen. Sie wissen, dass wir in die Sprachförderung im Kindertagesstättenbereich erheblich intensiviert haben. Ich habe keinerlei Anlass anzunehmen, dass die Mittel, die da eingesetzt sind, im Moment nicht ausreichen, um das sinnvoll weiterzuentwickeln und unser Ziel zu erreichen, im Übrigen ein Ziel, das wir bei dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ gemeinsam initiiert haben. Ich glaube, wir sind da auf dem richtigen Weg, um die Akzente bei der frühkindlichen Bildung zu setzen und auch die notwendigen Impulse für Chancengleichheit zu setzen.

Hierzu gehört nach unserem Verständnis gerade auch, dass man diese Leistungen ohne Unterscheidung allen Kindern und allen Familien zukommen lässt und auch die Chance nutzt, die darin steckt, dass alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen können, und sich nicht die

Gesellschaft schon bei den Kleinsten in verschiedene Chancen aufteilt.

(Beifall der SPD)

Wir wollen bewusst das Signal setzen, Familien mit Kindern werden entlastet. Wir geben zurück, was die Familien der Gesellschaft gegeben haben und geben. Das ist nur eine kleine Anerkennung. Das ist der richtige Weg, den wir da eingeschlagen haben. Deshalb folgen wir dort nicht Ihren Anträgen, sondern setzen die Priorität in diesem Bereich, den wir bei dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ weiterentwickeln werden.

Herr Kollege Mertin, Sie nannten im Übrigen für das Land Hessen im Vorfeld eine Zahl von 60 Millionen Euro, die das Land Hessen in die Sprachförderung investieren würde. Ich konnte trotz Recherche diesen Betrag nicht verifizieren. Vielleicht erzählen Sie es uns nachher. Allerdings konnte ich feststellen, dass Ihre Parteifreundin aus Hessen, die schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Dorothea Henzler, die von Ihnen so gelobten Bemühungen im Bildungsbereich so kommentiert: „kopfloses und beratungsresistentes Handeln“.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich weiß, dass man in den Parteien oft verschiedene Aussagen hat.

(Pörksen, SPD: Schönes Zitat!)

Die Abgeordnete Gesine Meißner, Ausschussvorsitzende im niedersächsischen Landtag, sagt da, nicht die schulische Bildung müsse umsonst sein, sondern und gerade auch die frühkindliche Bildung. Nehmen Sie sich doch vielleicht bei diesen Kolleginnen ein Beispiel.

(Dr. Schmitz, FDP: Umsonst wäre schlecht!)

– Sie meint es offensichtlich finanziell. Es ist nicht meine Formulierung, Herr Kollege.

(Dr. Schmitz, FDP: Ich meine das nicht finanziell!)

Der in Rheinland-Pfalz eingeschlagene Weg der intensiven Sprachförderung und der auch damit verbundene Test für Kinder ist ein richtiger Weg. Ich habe derzeit keinen Anlass, davon auszugehen, dass die Mittel nicht ausreichen, um diesen Weg erfolgreich weiter zu beschreiten.

Lassen Sie mich auf zwei weitere Vorschläge der FDP-Fraktion eingehen. Sie wollen Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds aus dem Sozialministerium abzweigen und in den Hochschulbereich lenken. Ich muss für die Zuhörer übersetzen, was ESF-Mittel sind. Europäischer Sozialfonds – kurz ESF – bietet Beihilfen in sämtlichen Mitgliedstaaten der EU für Programme, die die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen entwickeln und die berufliche Freizügigkeit verbessern. Wir halten ein Abzweigen dieser Mittel, abgesehen von juristischen Bedenken, ob man sie da wirklich einbringen kann – Zweckbindung durch EU –, auch inhaltlich nicht für

sinnvoll, da damit bei dem derzeitig immer noch angespannten Arbeitsmarkt wichtige Projekte nicht mehr unterstützt werden könnten und dann damit Menschen nicht konkret geholfen werden kann. Diese Mittel würden dann im Hause von Sozialministerin Frau Dreyer fehlen. Das muss aus unserer Sicht hier noch Priorität haben, damit wir die notwendigen Stützungen am Arbeitsmarkt geben können, damit er sich in Rheinland-Pfalz weiter positiv entwickelt und wir Arbeitslosigkeit bekämpfen.

(Beifall der SPD)

Während Sie Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in den Hochschulbereich umlenken wollen, investiert die Landesregierung in den nächsten zwei Jahren über 62 Millionen Euro in die Hochschulen und stockt damit die Mittel für das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ ab dem Jahr 2008 um 50 % auf. In diesem Zusammenhang will ich auch auf die Einigung zwischen Bund und Ländern zum Hochschulpakt eingehen. Ich halte es für eine gute Sache, dass es die Länder im Rahmen des Föderalismus hinbekommen haben – wir sind dafür gescholten worden, dass die Zuständigkeit für Hochschulen allein auf die Länder übergeht –, dass ein Hochschulpakt beschlossen wird, der die Länder unterschiedlich stark in dem Bemühen stützt, mehr Studienplätze zu schaffen, nämlich dafür Sorge trägt, dass Berlin in schwieriger finanzieller Situation diese große Anzahl an Studienplätzen hält, die neuen Länder nicht Studienplätze abbauen, weil dort weniger Menschen sind und sie weniger Geld haben – sie kriegen Vorabzuschläge – und weil die anderen Gelder so verteilt und danach spitz abgerechnet werden, wie viele Studenten nachher in das Land zusätzlich kommen.

Wir peilen für Rheinland-Pfalz 5.800 neue Studienplätze an und wollen das auch erreichen. Das ist ganz einfach der Grund, warum wir diese Ultima Ratio, dass wir eine Landeskinderregelung einführen, nämlich als Schutz gegen die Studiengebühren, die in anderen Ländern die Studenten verdrängen und sie dann hierherbringen, erst in Kraft setzen wollen, wenn es wirklich politisch notwendig ist, um unsere Hochschulen zu schützen. Ganz einfach.

(Beifall der SPD –
Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, als das Gesetz eingebracht worden ist, gab es diesen Hochschulpakt noch nicht.

– Herr Baldauf, wenn Sie da so lächeln, haben Sie sich scheinbar nicht intensiv damit beschäftigt.

(Baldauf, CDU: Nein!)

– Nein, scheinbar nicht.

Wir werden in dem Gesetz die Möglichkeit lassen – der Gesetzentwurf liegt Ihnen vor –, dass das Land durch Verordnung, der der Landtag zustimmen muss, dann eine solche Regelung in Kraft setzen kann, wenn es notwendig ist, um unsere Hochschulen zu schützen. Ich gehe derzeit nicht davon aus. Frau Ministerin Ahnen, wir haben darüber gesprochen, dass dies so sinnvoll ist und tragen dies beide mit.

Beim Gesetzentwurf werden wir die entsprechenden Änderungen vornehmen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie wollen mit einem Antrag auch die Studienkonten abschaffen, habe ich gehört. Es macht ein wenig Mühe, aber es ist ein Anreiz, um ein Studium in vernünftigen Zeiten abzuwickeln. Völlig unter freiem Himmel leben wir nicht, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

Auf der einen Seite wollen Sie sparen, aber wenn es konkret wird, besser nicht. Das ist Ihr Motto.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Herr Mertin, schließlich habe ich mir die Begründung eines Änderungsantrages, eines Deckblatts im Umweltbereich, herausgepickt. Es handelt sich um den Änderungsantrag zum Kapitel 14 02 Titel 686 72. Frau Conrad, das liegt in Ihrem Bereich. Es handelt sich um Maßnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für nachhaltigen und effizienten Energieeinsatz. Die Ansätze der Regierungsvorlage sollten jeweils um 600.000 Euro gesenkt werden. In der Begründung schreiben Sie – das finde ich durchaus pfiffig –: „Weniger, da die Stärkung des Bewusstseins für effizienten Energieeinsatz auch mit niedrigeren Kosten erreicht werden kann, denn „– so die FDP-Fraktion –“ die steigenden Energiepreise fördern derzeit dieses Bewusstsein bereits in hohem Maße.“

(Beifall der FDP –
Lachen bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist das alte Motto: Die freie Marktwirtschaft wird's schon richten. Deshalb fahren auf unseren Straßen auch nur noch Drei-Liter-Autos spazieren, alle Häuser sind perfekt gedämmt, wir gehen überall nur in die neueste Energietechnik, weil wir überhaupt nicht dafür werben müssen, dass man das besser und effizienter macht.

(Zurufe von der FDP)

Zugegeben: Es gibt auch Broschüren.

(Baldauf, CDU: Hochglanz oder normal?)

Ich weiß das, Frau Conrad. Meine Kollegen haben mir gesagt: Sage das besser nicht. Aber wenn das „Gericht des Monats“ auf meinen Schreibtisch kommt, dann denke ich manchmal schon: Brauche ich das „Gericht des Monats“ wirklich? Aber für die Energieeinsparung müssen wir werben, weil das die effizienteste Form ist, wie wir Energie sparen können und wie wir Zukunftstechnologien neu entwickeln können. Deshalb sind diese Mittel dort richtig angelegt, und deshalb teilen wir diesen Sparvorschlag nicht. Aber Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass ich mir das herauspicken musste, weil ich Ihrer Ideologie insoweit nicht ganz folgen kann.

Lassen Sie mich einen Blick auf Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt werfen. Seit Jahrzehnten haben

rechtsextremistische Gruppierungen, Parteien und Einzelpersonen, zwar mit unterschiedlicher Intensität, aber stetig versucht, Einfluss auf die Jugendlichen zu nehmen. Das Ziel ist dabei eindeutig: Es geht darum, neue Anhänger und Mitstreiter unter jungen Menschen zu gewinnen, rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten und den Nachwuchs für rechte Organisationen zu sichern.

Die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ hatte sich in einer Anhörung ein Bild von der aktuellen Situation der rechtsextremistischen Jugendszene in Rheinland-Pfalz gemacht. Alle Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags haben damals übereinstimmend eine weitere Förderung und den zielorientierten Ausbau von erfolgreichen Projekten gegen Rechts gefordert.

Das Netzwerk für Demokratie und Courage ist ein solches herausragendes Projekt in Rheinland-Pfalz. Es befördert eine demokratische Kultur, indem es Mut macht, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Arbeit des Netzwerks für Demokratie und Courage durchaus ein Herzensanliegen. Deswegen wollen wir in unseren diesbezüglichen Änderungsanträgen die Finanzierung des Projekts sichern. Nein, Rechtsradikale, welche unsere Demokratie bekämpfen und mit diesem Staat nicht einverstanden sind, sollen es in Rheinland-Pfalz nicht gemütlich haben!

(Beifall der SPD)

Herr Innenminister Bruch, ich bin froh und dankbar, dass das Innenministerium in seinem Verantwortungsbereich, genauso wie dies im Bereich des Bildungsministeriums geschieht, Kante zeigt und deutlich macht, dass man sich hier in Rheinland-Pfalz nicht gemütlich aufhalten kann.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Ich freue mich, dass wir Demokraten in diesem Parlament gemeinsam Anträge und Initiativen unterstützen und auch darin einig sind, dass die Arbeit bei den beiden ehemaligen Konzentrationslagern in Hinzert und in Osthofen personell verstärkt wird. Natürlich wissen wir, dass auch dort ein Mehr immer noch wünschenswert wäre. Aber wir befinden uns auch im Spagat zwischen dem, was möglich ist, und der Unterstützung, die wir gemeinsam aufbringen wollen.

Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt aufgreifen. Zur Ausbildung der kulturellen Kompetenz junger Menschen tragen nicht nur Kindertagesstätten und Schulen bei. Auch Jugendkunstschulen können die Kreativität fördern und den Zugang zu schöpferischer Tätigkeit öffnen. Aus diesem Grunde wollen wir, dass der Landtag insgesamt 250.000 Euro zur Verfügung stellt, um in unserem Land die Einrichtung von Jugendkunstschulen zu fördern.

Nicht minder wichtig ist unser Antrag auf 400.000 Euro zur Stärkung der Weiterbildung. Diese Mittel dienen unter anderem dazu, dass grundlegende schulische Qualifikationen nachgeholt und Abschlüsse gemacht

werden können, die erst Zugänge zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Meine Damen und Herren, das Land geht etliche wichtige Zukunftsinitiativen an. Unter anderem handelt es sich dabei um einen neuen Jugendstrafvollzug. Da bin ich ganz nahe bei Ihnen, Herr Martin, der Sie bei der Einbringungsrede deutlich gemacht haben, dass es nicht nur um Verwahrung und Sicherung geht, sondern der Erziehungsgedanke im Vordergrund stehen sollte und es keinen Wettlauf des Landes Rheinland-Pfalz in dieser Frage nach dem Motto gibt: „Wie billig kann der Strafvollzug noch sein?“ – Jüngste Ereignisse geben uns ein warnendes Beispiel.

(Baldauf, CDU: Es gibt auch
gegenteilige Beispiele!)

Wir wollen auf qualitativ gutem Niveau einen Strafvollzug initiieren und weiterführen, der diesen Vorstellungen gerecht wird.

Auch andere Bereiche will ich jetzt nur streifen. Im Bereich der Verkehrspolitik, der Mobilität, planen wir erhebliche Investitionen. Herr Baldauf, Sie haben die demografische Entwicklung angesprochen. Für die nächsten 20 Jahre wird uns eine Entwicklung prognostiziert, bei der sich der Bevölkerungsstand immer noch auf dem Niveau befindet, auf dem er war, als wir die Regierung in Rheinland-Pfalz übernommen haben. Es sind also nicht Welten, die sich verändern.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Man muss dem gerecht werden, man muss es ins Auge fassen, aber man muss die Infrastruktur selbstverständlich weiterentwickeln. Herr Minister Hering, das gilt für den Rheinland-Pfalz-Takt, den ich bei Ihnen in sicheren Händen und weiterentwickelt weiß, ebenso wie für die Mobilität auf der Straße oder auf dem Wasser. Über diese Initiative, die hierzu nötig ist, sind wir uns einig. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, wie ich Bahnlärm für die Menschen erträglich minimieren kann. Ich weiß, was aus Ihrem Hause dazu kommt und dass sich diese Initiativen auf einem guten Weg befinden.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht aufzuzeigen, warum der Haushaltsentwurf so, wie er vorliegt, unserer Auffassung nach die richtigen politischen Schwerpunkte setzt. Er gibt uns die Kraft für die notwendigen Zukunftsinvestitionen in unserem Land. Wir können unser Land damit zu einem attraktiven, modernen Wirtschaftsstandort machen. Unser Land ist lebenswert für die Menschen, weil wir investieren und nicht, weil wir nur sparen. Herr Baldauf, da muss man mehr bieten, als Ihrer Rede zu entnehmen war. Wir haben den Rahmen mit dem Haushalt festgelegt, der jetzt noch zwei Tage lang diskutiert wird. Mit ihm können die Menschen in Rheinland-Pfalz eine gute Zukunft haben. Die Weichenstellungen für ein starkes und soziales Rheinland-Pfalz stimmen. Packen wir es an, nehmen wir die Arbeit auf uns. Ich denke, wir sollten mutig in die Zukunft schauen und nicht Menetekel an die Wand malen, so, wie Sie es getan haben.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, bevor Herr Kollege Mertin das Wort ergreift, begrüße ich auf der Zuschauertribüne Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 c des Gymnasiums Birkenfeld sowie Schülerinnen und Schüler der Klassen 12 und 13 der IGS Kandel. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Mertin, Sie haben das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zu Beginn meiner Ausführungen zunächst Herrn Staatsminister Zöllner für 15 Jahre gemeinsame Politik, die wir in Rheinland-Pfalz mit ihm gestaltet haben, ganz herzlich danken. Auch wenn nicht alle Ziele, die man sich vorgenommen hat, erreicht werden konnten, war es doch eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit, die, auch wenn wir die Dinge und Probleme aus unterschiedlichen Positionen angegangen sind, doch immer von dem Willen getragen war, gemeinsame, tragfähige Positionen zu finden.

Ich will nur zwei erwähnen: Das Hochschulsonderprogramm, das noch in der vergangenen Periode gemeinsam auf den Weg gebracht worden ist, sowie die Fachhochschulreform, die, wenn ich es richtig erinnere, auch von der CDU mitgetragen wurde. Herr Kollege Baldauf, deshalb hätte die Kritik an Herrn Kollegen Zöllner eigentlich etwas sanfter ausfallen können. Diese FH-Reform, die zusammen mit unserem Kollegen Heinrich Reisinger damals mitentwickelt und umgesetzt worden ist, ist schon ein Meilenstein, auch in unseren wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Wichtigkeit dieser Reform zeigt sich auch daran, dass die Fachhochschulen gerade in strukturschwachen Gebieten ein wichtiger Nukleus für die wirtschaftliche Entwicklung geworden sind.

Insofern hat sich Herr Kollege Zöllner durchaus Verdienste – und nicht geringe Verdienste – für dieses Land erworben, und wir danken ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

Für das, was in Berlin ansteht, wünsche ich ihm alles Gute. Es wird wohl nicht leicht werden, wenn man sieht, wie die Wahl des Regierenden Bürgermeisters abgelaufen ist. Er musste nicht den „vierfachen Simonis“, sondern nur den zweifachen machen. Aber immerhin, die Wahl war ein bisschen schwierig. Insofern mag es für ihn dort nicht ganz einfach sein. Man wird abwarten, wie es ihm gelingt.

Ihnen, Frau Staatsministerin Ahnen, Frau Staatsministerin Dreyer und Herr Staatsminister Bruch, wünsche ich Fortune in Ihren neuen Funktionen im Interesse und zum Wohle unseres Landes.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Auch die Entscheidung, Wissenschaft und Bildung zusammenzuführen und sozusagen ein echtes Kultusministerium bei dieser Gelegenheit zu schaffen, macht aus unserer Sicht Sinn.

Herr Kollege Hartloff, nur eines kann ich nicht so ganz nachvollziehen, weshalb das jetzt schon jährlich 500.000 Euro Einsparung erbringen soll. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Allein das Gehalt von Herrn Kollegen Zöllner macht nicht so viel aus. Bei Ministergehältern kenne ich mich noch aus. Das kann nicht sein.

(Hartloff, SPD: Ob das höher war?)

– Das war auch nicht höher. Das steht im Gesetz. Da kann nicht so viel gewesen sein.

Es fehlt noch einiges an den 500.000. Das Personal, das für ihn tätig war, usw., wird, wenn überhaupt – –

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

So habe ich auch Ihre Wortmeldung vorhin verstanden. Sie wollen keine Kündigungen; wenn überhaupt, wird das nur über die lange Schiene abzubauen sein. Dass das jetzt jährlich 500.000 Euro Ersparnis im Doppelhaushalt bringen wird, hinterfrage ich doch einmal. Das Ministergehalt, mag sein. Aber alles andere wird, wenn überhaupt, auf der langen Schiene möglich sein.

Aber vielleicht wollten Sie auch meine Kritik an der Vergrößerung des Apparats der Landesregierung auf Staatssekretärebene damit ein wenig in den Schatten stellen. Ich gestehe zu, durch diese Maßnahme ist es wieder ein Stück reduziert worden. Es bleibt aber immer noch ein zusätzlicher neuer „Quasi-Staatssekretär“. Insofern wird man das abzuwarten haben.

Aber so sehr das auch Sinn gemacht hat, erstaunt es doch, dass in diesem Ministerium jetzt drei Staatssekretäre übrig geblieben sind. Das ist eine Innovation, die ich bisher so im Lande nicht kannte. Ich erinnere mich, dass zu gemeinsamer Regierungszeit schon einmal zwei Ministerien zusammengelegt worden sind: Landwirtschaft und Weinbau sowie Wirtschaft und Verkehr. Damals waren drei Staatssekretäre vorhanden. Es blieben auch im neu geschaffenen Ministerium nur zwei.

(Eymael, FDP: So ist es!)

Insofern wäre das schon etwas, was überdenkenswert wäre. Der Vorteil, dass diese drei Staatssekretäre jetzt, ohne aus dem Hause zu gehen, gemeinsam eine Skatrunde gründen können, scheint mir für den Steuerzahler als Begründung nicht ganz ausreichend zu sein.

(Beifall der FDP)

Aber wir werden sehen, wie sich die Dinge noch entwickeln.

Herr Kollege Hartloff, nachdem sich der 1. Januar 2007 nähert, bleibt natürlich nicht aus, dass ich daran erinne, dass der 1. Januar 2007 für den Steuerzahler auch in Rheinland-Pfalz durchaus Veränderungen mit sich bringt, nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 %.

(Hartloff, SPD: Ich hätte es vermisst!)

– Ja, natürlich. Ich wollte sie nicht enttäuschen. Es war doch klar, dass das noch einmal kommen musste.

Insofern trage ich das selbstverständlich auch pflichtschuldigst vor; nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass vor der Bundestagswahl von jeder Partei etwas anderes versprochen worden ist. Deswegen muss es festgehalten werden.

(Beifall der FDP)

Es sind neben der Mehrwertsteuer die Versicherungssteuer erhöht und steuerliche Sondertatbestände verändert worden, die Pendlerpauschale wird eingeschränkt, der Sparerfreibetrag wird abgeschafft, das häusliche Arbeitszimmer ist nicht mehr absetzbar. Das sind durchaus Dinge, über die man mit uns hätte reden können. Allerdings hätte das im Übrigen dann zur Absenkung von Steuersätzen führen müssen und nicht lediglich nur, um Mehreinnahmen zu generieren.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber es ist nun einmal so beschlossen. Insofern müssen wir uns darauf einrichten, dass diese Mehrwertsteuererhöhung kommt und ab 1. Januar 2007 nebst den anderen Maßnahmen Geltung erlangen wird.

Diese Mehreinnahmen sollten aus unserer Sicht für die Haushaltskonsolidierung verwandt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass dies auch eine Begründung war, weshalb man einer solchen Erhöhung letztlich doch zugestimmt hat. Aber in der Haushaltseinbringungsrede hat Staatsminister Deubel deutlich ausgeführt, dass nicht alle Steuermehreinnahmen, die sich aus den Veränderungen ergeben, die ich eben schilderte, in die Konsolidierung gesteckt werden.

Er hat nämlich formuliert, damit steht der Haushalt im Jahr 2007 um rund 600 Millionen Euro besser da als 2005. Wir verwenden also rund 60 % der Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung und nur 40 % für Mehrausgaben. Auch bei Einbeziehung der Landesbetriebe ergibt sich noch ein Konsolidierungsanteil von rund 50 %.

Daraus kann man meines Erachtens schlussfolgern, dass nicht alle Mehreinnahmen, wie vorher gesagt worden ist, in die Konsolidierung gesteckt werden, und das wäre schon notwendig.

(Beifall der FDP)

Wenn man sich jetzt anschaut, wie sich die Nettokreditaufnahme im Verhältnis zur Einnahmenverbesserung entwickeln wird, stellt man schon Erstaunliches fest: Im Jahr 2007 werden 312 Millionen Euro Mehreinnahmen, 2008 428 Millionen Euro, 2009 504 Millionen Euro, 2010 578 Millionen Euro prognostiziert. So ist es im Finanzplan der Landesregierung nachzulesen. Die Nettokreditaufnahme entwickelt sich nun in der Weise, dass 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils mehr Kredite aufgenommen werden als gemeinsam für das Jahr 2006 vorgesehen. Als wir noch gemeinsam für dieses Jahr einen Haushalt aufgestellt haben, wurden weniger Kredite als in jedem der fünf Folgejahre nach Ihrer Planung aufgenommen. Das kann aus unserer Sicht nicht so völlig gelassen hingenommen werden.

(Beifall der FDP)

Ich zitiere insoweit aus einem Artikel der „Rheinpfalz“, wo Sie, Herr Kollege Hartloff, zitiert werden, dass Ihr Blick auf die Verschuldung des Landes gelassen ausfällt. Der Spagat zwischen Zukunftsentwicklung und Haushaltskonsolidierung sei gelungen, auch wenn das Ziel, die Nettoneuverschuldung auf null zu senken, noch nicht erreicht sei. „Das Ziel sei noch nicht erreicht“, so haben Sie formuliert. Das ist eine schöne Formulierung, wenn man sieht, dass Sie in den nächsten fünf Jahren jedes Mal mehr Schulden machen werden als dieses Jahr.

(Beifall der FDP)

Ich würde sagen, wenn Sie beim Hundertmeterlauf das Ziel erreichen wollen, dürfen Sie nicht in die falsche Richtung starten, sonst kommen Sie nie an, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP)

Das ist eine gewisse Schwierigkeit. Wenn Sie später feststellen, dass es die falsche Richtung war, dann haben Sie zumindest Zeit verloren.

(Hartloff, SPD: Marathon laufen! Den laufen wir in die richtige Richtung!)

– Aber auch da müssen Sie in die richtige Richtung loslaufen, sonst sind die anderen schon längst weg, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP)

Das mit den Sparvorschlägen ist ein altes Spiel, das ich noch aus der Vergangenheit kenne. Da habe ich auf der anderen Seite gesessen. Das haben Sie der CDU heute auch vorgehalten. Wir haben unsere Vorschläge unterbreitet, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Ich weiß aber, was eine Sparrunde bedeutet, da ich schon einmal eine mitgemacht habe. Ich weiß auch ganz genau, dass wir selbst dann, wenn wir uns mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU zusammentun, gar nicht die Mannkraft zusammenbringen, um diesen Haushalt nach allen Einsparvorschlägen durchleuchten zu können. Das können wir überhaupt nicht schaffen, das funktioniert überhaupt nicht, weil wir die Informationen, die

dafür notwendig sind, in dieser Form gar nicht haben, wie sie eine Landesregierung hat, die jede Haushaltspostition nach dem Ist-Stand und danach abfragen kann, wie sich die einzelnen Projekte entwickeln. Wenn wir das seitens des Parlaments in der Weise tun wollten, wie Sie das suggerieren, hätten Sie im nächsten Jahr noch keinen Haushalt beschlossen, weil das Verfahren so, wie Sie es darlegen, gar nicht funktioniert, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP und der CDU)

Da ich eine solche Sparrunde schon einmal mitgemacht habe, weiß ich, wie das ist. Es ist auch einfach, das der Opposition einfach zuzuspielen. Im Übrigen ist es sowohl im Bund als auch in unserem Land gute Tradition, dass es die Aufgabe der Regierung ist, den Haushalt einzubringen. Sie muss dies tun. Sie muss dann aber auch sagen, wo sie spart. Es kann nicht so sein, wie Herr Staatsminister Deubel das in seiner Einbringungsrede gesagt hat, nämlich wir müssen noch strukturelle Einschnitte vornehmen, aber die nehmen wir erst in den Jahren 2009 und 2011 vor.

(Beifall der FDP)

Das ist zu wenig, Herr Kollege Hartloff. Das können Sie nicht der Opposition zuschieben. Ich meine schon, dass strukturelle Einschnitte besser zu Beginn einer Legislaturperiode hätten vorgenommen werden sollen, weil das da nämlich leichter möglich ist. Herr Staatsminister Deubel, ich habe meine Zweifel, ob es wirklich gelingt, im Jahr 2009 solche Einschnitte vorzunehmen. Ich will die Absicht, die Sie angekündigt haben, nicht infrage stellen, und ich werde das auch lobend hervorheben, wenn Ihnen das tatsächlich gelingt, aber ich sehe, dass im Jahr 2009 eine Kommunalwahl, eine Europawahl und eines Bundestagswahl stattfinden. Da ist es erfahrungsgemäß schwer, strukturelle Einschnitte vorzunehmen.

(Beifall der FDP)

Danach laufen wir uns schon für die Landtagswahl warm. Auch da sind solche Einschnitte schwer. Deshalb bin ich der Meinung, es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, diese Einschnitte am Anfang vorzunehmen, aber man wird sehen, was insoweit noch an Vorschlägen unterbreitet wird, Herr Kollege Hartloff.

Herr Staatsminister Deubel hatte bei der Haushaltseinbringung – deshalb hatte ich ihn auch ein wenig als Copperfield der Finanzpolitik bezeichnet – raffinierte Dinge gemacht. Ich sage aber noch einmal: Es kann nicht richtig sein, zur Feststellung unseres Defizits die Aufwendungen für den Pensionsfonds herauszurechnen. Ich stimme Ihnen zu, dass dies geschehen kann, um sich mit anderen Ländern zu vergleichen. Wenn wir aber intern unseren Schuldenstand berechnen, gehören diese Ausgaben da mit hinein.

(Beifall der FDP)

Die führen dann eben zu einem höheren Defizit, als Sie gerne hätten.

Herr Kollege Baldauf, im Gegensatz zu Ihnen sehe ich die Sache mit dem Pensionsfonds schon etwas anders. Den Pensionsfonds jetzt auszusetzen, würde bedeuten, dass wir wahrscheinlich nie wieder die Kraft aufbringen würden, ihn wieder in Kraft zu setzen.

(Beifall der FDP)

Das ist im Sinne der Chancengerechtigkeit für nachfolgende Generationen aus unserer Sicht die falsche Politik. Die Generation, der jetzt die Verwaltung obliegt, muss entsprechend vorsorgen, damit nicht künftige Generationen allein mit dieser Pensionslast belastet werden.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Insoweit sehen wir uns nicht in der Lage, Ihren Änderungsanträgen zuzustimmen.

Herr Staatsminister Deubel, ich stimme mit Ihnen überein, dass es durchaus schlüssig ist, bei der Konstruktion, die wir für den Pensionsfonds gewählt haben, diese Zahlungen letztlich als Investition auszuweisen, weil natürlich das Land gegen die öffentlich-rechtliche Körperschaft Pensionsfonds eine Forderung erwirbt. Das ist schlüssig, und dagegen wende ich überhaupt nichts ein. Ich wehre mich nur dagegen, dass bei der Gelegenheit, als das gemacht wurde, keine zusätzliche Sperre in der Weise eingebaut wurde, dass man gesagt hat, die Aufwendungen für den Pensionsfonds sind aber bei der Ermittlung der Kreditobergrenze nicht mitzurechnen. Darum ging es mir, weil damit verhindert wird, dass durch diese Ummodellung ein höherer Basiswert und auf die jetzige Art und Weise künstlich die Möglichkeit geschaffen wird, die Nettoverschuldung zu erhöhen.

(Beifall der FDP)

Dagegen und nicht gegen die Konstruktion hatten wir uns gewandt. Die Konstruktion ist aus meiner Sicht schlüssig. Ein zusätzlicher Satz im Gesetzentwurf hätte genügt, um zu verhindern, dass dies bei der Berechnung der Verschuldungsgrenze eingerechnet wird.

Herr Kollege Hartloff, Sie haben vorhin auf die Ermittlungen der Bertelsmann Stiftung verwiesen. Im Hinblick auf den von Ihnen erwähnten Schuldenmonitor ist es sicherlich zutreffend, dass dieser Schuldenmonitor für uns durchaus positive Werte beinhaltet. Herr Kollege, ich erinnere mich, dass Sie vor einigen Tagen, als wir im Landtag über Schulden debattiert haben, dies auch so ausgeführt haben. Ebenso ist das durch Herrn Staatsminister Deubel so geschehen.

Eines haben Sie aber nicht erwähnt. In dem Schuldenmonitor heißt es nämlich – ich darf zitieren –: „Um die Verschuldung des Landes gemessen am Bruttoinlandsprodukt bis 2020 auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren, wäre auf Basis der Haushaltszahlen aus dem Jahre 2005 eine sofortige und dauerhafte Absenkung des Ausgabenniveaus um 4,27 % bzw. 600 Millionen Euro erforderlich.“ Das gehört zur Ehrlichkeit dazu, wenn man sich auf die Untersuchungen der Bertelsmann Stiftung beruft. Tatsächlich wird der Weg in diese Richtung aber

nicht konsequent gegangen. Ich hatte schon dargelegt, dass die Nettokreditaufnahme insoweit ein Problem darstellt.

Ich möchte schon darlegen, dass Verschuldung für die Menschen in unserem Land insgesamt ein Problem darstellt. Es wird häufig so getan, als ob man mit diesen Staatsschulden wunderbar leben könnte. Das kann man so lange tun, wie der Staat in der Lage ist, diese Schulden zurückzubezahlen. In dem Moment, in dem er das nicht mehr kann, trifft das die Masse unserer Bevölkerung. Das trifft alle die, die staatliche Schuldverschreibungen gekauft haben, weil sie nämlich das Geld nicht mehr bekommen. Es trifft diejenigen, die bei Banken Sparguthaben haben, weil die Banken plötzlich auch kein Geld mehr haben, um diese Sparguthaben zu bedienen. Insofern ist es wichtig, die Schuldenlast des Landes zu begrenzen.

Herr Kollege Baldauf, Sie haben vorhin den Vorschlag gemacht, das Land solle das Geld des Pensionsfonds lieber in argentinischen Staatsschuldverschreibungen anlegen. Das wäre nun der falscheste aller Ratschläge. Das ist doch in der letzten Zeit das Paradebeispiel dafür, dass sich ein Staat hoch verschuldet hat und nicht mehr in der Lage war, seine Schulden zu bedienen. Viele Menschen, die solche Schuldverschreibungen gekauft haben, haben Geld verloren. Dann leihen wir doch lieber das Geld des Pensionsfonds an das Land Rheinland-Pfalz aus, weil mir das etwas sicherer zu sein scheint, Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der FDP und der SPD –
Billen, CDU: Geld, das man nicht hat, kann
man auch nicht anlegen!)

Ich will gar nicht leugnen, dass auch seitens der Landesregierung Sparbemühungen angekündigt worden sind. Eine Ankündigung ist die Erhöhung der Beamtenbesoldung – mit einigen Ausnahmen, die Sie genannt haben, bei denen es zum Teil einen Inflationsausgleich geben soll – in Höhe von jeweils 0,5 % in den nächsten beiden Jahren. Das ist sicherlich im Hinblick auf die Haushaltsituation eine Maßnahme, die vielleicht getroffen werden muss. Ich frage mich nur, ob das durchgehalten werden kann.

Sie haben gestern Abend gesagt, Sie hätten im Hinblick auf die anspringende Konjunktur lediglich eine angemessene Lohnerhöhung gefordert. Medial ist nur leider etwas ganz anderes herübergekommen. Dadurch ist eine ganz andere Erwartungshaltung geweckt worden. Das konnte man auch in Interviews mit Gewerkschaftlern nachlesen. Ich erinnere mich, dass der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz, Herr Muscheid, schon gesagt hat, er wolle Sie daran erinnern, wenn es um die Beamtenbesoldung gehe. Es wird natürlich schwierig, diese Kurve zu bekommen, nachdem medial, auch wenn Sie das so nicht beabsichtigt haben, eine ganz andere Erwartungshaltung geweckt worden ist, so, als ob jetzt ein kräftiger Schluck aus der Lohnpulle möglich wäre.

Natürlich werden die Gewerkschaften, wenn es in den nächsten Jahren zu Tarifverhandlungen kommen wird, darauf hinweisen, dass die anspringende Konjunktur auch zu mehr Steuereinnahmen bei uns führt und sie an

diesen Steuereinnahmen partizipieren wollen. Insofern meine ich, wird es schwierig sein, die von Ihnen angekündigte Erhöhung der Beamtenbezüge um lediglich 0,5 % einzuhalten.

Wir werden das mit Sorgfalt beobachten. Wir meinen, dass es besser wäre, wenn sich die Politik aus Tarifverhandlungen heraushalten würde,

(Beifall der FDP)

weil das letztlich etwas ist, was die Tarifpartner untereinander – wenn das Land selbst Tarifpartner ist, muss es auch verhandeln – regeln sollten.

Allerdings merke ich an dieser Stelle zusätzlich an, dass das auch dann gilt, wenn man einen Tarifvertrag unterschreiben musste, mit dem man unzufrieden ist. Dann kann man nicht zur Politik kommen und sagen, korrigiert den mal schön. Die Tarifautonomie gilt nach allen Richtungen. Wenn von uns an der Stelle Zurückhaltung abverlangt wird, ist auch Zurückhaltung geboten, wenn der Tarifvertrag vielleicht nicht so geendet hat, wie man es wollte.

Sie haben die Änderung der Eingangsbesoldung vorgesehen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des höheren und des gehobenen Dienstes sollen in den nächsten drei Jahren eine Gehaltsstufe tiefer eingestellt werden. Hier habe ich Zweifel, ob das rechtlich möglich ist. Ich muss mich zu meinem Bedauern auf ein Gesetz berufen, das ich nicht so haben wollte, nämlich auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass es nur 1 : 1 umgesetzt wird. Leider ist dies nicht geschehen. Sei es drum.

Einige Auswirkungen und Missbräuche konnte man im „Spiegel“ und der „FAZ“ schon lesen. Auf diese will ich nicht eingehen. Dieses Gesetz ist in Kraft und gilt nach seinen Bestimmungen auch für den öffentlichen Dienst und damit auch für das Land Rheinland-Pfalz. Dieses Gesetz verbietet Diskriminierungen wegen Alters.

(Beifall der FDP)

Wenn Sie sagen, wir senken die Eingangsbesoldung ab, ist damit keine Absicht verbunden, wegen Alters zu diskriminieren. Rein faktisch ist es so, dass es sich in der Regel bei Neueinstellungen um junge Menschen handelt. Es ist selten jemand im fortgeschrittenen Alter. Auch eine solche mittelbare Diskriminierung wird von diesem Gesetz untersagt.

(Ministerpräsident Beck: Das
ist aber weit hergeholt!)

Eine mittelbare Diskriminierung ist im Gesetz ausdrücklich untersagt.

(Ministerpräsident Beck: Aber hierauf
bezogen, ist es weit hergeholt!)

– Es ist überhaupt nicht weit hergeholt. Die Eingangsbesoldung trifft immer Jüngere.

(Ministerpräsident Beck: Nicht immer!)

– Sie trifft in der Regel Jüngere. Wenn es de facto so ist, dann ist es eine mittelbare Diskriminierung. Jedenfalls kommt durchaus der Anwendungsbereich dieses Gesetzes infrage. Ich stimme Ihnen zu, dass dieses Gesetz Ausnahmetatbestände vorsieht, nach denen eine solche mittelbare Diskriminierung durchaus möglich ist. Dort ist nicht festgehalten, dass die leere Staatskasse ein Ausnahmetatbestand ist, der das rechtfertigt.

(Beifall der FDP)

Deshalb habe ich schon meine Zweifel, ob unter diesem Gesetz diese von Ihnen vorgesehene Einschränkung zulässig ist. Ich meine, es wäre durchaus sinnvoll, dies zu überprüfen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Herr Ministerpräsident, es ist aus meiner Sicht schon sehr schlüssig. Neueinstellungen treffen in der Regel Jüngere. Es wird niemand neu eingestellt, wenn er 55 Jahre alt ist. In der Regel ist eine bestimmte Altersklasse betroffen.

(Ministerpräsident Beck: Egal, wer es ist, er wird gleich behandelt!)

– Genau. Es trifft nur Sie. Sie wollen den Haushalt konsolidieren, und Sie konsolidieren nur bei denjenigen, die noch gar nicht da sind. Alle die, die da sind, werden privilegiert. Das ist nach diesem Gesetz ein Problem. Ich meine, deswegen rentiert es sich, dies zu überprüfen.

(Ministerpräsident Beck: Dann darf es auch keine Besoldungsstufen mehr geben!)

– Herr Kollege, das ist etwas, was unter Umständen als Folge dieses Gesetzes zu überprüfen ist. Das sehe ich durchaus so. Als Zwischenfazit möchte ich festhalten, dass die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht in dem Umfang angegangen wird, wie es uns zum Beispiel von der Bertelsmann Stiftung empfohlen wird.

(Beifall der FDP)

Dies ist aus meiner Sicht unter dem Stichwort der Chancengerechtigkeit ein Problem. Wenn wir den Haushalt nicht konsolidieren, werden zukünftige Generationen zusätzlich belastet. Wir werden den finanzpolitischen Spielraum für zukünftige Generationen einschränken, was aus unserer Sicht nicht sein sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unter dem Aspekt der Chancengerechtigkeit haben wir auch unsere Änderungsanträge eingebracht.

Herr Kollege Hartloff, ich gebe zu, dass man das unterschiedlich bewerten kann. Wir haben im Bildungsbereich – Sie haben es zu Recht erwähnt – gemeinsam die Sprachförderung auf den Weg gebracht. Sie haben gesagt, Sie hätten keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass es funktionieren wird.

Frau Kollegin Morsblech hat auch Gespräche geführt. Aus denen ergibt sich, dass es Schwierigkeiten gibt, das geeignete Personal zu bekommen, und es bisher noch

unklar ist, nach welchen Kriterien das abgehen wird und ob die angegebenen Stundenzahlen reichen werden. Auch soll keine Evaluation durchgeführt werden.

Deswegen haben wir gemeint, wäre es vielleicht sinnvoll, zusätzlich 2 Millionen Euro in diese Richtung umzuschichten, um sicherzustellen, dass das, was wir gemeinsam wollten, dass nämlich derjenige, der in die Grundschule kommt, auch gut Deutsch kann, wirklich erreicht wird.

(Beifall der FDP)

Dies tun wir – das haben Sie zu Recht ausgeführt –, indem wir die Beitragsfreiheit für weitere Kindergartenjahre als die, die wir gemeinsam beschlossen haben, zurückstellen. Die nächste Stufe der Freistellung soll insgesamt 7 Millionen Euro betragen. 2 Millionen Euro haben wir in den Bereich der Sprachförderung umgesetzt.

Wir sind der Überzeugung, dass es im Sinne der Chancengerechtigkeit auch wichtig ist, diese Umsetzung vorzunehmen, und zwar nicht nur in die Sprachförderung, sondern auch in die Hauptschulen, weil viele Absolventinnen und Absolventen der Hauptschulen ohne Abschluss die Hauptschule verlassen und deswegen geringere Chancen haben.

Aus unserer Sicht haben sich die Arbeitsweltklassen durchaus bewährt. Nach Auskunft der Landesregierung auf unsere Große Anfrage hin hätten 60 % derjenigen, die eine solche Arbeitsweltklasse besuchen, in eine Lehrstelle vermittelt werden können. Aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, dieses Instrument auszubauen, um die Chancen der Schülerinnen und Schüler am Lehrstellenmarkt zu verbessern.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, das ist aus unserer Sicht mehr und im Sinne der Chancengerechtigkeit wirksamer, als mit der Gießkanne alle vom Kindergartenbeitrag freizustellen, und zwar auch einen Minister. Das sollte meines Erachtens so nicht gemacht werden.

Wir haben an der Stelle eine andere Abwägung vorgenommen, als Sie sie treffen. Das respektiere ich. Genauso gut erlaube ich mir darzustellen, dass es aus unserer Sicht sinnvoller ist, diejenigen, die sich nicht selber helfen können, mit entsprechenden Maßnahmen zu unterstützen, als mit der Gießkanne alle zu beglücken, Frau Kollegin.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wenn wir genügend Geld hätten, hätte ich nichts dagegen, die Kindergartenbeiträge für alle freizustellen. Wir haben aber nicht genügend Geld. Wir stellen fest, dass wir noch Baustellen haben, die noch nicht zu Ende gebaut worden sind. Diese müssen erst zu Ende gebaut werden.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, Sie hatten formuliert, wir wollten 12,5 Millionen Euro sogenannte ESF-Mittel – das sind

die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds – abzweigen. Das klingt so, als ob es nicht zulässig wäre, dieses Geld für die Zwecke einzusetzen, die wir vorsehen.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Uns ist es nicht leicht gefallen, diesen Vorschlag zu machen. Wir sehen schon, dass die Mittel, die dort eingesetzt wurden, einem sinnvollen Zweck zugeführt werden. Hierbei handelt es sich um Mittel, die von der Bundesanstalt für Arbeit zum Teil bei uns im Land eingesetzt werden. Insgesamt waren es 88 Millionen Euro. Des Weiteren geht es um Mittel des Landes und der Europäischen Union in Höhe von 36 Millionen Euro.

Wir sehen schon, dass diese durchaus sinnvollen Zwecken zugeführt werden. Wir sehen aber auch, dass die Konjunktur anspringt, die Arbeitslosenzahlen zurückgehen und die Bundesanstalt für Arbeit Milliardenbeträge an den Bundeshaushalt zurücküberweist. Vor diesem finanzpolitischen Hintergrund fragen wir uns, ob es sinnvoll ist, die ESF-Mittel nicht zum Teil dahin umzuschichten, wo wir Nachholbedarf haben, nämlich in den Bereich der Wissenschaft.

(Beifall bei der FDP)

Die Situation stellt sich so dar, dass auf europäischer Ebene beschlossen worden ist, bis zum Jahr 2010 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Das ist etwas, worauf sich Bund und Länder im Juni ebenfalls geeinigt und dies so festgelegt haben. Deshalb meinen wir, ist es durchaus gerechtfertigt, darüber nachzudenken, diese Mittel zum Teil umzusteuern, weil wir in Rheinland-Pfalz, was diese Mittel angeht, nicht ganz vorne stehen. Das muss man in aller Ehrlichkeit sagen. Wir haben nach einer Statistik, die ich dem „Handelsblatt“ entnehmen konnte, einen hinteren Platz mit lediglich 1,77 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt, während die Spitzenbundesländer weit über 3 % liegen. Insofern gilt es, sie etwas zu steigern.

Wir meinen, vor dem Hintergrund der anspringenden Konjunktur und der sich daraus ergebenden Chancen ist es verantwortbar, 12,5 Millionen Euro aus diesem Bereich in den Bereich Wissenschaft und Forschung umzu-transferieren.

(Beifall der FDP)

Es ist dies auch nach unserer Überzeugung und nach den Richtlinien der Europäischen Union möglich. Dort ist es ausdrücklich genannt, dass für Wissenschafts-, für Technologietransfer und für Postgraduiertenförderung solche Mittel eingesetzt werden können.

(Beifall der FDP)

Deshalb halten wir es für gerechtfertigt, an der Stelle eine solche Umschichtung vorzunehmen.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP –
Hartloff, SPD: Darüber kann man streiten!
Das war nicht der Mittelpunkt
meiner Ausführungen!)

Ich will nicht sagen, dass diese Abwägung einfach ist. Das will ich gerne akzeptieren. Aber ich meine, sie ist durchaus vertretbar.

Herr Kollege Hartloff, wenn das Landeskindermittel ausgesetzt wird, wie Sie es vorhin ausgeführt haben und wie Herr Ministerpräsident Beck es bereits gestern Abend auf der Veranstaltung angekündigt hat, so ist das aus Sicht meiner Fraktion zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Herr Ministerpräsident, ich habe gestern sehr wohl zugehört, als Sie begründet haben, weshalb Sie persönlich gegen Studiengebühren sind. Ich kann das menschlich sehr gut nachvollziehen. Ich stamme aus einer Familie, die eine Zeit lang in einem Land gelebt hat, in dem Schulgeld bezahlt werden musste.

Das war für meine Eltern mit vier Kindern eine Kraftanstrengung. Ich bin dankbar, dass sie das gemacht haben, sonst würde ich heute nicht hier stehen. Ich weiß wohl, was das bedeutet.

Ich meine aber, dass sich unser Land – auch was die Möglichkeiten der Hilfe angeht – ein Stück weit weiterentwickelt hat. Ich meine, dass wir schon im Interesse unserer Studenten darüber nachdenken müssen, ob die völlige Ablehnung solcher Gebühren der Weisheit letzter Schluss ist.

(Beifall der FDP)

Es ist ja nicht so, dass die FDP-Fraktion mit wahrer Freude diesen Gebühren nachrennt. Das ist nicht unser Ziel.

Wenn wir es schaffen könnten, unsere Hochschulen so auszustatten, dass sie im Wettbewerb mit den anderen, ohne Gebühren zu erheben, mithalten können, dann ist das für uns kein Problem. Wir haben nur die Sorge, dass uns dies nicht gelingen wird, weil die Länder um uns herum, die solche Gebühren erheben, natürlich über die Gebührenerhebung den Universitäten erheblich mehr Mittel zur Verfügung stellen können, als wir es bisher tun konnten.

Die haben dann einen Attraktivitäts- und Qualitätsvorsprung, dem wir gegebenenfalls nicht folgen können. Dann stellt sich plötzlich das Nichterheben von Gebühren als großer Nachteil heraus, weil die Studenten, die bei uns dann studieren, gegebenenfalls nicht mehr die gleiche Qualität erhalten können, wie sie sie in anderen Ländern bekommen. Ich bin nicht allein mit dieser Einschätzung, auch der neue Präsident der Universität Mainz teilt diese.

Ich meine, es lohnt sich doch, darüber nachzudenken, ob wir es nicht hinbekommen, Gebühren in der Weise zu erheben, dass sie sozialverträglich sind, und Fälle, wie Sie sie gestern Abend genannt haben, trotzdem verkraften können, im Interesse des Ganzen, damit wir gut ausgestattete, gute Hochschulen haben, an denen unsere Studenten eine gute Perspektive entwickeln können.

(Beifall der FDP)

Was geschieht, wenn dem Staat dies nicht gelingt, konnte man am Sonntag in der Zeitung lesen. Ich konnte lesen, dass in Berlin Eltern eine Grundschulaktiengesellschaft gegründet haben, zu der sie ihre Kinder gegen hohe Beträge hinschicken, weil sie mit den Schulleistungen der staatlichen Schulen unzufrieden sind.

Das darf uns nicht passieren. Es darf nicht passieren, dass unsere staatlichen Schulen so weit ins Hintertreffen kommen, dass nur noch die, die Geld haben, in privaten Einrichtungen ihren Kindern eine gute Ausbildung geben können. Das müssen wir auf jeden Fall vermeiden.

(Beifall der FDP –
Bauckhage, FDP: So ist es)

Wenn Sie bei der Begründung der Aussetzung des Landeskindermodells ausgeführt haben, dies geschehe wegen des Hochschulpaktes, weil man schlecht neue Studienplätze schaffen könne, wenn man dabei auch Geld von außen bekomme, so stimme ich dem durchaus zu.

Diese Begründung richtet sich aber auch gegen die vorgesehene Landeskinderregelung selbst, weil die Hochschulen, die wir haben, nicht nur allein aus rheinland-pfälzischen Mitteln gebaut worden sind, sondern es sich immer um eine Mischfinanzierung gehandelt hat. Es haben immer andere mitbezahlt.

Von daher ist es schon problematisch, dann bezüglich dieser Hochschulen eine solche Landeskinderregelung zu schaffen.

(Beifall der FDP –
Ministerpräsident Beck: Wie auch woanders!)

– Natürlich, aber dort werden die Gebühren von allen erhoben. Der Rheinland-Pfälzer wird nicht besser behandelt als der Nordrhein-Westfale.

(Baldauf, CDU: So ist es!)

Hier aber ist es umgekehrt. Nach der Landeskinderregelung soll der Nordrhein-Westfale, der unsere Hochschulen mitbezahlt hat, schlechter behandelt werden als der Rheinland-Pfälzer. Das ist unter den gleichen Gesichtspunkten, mit denen Sie die Aussetzung begründen, nicht ganz deckungsfähig;

(Beifall der FDP)

denn wenn die neuen Mittel, die kommen sollen, der Grund dafür sind, dass mitfinanziert und es ausgesetzt wird, dann müssen es die alten Mittel eigentlich auch sein.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Wir wollen aber in der Sache vorankommen.

(Ministerpräsident Beck: Länderhoheit muss
Länderhoheit sein! Wenn es Länderhoheit
gibt, muss ich auch die Chance haben,
anders zu regeln als andere!)

– Ja, selbstverständlich. Aber die Länderhoheit setzt die Verfassung nicht außer Kraft.

(Beifall der FDP)

Es verstößt natürlich schon gegen den Gleichheitssatz, wenn Sie von jemandem, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, für die gleiche Leistung einen Beitrag nehmen und von einem Rheinland-Pfälzer nicht, zumal dieser Nordrhein-Westfale über den Länderfinanzausgleich die Hochschule hier mitbezahlt hat. Es war früher immer eine Mischfinanzierung, da das Land Rheinland-Pfalz nie alleine bezahlt hat.

(Beifall der FDP –
Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Wir doch auch!
Wir zahlen dort drüben doch auch Gebühren!)

– Ja natürlich, aber Sie werden dort nicht schlechter behandelt als die Einheimischen.

Das ist das Problem der Landeskinderregelung. Das macht es auch verfassungsrechtlich so schwierig.

Aber sie wird ausgesetzt. Wenn das Land Glück hat, wird sie nie in Kraft gesetzt, sodass diese eine Insellösung, die sich anbahnte, zunächst einmal verhindert ist.

Wir haben auch in anderen Bereichen eine Insellösung, die unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit aus meiner Sicht nicht ganz haltbar ist, nämlich die Tatsache, dass in vielen anderen Bundesländern zwischenzeitlich das Abitur nach zwölf Jahren gemacht werden kann und bei uns nicht.

(Beifall der FDP)

Das ist im Verhältnis zu diesen anderen Schülern, die dort das Abitur nach zwölf Jahren machen können, ein Stück weniger Chancengerechtigkeit.

Den Ladenschluss will ich als Insellösung nur kurz erwähnen. Auch er bringt meines Erachtens im Verhältnis zu den umliegenden Bundesländern unsere Standorte in Gefahr, weil dort zukünftig ganz anders als im Verhältnis zu unserem Land operiert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt aber beschränkt sich nicht nur auf Bildung und Wissenschaft, sondern es gibt auch andere Bereiche, die es anzusprechen gilt.

Hier ist es für uns schon kein besonders gutes Ergebnis, dass wir bei den Regionalisierungsmitteln in den nächsten zwei Jahren aus dem Landessäckel zuschießen müssen. Regionalisierungsmittel sind die Gelder des Bundes, die dem Land zur Verfügung gestellt worden sind, nachdem sich der Bund bei der Privatisierung der Deutschen Bahn vom Schienenpersonennahverkehr verabschiedet hat.

Die Länder sollten dies tun. Die Mittel hatte der Bund insoweit zugesagt und hat sie jetzt gekürzt. Ich gestehe Ihnen gerne zu, dass in Verhandlungen eine Verbesse-

rung im Verhältnis zu dem erreicht werden konnte, was ursprünglich gewollt war.

Es bleibt aber eine Deckungslücke, die nicht voll aus dem Haushalt getragen wird, sondern ein Teil soll von den Zweckverbänden noch eingespart werden.

Hier ist es für uns von hoher Priorität, dass diese Einsparungen nicht so erfolgen, dass der Kernpunkt des Rheinland-Pfalz-Taktes davon betroffen ist und die Vernetzung der Verkehre nicht weiterhin effizient erhalten bleibt. Das ist für uns ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang.

(Beifall der FDP)

Für uns ist auch weiterhin wichtig, dass die Absatzbewegungen, die beim Bau der Hunsrückbahn feststellbar waren, nicht voranschreiten, sondern die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass diese Bahn so, wie es vor der Landtagswahl von dem Herrn Kollegen Bauckhage mit den entsprechenden Vertretern noch verabredet worden ist, auch gebaut wird, weil sie wichtig ist für das Infrastrukturprojekt Flughafen Hahn. Wir wollen, dass diese Bahn deshalb gebaut wird.

(Beifall der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, demnächst wird auch der neue Fahrplan in Kraft treten. Wie bei der Einbringung schon vermutet, wird dieser Fahrplan die bestgefüllte Direktverbindung von Montabaur nach Mainz abschaffen.

Der am meisten genutzte Zug fährt nicht mehr direkt von Montabaur nach Mainz, sondern endet in Wiesbaden. Das ist aus unserer Sicht das Anzeichen dafür, dass die Bahn den Einstieg in den Ausstieg der Bahnhöfe Mainz und Montabaur bei den Schnellbahnverbindungen plant.

Ich fordere die Landesregierung auf, tätig zu werden, um diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen für uns auch zukünftig zu erhalten.

(Beifall der FDP)

Wir konnten in den vergangenen Tagen auch in der Zeitung lesen, dass es zu Problemen im Bereich der B 10 im Hinblick auf die Auswirkungen von neuen Urteilen kommen kann, sodass sich eventuell die Planung verzögert. Selbstverständlich legen wir großen Wert darauf, dass eine vernünftige und rechtssichere Planung gemacht wird, damit dieses für die Pfalz wichtige und wirtschaftliche Infrastrukturprojekt durchgeführt werden kann. Aber wir legen auch Wert darauf, dass diese Verzögerungen nicht zum Anlass genommen werden, das ganze Projekt nach hinten zu schieben.

(Beifall der FDP)

Wir möchten, dass im Interesse der Westpfalz möglichst schnell Planungssicherheit geschaffen wird, damit diese ihre wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben kann.

Es ist gut, dass der Flughafen Zweibrücken weiterentwickelt wird. Wer sich mit der Sache beschäftigt, stellt

auch fest, dass in Zweibrücken wesentlich bessere Voraussetzungen für die Entwicklung eines Flughafens herrschen als in Saarbrücken. Langfristig muss es aber trotzdem gelingen, zwischen beiden Ländern eine Einigung zu erzielen, da ansonsten ein Subventionswettkampf droht, den am Schluss beide Länder nur verlieren können und der letztlich im Interesse des Steuerzahlers nicht gewollt sein kann. Deswegen meine ich, es wäre ein erster Schritt, voranzukommen und vielleicht beide Flughäfen von ein und demselben betreiben zu lassen, wie dies Herr Kollege Eymael bereits vorgeschlagen hat. Ich meine, das wäre ein erster Schritt, die festgezurrten und fest verzahnten Verhandlungspositionen aufzudröseln.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben im Land Rheinland-Pfalz auch zu überlegen, wie wir mit den Folgen der Gesundheitsreform umgehen. Ich möchte nicht darüber debattieren, ob das, was dort gemacht wird, sinnvoll ist, aber eines scheint mir doch klar zu sein: Es wird Auswirkungen auf unser Land haben, zum Beispiel auf die Krankenhausstruktur. Es ist aus meiner Sicht unstrittig, dass viele Krankenhäuser das, was dort beschlossen wird, so nicht einfach werden verkraften können.

(Beifall der FDP)

Insofern muss natürlich überlegt werden, wie das aufgefangen werden kann, damit auch zukünftig eine flächendeckende Krankenhausstruktur erhalten werden kann.

Aber die Krankenhäuser sind nicht nur von diesem Gesichtspunkt aus ein Problem, sie sind auch aus einem anderen Aspekt heraus für uns mit Schwierigkeiten behaftet. Wir haben eine AOK, die zukünftig im Wettbewerb stehen wird. Wir haben eine AOK, die zukünftig sogar – so jedenfalls die Planungen – insolvent gehen können soll. Aus Gesprächen weiß ich, dass diese AOK im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern den höchsten Landesbasisfallwert im Bereich ihrer Kalkulation einbeziehen muss. Dieser Landesbasisfallwert bezieht sich auf unsere Krankenhausstruktur. Damit wird unsere Krankenhausstruktur unter anderem mitfinanziert. Wenn dieser Wert hoch ist, verursacht er auch bei der AOK hohe Kosten. Das heißt, auch im Interesse der AOK müssen Veränderungen vorgenommen werden, damit sie zukünftig im Wettbewerb mit den anderen überhaupt bestehen kann, sodass von beiden Seiten eine Planung der zukünftigen Krankenhausstruktur für unser Land notwendig ist.

Wir erwarten Vorschläge von der Landesregierung, damit es sich nicht zufällig ergibt, welches Krankenhaus als erstes Pleite macht. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass wir irgendwann einmal keine richtige, ordentliche und flächendeckende Krankenhausversorgung mehr haben. Dem Zufall der Pleite eines Krankenhauses sollten wir dies nicht überlassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP –

Hartloff, SPD: In der Schlussfolgerung sind wir uns einig!)

Ja, aber es wird nicht leicht werden. Ich weiß, wie das ist. Es wird nicht leicht, aber es wird eine Folge dieser Gesundheitsreform sein.

Herr Ministerpräsident, ich will gern zugestehen, dass bei Hartz IV ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt worden ist, das den Kommunen unseres Landes gut tut. Ich hoffe, dass die verfassungsrechtlichen Bedenken, die aufseiten der Bundesebene in diesem Zusammenhang geäußert wurden, geklärt werden können. Es wäre schade, wenn dieses gute Verhandlungsergebnis aus verfassungsrechtlichen Gründen letztlich nicht zum Tragen käme. Ich habe nicht die Gelegenheit gehabt, dies zu überprüfen, möchte aber schon festhalten, dass das Finanzergebnis für die Kommunen unseres Landes bei dem erzielten Kompromiss ein gutes Kompromissergebnis ist, das ihnen hilft. Insofern hoffe ich, dass dieser Kompromiss auch hält.

Herr Kollege Baldauf, Sie haben vorhin die Verfassung bemüht, als es um den Haushalt ging. Aber Ihre Fraktion wird morgen einem Gesetz zustimmen, das aus meiner Sicht verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist. Auch dort gilt die Verfassung. Auch dort müssen Sie sie beachten, Herr Kollege.

(Beifall der FDP –
Baldauf, CDU: Das ist Ihre Meinung!)

– Das ist nicht nur meine Meinung. Herr Kollege Baldauf, es ist bezeichnend, dass Sie zu der Anhörung keine Verfassungsrechtler geladen haben, sondern nur die kommunalen Spitzenverbände. Das ist klar. Die kommunalen Spitzenverbände haben natürlich bestätigt, was Sie wollten. Wir haben einen Verfassungsrechtler benannt, der sehr überzeugend dargelegt hat, dass das, was vorgenommen werden soll, verfassungsrechtlich hoch problematisch ist und dies die Maßstäbe unserer Finanzverfassung verrückt. Er hat dargelegt, dass die Maßstäbe, nach denen Steuern und Beiträge erhoben werden, in sehr problematischer Form verwischt werden und letztlich die Kommunen dadurch auch keine Rechtssicherheit erhalten werden, Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der FDP)

In dem Ziel, den Kommunen in diesem Fall Rechtssicherheit zu geben, sind wir uns einig. Aber wenn in dem Gesetz steht, dass es in einigen Fällen mit der allgemeinen, flächendeckenden Einführung des wiederkehrenden Beitrages ein Problem geben kann und die Kommune dies in ihrer Satzung berücksichtigen soll, ohne ihr zu sagen, wie sie dies tun soll, ist sie genauso der Klage ausgesetzt wie vorher auch.

(Beifall der FDP)

Sie hat kein bisschen Rechtssicherheit erhalten, und ich meine, es wäre schon vernünftig, darüber nachzudenken, ob das Gesetz in dieser Form überhaupt verabschiedet werden soll.

(Vizepräsident Bauckhage
übernimmt den Vorsitz)

Wenn das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz zu unserem POG vorliegt, sollte aus unserer Sicht auch das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz insoweit novelliert werden und an die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst werden. Ich weiß, dass derzeit eine Klage beim Verfassungsgerichtshof anhängig ist, und es macht wenig Sinn, eine solche Novellierung anzugehen, bevor der Verfassungsgerichtshof nicht entschieden hat. Ich meine aber, wenn dies geschehen ist, sollten wir eine entsprechende Novelle anstreben,

(Beifall der FDP)

nicht zuletzt, um auch verfassungsrechtlich klarzustellen, unter welchen Voraussetzungen in Rheinland-Pfalz Rasterfahndung und Lauschangriff möglich sind. Es besteht Handlungsbedarf, und ich meine, wenn der Verfassungsgerichtshof zu den anstehenden Klagen über unser Polizeirecht entschieden hat, sollten wir dies im Land in aller Ruhe, aber doch zügig angehen.

Herr Staatsminister Bruch, ich habe mit großer Zustimmung den Beschlüssen folgen können, die die Innenministerkonferenz zum Bleiberecht gefasst hat. Ich bin fast durchweg mit allem einverstanden. Aber irritiert hat mich das, was danach in der Presse zu lesen war. Ich weiß nämlich jetzt immer noch nicht, was gelten soll, weil urplötzlich auf Bundesebene – oder wo auch immer – etwas ganz anderes gewollt wird. Das ist nicht das, was wir an Rechtssicherheit an dieser Stelle brauchen. An dieser Stelle wünschte man sich schon mehr Klarheit, ohne dass ich Ihnen einen Vorwurf machen kann. Ich habe nicht gelesen, dass Sie ausgebüxt wären. Aber nachdem ein Teil wieder ausgebüxt ist, ist das, was eigentlich notwendig und gewollt ist, leider nicht erreicht worden. Wir haben immer noch Unsicherheiten, was ein vernünftiges Bleiberecht für langjährig Geduldete angeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich eine Anmerkung zu einem Fall machen, der in meiner Heimatstadt vorgekommen ist und der deutlich macht, dass es durchaus sehr schwer ist, die richtigen und notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ich möchte in aller Klarheit sagen, wenn jemand nach Deutschland kommt und mit falschen Angaben Asyl beantragt, kann uns die Tatsache, dass zwischenzeitlich drei Kinder in Deutschland geboren wurden, nicht daran hindern, eine Ausweisung vorzunehmen, wenn alle Rechtsmittel ausgeschöpft worden sind.

Wenn wir das nicht machen, spielen wir denjenigen in die Hände, die jeden Tag draußen den Rattenfänger für braune Politik spielen, weil sie uns vorwerfen, wir würden nicht konsequent abschieben, wenn rechtskräftig feststeht, dass jemand kein Asyl hat.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich meine, deswegen ist dies eine richtige Entscheidung. Ich möchte Sie ausdrücklich unterstützen und weiß auch aus Gesprächen mit Polizeibeamten sehr wohl, dass es sich niemand leicht macht, in einem solchen Fall eine Abschiebung vorzunehmen, auch ich nicht. Ich habe es mir wohl überlegt, bevor ich diese Äußerungen gemacht

habe. Aber ich meine, es ist auch richtig und konsequent, in einem solchen Fall eine Abschiebung vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden den Haushalt in den nächsten zwei Tagen weiter beraten. Nach dem, was ich ausgeführt habe, wird es Sie nicht überraschen, dass die FDP-Fraktion dem Haushalt letztlich nicht zustimmen können. Wir werden dies nicht machen, Herr Kollege Baldauf, nein, Herr Kollege Hartloff

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– der Herr Kollege Baldauf hat heute schon in Sachen Verfassung von mir Ansprachen erhalten, ich wende mich jetzt wieder dem Herrn Kollegen Hartloff zu –,

(Baldauf, CDU: Das war jetzt ein Kompliment!)

weil die Nettoneuverschuldung ansteigt. Das können wir in dieser Form so nicht mittragen, da es die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ein wenig gefährdet, weil aus unserer Sicht im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit andere Schwerpunkte gesetzt werden sollten und wir deshalb eine etwas andere Vorstellung davon haben, wie die Politik im Land entwickelt werden soll.

Wir werden aber auch in den nächsten fünf Jahren genauso wie heute konstruktiv über den richtigen Weg mit Ihnen streiten.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich ein herzliches Dankeschön an all diejenigen sagen, die ihre Positionen bisher grundsätzlich eingebracht haben, nämlich die Herren Fraktionsvorsitzenden. Ich bedanke mich natürlich in besonderer Weise bei Herrn Kollegen Hartloff dafür, dass er signalisiert hat, wie es während der gesamten Haushaltsberatungen der Fall gewesen ist, dass mit den entsprechenden Ergänzungen und Veränderungen, die das Parlament zur Beschlussfassung positiv vorgeschlagen hat, die Linie der Landesregierung getragen wird.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass wir vor wichtigen politischen Herausforderungen stehen. Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Das gilt europaweit, ja es gilt weltweit. Wir wissen, dass wir parallel dazu eine europäische Entwicklung in unsere Überlegungen einzubeziehen haben, die von Erweiterung und Stabilisierung, aber zugleich von einem notwendigen inneren Reformprozess dieser europäischen Gemeinschaft geprägt sein muss. Das hat für ein Land wie Rheinland-Pfalz, das viele europäische Nachbarn

hat – die Belgier, die Luxemburger und Franzosen –, das aber auch eine so hohe Exportquote hat, natürlich eine ganz große Bedeutung.

Es geht darum, Rheinland-Pfalz, das sich gut entwickelt hat – wir werden im nächsten Jahr sechs Jahrzehnte Bestehen dieses Landes miteinander feiern –, weiterzuentwickeln. Es gilt, die Weichen so zu stellen, dass das, was man landläufig Globalisierung nennt, was in diesen europäischen Prozess eingebunden werden muss, aber auch das, was die innere Entwicklung Deutschlands, und damit auch von Rheinland-Pfalz angeht, richtig zu begleiten, damit wir an vielen Stellen Vorreiterpositionen einnehmen können, wie dies zuvor bereits gelungen ist.

Das wird nie in allen Politikfeldern gelingen; denn andere bemühen sich auch. Insoweit wollen wir dort, wo andere gute Zeichen setzen, auch davon lernen. Wir wollen an der Solidarität in Deutschland auch partizipieren. Es ist alles andere als eine Schande, wenn man aus dem Länderfinanzausgleich noch eine Summe bezieht. Sie ist im Übrigen in Rheinland-Pfalz viel kleiner als das, was an andere Länder, beispielsweise nach Bayern, an anderen Transfers in Wissenschaft und Hochschule oder in betriebliche Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten geflossen ist. Insoweit stehen wir dazu. Das lasse ich auch mir nicht vorhalten.

Ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit, unter dem Strich würde dieses Land auf jeglichen Finanzausgleich sofort verzichten können, wenn wir über ein Jahrzehnt hinweg zuverlässig die gleichen Zuwendungen in Bereichen wie der genannten Wissenschaft, der Hochschulen, aber auch den Transfers, die in den Bereich der Kultur fließen, und vieles andere mehr bekämen.

Ich bejammere das nicht, dass ich nicht missverstanden werde. Wir werden das aus eigener Kraft heraus miteinander schaffen. Es ist aber überhaupt kein Grund vorhanden, ständig so zu tun, als müssten wir uns bei irgendjemand dafür entschuldigen, dass das, was in der deutschen Verfassung steht, auch für Rheinland-Pfalz gilt.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, es kommt selbstverständlich auch darauf an, dass wir uns auf die demografische Entwicklung einstellen. Ich bin froh darüber, dass es zumindest bei dieser Haushaltsdebatte von niemanden so eingeführt worden ist, als müssten wir ein Horrorszenario miteinander beschreiben. Das ist zum Glück nicht so. Wir werden mehr ältere Menschen in unseren Reihen haben. Darauf müssen wir uns einstellen. Das bedeutet, dass das Ziel, für Familien mit Kindern, für junge Menschen, besonders viel zu tun, ein prioritäres Ziel bleibt. Das heißt aber auch, dass wir für die älteren Menschen eine Gesellschaft vorbereiten wollen, in der sie ihre Kraft und ihre Kreativität in einer bürgergesellschaftlichen Art und Weise einbringen können.

Wir wollen eine Gesellschaft schaffen, in der alten Menschen, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen, die Würde gegeben wird, die ihnen zusteht. Auch das ist

jetzt als Weichenstellung vorzunehmen. Auch dazu zeigt dieser Landeshaushalt in klare Richtungen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wohl wahr, es wird keine so gravierenden Veränderungen in der Bevölkerungszahl geben. Als ich vor etwas mehr als zwölf Jahren durch dieses Parlament zum Ministerpräsident dieses Landes gewählt worden bin, hatten wir knapp 3,6 Millionen Einwohner. Wenn wir das mittlere Szenario unseres Statistischen Landesamtes zugrunde legen, wovon wir allgemein bei unseren Prognosen ausgehen, dann werden wir rund 3,7 oder 3,8 Millionen in 25 bis 30 Jahren haben werden. Es ist also nicht so, dass wir ein entvölkertes Land haben. Aber es ist schon so, dass wir uns darauf einzustellen haben.

Mit dem Landesentwicklungsplan IV wird das Land Rheinland-Pfalz als erstes deutsches Land eine Landesplanung vorlegen, die auch die Frage der demografischen Entwicklung heruntergebrochen auf die einzelnen Teilregionen mit als Planungsgrundlage entwirft und vorgibt. Darauf müssen Regional- und städtebauliche Planungen, Dorfentwicklungsplanungen und unsere Förderpolitik eingestellt werden.

Wenn wir das mit diesem Gedanken der Bürgerschaftlichkeit koppeln, dann glaube ich, sind wir auf einem richtigen Weg hinsichtlich der Bewältigung dieser Veränderungen, verbunden damit, dass wir froh darüber sein können, dass Menschen im Schnitt älter, und zwar gesund älter werden können. Das ist kein Horror, sondern ein Segen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht natürlich darum, dass wir heute eine Entwicklung einleiten, die der ohne Zweifel geringeren Zahl von jüngeren Menschen, die in den Jahren 2025/2030 dann als Arbeitnehmer, als Hochschullehrer, als Selbstständige, als Unternehmerinnen und Unternehmer, also in all den Funktionen, die eine Gesellschaft braucht, Verantwortung haben, gerecht wird. Es werden weniger Menschen in dieser Altersgruppierung sein, auch wenn wir die Lebensaltersstufe nach oben erweitern, als notwendig sein wird.

Wir müssen deshalb Personen, die diese Verantwortung haben werden, jetzt so gut wie immer nur möglich vorbereiten, das heißt, so gut wie möglich alle Fähigkeiten, die in den Menschen angelegt sind, zu fördern. Auch dazu finden Sie in diesem Landeshaushalt, in diesem Doppelhaushalt und in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung für diese Legislaturperiode eine klare Orientierung und eine klare Positionierung. Auch darauf möchte ich hinweisen.

Es kommt uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in besonderer Weise darauf an – ich möchte andere nicht ausschließen –, dass diese Gesellschaft von einer Klammer der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheitlichkeit und der Solidarität umgeben ist.

Diejenigen, die diese Hilfe nicht brauchen, wollen wir gewinnen, ihren Beitrag aus eigener Überzeugung zu leisten und möglichst viele mitzunehmen, möglichst

gerecht die Chancen zu verteilen. Auf dieser Grundlage wollen wir am Ende ein in sich gesundes Füreinander als Individuum und ein Verantwortung empfindendes Gesellschaftssystem erhalten und, wenn notwendig, weiterentwickeln oder wieder stärker entstehen lassen. Das ist unsere Vorstellung einer sozialen und gerechten Gesellschaft.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Dabei kommt es darauf an, die Frage zu klären, was kann das Individuum leisten und was muss solidarisch abgesichert werden. Man muss immer neu abwägen und es immer wieder in Balance bringen. Das ist zweifelsfrei richtig. Das muss aus meiner Sicht die politische Diskussion dieser Tage und der kommenden Jahre speisen. Damit wir möglichst niemand verlieren und auf der anderen Seite Kreativität, die aus Freiheitlichkeit resultiert, nicht unterdrücken und es nicht unattraktiv wird, machen wir das. Darum ringen wir. Um die Frage muss sich auch eine Grundsatzdebatte zum Haushalt drehen. Ich finde, dazu haben wir ganz interessante Ansätze gehört. Ich will mich bei Herrn Kollegen Martin und Herrn Kollegen Hartloff dafür ausdrücklich bedanken. Dem stellen wir uns ohne Scheuklappen und ohne zu meinen, dass die jeweils eigene Überzeugung der Abgrenzung der Findung dieser Balance der allerletzte Schluss sein muss. Man braucht eine Überzeugung, sonst kann man nicht an die Dinge herantreten. Wer selbst keinen Standpunkt hat, ist nicht in der Lage, Standpunkte anderer abzuwägen und die angesprochene Ausgewogenheit zu suchen und zu finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gehen in die Zukunft mit einem Bild, das nicht neu ist. Das hat die letzten fünfzehneinhalb Jahre Regierungsverantwortung zwischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Liberalen geprägt. Das wird die zukünftige Zeit unter der Verantwortung der Sozialdemokraten in diesem Land prägen. Wir gehen davon aus, dass wir einen Weg finden werden, unsere ökonomischen Erfolge fortzusetzen. Diese sind entscheidend wichtig dafür, dass wir unsere Gesellschaft tragen können. Sie sind entscheidend wichtig dafür, dass wir am Arbeitsmarkt Erfolg haben. Das wiederum ist eine der entscheidenden Grundlagen dafür, dass Menschen aus eigener Kraft für sich, ihre Familien und für die Gemeinschaft eintreten können. Das ist Freiheit. Das ist ein Freiheitsbegriff, wie wir ihn definieren wollen, nämlich Menschen die Chance zu geben, aus eigener Kraft für sich zu sorgen und zu wissen, in Wechselfällen des Lebens wird man nicht allein gelassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mit diesem Ziel des ökonomischen Erfolges und des arbeitsmarktpolitischen Erfolges muss natürlich die ökologische Verantwortung verbunden bleiben. Das ist ganz ohne Frage. Wir haben das in Deutschland selbst erlebt. Als wir dieses Bewusstsein nicht ausreichend hatten, ist das Pendel zu weit ausgeschlagen. Wir haben das erlebt und erleben es noch manchmal im Alltag. Insgesamt haben wir erlebt, dass wir uns über dreieinhalb bis vier Jahrzehnte in der Republik nicht ausreichend darum gekümmert haben, weil zum Beispiel andere Dinge der unmittelbaren Not das Bewusstsein der Menschen ge-

prägt haben. Mit größten Anstrengungen und hohem Aufwand mussten wir diese ökologische Verantwortung wieder ausgleichen, soweit dies machbar ist. Wer eine ganz spannende Studie über die Entwicklung in China gelesen hat, der wird auch wissen, dass dort verantwortliche Leute in hohen Positionen sagen, was wohl auch von der chinesischen Regierung aufgenommen worden ist, man habe die wirtschaftliche Entwicklung von drei Jahrzehnten ökologisch „verwirtschaftet“. Das ist schon ein Wort. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht das, was wir schon einmal als Fehler gemacht haben und deshalb anderen nicht einfach vorwerfen können, wieder machen. Man muss mit Augenmaß und Vernunft handeln. Das heißt, dass wir uns nicht irgendwelchen Wunschziffern hingeben dürfen, ohne sie zu relativieren.

Ich habe das gestern Abend gesagt. Ich will das ausdrücklich wiederholen, um diese Grundsätze begreifbar zu machen und um die Orientierung der rheinland-pfälzischen Regierung erkennbar zu machen. Ich habe gestern Abend vor den Unternehmerverbänden daran erinnert – viele Kolleginnen und Kollegen waren mit dabei –, dass hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die CO₂-Emissionen – das ist sicher eine der vordringlichsten Herausforderungen, die wir weltweit zu bestehen haben – Deutschland einen Anteil an Einsparung von annähernd 22 % übernommen hat.

Wenn wir das auf der Zeitschiene nach dem Kyoto-Prozess betrachten, dann sind wir gut auf der Reihe. Wir hinken nicht hinterher, sondern wir sind eher gut auf der Reihe. Europaweit gelten ansonsten im Schnitt etwa 8 % Vorgabe. Jetzt zu sagen, wir packen in Deutschland noch einmal 3 % obendrauf, ist aus meiner Sicht so nicht akzeptabel. Das sage ich in aller Klarheit und Deutlichkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Baldauf, deshalb habe ich Ihnen damals so vehement widersprochen, als Sie öffentlich gefordert haben, die Zertifikate sollten versteigert werden. Das ist populär und zumindest für Rheinland-Pfalz falsch. Ich bin davon überzeugt, die BASF würde das verkraften. Eine solche Entwicklung würde auch dazu führen, dass wichtige Zukunftsinvestitionen vielleicht in Amsterdam oder außerhalb Europas getätigt würden. Darüber sollten wir uns nichts vormachen. Sie würde es insgesamt verkraften.

Für die rheinland-pfälzische Zementindustrie oder für die Keramikindustrie im Westerwald, die mit engen Margen arbeiten muss, weil sie sonst auf den Weltmärkten die Konkurrenz nicht mehr herstellen könnte, würden wir das Ende einläuten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist unser ökologischer Weg einer, der auf unsere technologischen Fähigkeiten setzt, auf die technologischen Fähigkeiten durch Dienstleistungen, die wir anbieten, auf Entwicklungen, die wir präsentieren können, auf den Bau von Maschinen, Geräten, Automobilen usw. Wir können Wirkungsgrade anbieten, die eine deutlich bessere Effizienz hinsichtlich des Energieeinsatzes bedeuten.

Unser weiteres Ziel ist es, dass wir im passiven Bereich Energie sparen. Wir tun sehr viel mehr, als bisher in Deutschland getan worden ist. Dort liegt gerade für Rheinland-Pfalz eine riesige Chance. Wir haben die Hersteller der Grundstoffe für Dämmstoffe. Wir haben die Dämmstoffhersteller im Land. Diese Kette kann ich fortsetzen bis hin zu den hoch qualifizierten Handwerksbetrieben, die das in den privaten und öffentlichen Häusern einbauen und es so mit modernen Heizanlagen und modernen Energiegewinnungsanlagen und mit dem kombinieren können, was über Netzversorgung vorhanden ist. Da ist die große Chance zur Wertschöpfung. Da ist eine riesige Chance, dass wir wirklich für die weltweite Entwicklung mit unseren Technologien etwas erreichen können, ohne die nicht eintretende Idee zu haben, wir könnten zu den Indern, Chinesen oder gar zu den Afrikanern gehen, die am Tag vielleicht mit einem Dollar auskommen müssen, und ihnen sagen: „Schränkt euch einmal schön ein.“ – Das wird eine Illusion bleiben.

Wir müssen auf andere Technologien setzen. Wir müssen auch auf unsere End-of-pipe-Technologie setzen, also auf die Reinigung von Luft, Wasser und von Böden, wenn sie kontaminiert sind. Das ist unsere Chance. Das können wir. Das wollen wir in Rheinland-Pfalz vorantreiben.

Bei allem Verständnis dafür, dass man als Opposition natürlich Umschichtungen machen muss, glaube ich, dass genau an der Stelle ein Stück mehr Öffentlichkeitsarbeit geboten wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Das ist genau da geboten, weil wir mehr Aufklärung brauchen und weil wir darüber hinaus über eigene Programme, aber auch über das Programm des Bundes zur Energieeffizienz große Wertschöpfungsketten auslösen können, die auch tragen.

Die Gelder sind alle ausgebucht. Es hat auch keinen Sinn, einfach Geld hineinzupumpen.

(Dr. Schmitz, FDP: Da brauchen Sie nicht darüber zu informieren, wenn Sie ausgebucht sind!)

– Na ja gut, ich informiere nicht nur Sie als Person, sondern ich will auch unsere Position als Landesregierung deutlich machen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das Sinn macht; denn – wie gesagt – diese Gelder sind in Anspruch genommen worden. Das wirkt sich an den Märkten aus. Ich habe gerade in den letzten Tagen mit zwei Innungsmeistern – Elektro und Installation – Verbindung gehabt und mit denen gesprochen. Die spüren das deutlich. Noch einmal einfach Geld hineinzugeben, macht deshalb keinen Sinn, weil uns das sofort in die Preise geht. Damit hätten wir nicht mehr erreicht, sondern nur die Preise und vielleicht auch die Attraktivität gestört.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat – Frau Conrad, helfen Sie mir – etwas mehr als 3 % Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß. Wenn uns Brüssel jetzt zwingt, Weiteres zu tun – das wird nur erreichbar sein, wenn dann Unternehmenszweige hier weggehen –, dann haben wir weltweit so gut wie nichts bewegt. Im Gegenteil, die, die hier weggehen und außerhalb der EU ope-

rieren, die werden zu ganz anderen, für die Umwelt sehr viel problematischeren Bedingungen weiter produzieren. Also lassen Sie uns auf unsere Fähigkeiten setzen und vertrauen und dahin auch unsere Ressourcen lenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der dritte Orientierungspunkt bleibt die soziale Gerechtigkeit. Deshalb muss es immer eine Balance in der Interessensverteilung in einer Gesellschaft geben. Davon bin ich fest überzeugt. Das gilt nach vielen Jahren der Lohnentwicklungen, die im Wesentlichen unter der Preissteigerungsrate endeten, auch für die Löhne. Ich habe nie etwas anderes gesagt. Dabei bleibe ich auch. Es geht um angemessene Lohnsteigerungen.

So ist es auch nicht, dass wir als Politiker über diese Fragen überhaupt nicht reden könnten; denn wenn es daneben geht, kommen die alle zu uns und sagen: Wie sieht es aus? – So ist es auch nicht, dass wir nicht über Orientierung reden können. Das sage ich meinen Freunden in den Gewerkschaften genauso wie den Freunden in den Unternehmerverbänden. Den Mund lassen wir uns noch nicht verbieten.

Das hat auch gar nichts damit zu tun, dass man sich in die Tarifautonomie einmischt. Ich werde natürlich nie ein Wort dazu sagen, wie viel in der Chemie oder in der Metallindustrie oder da oder dort drin ist, weil ich weiß, wie differenziert das erstens alles ist und zweitens, weil das in der Tat über die Tarifvertragsparteien viel besser geregelt ist, als es Politik zu regeln vermag. Deshalb Ja zur Tarifautonomie, aber auch Ja dazu, dass ein angemessener Lohnanteil jetzt möglich ist und auch zur Verfügung steht. Das jetzt zu übertragen und zu sagen „Nun schaut einmal, wie es in diesem Land Rheinland-Pfalz mit den Beamtinnen und Beamten ist“, das darf – wahrscheinlich muss – ein Interessensvertreter des Beamtenbundes und der Gewerkschaften sagen.

Lieber Herr Baldauf, wir haben eine andere Verantwortung, die ein Stück darüber hinausgeht. Zum Glück ist es so, dass unsere Beamtinnen und Beamten, die in der ganz großen Mehrheit einen hervorragenden Job machen, es deshalb auch nicht verdient haben, dass Sie hier Vorschläge machen, die nur gingen, wenn man in großer Zahl Menschen entlässt. Nur dann ginge es. Da die Beamten nicht zu entlassen sind, würden dann alles die Arbeitnehmer tragen müssen. Das sind Ihre Vorschläge. Ich komme gern noch einmal darauf zurück, wenn Sie es mir nicht glauben. Kollege Hartloff hat es Ihnen bis ins Einzelne vorgerechnet. Solche Androhungen zu machen und dann mit jedem, der wieder gegen jede Detailkürzung draußen protestiert, mit zu protestieren, das will ich von meiner Seite aus unqualifiziert lassen.

(Beifall der SPD)

Wenn ich über Angemessenheit rede, ist natürlich ein Bereich, in dem die Arbeitsplatzsicherheit nicht infrage steht, anders zu beurteilen. Die Effizienzgewinne, die Unternehmen übrigens teilweise mit sehr harten Schnitten auch für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht haben, müssen wir, weil wir eben nicht Menschen entlassen und entlassen werden – das sage ich Ihnen zu, also das, was der CDU-Vorsitzende hier be-

schrieben hat, wird in Rheinland-Pfalz mit dieser Regierung nicht kommen, hier wird niemand entlassen, das will ich den Menschen in aller Klarheit sagen –, anders erzielen.

(Beifall der SPD)

Aber weil wir so vorgehen, brauchen wir längere Zeit zur Konsolidierung. Deshalb kann ich hier nicht über größere Lohnspielräume reden, wie dies in konsolidierten und gut verdienenden Unternehmensbereichen durchaus geht. Ich glaube, das kann man jeder Frau und jedem Mann auch erklären.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich zu dieser Orientierung an der sozialen Verantwortung noch einen Punkt andocken. Dazu gehört die Vorsorge für das Alter. Deshalb können wir nur dafür werben, dass die Angebote, die es gibt – Riester-Rente oder andere gleichwertige Angebote –, und die Vorsorge, die es aufgrund betrieblicher oder tariflicher Regelungen gibt, auch genutzt werden. Die nächste Rentnerinnen- und Rentnergeneration wird ihren Lebensstandard nur halten können, wenn sie auch private Vorsorge treibt. Wir werden ehrlicherweise ein Rentenniveau halten können, das irgendwo bei 42 % oder 43 % der letzten Einkommen liegt. Das wird real über die Sozialsysteme erreichbar sein. Da muss man, um das heutige Niveau zu erreichen, das bei 60 % oder 65 % liegt, natürlich individuell unterschiedlich, zusätzlich Vorsorge treiben. Es hat keinen Sinn, den Leuten etwas anderes zu sagen. Es geht schlicht und einfach nicht anders.

Wir haben heute auf vier Menschen im arbeitsfähigen Alter eine Rentnerin oder einen Rentner. Wir werden in 25 oder 30 Jahren auf zwei Menschen im arbeitsfähigen Alter eine Rentnerin oder einen Rentner haben. Egal, welches Sozialsystem wir wählen, wie immer wir es auch kombinieren, dies wird nicht aufgehen, wenn wir nicht ein Stück stärker auf private Vorsorge setzen, als es in der Vergangenheit notwendig und auch möglich war, weil wir eine andere Aufbauanlage in Deutschland hatten und die Leute zuerst ein Dach über dem Kopf schaffen mussten usw.

Das ist unsere Vorstellung. Ich würde dem gern eine Chance hinzufügen. Dass diese nicht einfach in der Umsetzung ist, ist mir äußerst bewusst, eine Chance, über eine Beteiligung am betrieblichen Produktivvermögen und über eine Mitarbeiterbeteiligung eine Veränderung auch in der Vermögensverteilung in Deutschland zu erreichen. Die Vermögensverteilung in Deutschland ist deutlich zugunsten derjenigen auseinandergeklafft, die über Kapital ihr Geld verdienen. Dies müssen wir wieder aufeinander zuführen. Da ist die Beteiligung am Produktivkapital, am Investivkapital in den unterschiedlichsten Ausprägungen ein gutes Mittel. Dafür wollen wir uns einsetzen. Wir werden in Rheinland-Pfalz dafür Vorschläge machen. Ich hoffe aber auch, dass dies insgesamt deutschlandweit zu einem Thema wird. Ich freue mich darüber, dass die beiden großen Volksparteien übereinstimmen. Ich habe Äußerungen – beispielsweise von Herrn Niebel – gerade dieser Tage gehört. Ich hoffe, dass wir da zusammenkommen. Da wird es auch in den Details – ich bin da illusionsfrei – noch heftige Unter-

schiede geben. Aber wenn wir die Linie einmal zusammenhaben, dann müssten wir auch einen fairen Weg finden, um das umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir auf diese Art und Weise die Grundorientierung unserer Gesellschaft hinbekommen, wenn wir dies mit dem Willen zur kulturellen Vielfalt und zur inneren Offenheit und Liberalität in unserer Gesellschaft verbinden können, dann bin ich zuversichtlich, dass es für die Menschen, die heute leben, und für diejenigen, die nach uns kommen werden, eine gute Grundlage ist, um gern in diesem Land Rheinland-Pfalz zu leben.

Dazu haben wir in den kommenden beiden Jahren, aber auch in den kommenden fünf Jahren – für diesen Zeitraum legen wir die mittelfristige Finanzplanung vor – Weichen zu stellen. Um das geht es in diesem Haushalt.

Lieber Herr Kollege Baldauf, wenn das, was ich jetzt gesagt habe, nicht eine klare Orientierung ist – Sie hatten mir vorgeworfen, wir würden überhaupt nicht wissen, wo wir herumtaumeln –, dann weiß ich nicht, was eine politische Orientierung ist. Ich bleibe auf jeden Fall dabei, meine Freundinnen und Freunde auch.

(Beifall der SPD)

Diese Richtung muss in klare politische und haushaltspolitische Entscheidungen gegossen werden. Dieser Orientierung, jetzt in diesen Haushalt gießend, haben wir die Überschrift „Investieren – Konsolidieren – Vorsorgen“ gegeben. Zu diesen Stichpunkten will ich einige Bemerkungen machen.

Es gilt, dass wir über diese Legislaturperiode die Verfassungsgrenze in Rheinland-Pfalz einhalten. Das gelingt vielen Ländern, auch solchen, die mir als Beispiel vorgehalten worden sind, nicht.

Wir werden in dieser Legislaturperiode 1 Milliarde Euro an neuen Impulsen für die Bereiche Wissenschaft, Infrastruktur und Wirtschaft einsetzen. Das ist gemessen an der Größenordnung dieses Landes viel Geld. Davon wird die Hälfte in den Bereich der Mobilität gehen. Ein Flächenland braucht das. Da gibt es zwischen der Auffassung des Kollegen Hering und dessen Vorgänger, den ich jetzt nicht ansprechen darf, weil er gerade präsiert – aber Respekt kann man trotzdem ausdrücken –, keinen Unterschied, vielleicht in der einen oder anderen Beurteilungsfrage, aber nicht in der Linie, der Richtung. Die wird weiter fortgeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in diesem Zeitraum auch in erheblichem Maße konsolidieren. 1,2 Milliarden Euro Konsolidierung stecken in dieser mittelfristigen Finanzplanung. Ich komme noch einmal darauf zurück, weil vorhin wie von einem Jongleur mit Zahlen geworfen worden ist, der vergisst, dass man die Bälle auch wieder auffangen muss, die man in die Luft wirft.

Im Übrigen, Herr Kollege Baldauf, gerade diesem Land vorzuwerfen, es hätte Probleme mit der Bonität und seiner Refinanzierung auch dort, wo wir uns an Finanzmärkten finanzieren, wäre eine tiefe Ungerechtigkeit

gegenüber unserer Finanzverwaltung, gegenüber denen, die dies im Aufgabenbereich von Herrn Kollegen Deubel machen. Wir haben eine Situation – das ist dem Geschick der Leute zu verdanken; das kann von der politischen Spitze immer nur begleitet und unterstützt werden –, dass wir Finanzierungsmargen, Zinsmargen haben, die fast auf dem Niveau liegen, wie sie der Bund erreichen kann.

So etwas zu sagen, kann wirklich nur damit zusammenhängen, dass es gut wäre, wenn ein Fraktionsvorsitzender, wenn er zum Haushalt redet, zumindest an den Grundsatzdebatten im Haushalts- und Finanzausschuss teilnehmen würde. Ich habe es auch getan.

(Beifall der SPD)

Es ist nicht schlimm und Ihre eigene Sache, in welche Sitzungen Sie gehen und in welche nicht. Aber wenn Sie sich hinterher an das Rednerpult stellen und Debattenbeiträge in der Öffentlichkeit abgeben, die durch die Beratungen klar hätten widerlegt werden können, wenn Sie da gewesen wären und es wahrgenommen hätten – dies müssen Sie mir erlauben –, dann werde ich das zurückweisen. Das weise ich schon allein wegen der hohen Qualifikation und der Erfolge der Beamten, die dieses Geschäft machen, in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall der SPD)

Ich habe von Investitionen in die Zukunft gesprochen. Die Investitionsquote wird in einer Größenordnung einschließlich der Landesbetriebe, die Sie so gerne geißeln, um hinterher zu fordern, wir sollten Doppik machen – – – Was wäre denn das andere, als genau das zu machen, was wir machen? Was wäre das andere? Erklären Sie es mir.

(Pörksen, SPD: Das ist schwierig! –
Baldauf, CDU: Sie wissen doch, wie es ist!)

– Ich weiß, wie es ist. Ich schon.

Die Landesbetriebe, die Sie so gern geißeln, einbezogen haben wir eine Investitionsquote von rund 13 % geplant. Das ist im Vergleich der Länder recht viel. Es ist eine richtige Antwort – davon bin ich überzeugt – auf diese Zukunftsfragen, von denen ich geredet habe, weil vieles davon in Mobilität, Wissenschaft und Weiterbildung geht. Dort sind zentrale Ansätze auf der investiven und nicht nur auf der konsumtiven Seite.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt wird für Technologie und Innovation der Ansatz um ein Drittel erhöht und beläuft sich im Doppelhaushalt auf 39 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, in Hochschule und Forschung – zu Recht von Ihnen allen zu einem klaren Schwerpunkt auch Ihrer Positionierung erklärt – haben wir dieses 125-Millionen-Hochschulsonderprogramm. Daran will ich erinnern dürfen. Herr Kollege Hartloff hat es deutlich gemacht. Aber man darf es noch einmal in

Erinnerung rufen. Herr Kollege Kuhn hat besonders große Steine ins Wasser geworfen, was ich von der Wellenwirkung her nicht in Abrede stelle. Aber dieses Programm, das wir „Wissen schafft Zukunft“ genannt haben und fortsetzen werden, wird im Jahr 2008 zusätzlich um 50 % aufgestockt. Damit stehen im Doppelhaushalt, den wir Ihnen vorgelegt haben, 62,5 Millionen Euro für eine weitere Verbesserung dieser 125 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Schwerpunkt wird gesetzt.

Wenn wir diesen Bereich so wichtig nehmen – ich glaube, es ist richtig, dass wir das gemeinschaftlich tun –, dann muss man an einigen Punkten Klarheit schaffen.

Wir haben zwischen den Positionen der FDP und der Sozialdemokratie eine unterschiedliche Positionierung zum Thema „Studiengebühr“. Ich verstehe die Sorge, was die Finanzausstattung angeht. Aber ich setze dem entgegen, dass ich ziemlich sicher bin, dass nirgendwo, wo Studiengebühren genommen werden, diese einfach in die Hochschulen fließen, vielleicht direkt schon. Aber schauen wir einmal unter dem Strich, ob die Anstrengungen plus die Anstrengungen, wie wir sie nachweislich unternehmen, plus die Studiengebühren in die Hochschulen fließen. Ich bin sicher, wir werden dort anderes erleben.

(Frau Morsblech, FDP: Das ist doch deren Fehler!)

– Das ist deren Fehler. Ihr Vorschlag.

Wir haben lange genug zusammen regiert, um zu wissen, wie schwer es im Einzelnen ist, wenn zwischen Haushalten und Interessen ausgewogen werden sollte.

Frau Morsblech, bitte bringen Sie mich nicht dazu, aus Erfahrungen aus dieser Zeit zu reden. Da war ich immer heilfroh, dass Herr Kollege Kuhn an unserer Seite war, der ein so heftiger Verfechter der Hochschulinteressen war, sonst wäre auch in der Vergangenheit vieles anders gelaufen, was die Haushaltsausgewogenheit anbelangt. Also bringen Sie mich nicht in die Verlegenheit, das erzählen zu müssen, was ich da erlebt habe. So ist es nicht, dass einer nur die reine Lehre vertritt.

Ich akzeptiere, dass Sie es so wollen. Ich sage nur, wenn ich uns in die Relation zu anderen Ländern setze – das war die Argumentation des Herrn Kollegen Mertin, die ich akzeptiere – und komme in Nachteil, dann darf ich diese Frage auf jeden Fall stellen und muss sie mit abwägen. Deshalb ist es richtig, dass wir aus der Anstrengung aller und nicht der Anstrengung nur der Studierenden und deren Eltern diese Verbesserung der Hochschulausstattung zu leisten willens sind, und wir sind dies.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal sagen, wir haben Vorsorge getroffen. Übrigens ist das auch kein Kurswechsel. Wer zugehört hat und nicht

selbst Protokolle lesen will, dem kann ich anbieten, wir stellen gerne die Reden des Herrn Kollegen Zöllner zur Verfügung, als er über diese Fragen von diesem Pult aus nachgedacht hat. Ich habe die Chance, dass dies jemand für mich tut. Es ist wahr. Ich weiß, wie ausgelastet man als Abgeordneter ist. Das meine ich ganz ernst. Man kann nicht immer alte Protokolle lesen.

Es war stets klar, es ist ein Mittel, um für den Fall der Überforderung eine Schutzmauer einziehen zu können. Es war nie etwas anderes.

Es hat sich jetzt über diese Maßnahmen, an deren Zustandekommen – das sage ich jetzt in aller Bescheidenheit – die rheinland-pfälzische Landesregierung keinen ganz unmaßgeblichen Anteil hatte – auch die Tatsache, dass ich da noch einen Gang gehen musste, den ich selbst einmal als Canossagang bezeichnet habe, weil es mir nicht so leicht gefallen ist nachzuverhandeln, aber ich bedanke mich da auch bei meinen Gesprächspartnern, der Kanzlerin und Herrn Kollegen Stoiber –, die Möglichkeit ergeben, einen solchen Ansatz in die Verfassung aufzunehmen und daraus den Hochschulpakt zu entwickeln. Wir haben jetzt eine neue Chance.

Die Interessenverteilung nach dem Hochschulpakt ist nicht so, wie wir sie uns gewünscht haben, aber sie ist besser als das, was wir bisher hatten. Sie ist auf jeden Fall auch besser als das, was wir hätten, wenn wir es hätten scheitern lassen. Es entfällt auf uns jetzt die Aufgabe – das ist vorhin schon erwähnt worden –, 5.800/5.900 neue Studienplätze zu schaffen.

Wenn das so ist und wenn wir von den Anmeldungen wissen, dass nach der jetzigen Einschätzung 2.000 bis 3.000 kommen werden, macht es natürlich Sinn, jetzt keine Mauer zu ziehen, weil wir sie nicht benötigen. Im Gegenteil, wir benötigen eine offene Tür für unsere Landeskinder oder für junge Leute aus anderen Ländern, um die Quote, die wir zu einem großen Teil finanziert bekommen, aufgrund des Hochschulpakts erfüllen zu können.

Ich meine, das ist eine völlig logische Handlung. Insoweit bin ich der Kollegin Ahnen sehr dankbar, dass sie die neue Notwendigkeit gesehen und die Weichenstellungen unmittelbar so vorgenommen hat, dass nicht nachgebessert werden muss, sondern in das Gesetz selbst die neue Perspektive eingefügt werden kann. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür bei der SPD-Fraktion. Ich lade die anderen Fraktionen natürlich auch ein mitzumachen, damit die in den vergangenen Tagen entstandene Aktualität in die Parlamentsberatungen einbezogen werden kann.

Ich will noch einmal kurz auf das Thema „Studiengebühren“ zurückkommen. Ich habe ein Wort zu den unterschiedlichen Einschätzungen der freien Demokraten gesagt. Ich weiß aber nicht, woran wir mit der CDU dran sind. Herr Kollege Baldauf, Sie haben dazu beredt kein Wort gesagt. Ich habe einmal im Wahlprogramm der CDU Rheinland-Pfalz nachgesehen. Wenn Sie das nachlesen wollen, finden Sie es auf Seite 39.

(Harald Schweitzer, SPD: Das lohnt nicht!)

Im zweiten Absatz steht, wir werden keine Studiengebühren einführen.

(Pörksen, SPD: Sehr vernünftig! –
Frau Morsblech, FDP: Können Sie
auch gar nicht! –
Heiterkeit bei der SPD)

– Wo sie recht hat, hat sie recht.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Das war damals wohl eine Positionierung, die unter dem Gesichtspunkt entstanden ist, was täten wir, wenn wir dürfen könnten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im „Trierischen Volksfreund“ ist Herr Baldauf dahin gehend zitiert worden, er spreche sich gegen ein kostenpflichtiges Erststudium aus, aber die Erfahrungen der anderen Länder seien durchaus zu beobachten. Da habe ich gedacht: Aha, was jetzt?

(Licht, CDU: Ich gehe davon aus,
dass Sie so was auch täglich
machen! Oder?)

– Wir wissen alle, wie man redet, wenn man offensichtlich einen Kurswechsel in einer solchen Frage einleiten will.

(Licht, CDU: Dann sind Sie täglich zitierbar!)

– Ich bin immer zitierbar.

Ich erwarte in dieser zentralen Frage, dass die CDU Rheinland-Pfalz sagt, ob das, was unter der Führung von Herrn Böhr in dieser Frage gegolten hat, weiter gilt oder nicht. Woran sind wir? Auf eine Antwort auf diese Frage haben die Menschen meiner Meinung nach ein Recht, nicht nur auf die allgemeinen Aussagen, die wir heute Morgen gehört haben.

(Beifall der SPD)

Kein Wort!

(Licht, CDU: Dann holen wir Ihr Wahlprogramm
und machen das auch!)

– Gerne. Sie können jeden Satz vorlesen. Jeden Satz!

(Beifall der SPD)

Jeden Satz aus unserem Wahlprogramm werden Sie in meiner Regierungserklärung wiederfinden. Das ist der Vorteil, wenn man eine Mehrheit hat. Wenn wir wieder zusammen regiert hätten, hätten wir anständige Kompromisse machen müssen. Damit hätte ich auch leben können. Das wären aber anständige Kompromisse gewesen. Zu den Dingen, die schwierig sind, gibt es nur Allgemeinplätze, und dann wird auf uns eingedroschen. Dort aber, wo es schwierig wird, wird nicht gesagt, wo

man steht. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, lieber Herr Baldauf.

(Beifall der SPD)

Zur Bildung: Das Land Rheinland-Pfalz wird mit „Bildung von Anfang an“, mit den angekündigten Ergänzungen der Ganztagschule, mit der pädagogischen Aufwertung in den Kindertagesstätten und Schulen, mit der Kontrolle der Qualität in den Schulen und all dem, was Frau Ahnen auf den Weg gebracht hat, auch in Zukunft die Menschen so gut wie möglich vorbereiten. Wir wollen dazu beitragen, dass niemand auf dem Weg verloren geht. Das gilt insbesondere für die Schwächeren. Wir wollen aber auch, dass die Stärkeren in der Gesellschaft, auch wenn die Eltern bei den Hausaufgaben nicht helfen können, ihre Fähigkeiten möglichst optimal entwickeln können. Das ist unsere Bildungspolitik. Das ist der Kern unserer Schulpolitik. So wird das auch bleiben.

(Beifall der SPD)

Dafür wenden wir 3,16 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren auf, nicht Millionen, sondern 3,16 Milliarden Euro.

Zur Verbesserung der Qualität an rheinland-pfälzischen Schulen sind in diesem Doppelhaushalt 37 Millionen Euro veranschlagt. Wir werden darüber hinaus die Lernmittelfreiheit um 50 % erhöhen, wofür 26 Millionen Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung stehen. Wir werden auch solche Dinge, die Ungerechtigkeiten sind, wie die Tatsache, dass Kinder aus Kostengründen nicht am Mittagessen in Ganztagschulen teilnehmen können, in Ordnung bringen. Die Mittel dafür – 1 Millionen Euro per anno – stehen zur Verfügung.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weiter zu den Schwerpunkten: Arbeitsplätze, erfolgreiche Wirtschaftspolitik – Sie erinnern sich an mein Ausgangsbild – heißt natürlich, dass wir gerade in diesem Land weiter eine mittelstandsfreundliche Politik betreiben wollen. Darauf können sich die jungen Menschen, die sich überlegen, ob sie selbstständige Existenzen gründen wollen, stützen. Darauf können sich auch die verlassen, die selbstständige Existenzen in diesem Land – sei es im Handwerk, im Dienstleistungsbereich oder im industriellen Bereich – betreiben.

Wir wollen, dass für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze über die Förderprogramme weiter 191 Millionen Euro aufgewendet werden.

Wir wollen darüber hinaus bei der Arbeitsmarktpolitik – dazu bekennen wir uns, weshalb wir die Anträge der Oppositionsfractionen, das zu streichen, zurückweisen –, dass in der Verantwortung der Kollegen Hering und Dreyer unsere erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik auch durch eine Förderung gerade im mittelständischen Bereich fortgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht umsonst eine Arbeitslosenquote von 7,1 %. Das ist die drittgünstigste

Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist unmittelbar Politik für die Menschen.

(Beifall der SPD)

Den Mittelständlern sage ich: Die Verlässlichkeit, die Sie mit Hans-Artur Bauckhage an der Spitze des Ministeriums gewohnt waren, werden Sie auch bei Henrik Hering haben. Daran kann es und wird es durch unsere Politik keine Zweifel geben.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über Mobilität – ein ganz wichtiger Punkt gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz – habe ich gesprochen.

Hierzu gehört, dass wir auch Menschen über Umgehungsstraßen entlasten. Dies fällt mir ein, wenn ich den Bürgermeister aus Klingenmünster, einer schönen Gemeinde in der Südpfalz, unter uns sehe. Es wird darum gehen, dass wir die wichtigen Schlüsselverbindungen vorantreiben, und zwar im Straßenbau die B 50, die B 10, die A 63-Ertüchtigung usw. Ich muss aus Zeitgründen nicht alles aufzählen.

Wir werden weiterhin auf die beiden Flugplätze setzen. Hahn ist ein sich weiterentwickelndes Erfolgsmodell. Wir haben – dem Kollegen Hering sei Dank – einen Paradigmenwechsel erreicht, was die Fliegerei auf dem Flugplatz Zweibrücken angeht, und zwar zusammen mit den anderen drei Säulen. Wir werden auch dranbleiben – Herr Kollege Mertin, das ist von Ihnen zu Recht angemahnt worden –, dass die Hunsrückbahn ein Eckpunkt bleibt. Das ist ausgehandelt. Wir gehen davon aus, dass es auch gilt. Wir werden darauf bestehen. Daran kann es für uns keinen Zweifel geben.

Meine Damen und Herren, im Doppelhaushalt sind für Investitionen über den Landesbetrieb Straßen und Verkehr 331 Millionen Euro für den Erhalt und den Ausbau des rheinland-pfälzischen Straßennetzes eingesetzt. Auch dort wird es immer Wünsche geben. Das wird immer so sein. Wenn der Winter nicht ein Sommer bleibt, wie er es jetzt ist, wird es im Frühjahr wieder kaputte Straßen geben. Wir versuchen, dagegen anzugehen. Man kann natürlich jedes Schlagloch zu dem des Kollegen Hering oder meinem erklären. Damit leben wir auch. Wir wissen alle, dass wir uns nur bemühen können. Ich finde, dieser Ansatz ist beachtlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Thema „Mobilität und Familien“. Auch hier will ich deutlich machen, dass für die Familienpolitik im weitesten Sinn des Wortes im Doppelhaushalt 513 Millionen Euro vorgesehen sind. Dazu gehören die Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten, die Verbesserung der pädagogischen Ausstattung in den Kindertagesstätten und die Öffnung für die ab Zweijährigen.

Dazu gehört auch, dass wir bis zum Jahr 2010 auf der Grundlage des von Frau Ahnen eingebrachten Gesetzes den Rechtsanspruch für Zweijährige auf einen Kindergartenplatz bis zum Jahr 2010 und die Ziele der Beitragsfreiheit und der pädagogischen Verbesserungen in vollem Umfang umgesetzt haben werden. Deshalb wer-

den wir den Antrag der FDP-Fraktion nicht unterstützen können, die 7 Millionen Euro für die Gebührenfreiheit zu streichen, so sehr es auch wichtig ist, dass wir auf die Sprachförderung – hier sind wir uns einig – einen Schwerpunkt legen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort zu der wieder aufgeflammt Diskussion über die Kosten der Unterkunft sagen. Wir haben schon darüber debattiert. Deshalb muss ich das nicht noch einmal dem Grunde nach wiederholen. Wir hatten nach einem heftigen Ringen erreicht – ich bin dem Kollegen Deubel, aber auch dem Chef meiner Staatskanzlei sehr dankbar, dass sie die Bemühungen intensiv unterstützt haben –, dass der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD bei Stimmenthaltung der FDP und der GRÜNEN gegen die Stimmen der PDS, oder wie der Verein jetzt heißt – – Das ist jetzt ein Verein geworden. Ich weiß den Namen nicht mehr genau. Das geht alles so schnell.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Soll ich Ihnen aufzählen, wo Ihre Freundinnen und Freunde mit denen in den Kommunen regieren?

(Beifall bei der SPD)

Die haben sogar gemeinsame Oberbürgermeisterkandidaten aufgestellt. Wir dürfen nicht gegenseitig meinen, uns die Glasscheiben einwerfen zu müssen. Sie sitzen im Glashaus, lieber Herr Kollege.

(Baldauf, CDU: Das sehe ich nicht!)

Außerdem war es nicht despektierlich. Wenn sich zwei Parteien zu einem Verein umbenennen, darf man sie doch Verein nennen. Das ist doch nicht despektierlich, oder?

(Baldauf, CDU: Die SPD ist doch auch ein Verein!)

– Die SPD ist kein Verein. Das wird sie auch nie werden. Sie wird immer eine Partei bleiben. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall der SPD)

Es hat Leute gegeben, die die ganze Operation nicht wollten. Sie kamen weniger aus der politischen als vielmehr aus der Beamtenebene. Der Bundesrat hat auf einer wohl begründeten verfassungsrechtlichen Basis einstimmig diesen Beschluss gefasst. Dafür nehme ich Herrn Kollegen Bamberger in Anspruch, der sich das zweimal sehr genau angeschaut hat.

Baden-Württemberg hat es genauso geprüft. Wir sind ganz sicher, dass wir eine stabile verfassungsrechtliche Basis auf der Grundlage des Artikels 104 a des Grundgesetzes haben. Sie wissen, wie es ist. Es gibt – Gott sei Dank bei uns weniger, an anderen Stellen mehr, und je weiter es nach oben nach Brüssel geht umso mehr –

offensichtlich einige Beamte, die meinen, sie würden regieren und es sei egal, was die Politik veranstaltet.

So erkläre ich mir auch, dass die Regelung, die auch heute noch steht, nach intensiven Gesprächen und Einvernehmen mit dem zuständigen Ressortchef, Herrn Müntefering, dem Bundesfinanzminister, Herrn Steinbrück, und dem Bundeskanzleramt Bestand hat. Ich stelle mir vor, dass es wieder einmal nach dem Motto „Man kann es einmal stecken“ so lanciert worden ist. Wir bleiben dabei. Wir gehen davon aus, dass es bei der Regelung bleibt.

Ich habe heute Morgen, als ich das gelesen habe – Herr Bannas ist ein ausgezeichnete Journalist, sodass man sich darauf verlassen kann, dass er es nicht aus der Luft gegriffen hat –, sofort an das Kanzleramt, den Vizekanzler, an die beiden Fraktionsvorsitzenden in Berlin, Herrn Kauder und Herrn Struck, und an den Kollegen Wulff, der derzeit die Ministerpräsidentenkonferenz koordiniert, in dieser Sache geschrieben. Sie können sich darauf verlassen, dass wir dranbleiben werden. Es geht um viel Geld für die Kommunen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine Bemerkung zur Integrationspolitik machen, weil ich glaube, dass das einfach dazugehört. Wir alle wissen, wie groß die Herausforderung ist und was dahinter steht. Deshalb haben wir im Einzelplan der Jugendministerin für die beiden kommenden Jahre 41 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Ich möchte auch auf das Recht und die Sicherheit hinweisen, weil es für die Menschen eine elementare Frage ist, wie sicher sie sich fühlen. Hier sind subjektive und objektive Sicherheit in gleicher Weise zu bedenken. Wir haben für den Bereich Innen und den Bereich Justiz 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Ich bitte Sie um Verständnis, dass zwei Kollegen im Moment nicht anwesend sind. Es findet gerade wegen der vorhin angesprochenen Bleiberechtsregelung eine Schaltkonferenz statt, um die ich gebeten hatte, um die Positionen abzustimmen. Die beiden Kollegen nahmen an der Schaltkonferenz teil. Ich bitte um Verständnis. Das konnte nicht anders organisiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Wort zur verlässlichen kommunalen Finanzausstattung. Wir haben in den letzten Jahren den Verbundsatz stabil gehalten und werden dies auch in Zukunft tun. Wir haben durch den Solidaritätspakt eine positive Entwicklung der kommunalen Finanzausweisungen in den letzten Jahren halten können. Dieser Pakt wird auch noch 2007 wirken. 2008 wird er sich umdrehen, weil die eigenen Finanzen viel besser und Rückflüsse schrittweise möglich sind. Es wird bei einer Aufwärtsentwicklung sowohl der Verbundmasse als auch der bei den Kommunen auflaufenden Finanzen bleiben.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich. Ich kann mich an kein Jahr der Unionsverantwortung in diesem Landtag erinnern – Sie wissen, ich bin schon lange dabei –, in dem dies der Fall gewesen ist.

Verbundmasse rauf, Verbundmasse runter, Eingriffe ja oder nein – Ich will nichts sagen. Das hat es bei uns auch schon einmal gegeben. Wir haben uns aber korrigiert und sind verlässlich.

Diese Beschimpfungen, die Herr Baldauf losgelassen hat, können nur auf Vorurteil oder Nichtwissen beruhen. Da ich einem Kollegen nie Nichtwissen unterstelle, rate ich Ihnen, das Vorurteil zu verändern.

Meine Damen und Herren, ich will auch ein Wort zu diesem Antrag der CDU Rheinland-Pfalz sagen, das Verhältnis zwischen Zweckzuweisung und allgemeiner Zuweisung zu verändern. Dass der Städtetag immer gern mehr allgemeine Zuweisungen hätte, ergibt sich aus seiner Interessenslage.

Lieber Herr Kollege Schnabel, aber insgesamt hatte ich angenommen, wir seien uns einig, dass ein Verhältnis 60 % allgemeine Zuweisungen und 40 % Zweckzuweisungen eine gute Balance für das Flächenland Rheinland-Pfalz darstellt.

Jetzt kommt die CDU und sagt: „Jetzt machen wir einmal 70 % allgemeine Zuweisungen und 30 % Zweckzuweisungen“. Lieber Herr Baldauf, wie Sie das mit Ihren vehementen Beschimpfungen an die Landesregierung, wir würden zu wenig für ländliche Räume tun, zusammenbekommen, das bleibt mir verschlossen.

Wenn das käme, was Sie wollen, dann hätte ein Löwenanteil der Dörfer und Städte in Rheinland-Pfalz in Zukunft null Chancen auf Investitionen.

(Beifall der SPD)

Herr Bracht, Sie kommen doch aus dem ländlichen Raum. Sie müssten doch sagen, dass Sie darunter nie und nimmer Ihre Unterschrift setzten, nie und nimmer den ländlichen Raum auf dem Hunsrück verraten würden. Sie müssten kämpfen dafür, dass dies in Rheinland-Pfalz nicht Politik wird. Genauso ist es.

(Beifall der SPD –

Licht, CDU: Sie haben nichts verstanden!)

– Ich habe alles verstanden. Ich sagte Ihnen ja gerade, wie es ist, wie die Wirkungen sind. Das wollen Sie nicht hören. Aber es ist so.

Reden Sie nicht bei einem alten Ortsbürgermeister davon, wie Kommunalpolitik geht. Das rate ich Ihnen. Das wird nicht funktionieren.

Vielleicht spekulieren Sie mit etwas anderem. Die Kommunen, die weniger Zweckzuweisungen bekommen, müssen sich auf andere Weise schadlos halten. Jetzt hören uns vielleicht ein paar Menschen zu, die nicht alle Tage mit dem kommunalen Finanzausgleich zu tun haben.

Es geht darum – das sind Zweckzuweisungen –, wenn die Gemeinde A eine Straße grundlegend neu ausbauen muss, dann bekommt sie vom Land einen Zuschuss. Sie gibt einen eigenen Beitrag dazu, und der Rest wird auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt.

Wenn das Land keinen Zuschuss mehr geben kann oder – weil wir das so absenken – sagt, die Gemeinde könne erst in sieben oder acht Jahren einen Zuschuss bekommen, dann muss die Gemeinde entscheiden, ob sie die Straße ausbaut oder nicht. Wenn sie sie nicht ausbaut, wird es in Rheinland-Pfalz auf dem Land bald so aussehen wie bei Hempels unterm Sofa.

Wenn sie sich entscheidet, es trotzdem zu tun, dann würden nur ganz wenige Gemeinden in der Lage sein, den Anteil, den sie selbst einbringen, so zu erhöhen, dass der Anteil der Bürger nicht größer wird.

Wenn wir den Landeszuschuss nicht mehr geben könnten, dann hätten wir eine Situation wie folgt: Nehmen wir einmal an, in einem Dorf stehen 50 Häuser an dieser Straße. Dann müssen Sie Beiträge erheben, die einen enteignungsgleichen Tatbestand haben, die dann ein Mehr an Beiträgen von den Menschen bedeuteten, als letztendlich ein älteres Haus, in dem ältere Menschen wohnen, überhaupt wert ist.

Das ist Ihre Politik, die Sie uns vorschlagen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wissen Sie, ein paar Zahlen zusammenzuschustern, ist leicht, aber Sie müssen immer damit rechnen, dass das hier enttarnt wird, was dahinter steht. So, wie ich es jetzt sage, ist es in den Wirkungen.

Die Menschen aber müssen sich keine Sorgen machen. Was die CDU an Benachteiligung der ländlichen Räume will, wird es mit uns nicht geben.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Niemand muss Sorge haben. Wir werden die Menschen nicht in eine solche Situation in Rheinland-Pfalz führen, wie es die CDU will.

Ich muss das sagen, da Ihr mir das ganze Land mit Eurer Politik durcheinanderbringt. Das muss man in Ordnung bringen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Kommen wir zum Stichwort Konsolidieren. Ich habe Ihnen gesagt, wir werden auf der Schiene der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011, exakt ausgedrückt, 1.185.000.000 Euro Konsolidierungserfolg erreichen. Wenn – das ist auch unser Wille – die Einnahmenseite besser laufen sollte, wird wiederum der Löwenanteil in die Konsolidierung gehen.

Jetzt zu der Behauptung, wir würden gar nicht konsolidieren. Das lässt sich alles leicht sagen, wenn man nicht widersprochen bekommen kann. Richtig ist, Steuermehreinnahmen. Jetzt nur einmal die Fakten genannt.

Herr Baldauf, diese hätten Sie wissen können, bevor Sie sich so äußern, wie Sie es gemacht haben. Steuermehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer in Rheinland-Pfalz:

313 Millionen Euro. Diese gehen zu 100 % in die Konsolidierung.

Sonstige Steuermehreinnahmen plus 664 Millionen Euro. Davon gehen 42 %, 280 Millionen Euro, in die Konsolidierung.

Wie kommen Sie dazu zu behaupten, dass wir nichts für die Konsolidierung tun? Haben Sie die Zahlen nicht gelesen? Sagen Sie nicht, der Herr Schreiner könnte es erklären. Der hat es wahrscheinlich auch nicht gelesen, wenn er es versucht umzudrehen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Das ist keine Frage von Meinung, sondern eine Frage von Haushalt lesen. Das muss man machen.

Das können wir Ihnen abnehmen, indem ich es Ihnen vorlese, aber mehr kann ich zu Ihrem Verständnis auch nicht tun, meine Damen und Herren,

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wer so zuschlägt, wie Herr Baldauf heute Morgen wieder zugeschlagen hat – – – Lieber Herr Baldauf, Sie haben gesagt, ich würde nicht nur gegen ein einfaches Gesetz verstoßen, sondern gegen die Verfassung. Das haben Sie heute Morgen erklärt.

(Zuruf des Abg. Maximini, SPD)

Da müssen Sie auch annehmen, dass ich Ihnen jetzt sage, was Wirklichkeit in diesem Land ist. So können Sie mit mir, mit uns und dieser Regierung nicht umgehen. Das sage ich in aller Klarheit.

(Beifall der SPD)

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was es mit dieser Bertelsmann-Studie auf sich hat.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich hätte es nicht angesprochen. Sie aber bringen dauernd solche Behauptungen ins Spiel. Wenn man es Ihnen explizit auseinanderlegt, soll es nicht mehr wahr sein.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Diese Bertelsmann-Studie besagt in ihrem Schuldenmonitor: Für 2005 hatte Rheinland-Pfalz noch einen Konsolidierungsbedarf von 14,2 % am Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2006 sind es noch 4,3 %. Eine relative Verbesserung um 9,9 % hat uns an die viertgünstigste Stelle im Reigen der Länder gebracht.

Zweite Bemerkung: Das geht nicht auf meine Berechnung zurück, sondern das haben mein Finanzminister und sein Staatssekretär ausgerechnet, während Sie hier Ihre wunderbaren Vorwürfe verbreitet haben.

Dies bedeutet einen Konsolidierungsbedarf für das Land von 480 Millionen Euro, wenn Sie die Kommunen mit einbeziehen von 600 Millionen Euro. Das drückt diese Studie aus.

Wir werden mit den 1,2 Milliarden Euro oder den 1,185 Milliarden Euro – damit ich nicht gesagt bekomme, ich nähme falsche Zahlen in den Mund – in der mittelfristigen Finanzplanung dieses Ziel der so genannten Nachhaltigkeit des Haushalts nicht nur erreichen, sondern übertreffen.

Wenn wir das erreichen – und dies muss unser Ziel sein, und dies ist unser Ziel –, heißt das, dass wir nach 2011 in der Lage sind, einen Haushalt zu fahren, der wiederum mit der Steigerung des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts wächst. Das ist unser Ziel. Ich finde, es ist eine klipp und klare finanzpolitische Linie.

(Bracht, CDU: Sie hatten schon mehr Ziele, die Sie nicht eingehalten haben! –
Licht, CDU: Die waren auch klipp und klar!)

Das ist eine klipp und klare finanzpolitische Linie, meine Damen und Herren. Ich bin einmal gespannt, wie es mit der Umsetzung werden wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch darauf verweisen, dass auch einige andere Einwürfe, die Herr Baldauf gemacht hat, doch sehr seltsam sind. Er hat gesagt, alles sei ganz furchtbar, diese Regierung blähe sich schrecklich auf und habe heute zwölf Staatssekretäre. – Das stimmt.

(Zuruf von der CDU: Viel zu viele!)

Zwölf sind es. Sie haben gesagt, es seien viel zu viele. Ich habe Ihnen jetzt gesagt, wie viele es sind: Es sind zwölf. – Außerdem haben wir sieben Ministerinnen und Minister.

In der 9. Legislaturperiode waren es acht Minister und zehn Staatssekretäre. In der 10. Legislaturperiode waren es neun Minister und zehn Staatssekretäre und in der 11. Legislaturperiode ebenfalls. Wie kommen Sie denn darauf zu behaupten, wir würden die Regierung aufblähen? Wie kommen Sie denn darauf? – Das stimmt doch überhaupt nicht. Ich habe drei Ministerinnen und Minister weniger, als dies zur Zeit Ihrer Verantwortung der Fall war. Also, lassen Sie die Kirche im Dorf.

(Beifall der SPD)

Weil wir gerade bei Zahlen sind: Sie haben die mutige Behauptung aufgestellt, wir sollten uns an Sachsen ein Beispiel nehmen. Sie haben glücklicherweise nicht Thüringen oder Hessen gesagt, aber Sie haben Sachsen genannt. Respekt vor der sächsischen Politik. Ich schätze Herrn Milbradt sehr. Wir kennen uns schon viele Jahre lang und haben über viele Jahre nebeneinander im Vermittlungsausschuss auf Bundesebene gesessen. Dies ist auch kein Vorwurf, das ist überhaupt keine Frage.

Ich möchte Ihnen nur einmal die Relationen nennen. Sie haben heute so getan, als bekomme dieses Land Rhein-

land-Pfalz einen Haufen Zuwendungen von anderen, und Sachsen schaffe alles allein. – Die Zahlen zu diesem wunderbaren Szenario, das ein Baldaufsches ist:

- Umsatzsteuerergänzungsanteile: Sachsen: 2,9 Milliarden Euro, Rheinland-Pfalz: 0,
- Länderfinanzausgleich: Sachsen: 1 Milliarde Euro, Rheinland-Pfalz: 340 Millionen Euro,
- Bundesergänzungszuweisungen mit den unterschiedlichen Orientierungen an der Finanzkraft sowie politische Ergänzungszuweisungen: Sachsen: 3,1 Milliarden Euro, Rheinland-Pfalz: 220 Millionen Euro. Dies sind im Übrigen die Mittel, von denen Sie immer sagen, dass darin auch die Bundesmittel der Konversion stecken.
- Sonderbundesergänzungszuweisungen Ost: Sachsen: 2,7 Milliarden Euro.

Dies macht unterm Strich für Rheinland-Pfalz 560 Millionen Euro, für Sachsen 7 Milliarden Euro.

Schauen Sie sich einmal unser Defizit im Jahr an. Es liegt bei 980 Millionen Euro. Wie können Sie denn ernsthaft versuchen, einem Parlament so etwas unter die Weste zu jubeln?

(Beifall der SPD)

Es tut mir leid, ich bin noch nicht fertig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich möchte jetzt nicht noch einmal von den 900 Lehrern reden, und in dieser Legislaturperiode von zusätzlichen 192 Millionen Euro. Das war einer Ihrer schönsten Anträge: Darin steht, wir sollten Stellen schaffen, aber Sie haben keine Deckungsvorschläge dazu gemacht, sondern Sie sagen, dies solle irgendwie erwirtschaftet werden. – 200 Polizeianwärter obendrauf, einfach so, ohne einen Deckungsvorschlag zu machen, nur durch ein Blatt Papier mit einem Halbsatz!

(Bracht, CDU: Fragen Sie einmal den Minister, was er dazu gesagt hat!)

Lieber Gott im Himmel! Der Herr bewahre dieses Land vor solchen Finanzjongleuren wie Sie! Das ist wirklich wahr!

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Waren Sie im Ausschuss dabei?)

Drucksache 15/526 trägt die Unterschrift eines gewissen Herrn Kollegen Hans-Josef Bracht. Also scheint es zu stimmen. Ist es eine Fälschung, Herr Bracht? – Sagen Sie lieber, ja.

(Heiterkeit bei der SPD)

Darin steht ernsthaft, ohne Deckungsvorschlag, ohne einen Euro zur Deckung, dass wir den Einstieg in die Absenkung der Klassenmessen auf 20 schaffen und noch eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler vornehmen sollten, meine Damen und Herren. Meinen Sie das wirklich ernst? – So etwas kann man fordern, aber dann müssen Sie sagen, woher Sie die

schätzungsweise 800 oder 900 Millionen Euro über die Legislaturperiode hinweg hernehmen wollen. Das müssen Sie sagen, aber nicht solche Sätze aufschreiben. Dies würde ein Bürgermeister in keinem Gemeinderat seinen Räten überhaupt verteilen, da Anträge ohne Deckungsvorschlag dort nicht erlaubt sind.

(Beifall der SPD)

Die Fachleute bei uns haben sich auf meine Bitte hin das, was Sie vorgelegt haben, diese Operation, die schon gewagt ist, einmal angeschaut.

(Baldauf, CDU: Ihre Fachleute!)

– Ja, unsere Fachleute. Glauben Sie mir, das sind noch teilweise dieselben, die schon zu Zeiten von Bernhard Vogel oder Carl-Ludwig Wagner gearbeitet haben.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: Wer?)

Meine Damen und Herren, diese Fachleute kommen zu dem Ergebnis, dass wir mit Ihrer Operation zu einer klaren Mehrbelastung der Nettokreditaufnahme kommen würden. Ihre Vorschläge hat Herr Kollege Hartloff schon auseinander genommen. Sie haben Vorstellungen entwickelt und Ausnahmen im Bereich der Personaleinsparungen formuliert, die schlicht und einfach nicht funktionieren können, es sei denn, Sie sagen mir, Sie wollen – wie ich es vorhin vermutet habe, und man muss es vermuten – Menschen entlassen. Das werden wir nicht tun. Ansonsten sind es reine Luftbuchungen, die Sie vornehmen.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, man macht im Laufe seines politischen Lebens so seine Erfahrungen. Man macht selbst Fehler und muss deshalb anderen auch nachsehen, dass sie Fehler machen. Aber die Haushaltspolitik einer so großen Fraktion wie der CDU in diesem Hause, die sich auf diesem Schmierzettel widerspiegelt, ist fast schon eine Frechheit. Ich finde, es ist eine Beleidigung der Öffentlichkeit, was Sie auf diesem Zettel zusammengeschrieben haben. Das ist die Haushaltspolitik der CDU Rheinland-Pfalz!

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU –

Baldauf, CDU: Ich kann doch nichts dafür, wenn Sie es nicht lesen können! Wenn Sie es nicht verstehen, kann ich nichts dafür!)

Das ist nicht komprimiert, das ist implodiert. Wer so den Mund voll nimmt und uns des Verfassungsbruchs und des totalen politischen Versagens bezichtigt, der gibt einen Ton vor, den er auch selber ertragen muss, meine Damen und Herren. Daran gibt es keinen Zweifel.

(Beifall der SPD –
Zurufe der Abg. Licht und Bracht, CDU)

Ich möchte aus Zeitgründen nicht auch noch das Thema „Pensionsfonds“ auseinander nehmen. Bei diesem Thema liegen Sie noch verkehrter, aber lassen wir es jetzt einmal. Gnade vor Recht!

Meine Damen und Herren, wahr ist – das können wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen –, dieses Land Rheinland-Pfalz – –

(Zuruf aus dem Hause: Jetzt ist er beleidigt!)

– Wer müsste denn beleidigt sein? – Lesen Sie doch einmal nach, was er zu mir gesagt hat. Im Zivilleben wäre das alles justiziabel, was er zu mir gesagt hat.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Ich nehme es Ihnen nicht krumm; denn das, was Sie ansonsten gesagt haben, hat es intellektuell so relativiert, dass ich es nicht krumm nehme.

(Beifall der SPD)

Ich habe Ihnen gesagt, wer einen solchen Ton anschlägt, der muss damit rechnen, dass es auch dabei bleibt.

Ich möchte den Menschen in diesem Land Rheinland-Pfalz sagen, wir haben noch viele Anstrengungen miteinander zu unternehmen, gar keine Frage. Wir werden auch in den kommenden zwei Jahren keine Politik machen können, die alle – auch berechtigten – Wünsche einfach befriedigen kann. Ich gehe davon aus, wir werden bei all diesen Anstrengungen allein sein. Wenn jede Gruppe für sich protestiert – das mag gruppenspezifisch auch seine individuelle Berechtigung haben, aber als Ganzes nicht aufgehen –, werden Sie auf deren Seite sein und hier dann sagen, es würde nicht genug gespart. Das akzeptieren wir, wenn Sie das für sich so für richtig halten. Dann ist es eben so.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Rheinland-Pfalz können aber auch sicher sein, dieses Land wird politisch und finanziell stabil geführt. Die Menschen können sicher sein, dass wir die Weichenstellungen, die für die nächsten Jahre und Jahrzehnte vorzunehmen sind, nach bestem Wissen und Gewissen und – davon sind wir überzeugt – auch richtig vornehmen. Die Menschen können darauf vertrauen, dass das, was wir an Positivem in den Wirtschaftswachstumsdaten, in den Arbeitsmarktdaten, in der Schulpolitik, in der Politik für Familien und für Kinder erreicht haben, fortsetzen und all das, was wir in der Umweltpolitik miteinander erreichen wollen und müssen, auch tun werden.

Wissen Sie, wir alle hoffen nicht, dass wieder ein Hochwasser schrecklicher Art kommt. Wir können es aber auch alle nicht ausschließen. Ich erinnere mich an Reden, die gehalten worden sind, die uns nach Mosel-, Rhein-, Lahn- oder Glan-Hochwasser heftigste Kritik gebracht haben. Aus der Betroffenheit der Menschen heraus kann ich das verstehen.

Ich kann aber nicht verstehen, dass Sie jetzt im Ministerium von Frau Conrad, also genau dort, wo es um höhere und stabile Deiche und um Hochwasserrückhaltung und -schutz geht, pauschale Kürzungen in Größenordnungen vornehmen, die nur erreichbar sind, wenn man

im Hochwasserschutz mindestens 4 Millionen Euro streicht.

(Beifall der SPD –
Dr. Gebhart, CDU: Falsch! –
Licht, CDU: Das ist falsch!)

– Da sagen Sie, es ist falsch. Ich sage Ihnen, es ist richtig.

(Licht, CDU: Das ist falsch!)

Ich sage Ihnen, das holt uns alles ein. Wir werden einen solchen unverantwortlichen Weg nicht gehen.

(Baldauf, CDU: Populistisch falsch!)

Wir werden einen solchen Weg nicht gehen, wenn es vor Ort auch schwer ist, beispielsweise Retentionsräume auszuweisen. Wir wissen, dass Menschen Sorgen haben. Das akzeptieren wir. Dass Sie an den meisten Plätzen bei denen mit dabei sind, die protestieren, nehmen wir hin. Aber wir werden diesen Weg konsequent weitergehen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung zu Beginn dieser Legislaturperiode werden wir konsequent den Weg – mit neuen Impulsen versehen – weitergehen, den wir in den letzten Jahren erfolgreich gegangen sind. Wir werden in einer finanziell nicht einfachen, aber stabilen Weise die Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Ich freue mich auf diese Arbeit und hoffe, dass wir möglichst breite Unterstützung haben.

Ich bedanke mich vor allen Dingen noch einmal für die Unterstützung bei der SPD-Fraktion.

(Lang anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Klasse 20 der Hauptschule Ringstraße Bad Kreuznach. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Aufgrund des Beitrags der Landesregierung haben sich die Redezeiten noch einmal verändert. Die SPD-Fraktion hat – inklusive der 50 % – noch 60 Minuten Redezeit. Die CDU-Fraktion hat noch 39 Minuten, die FDP-Fraktion noch 30 Minuten Redezeit.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben mich enttäuscht. Wie üblich haben Sie geschimpft. Wie üblich haben Sie bewusst die Unwahrheit gesagt. Ich

glaube aber, Sie haben nicht nur uns, sondern auch den Südwestrundfunk enttäuscht; denn spätestens da, als Sie angefangen haben, über das Schmuddelwetter draußen im Zusammenhang mit den rheinland-pfälzischen Straßen zu fabulieren, ist die Einschaltquote für die Übertragung dieser Haushaltsdebatte in den Keller gesackt.

(Harald Schweitzer, SPD: Jetzt geht sie hoch! –
Ramsauer, SPD: Jetzt strömen
sie alle an den Bildschirm!)

– Jetzt ist leider ein anderes Programm. Das Problem ist, dass Sie mit Diskussionen über das Schmuddelwetter in Rheinland-Pfalz der Ausgangssituation, der wir uns als Abgeordnete von der Regierungsfraktion genauso wie von der Oppositionsfraktion zu stellen haben, in keiner Weise gerecht werden. Die Einnahmensituation im Land Rheinland-Pfalz ist düster. Allein in der letzten Legislaturperiode haben wir in Rheinland-Pfalz 35.000 Jobs verloren. Das heißt, die Zahl der Erwerbstätigen nimmt ab, ebenso die Zahl der Steuerzahler. Die Zahl der Gewerbesteuererinnahmen nimmt auch ab. Die Einnahmensituation ist düster, wie ich gesagt habe.

Die Ausgabensituation ist genauso düster; denn der Landesregierung fehlt, obwohl sie allein regiert, die Kraft zu einer wirklichen Ausgaben- und Aufgabenkritik.

(Beifall der CDU)

Die Schuldensituation ist „megadüster“. Ich weiß nicht, ob „megadüster“ ein parlamentarischer Ausdruck ist, aber er beschreibt die Situation. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in diesem Land bei mehr als 6.000 Euro, etwa in der Größenordnung von 6.500 Euro. Die Schulden in den Nebenhaushalten und der schuldenfinanzierte Pensionsfonds belasten zukünftige Generationen nur zusätzlich.

Was hätte ein ganz normaler Mensch in Rheinland-Pfalz erwartet? Was hätte vielleicht auch der eine oder andere Kollege von der SPD erwartet? Er hätte Ehrlichkeit gegenüber den Steuerzahlern erwarten können, wie die Situation ist. Er hätte eine vernünftige Aufgabenkritik als Basis für eine Haushaltskonsolidierung erwarten können. Er hätte außerdem erwarten können, dass das verbliebene Vermögen des Landes, das Sie noch nicht verfrühstückt haben, als Basis für kommende Haushalte wirklich gesichert wird.

Wie ich schon gesagt habe, die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die Steuerzahler in diesem Land, werden enttäuscht. Wenn man den Haushalt liest, dann steht dort, dass es keine strukturellen Veränderungen mit dem Ziel gibt, die Aufgaben des Landes besser und zugleich günstiger zu erledigen. Im Gegenteil, die Ausgaben steigen kontinuierlich, dies sowohl im Gesamthaushalt als auch in dem Bereich, der Sie persönlich angeht. Ich finde es schon bedenklich, wenn man sich den Einzelplan 02 – Staatskanzlei – anschaut, dort nur einmal die sächlichen Verwaltungsausgaben, Hauptgruppe 5. Sie geben annähernd genauso viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit, also für den Bereich „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, aus, wie Sie in das Kerngeschäft der Verwaltung stecken.

Ca. 900 Millionen Euro sind für all die Dinge vorgesehen, die zum Kerngeschäft einer Staatskanzlei gehören. An die 800.000 Euro sind für den großen Bereich Presse, Öffentlichkeitsarbeit, „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, vorgesehen.

Wenn bei den Sachkosten in der Staatskanzlei annähernd so viel Geld für das Verkaufen von Politik ausgegeben wird wie für die eigentlichen politischen Aufgaben, für das Einladen eines Ministerrates, für die Arbeit im Zusammenhang der Koordinierung mit den anderen Ebenen und anderen Bundesländern, dann stellt sich die Frage, wie das mit dem Personal aussieht. Ist das in ähnlichen Verhältnissen? Ist da noch Luft drin, die man herauslassen müsste?

Herr Ministerpräsident, das Entscheidende ist, wenn Sie wollen, dass wir die Aufgabenkritik in Rheinland-Pfalz angehen, wenn Sie wollen, dass wir damit den Haushalt langfristig, nachhaltig und weitsichtig konsolidieren, dann müssen Sie anfangen. Eine Treppe fegt man immer von oben. Auch in der Staatskanzlei reicht es nicht, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften auszugliedern und das als Konsolidierungserfolg zu verkaufen.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: So ein Schwachsinn!)

Ich sage noch ein Wort zum Thema „Konsolidierung“. Sie haben uns das vorhin vorgeworfen, dass wir die Konsolidierung Ihrer Politik nicht richtig verstanden hätten. Wir haben dies sehr wohl verstanden. Bei Ihrer Rechnung, wie Sie konsolidieren, nennen Sie natürlich die schuldenfinanzierten Zuführungen zum Pensionsfonds und verschweigen zum Beispiel die erhöhten Schulden bei den Landesbetrieben. Wenn man so Konsolidierung rechnet, dann kommt man natürlich zu solchen Zahlen, wie sie uns im Haushalts- und Finanzausschuss immer wieder von Herrn Deubel erzählt worden sind.

Was steht im Haushalt, der so enttäuschend ist? Der erste Punkt war, dass wir keine Aufgabenkritik haben und dass die Ausgaben kontinuierlich steigen.

Der zweite Punkt ist, dass der Haushalt auch auf Dauer schuldenfinanziert wird. Wenn man in den Finanzplan hineinschaut, dann ist es nicht damit getan, dass in den nächsten zwei Jahren jeweils ungefähr 1 Milliarde neuer Schulden gemacht wird, sondern es geht so weiter. Herr Kollege Mertin hat es vorhin angesprochen. Wenn man in die Nebenhaushalte schaut, dann liegt man in der Größenordnung von 1,5 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden in den kommenden Jahren, in jedem kommenden Jahr.

Der dritte Punkt ist, dass die Pensionen für die Beamten und für ihre Hinterbliebenen komplett den kommenden Generationen aufgebürdet werden. Im Pensionsfonds liegen letztlich nur Schuldscheine.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage noch einmal, Sie haben eine große Stärke darin, nette Begriffe zu prägen. Das ist eine große Stär-

ke von Ihnen. Wenn ich als Laie, als Bürger von Rheinland-Pfalz, hören würde, das Land hat einen Fonds, dann würde ich Folgendes denken: Einen Fonds kenne ich. Vielleicht hat man dorthinein schon investiert. Da stehen irgendwo Immobilien, die Mieteinnahmen haben. Ich investiere in diese Immobilie. Ich sehe, mein Geld ist gut angelegt. Es steht ein echter Wert dahinter.

Dieser Pensionsfonds ist aber leer. Natürlich ist es so, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Jahres 2030 neben den allgemeinen Aufgaben, die dann die Regierung zu verantworten hat, genauso die Pensionslasten aus den dann zu zahlenden Steuern berappen müssen, wie wir heute auch schon Versorgungslasten bezahlen müssen. Das geschieht mit dem feinen Unterschied, dass sich das Verhältnis zwischen Versorgungsempfängern und Steuerzahlern in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschlechtern wird. Genau für diese Entwicklung sorgen Sie mit Ihrer Politik nicht vor. Es ist nicht so, dass Sie das bisschen Vermögen, das Sie noch nicht verkauft haben, für die kommenden Generationen sichern. Das Gegenteil ist der Fall. Sie verblasen es. Das enttäuscht mich.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es bei der Einbringung des Haushalts schon diskutiert. Der einzige rote Faden, den ich erkennen kann, ist die Politik des „Weiter so“, des „Weiter wie bisher“. Sie wollen im Land Rheinland-Pfalz den Rücken für Berlin frei haben. Die Folge davon ist ein aus unserer Sicht den Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber unehrlicher und kurz-sichtiger Haushalt, weil die wahren Belastungen für kommende Generationen verschwiegen werden.

Ich komme gern auf den Zettel zurück, den Sie als eine Beleidigung für Wählerinnen und Wähler abqualifiziert haben. Wir haben uns bemüht, eine ehrliche und weit-sichtige Finanzpolitik, also alle wichtigen Kernaussagen, auf einer Seite darzustellen, genauso, wie Sie die Eckpunkte des Haushalts auf einer Seite dargestellt haben.

(Ramsauer, SPD: Global, global, global!)

Dort sind uns vier Punkte wichtig, auf die ich im Folgenden eingehen möchte. Ich kann Sie nur einladen, machen Sie mit. Wir wollen, dass die Ausgabenermächtigungen im Landeshaushalt dergestalt reduziert werden, dass das verbliebene Vermögen des Landes, das, was Sie noch nicht aktiviert – wieder so ein schönes Wort – haben, für kommende Generationen gesichert wird. Deshalb wollen wir, dass im Haushalt die Vermögensverkäufe, die ausweislich Ihrer Einbringung 298 Millionen Euro ausmachen, nicht stattfinden. Wir wollen, dass das Vermögen dem Pensionsfonds zugeführt wird, der dadurch natürlich in ein unselbstständiges Landesvermögen umgewandelt werden müsste. Es ist mitnichten so, dass wir den Pensionsfonds austrocknen wollen. Wir wollen, dass Vermögen im Pensionsfonds liegt und keine Schuldscheine.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir konsequenterweise die Pensionsfondszuführungen, die schuldenfinanzierten Pensions-

fondszuführungen in den Einzelplänen herausgenommen. Es ist sehr richtig, dass Sie sagen, das macht wenigstens transparent, wie hoch die Pensionslasten in Zukunft sind. Da bin ich ganz bei Ihnen. Wie hoch die Pensionslasten in Zukunft sind, ist aber auch transparent, wenn Vermögen im Pensionsfonds wäre.

Herr Mertin hat es angesprochen. Die Zuführungen zum Pensionsfonds, die Sie als SPD-Fraktion seit der letzten Landtagssitzung als Darlehen qualifizieren, dienen dazu, die Verschuldensobergrenze nach oben zu treiben. Das verhindern wir damit. Herr Mertin, das verhindern Sie mit Ihren Vorschlägen leider nicht. Sie haben einen Weg aufgezeigt, wie Sie sich es hätten vorstellen können, dass die Verschuldensobergrenze nicht durch die Pensionsfondszuführungen erhöht wird. Beantragt haben Sie es nicht.

Wir sind hier konsequent. Wir beantragen, die Pensionsfondszuführungen aus den Einzelplänen herauszunehmen, weil sie schuldenfinanziert sind, und stattdessen dem Pensionsfonds, der in ein unselbstständiges Landesvermögen umzuwandeln ist, echtes Vermögen zuzuführen.

Nachdem Sie sich in der letzten Sitzung des Landtags beim Pensionsfonds enthalten haben, kann ich Sie nur einladen, unseren Anträgen zuzustimmen. Ich weiß, wie schwer es ist, einen Fehler, den man in einer Koalitionsregierung begangen hat, im Nachhinein langsam wieder zurückzunehmen.

(Zuruf des Abg. Mertin, FDP)

Herr Mertin, ich kann Sie einladen, stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zum Pensionsfonds zu.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte den Vorwurf entkräften, wir wären nicht konkret. Jeder Euro, den wir kürzen, jeder Euro, der auf dem Zettel steht, ist ein echter konkreter Euro.

(Ramsauer, SPD: Global, global!)

Deshalb tut er Ihnen auch so weh.

(Ramsauer, SPD: Immer wieder konkret, global!)

Sie selber machen globale Minderausgaben. Wenn Sie sich dieses Blatt genau durchgelesen haben, dann sehen Sie, da steht „Mehr globale Minderausgabe“.

(Ministerpräsident Beck: Das ist wahr!)

weil es schon eine globale Minderausgabe bei den entsprechenden Titeln gibt.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Aber Herr Minister Hering hat sich hierhin gestellt und auf die zugegebenermaßen interessante Frage von Ihrem Kollegen Eymael, inwiefern er glaubt, die globale Minderausgabe im Einzelplan für Wirtschaft umsetzen zu können, da diese doch mit 17 bis 25 Millionen Euro stattlich sei, geantwortet, es ist überhaupt kein Problem,

eine globale Minderausgabe von 25 Millionen Euro im Einzelplan 08 einzubringen.

Da sagt der Herr Hering, es sei überhaupt kein Problem, eine globale Minderausgabe von 25 Millionen Euro im Einzelplan 08 zu erbringen.

(Zuruf von der SPD)

Es sei zugegebenermaßen ehrgeizig, aber es sei – so wörtlich – „kein Teufelswerk“. Ich muss schon sagen, wenn es kein Teufelswerk ist, im Einzelplan 08 aus Sicht des zuständigen Ministers 25 Millionen Euro globale Minderausgabe zu erwirtschaften, dann wäre ich als Oppositionsabgeordneter doch schlecht beraten, wenn ich nicht genau das von Ihnen verlangen würde.

(Beifall der CDU –

Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Sie wissen ganz genau, dass die Haushaltsstruktur so ist, wie sie ist,

(Ministerpräsident Beck: Das ist jetzt ein wahres Wort!)

und für uns als Abgeordnete – Herr Ministerpräsident – gar keine Möglichkeit besteht, einzelne Haushaltstitel nachhaltig zu kürzen.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht! –

Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Herr Kollege Hartloff hat eben in der Diskussion mit der FDP deutlich gemacht, wie viel Vergnügen es ihm bereitet, die einzelnen Vorschläge der FDP abzuarbeiten.

(Zuruf von Ministerpräsident Beck in Richtung der CDU-Fraktion – Zurufe von der CDU)

Selbst wenn Sie den Vorschlägen der FDP folgen würden, würden Sie doch machen, was Ihnen in den Kram passt, weil genau das die Haushaltsstruktur hergibt. Wenn Sie das Blatt gelesen haben, das Sie kritisieren, auf dem alles Wichtige steht, dann ist es meines Erachtens schon interessant, sich vor Augen zu führen, dass wir im Bereich der Staatskanzlei – Einzelplan 02 – als Abgeordnete, als Landeshaushaltsgesetzgeber über 92 Titel beschließen, es aber, wenn man genauer hinsieht, nur neun Deckungskreise sind und natürlich innerhalb der Deckungskreise im Haushaltsvollzug der Ministerpräsident mit dem, was wir ihm an Ausgabenermächtigung geben, machen kann, was er will.

(Beifall der CDU –

Lelle, CDU: So ist es!)

Insofern ist die globale Minderausgabe genau das richtige Instrument zur Haushaltskonsolidierung, weil sie echtes Geld spart, weil wir damit die Luft dort herauslassen, wo Sie selbst noch Luft haben, wo Sie Speck angesetzt haben und ihn sich selbst gern aus den Rippen schneiden wollen, wie es Ihnen passt. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen. Wir sagen, dieses Geld

muss jetzt zur echten Haushaltskonsolidierung und zur Reduzierung der Ausgabenermächtigungen aus dem Haushalt herausgenommen werden.

(Beifall der CDU)

Dann machen wir ein Drittes. Wir sagen, wir wollen in eine langfristig wirkende Politik einsteigen, die langfristig den Haushalt konsolidiert. Sie selbst werden mir nicht widersprechen, dass der große Kostenfaktor, den wir im Landeshaushalt haben, zweifellos die Personalkosten sind. Dabei muss man nicht alles immer wieder selbst neu erfinden. Sie können von mir aus über Ihre Kollegen von der anderen Seite des Rheins denken, was Sie wollen, dort hatte die Regierung in Hessen eine gute Idee. Das müssen Sie neidlos zugestehen. Ich bin mir sicher, über kurz oder lang werden Sie das für Rheinland-Pfalz ganz genauso beantragen. Die Hessen machen eine Personalvermittlungsstelle. Was machen sie da? Sie sagen:

1. Wir wollen weniger Personalkosten haben.

2. Wir wollen mit Bürokratieabbau anfangen. Wir wollen nicht zusätzlich immer nur etwas oben draufpacken, wenn sich neue Aufgaben stellen. Sie haben selbst Beispiele gebracht, oder Herr Hartloff war es mit dem Verbraucherschutz; es gibt immer wieder jedes Jahr neue Herausforderungen, und es gibt neue zusätzliche Aufgaben, die wir erfüllen müssen. Die Hessen haben gesagt, wir satteln das nicht immer alles oben drauf und stellen nicht immer neue zusätzliche Beamte ein, sondern wir schauen erst einmal, was wir haben. Wer haben wir denn bei uns in unseren eigenen Reihen? Wer könnte beispielsweise an anderer Stelle sinnvoller, effektiver und besser eingesetzt werden?

Sie haben zugegebenermaßen eine andere Grundmenge, von der sie ausgehen. Das Land Hessen hat knapp doppelt so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie das Land Rheinland-Pfalz. Es sind ungefähr 150.000. Hessen hat gesagt: Wir wollen in einer ähnlichen Größenordnung echte Personalstellen abbauen, wie wir als CDU das vorschlagen, nämlich über fünf Jahre, über die Dauer einer Legislaturperiode hinweg jeweils einen halben Prozentpunkt der Hauptgruppe 4, also der Personalkosten, reduzieren und damit entsprechend das Stellenäquivalent abbauen.

Dann sind sie hergegangen und haben gesagt: Okay, das ist erst einmal der politische Wille. Das können Abgeordnete im Parlament der Landesverwaltung aufgeben.

Dann haben sie zum Zweiten gesagt: Wir setzen sogar noch Schwerpunkte. – Genau das Gleiche tun wir hier auch. Genau die gleichen Schwerpunkte sind in Hessen auch gesetzt worden. Dort werden natürlich auch die Schulen ausgenommen. Dort wird natürlich auch die Hochschule ausgenommen. Dort wird natürlich auch die Polizei ausgenommen, weil sie die entsprechenden Probleme auf der anderen Seite des Rheins genauso wie wir in Rheinland-Pfalz haben und es deshalb fahrlässig wäre, bei den Lehrern zu sparen. Es wäre fahrlässig, bei den Hochschulen zu sparen, und es wäre fahrlässig, bei der Polizei zu sparen. Das heißt, sie nehmen

Bereiche aus. Dann bleiben immer noch große Bereiche der Landesverwaltung übrig. Es bleiben nämlich gerade auch die Spitzenbereiche, die Ministerien, die oberen und obersten Landesbehörden übrig. Ich erinnere an die Zahlen, die Herr Kollege Baldauf vorhin genannt hat, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Gölters Zeiten im Kultusministerium beschäftigt waren und wie viele es heute sind. Da ist Luft drin.

Sie, die hessischen Abgeordneten, haben differenziert. Sie haben zum einen gesagt: Wir wollen die Stellen abbauen, und zwar entsprechend der Personalkosten ungefähr 0,5 % der Hauptgruppe 4. Sie haben aber zum Zweiten gesagt: Wir differenzieren das. Wir nehmen bestimmte Bereiche aus. – Sie konnten noch stärker differenzieren, als wir als Opposition das können. Sie haben gesagt: Wir setzen Schwerpunkte. –

In Hessen waren das beispielsweise die Regierungspräsidien, bei denen man gesagt hat, da wolle man nicht 0,5 % oder 1 % abbauen, sondern da geht man in Größenordnungen von 30% der Stellen hinein, weil man gleichzeitig Bürokratieabbau machen möchte, weil man die Bürgerinnen und Bürger vor eine schlanke, effektive und schnell arbeitende Verwaltung stellen möchte.

Dann entsprechen diesem Ziel einzusparen in Hessen 5.660 Vollzeitstellenäquivalente. De facto – Sie haben das vorhin auch fein säuberlich auseinandergehalten – sind das in Hessen natürlich auch mehr Menschen. Das sind 6.277 Menschen. Die Akten dieser 6.277 Menschen sind in die Personalvermittlungsstelle gegangen. Wenn dann eine neue Aufgabe am Horizont auftauchte, wenn man beispielsweise in Hessen gesagt hat, der Verbraucherschutz ist uns wichtig, dort wollen wir mehr Personal einstellen, dort wollen wir zusätzliche Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern anbieten, dann hat man gesagt: Kein Problem, schauen wir einmal, wer in der Personalvermittlungsstelle ist, was es da für Qualifikationen gibt, wen wir weiterbilden können, wer entsprechend dorthin umgesetzt werden kann.

Dann ist es eben eine andere Situation wie derzeit in Rheinland-Pfalz, dass man eine Stellenausschreibung macht und der Behördenleiter natürlich peinlichst genau darauf achtet, dass er ja nicht innerhalb seines Hauses jemanden umsetzen muss, dass die Stellenausschreibung ja so formuliert ist, dass er neues, zusätzliches Personal einstellen muss. In Hessen ist es so, in der Personalvermittlungsstelle sind 6.277 Personalakten. Ich sage Ihnen, Sie können eine Stellenausschreibung für jemanden, der Verbraucherschutz – nur als Beispiel – machen soll, gar nicht so scharf formulieren, dass es nicht möglich wäre, jemanden zu finden, beispielsweise in Hessen aus der Forstverwaltung einen gut ausgebildeten Forstwirt, der bei entsprechender Weiterqualifizierung ohne Probleme den Verbraucherschutz machen kann. Genau so baut man Stellen ab und spart echte Personalkosten.

Man macht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter glücklich, weil sie nämlich endlich an einer Stelle sitzen, wo sie wirklich gebraucht werden, weil die Landesverwaltung sich modernisiert hat, und man macht letztendlich die Bürgerinnen und Bürger zufrieden; denn sie wissen,

dass sie es mit einer Landesverwaltung zu tun haben, die effektiv und effizient mit ihren Steuergeldern umgeht.

(Beifall der CDU)

83,5 % der der Personalvermittlungsstelle genannten Personen sind inzwischen weitergebildet worden, vermittelt worden oder auch in den Ruhestand gegangen. Insofern ist dies ein leuchtendes Beispiel dafür, wie erfolgreich man, wenn man nur will, Politik machen kann. Ich kann Ihnen nur raten, schauen Sie sich das genau an, bevor Sie hier in Ermangelung irgendwelcher Argumente die Opposition diffamieren, sie habe keine Ahnung, wovon sie spricht. Die Regierung da drüben weiß, wovon sie spricht. Sie macht nämlich eine gute Politik. Ich würde mir wünschen, Sie würden sie sich zum Vorbild nehmen.

(Beifall der CDU)

Mir ist in dem Zusammenhang noch eines wichtig, weil unterstellt ist, wir würden sehr elegant und locker über die Zahlen hinweggehen.

Herr Deubel, wir sind vorsichtige Haushälter. Das nehmen Sie für sich in Anspruch. Das nehmen wir für uns in Anspruch.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss lange darüber diskutiert, inwiefern die Steuermehreinnahmen mit Risikoabschlägen im Haushaltsplan Berücksichtigung finden sollten und inwiefern nicht. Wir folgen Ihnen insofern, dass wir Ihren Risikoabschlag, den Sie bei der Erbschaftsteuer machen, akzeptieren. Die 15 Millionen Euro, die vielleicht nicht kommen könnten, muss man einplanen.

Wir folgen Ihnen sogar – da können wir nur mit Bauchgrimmen folgen –, was Ihre Überlegung anbelangt, einen Risikoabschlag für die Unternehmensteuerreform von 36 Millionen Euro bzw. 180 Millionen Euro einzuplanen. Wir haben deshalb damit Bauchgrimmen, weil Sie nach eigener Aussage für die Berechnung dieses Risikoabschlags eine Entlastung von 6 Milliarden Euro für die Unternehmen zugrunde legen. Aber nach allem, was wir wissen, haben SPD und CDU in Berlin nur 5 Milliarden Euro Entlastungsvolumen beschlossen. Vielleicht sind Sie besser informiert als wir. Aber wir folgen Ihnen da. Wir nehmen diesen Betrag, den Sie im Haushalts- und Finanzausschuss genannt haben, genau in der gleichen Höhe auf. Auch den Risikoabschlag vor dem Hintergrund des am Europäischen Gerichtshof anhängigen Rechtsstreits billigen wir Ihnen zu.

Was wir Ihnen nicht zubilligen, ist, dass Sie die Mehreinnahmen aufgrund der aktuellen Steuerschätzung mit einem Risikoabschlag von 98 Millionen Euro versehen, bloß damit Sie keine zusätzlichen Einnahmen in den Haushalt einstellen müssen. Ich kann das aus Ihrer Sicht verstehen. Sie haben dann zusätzliche Einnahmen und können mit denen über das ganze Jahr hinweg elegant operieren.

Da machen wir nicht mit, weil das, was an Mehreinnahmen über Erbschaftsteuer, Unternehmensteuer und den Rechtsstreit hinaus an möglichen Mehreinnahmen im

Raum steht, noch nicht geltende Rechtslage ist. Diese Mehreinnahmen konnten die Steuerschätzer deshalb nicht berücksichtigen.

Die Mehrwertsteuermehreinnahmen waren den Steuerschätzern sehr wohl bekannt und sind bei der Steuerschätzung, die von Bund, Ländern – Sie sitzen da auch mit im Boot – und Finanzwissenschaftlern vorgenommen worden ist, berücksichtigt worden. Das heißt, wir sind der Auffassung, die 98 Millionen Euro, die Sie herausrechnen, damit Sie den Haushalt nicht verändern müssen und entsprechend Luft haben, sollten in die Rückführung der Nettokreditaufnahme gesteckt werden. Entsprechend sollte der Haushalt reduziert werden.

Ein letzter Punkt, der auf diesem Zettel steht, ist mir doch wichtig, und zwar geht es uns über das hinaus, was wir als Landespolitiker im Landeshaushalt an Aufgaben haben, auch noch einmal die Kommunen. Wir verschieben 70 Millionen Euro weg von den Zweckzuweisungen hin zu den Schlüsselzuweisungen. Das ist – Herr Ministerpräsident, das wissen wir genau – zu einem großen Teil ein echter Konsolidierungsbeitrag, weil in einem Land, in dem die Kommunen zu einem großen Teil überschuldet sind – als Mainzer weiß ich, wovon ich rede –, wo viele Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können, wissen wir, dass ein Gutteil dessen, was von den Zweckzuweisungen in die Schlüsselzuweisungen läuft, verwandt werden wird, um weniger Schulden aufzunehmen. Das wissen wir.

Die Kommunen müssen weniger Schulden machen. Wir wissen, dass viele Dinge, die jetzt an großen Projekten in den Kommunen mit Zweckzuweisungen finanziert werden – Sie haben das angesprochen –, länger dauern werden. Wir wissen, dass vielleicht andere Standards angelegt werden müssen. Aber sehenden Auges die Kommunen in eine Situation zu treiben, immer mehr Schulden machen zu müssen, das kann es auch nicht sein.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Herr Ministerpräsident, ich weiß als Mainzer sehr genau, was es heißt, von Zweckzuweisungen des Landes abhängig zu sein.

Wir bekommen sehr viel. Aber worauf es mir ankommt, möchte ich an einem Beispiel deutlich machen: Ich habe darin immer einen lebhaften Streit mit meiner Mainzer Kollegin Frau Brede-Hoffmann.

Ihr Staatssekretär im Bildungsministerium, seinerzeit Mainzer Sozialdezernent, SPD, und sein Kollege Wolfgang Reichel, CDU, hatten ein Problem. Wir hatten nämlich einen Wasserspielplatz, der repariert werden musste. Das ist ein kleines Beispiel, mit dem beleuchtet werden soll, was wir meinen.

Das Erste, was wir als Mainzer versucht haben, war, dass wir gesagt haben, planen wir einmal einen neuen Wasserspielplatz, schauen wir einmal, was die ADD uns gibt. Die ADD, bzw. ihre Beamten, gute Beamte – Sie haben selbst gesagt, dass wir gute Beamte in Rheinland-Pfalz haben und auch noch viele aus CDU-Zeiten

da sind –, haben gesagt: Meine lieben „Meenzer“, bei aller Freundschaft, so teuer muss es nicht sein. Ein neuer Wasserspielplatz ist nicht erforderlich. Repariert ihn.

Dann haben sich zwei Politiker hingesetzt, was nicht einfach ist, ein Christdemokrat und ein Sozialdemokrat, und haben gesagt, in Gottes Namen, wir machen ein günstiges Konzept, wir nehmen die Gesamtverantwortung, die wir auch für konsolidierte Haushalte haben, ernst und reparieren diesen Wasserspielplatz nur. Das ist nicht leicht, weil man lieber etwas Neues einweiht, als etwas zu reparieren. Und dann, oh Wunder, kam plötzlich die Mainzer Kollegin von einem Gespräch mit Herrn Bruch zurück, und es gab eine Zweckzuweisung vom Land. Jetzt haben wir den tollsten und neuesten Wasserspielplatz, alles aus Edelstahl.

Wissen Sie, ich sitze auch im Stadtrat. Wie viele von uns, sind wir auch in Kommunen aktiv.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sollen wir das dann ablehnen?– Sie müssen als Land besser kontrollieren, welche Maßnahmen erforderlich sind, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge finanziert werden müssen, und letztendlich müssen Sie den Kommunen auch wieder mehr Freiraum zurückgeben.

(Harald Schweitzer, SPD: Die kommunale Selbstverwaltung endgültig abschaffen!)

Das geht nur über den Weg, die Schlüsselzuweisung zu erhöhen und die Zweckzuweisung zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund ist das genau der richtige Weg.

(Beifall der CDU)

Wie gesagt, in der Summe sind wir enttäuscht von dem, was Sie uns vorlegen. Wir sind enttäuscht, weil Sie sich im Kern darauf zurückziehen, dass wir als Opposition Ihr Geschäft machen sollen. Herr Mertin hat dies angesprochen.

(Ministerpräsident Beck: Zettelpolitik!)

Dieses Land ist völlig überschuldet. Für die Herausforderungen der Zukunft und kommende Generationen ist nicht ausreichend Vorsorge getroffen.

(Ministerpräsident Beck: So ein Unfug, was Sie da sagen!)

Herr Ministerpräsident, die Suppe, die man sich eingebrockt hat, muss man schon selbst auslöffeln.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund kann ich Sie und vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen von der SPD nur bitten, gehen Sie die Haushaltskonsolidierung an, sichern Sie das verbliebene Vermögen, das Rheinland-Pfalz noch besitzt. Haben Sie den Mut zu einer Aufgabenkonsolidierung. Haben Sie den Mut, den Kommunen wieder entsprechende Verantwortung und – damit verbunden – auch Geld zu geben, und nutzen Sie jeden Euro, den

Sie über die veranschlagten Mittel hinaus in diesem und im darauf folgenden Jahr einnehmen. Nutzen Sie jeden Euro zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme. Das wäre nachhaltige Politik.

Wir befürchten zwar fast, dass Sie all unseren Anträgen nicht folgen werden. Aber wir werden in den nächsten Jahren sehr genau beobachten, wie Sie mit Rheinland-Pfalz und seiner Zukunft umgehen. So wie es derzeit im Haushaltsplan steht, verspielen Sie die Zukunft von Rheinland-Pfalz, und das hat dieses Land nicht verdient.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich eine Seniorengruppe aus Klingenmünster mit dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Puchtler das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schreiner, ich esse gerne Suppe. Entscheidend ist, ob die Suppe gut zubereitet ist. Bei uns in der Region ist es Sitte, dass eine gute Suppe für den ganzen Tag stärkt. Die Suppe, die wir im wahrsten Sinne des Wortes bereiten, können Sie gerne mitessen. Das Land befindet sich in einer guten Entwicklung. Daher lade ich Sie gerne recht herzlich einmal zum Suppessen ein. Ich meine, das stärkt die gemeinsamen Kräfte.

(Beifall der SPD)

Es ist interessant, wenn man sich die Überschriften Ihrer Anträge anschaut. Dort finden sich immer die drei gleichen Begriffe. Der erste lautet „Sanierung der Landesfinanzen“. Das müssen Sie nicht beantragen, weil wir das schon machen. Ich nenne das Stichwort Konsolidierung. Beispiele dafür sind bereits genannt worden. Weitere Beispiele werden noch folgen.

Der zweite Begriff lautet „Vermögen sichern“. Das geschieht auch. Unsere Steuermehreinnahmen nutzen wir zur Reduzierung des Einsatzes von Landesvermögen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Lieber Herr Kollege Bracht, zum „Vermögen sichern“ gehören auch die Menschen, ihre Ausbildung und all das, was wir dafür tun, nämlich das Land stärken, investieren und Vorsorge betreiben.

(Beifall der SPD)

Der dritte Begriff lautet „Zukunft gestalten“. Da sind wir mitten drin. Der Unterschied ist, dass wir nicht wie Sie

nur davon reden, sondern dass wir handeln und die Zukunft gestalten.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das sehen wir nicht so!)

Der Doppelhaushalt, den unser Finanzminister Professor Dr. Deubel vorgelegt hat, ist verfassungsgemäß. Das zeichnet ihn gegenüber vielen anderen Haushalten der Länder im Bundesgebiet aus.

An dieser Stelle danke ich ausdrücklich Herrn Deubel für sein Engagement und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushalts.

Mein besonderer Dank gilt aber auch den Menschen, den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern, die das Ganze erwirtschaften. Wir gestalten den Haushalt und stellen die Mittel ein, aber entscheidend ist, dass es engagierte Menschen in unserem Land gibt, die gemeinsam dafür sorgen, dass wir die entsprechenden Investitionen tätigen und die notwendigen Maßnahmen treffen können. An dieser Stelle allen dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Der Haushalt weist eine Linie auf. Er enthält ganz klar eine rote Linie. Darauf sind wir auch stolz; denn eine rote Linie ist eine sozialdemokratische Linie. Das bedeutet Konsolidieren, Vorsorgen und Investieren. Auf diese Linie sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Konsolidieren bedeutet im Rückblick die vorgenommenen Einsparungen. Die Jahre 2000 bis 2005 zeigen als Beispiel deutlich, dass die Einsparungen und die in diesem Zusammenhang gemachten Anstrengungen erfolgreich waren. In diesen Jahren hatten wir eine deutlich unterdurchschnittliche Steigerung im Vergleich zu anderen Bundesländern zu verzeichnen. Das dokumentiert die gemeinsamen Anstrengungen.

Wir belassen es nicht nur einfach bei dem Begriff „Sparen“, sondern wir entwickeln auch Ideen und Instrumente, wie wir das Ganze noch optimieren können. Das Stichwort der Leistungsaufträge ist als ein ganz wichtiges Instrument zu bezeichnen, mit dem man Erfolge erzielt. Dann ist der Bereich der Budgetierung zu erwähnen, über den man Anreizsysteme schafft. Dann ist noch ein Stichwort zu erwähnen, dass Sie immer wieder kritisieren, nämlich das Stichwort der Deckungsfähigkeit. Das hat auch etwas mit Flexibilität zu tun.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Kommen wir einmal auf die Praxis zu sprechen. Gerade bei Förderanträgen für wichtige Maßnahmen, bei denen wenig Zeit zur Verfügung steht, weil das Projekt gestartet werden muss, brauchen wir Flexibilität. Sie stehen dann oft draußen vor Ort und sagen, das dauert zu lange. Wir können dann schnell und flexibel reagieren, weil wir das Instrument der Deckungsfähigkeit haben.

(Beifall der SPD)

Sie haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Verwaltungen angesprochen. Ich vertraue auf die Eigenverantwortung. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen, dass sie mit den Mitteln entsprechend umgehen können. Insofern bedeuten die Instrumente Budgetierung und Deckungsfähigkeit eine Stärkung der Eigenverantwortung. Das gibt den Menschen im Landesdienst eine entsprechende Motivation.

Zu den Bereichen, die schon angesprochen wurden, zählt auch, dass wir immer stärker Instrumente der betriebswirtschaftlichen Steuerung einbauen. Dies ist notwendig, damit man sieht, wo die Mittel investiert sind, und damit man erkennen kann, wo man Mittel einsparen kann. Da sind wir nicht nur im Land, sondern weit darüber hinaus beispielhaft.

Ein anderes Stichwort – heute Morgen ist schon von Finanzpolitik und all diesen Dingen gesprochen worden – ist die Kreditwürdigkeit des Landes und all das, was damit zu tun hat. Da war unser Finanzministerium sehr innovativ. Wenn man regelmäßig an den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses teilnimmt, sind einem Stichworte wie Derivate und Swaps geläufig. In einem Bericht wird in regelmäßigen Abständen dem Gesetzgeber dargelegt, wie erfolgreich das Finanzmanagement ist. Wenn Sie diese Instrumente wählen, die entsprechende Erfolge bedeuten, können Sie auch verstehen, warum wir eine vernünftige Entwicklung haben. Wir haben keine Bedenken, dass wir bei unserem Finanzbedarf keine sehr guten Konditionen und insgesamt eine vernünftige Situation erzielen können.

Als weiteres Instrument seien die Landesbetriebe genannt. Dort wurden gerade die betriebswirtschaftlichen Elemente umgesetzt. Das Einführen des kaufmännischen Rechnungswesens in vielen Bereichen hat dokumentiert, wo die Ressourcen eingesetzt werden und wie sie verbraucht werden. Im Ergebnis ist die Konsolidierung erfolgreich. Als Dokument dient die seit 2001 zweitniedrigste jährliche Steigerungsrate der Kreditmarktverbindlichkeiten unter den westlichen Bundesländern. Das sind Zahlen, Fakten und Daten.

Weil es sich um ein Argument handelt, das von dritter Seite geliefert wird, kann man nicht oft genug den Schuldenmonitor der Bertelsmann Stiftung erwähnen. Da liegen wir an dritt- bzw. viertbesten Stelle von 17, nämlich von 16 Bundesländern und dem Bund. Wenn man sich die Platzierung und den Schuldenmonitor ansieht, kann man sehen, wie die Landesregierung spart.

(Beifall der SPD)

Der Konsolidierungskurs wird auch im neuen Doppelhaushalt für die Jahre 2007 und 2008 konsequent fortgesetzt. Das Ausgabenwachstum ist moderat angesetzt. Der Vermögenseinsatz wird reduziert, und es wird gesagt – auch dieses Stichwort habe ich heute Vormittag gehört, – Politiker sollen Mut haben. Diesen Mut haben wir. Es gibt Bereiche, so im Personalbereich, wo Veränderungen vorgenommen werden. So wird die Eingangs-

besoldung abgesenkt. So viel zum Stichwort „Mut haben“.

(Harald Schweitzer, SPD: Hat die CDU auch schon mehrmals gemacht!)

Wir haben den Mut, das den Menschen zu sagen und zu vermitteln. Trotzdem wollen wir den jungen Menschen durch eine gute Ausbildung langfristig eine Perspektive im Landesdienst aufzeigen. Ich bin mir sicher, dass die Menschen darauf schauen, was sie für eine Ausbildung bekommen und welche Zukunftsperspektive sie erhalten und dass nicht nur das Eingangsbesoldungsamt das entscheidende Kriterium sein wird, um sich für den Landesdienst zu bewerben.

(Beifall der SPD)

Das zweite Stichwort lautet „Vorsorgen“. Ich bin Herrn Mertin dankbar, dass er deutlich gemacht hat, wie wichtig es war, den Pensionsfonds einzuführen. Bundesweit haben wir damit eine Vorreiterrolle eingenommen. Es ist ganz wichtig vorzusorgen und die Beträge jetzt für künftige Pensionen zurückzulegen. Das ist nämlich der entscheidende Faktor bei der Bereitstellung dieses Fonds.

Vorsorgen bedeutet auch Investitionen in den Umweltschutz. Wenn Sie locker global drübergehen wollen, müssen Sie auch daran denken, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen dahinter steht. Es geht um das Bewahren des kulturellen Erbes. Es steht eine Vielzahl von Themen, wie Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Hochwasserschutz usw., dahinter. Man kann sagen, da gehe ich locker drüber.

Wenn man das anspricht, muss man sich aber auch ansehen, was in diesem Bereich geschieht und wie das vor Ort ankommt. Gerade der Hochwasserschutz ist ein Instrument der Solidarität, weil wir insbesondere in den Bereichen des Landes etwas bauen, das anderen Bereichen des Landes, nämlich den Flussanliegern, hilft. Das hat auch etwas mit Sicherheit und Zukunftsvorsorge für die Menschen im gesamten Land Rheinland-Pfalz zu tun.

(Beifall der SPD)

Wenn ich von Vorsorge spreche, denke ich auch an die Innere Sicherheit oder an den leistungsfähigen Rechtsstaat. Das ist auch ganz, ganz wichtig; denn die Menschen legen Wert darauf, in einem sicheren Land zu leben. Sie wollen in einem Land leben, von dem man weiß, dass die Dinge gut geregelt sind. Das dokumentiert das Land. Wenn Sie sich die Umfrageergebnisse ansehen, können Sie feststellen, dass sich die Menschen gerade in Rheinland-Pfalz bewusst sind, dass sie in einem sicheren und leistungsfähigen Land leben.

Zur Sicherheit gehört auch die Energieversorgung. Auch dort werden wir weitere Schritte gehen, um uns unabhängiger zu machen; denn Rheinland-Pfalz ist in seiner großen Mehrheit ein Energieimportland. Auch hier gilt es, Zukunftsvorsorge zu betreiben.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt der Vorsorge erwähnen, den Sie in unseren Anträgen zum Haushalt

wiederfinden. Das Netzwerk für Demokratie und Courage ist Zukunftsvorsorge. Das ist eine ganze wichtige Zukunftsvorsorge,

(Beifall der SPD –
Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

wenn wir gerade bei den jungen Menschen in den Schulen, in den Ausbildungsbereichen ansetzen und dort für Verständnis für eine schwierige Situation werben. Ich möchte das bewusst mit dem Thema der beiden Gedenkstätten verbinden; denn das ist Zukunftsvorsorge für eine sichere und stabile Demokratie in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Stichwort „Verbraucherschutz“ fällt auch in diesen Bereich. Daneben möchte ich ein Projekt aus dem Bereich Soziales nennen, das auch etwas mit dem Vorsorgen zu tun hat. Die Initiative „Menschen pflegen“ ist ganz wichtig. Diese unterstützt die Generationen, die unser Land mit aufgebaut und dafür Sorge getragen haben, dass wir heute hier stehen können.

(Beifall der SPD)

Darüber hinaus wurden viele Initiativen auf den Weg gebracht, die helfen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Wir werden den Weg weitergehen, damit es vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Arbeitsmarktsituation die Möglichkeit gibt, einen Beruf zu ergreifen und trotzdem etwas für die junge Generation und die Zukunft unseres Landes zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der dritte Schwerpunktbereich ist das Investieren. Wir haben eine solide Investitionsquote, die sich sehen lassen kann. Zum Investieren gehört der Stabilisierungsfonds, und zwar für diejenigen, die sehr stark vor Ort investieren. Das ist eine solide und gute Berechenbarkeit für die Kommunen.

Heute Vormittag habe ich gehört, dass das viel gelobte Niedersachsen seinen Haushalt sanieren wird. Schauen wir einmal hinein: 170 Millionen Euro Kürzung zulasten der Kommunen. – Ist das verantwortliche Finanzpolitik bei einem Land mit vielen Kommunen? Ich glaube nicht.

(Beifall der SPD)

Wenn Sie sagen, dies sei nur ein Beispiel, dann schauen wir einmal in die andere Nachbarschaft. Das ist ein wirtschaftlich starkes Land. Dieses wird immer als das „Musterlände“ gelobt. 560 Millionen Euro Kürzung in Baden-Württemberg.

(Pörksen, SPD: Unglaublich!)

Wenn wir von Stabilisierung reden und die entsprechenden Beträge zur Verfügung stellen, dokumentiert das deutlich, dass wir zu den Kommunen stehen.

Ich möchte an einem Beispiel zeigen, was Zweckzuweisungen bedeuten. In einem kleinen Dorf mit rund 1.000 Einwohnern wird zurzeit das Dorfgemeinschaftshaus

saniert. Die Gemeinde hat wenig Geld, weil die entsprechenden finanziellen Grundlagen wegen der wirtschaftlich angespannten Situation nicht gegeben sind. Dort kommt es auf jedes Prozent an. Im Dorfgemeinschaftshaus, das der Mittelpunkt des Dorfes ist, findet das dörfliche Leben statt, und zwar sowohl wenn es um den Bereich Trauer als auch um die schönen Veranstaltungen geht.

Wenn wir keinen ausreichenden Zweckzuweisungszuschuss gewähren, wird die Sanierung nicht durchführbar sein, und es wird keine Möglichkeit geschaffen, sich in der Gemeinde entsprechend gesellschaftlich entwickeln zu können. Von daher bin ich dafür, dass wir bei dieser Linie bleiben.

Es ist wichtig, dass wir mit den Zweckzuweisungen den kleinen und mittleren Gemeinden die Möglichkeit geben, entsprechende Investitionen zu tätigen. Unterschätzen Sie nicht den volkswirtschaftlichen Gesamtfaktor, den wir gerade in diesen Bereichen mit der Eigenleistung und dem Engagement anstoßen. Die volkswirtschaftlichen Effekte entsprechen einem Vielfachen des Zuschusses, der entsprechend gewährt wird.

(Beifall der SPD)

Im Zusammenhang mit den Investitionen sind die Projekte „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ und „Wissen schafft Zukunft“ zu nennen. Auch die Investitionen in die Wirtschaftsförderung sind ganz wichtig. An praktischen Beispielen ist festzumachen, wie in Rheinland-Pfalz die Zusammenarbeit mit der Investitions- und Strukturbank funktioniert. Das Unternehmen, die Hausbank und die ISB sind mit dabei. Um den einen oder anderen Fall zu lösen, bedarf es manchmal sehr harter und intensiver Arbeit.

Schauen Sie sich die Zahlen und die Bilanz der Investitions- und Strukturbank an. Dann werden Sie sehen, was erreicht worden ist, um ein Höchstmaß an Arbeitsplätzen zu erhalten und zu sichern. Der richtige Weg ist nicht nur das Reden, sondern das konsequente Engagieren vor Ort. Dazu stehen wir. Wenn Unternehmen kommen, versuchen wir zu helfen und bringen uns mit den Instrumenten der Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz für die Menschen ein.

(Beifall der SPD)

Zur Leitlinie gehören Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Alle in unserem Land sollen eine Chance auf ein erfolgreiches Leben haben. Das bedeutet die Schaffung von Konzepten in einem Guss. Das Stichwort ist bereits heute Vormittag genannt worden.

Das beginnt in der Kindertagesstätte, wo die Beitragsfreiheit Schritt für Schritt umgesetzt wird. Das setzt sich bei den Themen „Schulbildung“, „Ganztagsschulen“, „Studium“ und „Weiterbildung“ fort. Von daher war es wichtig und richtig, dass wir im Rahmen der Änderungsanträge entsprechende Schwerpunkte gesetzt haben.

Bei der Veränderung der Arbeitswelt ist es wichtig, ständig am Thema zu bleiben. Lebenslanges Lernen ist gefragt. Beabsichtigt ist, die Menschen von Anfang an

bis in das spätere Berufsleben zu unterstützen, beruflich zu fördern und zu begleiten.

(Beifall der SPD)

Es gibt andere Änderungsanträge, in denen nur die berühmten Einzeiler – so ist es meistens – stehen, wie „Studienkonto weg“. Was heißt das? Heißt das Gebühren? Heißt das nicht mehr die Perspektive für jeden und die Menschen mitzunehmen? Wenn ich alle Menschen mitnehmen will, muss man freie Wege schaffen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben eine erfolgreiche Perspektive. Schauen Sie sich einmal die Hochschulabschlussquote an. Diese ist ein guter Indikator für die entsprechende Situation in den Bereichen und zeigt, dass die Menschen in unserem Land gut ausgebildet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Investitionen in die Menschen zahlen sich aus. Unsere Vorstellung ist ein aktiv handelnder Staat. Das ist für die Stabilität und den sozialen Frieden eines Landes wichtig und stellt ein kostbares Gut für die Menschen in unserem Land dar.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in unserem Land zeigen durch ihre persönliche Beteiligung und ihrem ehrenamtlichen Engagement seit vielen Jahren und insbesondere in den letzten Jahren, dass sie bereit sind, mit der Landesregierung und dem Land Rheinland-Pfalz diesen Weg zu gehen. 1,5 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer beteiligen sich.

Gerade in den letzten Jahren ist eine Zuwachsrate zu verzeichnen. Wir liegen bundesweit mit an der Spitze. Insofern stellt sich die Frage, ob es sich bei Rheinland-Pfalz um ein Land handelt, in dem sich die Menschen nicht wohlfühlen oder in dem es ihnen nicht gefällt. Dann würde man sich nicht engagieren und einbringen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erkennen das Ehrenamt stark an.

Schauen Sie sich unsere Anträge an. In diesen ist der Bereich der Versicherung genannt, der nicht den Ansatz benötigt. Hier schichten wir die Mittel um. Sie bleiben dem Ehrenamt erhalten; denn das hat etwas mit Motivation, Begeisterung und gemeinsamer Zukunftsgestaltung für die Menschen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne das Stichwort „mit den Menschen“. Dazu stehen wir. Wir sind nahe bei den Menschen. Dazu ein wunderbares Beispiel. Schauen wir einmal über den Rhein zu den Personalvermittlungsstellen. Diese wurden als das absolute Allheilmittel dargestellt.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Herr Kollege, das Thema wurde sehr lang ausgeführt. Auch wurde gesagt, damit ließen sich alle Probleme lösen. Ich möchte dies aus meinem Blickwinkel beleuch-

ten. Man kennt viele Menschen, die in Hessen in diesem Bereich tätig sind. Was bedeutet das Wort „Personalvermittlungsstelle“? Das bedeutet Ausgrenzung. Was bedeutet es für die Menschen, die aus einem Bereich herausgenommen werden und in eine Personalvermittlungsstelle kommen? Ist das sozial? Ist das gerecht? Ist es moderne Personalführung oder motivierend, wenn man auf der Arbeit sein Bestes gibt und genau weiß, dass man nicht gefragt ist und auf der Abschlusssliste steht? Ist das zukunftsorientierte Personalpolitik?

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU –
Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Kollege Schreiner, wir lesen schon viel, wir unterhalten uns aber auch mit den Menschen.

Glauben Sie mir, das sind sehr viele. Mit denen können Sie sich unterhalten. Wir können gerne zusammen zu ihnen gehen. Die können Ihnen erzählen, wie das so ist, wenn man noch viele Jahre zu arbeiten hat und weiß, man steht eigentlich auf der anderen Liste.

Ich glaube, das sollte uns allen zu denken geben. Von daher nicht nur immer die Schlagworte zitieren, sondern sich auch mit den Menschen unterhalten, die betroffen sind.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie haben das Stichwort gegeben: Lesen. Ich komme noch einmal darauf, weil es genau das belegt, was wir sagen. Dritte belegen es.

Da ist das Beispiel aus der „WirtschaftsWoche“. Diese darf man zitieren, die ist sicher aus unserer Perspektive unverdächtig.

Dort steht: Starkes Rheinland-Pfalz und viele andere Argumente, die in diese Richtung gehen.

Auch in der Studie der Bertelsmann Stiftung steht es so. Ich weiß, Sie können es vielleicht nicht mehr hören, aber es steht dort so.

(Pörksen, SPD: Ich kann es noch hören! –
Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Es ist eine dritte Stelle, die das entsprechend darlegt. Von daher sage ich ganz deutlich, der Weg, den wir beschreiten, ist richtig und erfolgreich. Das wird von dritter Seite in hervorragender Weise dokumentiert.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Ich habe noch einen anderen Punkt. Es ärgert mich manchmal schon, wenn man das immer personifiziert.

Es geht mir konkret um den Einsatz unseres Ministerpräsidenten für unser Land in Berlin. Das sage ich ganz deutlich, weil das auch etwas mit der Aufgabenstellung und der Arbeit in Berlin zu tun hat.

(Beifall der SPD)

Ich nenne ein konkretes Beispiel. Ich schaue einmal Richtung Neustadt. Was heißt das? Es gibt fünf Bundesfinanzdirektionen bei 16 Bundesländern. Eine dieser Bundesfinanzdirektionen liegt in Rheinland-Pfalz.

Ich könnte Ihnen namhafte Länder nennen, die froh wären, wenn sie eine Bundesfinanzdirektion hätten. Von daher weiß ich, was es bedeutet, wenn sich unser Ministerpräsident für unser Land und für die Menschen im Land in Berlin einsetzt.

(Beifall der SPD)

Ich komme zu einem zweiten Punkt, der Ihnen eigentlich sehr am Herzen liegen müsste, und zwar der Bundesregierung, der Großen Koalition. Wer sorgt dort für Stabilität? Wer ist mitentscheidender Motor? Ich mache einmal ein Fragezeichen und rate Ihnen, fragen Sie einmal Ihre Bundesvorsitzende.

Ich glaube, sie hat ihn in den letzten Monaten kennengelernt. Wo ist die staatspolitische Verantwortung für unser gesamtes Land?

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Jetzt müssen wir
wieder Honig draufgeben!)

Wenn Sie meinen, die Menschen würden das vielleicht so sehen wie Sie, rate ich Ihnen – wie man das bei uns so platt immer sagt –: Fragt einmal die Leut.

Schauen Sie sich an, wie die Menschen die Arbeit des Ministerpräsidenten im Bundesland, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland bewerten. Ich glaube, diese Umfrageergebnisse können sich sehen lassen. Die zeigen, dass wir als Rheinland-Pfälzer stolz sein können, dass einer von uns an verantwortlicher Stelle im Bundesgebiet tätig ist.

(Beifall der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushalt ist ein gutes Konzept zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir werden den Kurs der Konsolidierung, der Vorsorge und der Investitionen im Interesse der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger fortsetzen. Ich bin mir sicher, es ist ein guter Kurs.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD –
Zuruf von der SPD: Bravo!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Behandlung des Einzelplans 02.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Zweite Beratung des Landesgesetzes des Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrags bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen wird.

Wir kommen zur Beratung des nächsten Einzelplans:

**Einzelplan 01
– Landtag –**

In die Beratung werden **Punkt 5**

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/489 –
Erste Beratung**

und **Punkt 6**

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/490 –
Erste Beratung**

mit einbezogen.

Ich bitte um Wortmeldungen. Bitte schön, Frau Kollegin Schleicher-Rothmund.

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen zum Einzelplan 01 – Landtag – waren, wie meistens auch in der Vergangenheit, von einem breiten Konsens getragen. Das ist gut so, da es um die etatmäßige Absicherung der Verwaltung, der ersten Gewalt und nicht zuletzt der Arbeitsgrundlagen der Fraktionen geht.

Gemeinsam haben wir – alle Fraktionen miteinander – auf Vorschlag des Landtagspräsidenten wichtige Weichen gestellt, dies ohne Stellenmehrung oder Erhöhung der auf den Einzelplan 01 entfallenen Gesamtansätze. Letzteres gilt auch für die mit dem gemeinsamen Gesetzentwurf beabsichtigten Änderungen im Abgeordneten- und Fraktionsgesetz.

Die Anpassung der Grundentschädigung um 0,5 % im Jahr 2007 und um weitere 0,5 % im Jahr 2008 ist moderat. Sie fällt deutlich geringer aus als in den Jahren 2005 und 2006, was aber angesichts der Entwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst sinnvoll und vernünftig ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit für meine Fraktion ausdrücklich betonen, dass dies keine Absage an eine grundlegende Diätenreform, insbesondere bezogen auf die Altersversorgung der Abgeordneten, bedeutet. Hierüber werden wir zu Beginn des nächsten Jahres unter Hinzuziehung von Experten ausführlich in der Fraktion beraten und die bisherigen Erfahrungen aus anderen Ländern mit einbeziehen.

Auch die Fraktionen des Landtags untereinander haben sich bereits auf weitere Gespräche verständigt. Dass

sich die jetzige Anpassung innerhalb des bisherigen Systems bewegen muss, dürfte einleuchten.

Auch die Anpassung der Geldleistungen an die Fraktionen, des Grundbetrags, ist notwendig, um die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen sicherzustellen. Es ist die erste Anpassung seit drei Jahren.

Angesichts eines Personalkostenanteils von ca. 70 % müssen die in diesem Bereich gestiegenen Kosten zumindest teilweise nachvollzogen werden. Ich möchte aber gleichzeitig betonen, dass diese Erhöhung auch ausreichend ist; denn auch die Fraktionen selbst sind aufgerufen, durch organisatorische Maßnahmen ihren Beitrag zu leisten und die Verwaltung effizient zu gestalten.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Satz zum Landesdatenschutzgesetz sagen, über das wir gemeinsam mit dem Einzelplan 01 beraten. Es freut mich sehr, dass die Fraktionen auch auf diesem wichtigen Feld Einigkeit erzielt haben und die Möglichkeit eröffnen, dass das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz künftig auch im Hauptamt wahrgenommen werden kann.

Das Parlament folgt damit nicht zuletzt einem Vorschlag des jetzigen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Professor Dr. Walter Rudolf, dem ich für seine wichtige und erfolgreiche Tätigkeit, die er nun schon viele Jahre im Nebenamt für dieses Land leistet, an dieser Stelle ganz herzlich Dank sagen möchte.

(Beifall im Hause)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch einflechten, eine Stärkung des Datenschutzes haben wir Sozialdemokratinnen und -demokraten auch in unserem Regierungsprogramm angekündigt, da das Recht auf informationelle Selbstbestimmung so anfällig für Angriffe wie kaum ein anderes Grundrecht ist.

Ich will das Thema an dieser Stelle nicht vertiefen. Ich denke, wir werden die Beratungen zu diesem Gesetzentwurf noch im Innenausschuss des Landtags fortsetzen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es spricht Herr Abgeordneter Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will einige Ausführungen zu den anstehenden Gesetzentwürfen machen. Zur Frage der Diätenerhöhung: Der Vorschlag der Fraktionen, die Diäten um den Prozentsatz 0,5 in 2007 und ebenfalls um 0,5 in 2008 zu erhöhen, ist sehr maßvoll und moderat.

Es gibt viele Argumente, die durchaus auch einen höheren Prozentsatz gut begründet hätten, wie zum Beispiel die allgemeine Einkommens- oder die allgemeine Preisentwicklung. Beide waren in den letzten Jahren im Durchschnitt höher als die bisherigen und jetzt angepeilten Erhöhungen.

Für 2007 und für 2008 gilt laut Beschluss des Ministerrates und des voraussichtlichen Beschlusses dieses Parlamentes eine Begrenzung des Einkommenszuwachses der Beamten auf jeweils 0,5 %. Als Begründung dient die miserable Lage der öffentlichen Finanzen oder des Landeshaushaltes. Deshalb scheint es uns angemessen, dass auch wir, die wir aus der gleichen öffentlichen Kasse bezahlt werden, mit der Diätenanpassung nicht höher gehen.

Meine Damen und Herren, es ist auch richtig, dass wir nicht bei Null bleiben – diese Frage war zu diskutieren –; denn es muss für alle Berufsgruppen in unserem Land halbwegs attraktiv bleiben, die Aufgabe des Abgeordneten anzustreben.

Auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sprechen dafür, entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Hinzu kommt, dass die Bürger ein Recht darauf haben, dass sich für diese Aufgabe ihrer Vertretung im Landtag gute Leute bereithalten.

Der zweite Punkt ist der Fraktionszuschuss. Der gemachte Vorschlag in Höhe von 3,5 % auf den Grundbetrag oder 1,77 % auf alle Leistungen ist sehr moderat. Wir hätten uns natürlich auch aus den Ihnen bekannten Gründen mehr gewünscht; denn drei Jahre lang gab es keine Erhöhung des Fraktionszuschusses, obwohl die Fraktionen das Geld vor allem brauchen, um Personal zu bezahlen. Die Entwicklung der Einkommen im Personalbereich im öffentlichen Bereich in den letzten Jahren war zwar nicht stürmisch, aber es gab doch Erhöhungen. Damit standen immer weniger Mittel für die übrigen politischen Aufgaben der Fraktionen zur Verfügung. Meine Damen und Herren, aber auch hier gilt, die miserable Lage des Landeshaushalts zwingt auch uns zu weiteren Sparmaßnahmen. Wir werden zumindest vorläufig mit der jetzt angepeilten maßvollen Anhebung zurechtkommen müssen.

Der dritte Punkt, der anzusprechen ist, ist die Frage der Änderung des Datenschutzgesetzes. Ich kann für meine Fraktion erklären, dass wir es für richtig halten, dass der Datenschutzbeauftragte zukünftig hauptamtlich arbeiten soll. Die Praxis und der noch amtierende nebenamtlich tätige Datenschutzbeauftragte bestätigen uns die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit des Gesetzes. Aber mit dem Ausscheiden des derzeitigen Datenschutzbeauftragten ergibt sich die Möglichkeit, ohne unmittelbare Mehrkosten und im Rahmen einer Neuordnung der Landtagsverwaltung, die zu klareren Strukturen führt, das Bedürfnis zu befriedigen. Wir halten dies für einen sinnvollen Weg und haben deshalb den Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Datenschutzgesetzes gemeinsam mit den übrigen Fraktionen eingebracht.

Der Gesetzentwurf zur Änderung dieses Gesetzes soll an den zuständigen Innenausschuss überwiesen werden, und wir werden dort die Beratung vertiefen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich darf zunächst als Gäste im Landtag Bürgerinnen und Bürger aus Bad Dürkheim begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich nun Herrn Abgeordneten Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 01 bietet die Grundlage für die Funktionsfähigkeit des Landtags und seiner Verwaltung. Wir signalisieren grundsätzlich Einverständnis mit den finanziellen Ansätzen, aber auch mit dem leicht veränderten Stellenplan. Der Landtag kann demnach seiner verfassungsrechtlichen Aufgabe nachkommen.

Auch der Bürgerbeauftragte, der im Rahmen des parlamentarischen Kontrollrechts des Landtags die Stellung des Bürgers im Verkehr mit den Behörden stärken soll, erhält die erforderlichen Mittel.

Gleiches gilt auch für den jetzt hauptamtlichen Landesbeauftragten für den Datenschutz, dessen Aufgabe es ist, die Einhaltung der Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes und anderer datenschutzrechtlicher Vorschriften zu kontrollieren. In den vergangenen 16 Jahren sind die Anforderungen an den Datenschutz exponentiell gestiegen, sodass die Tätigkeit des Beauftragten jetzt im Hauptamt wahrgenommen werden soll, allerdings mit gleichzeitiger Einsparung von Personalkosten an anderer Stelle.

Auch ich möchte Herrn Professor Rudolf herzlich für seine bisherige erfolgreiche Tätigkeit für den rheinland-pfälzischen Datenschutz danken.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, aufgrund der gutachterlichen Stellungnahme des Statistischen Landesamtes über die allgemeine Entwicklung der Einkommens- und Preisverhältnisse ist eine äußerst maßvolle Anhebung der Diäten gerechtfertigt. Ich möchte ein paar Zahlen der Entwicklung in Rheinland-Pfalz nennen: Im ersten Halbjahr 2006 ist das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % gestiegen. Die Arbeitsproduktivität nahm um 0,7 % zu, und der Verbraucherindex stieg um 1,3 %. Die Verbraucherpreise nahmen im vergangenen Jahr um ungefähr 1,7 % zu.

Die Einkommensentwicklung bei den Angestellten in Rheinland-Pfalz erlebte eine Steigerung von rund 2 %. Auch in den ausgewählten Tarifbereichen der verarbeitenden Industrie gab es Lohn- und Gehaltssteigerungen zwischen 1 % und 3 %. Wenn man die neuesten Zahlen hört und das, was propagiert wird, sollen die Kosten für Lohn und Gehalt in diesem Bereich auf ca. 5 % bis 7 % ansteigen, was für die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und der Wirtschaft insgesamt nicht gut wäre.

Auch im öffentlichen Dienst hat es eine Neugestaltung des Tarifrechts gegeben. In diesem Bereich kommt es im Grundsatz bis zum Jahr 2008 zu Lohnsteigerungen von über 4 %. In Anbetracht der Tatsache, dass auch bei den Beamten des gehobenen und höheren Dienstes lediglich eine Erhöhung der Gehälter um jeweils 0,5 % in den Jahren 2007 und 2008 vorgesehen ist, ist auch aus unserer Sicht eine Erhöhung der Diäten darüber hinaus nicht akzeptabel.

Wir werden aber nach wie vor das Thema „Altersversorgung der Abgeordneten“ auf der Agenda belassen. Es gibt auch eine Absprache, dass die parlamentarischen Geschäftsführer im nächsten Jahr dieses Thema aufgreifen werden und versuchen werden, eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Meine Damen und Herren, nach dem Fraktionsgesetz stehen den Fraktionen im Landtag zur Bewältigung ihrer parlamentarischen Tätigkeit entsprechende Fraktionszuschüsse zu. Diese wurden vor drei Jahren letztmalig leicht erhöht, sodass eine Anpassung auch an gestiegene Personal- und Sachkosten notwendig geworden ist. Die vorgesehene Anhebung ist demnach gerechtfertigt und trägt auch zur Funktionsfähigkeit einer noch kleinen Oppositionsfraktion bei.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 01 mehr vor.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die erste Beratung des Landesgesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Fraktionsgesetzes damit erledigt ist. Die zweite Beratung des Gesetzes erfolgt morgen nach den Abstimmungen.

Des Weiteren weise ich darauf hin, dass das Landesgesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes wie vorgeschlagen an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss überwiesen wird. Darüber herrscht Zustimmung. – Ich bedanke mich.

Ich rufe nun zur Beratung auf:

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport –

In die Beratung werden die **Punkte 7, 8 und 9 der Tagesordnung** einbezogen:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 15/318 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 15/536 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 15/555 –

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 10 GG und zur Fortentwicklung verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften vom 16. Dezember 2002 Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/491 – Erste Beratung

...tes Landesgesetz zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (LBKG) Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 15/436 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 15/537 –

Es wurde eine Grundredezeit von 20 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu den Gesetzentwürfen. Zur Berichterstattung über das Kommunalabgabengesetz erteile ich Herrn Abgeordneten Auler das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 5. Oktober 2006, Plenarprotokoll 15/9, Seite 413, ist der Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 4. Sitzung am 14. November 2006 und in seiner 5. Sitzung am 23. November 2006 beraten. In seiner 4. Sitzung am 14. November 2006 hat der Innenausschuss ein öffentliches Anhörverfahren durchgeführt.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 6. Sitzung am 5. Dezember 2006 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich darf nun dem Berichterstatter zum Landesgesetz zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes das Wort erteilen.

Abg. Henter, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 15. November 2006 ist der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in der Sitzung am 23. November 2006 beraten und empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion.

Der mitberatende Rechtsausschuss hat sich dieser Beschlussempfehlung in der Sitzung am 25. Dezember 2006 angeschlossen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Henter.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, eine parlamentarische Auseinandersetzung jetzt auch im Zusammenhang des Haushalts zwischen Opposition und Regierung sollte trotzdem die Möglichkeit geben, dem Innenminister als dem zuständigen Minister, vor allen Dingen aber den rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu der hohen Aufklärungsquote zu gratulieren. Über 60 %, präzise 61,3 % Aufklärungsquote sind ein überaus guter Wert. Auch im Ländervergleich stehen die Rheinland-Pfälzer gut da.

(Beifall des Abg. Lelle, CDU)

Von daher möchte ich ein uneingeschränktes Lob für die Polizei aussprechen, die dort Enormes leistet und geleistet hat.

(Beifall im Hause)

Ich habe allerdings auch noch gut die Sitzung des Innenausschusses in Erinnerung, als die polizeiliche Kriminalstatistik präsentiert wurde, auch das gegenseitige Schulterklopfen der sich für diesen Erfolg politisch verantwortlich Fühlenden.

Bei all diesem Schulterklopfen hinweg darf man aber nicht vergessen, zwei Fragen zu stellen. Die eine ist: Wie war es möglich, dass dieser Erfolg der polizeilichen Arbeit eingefahren wurde? Die zweite Frage lautet: Welcher Preis war dafür zu zahlen?

Lassen Sie mich ganz kurz auf diese zwei Fragen eingehen. Das war natürlich nur möglich, weil die Beamtinnen und Beamten ihren Beruf als Berufung verstehen und sich weit über das hinaus engagieren, was wir landläufig als „Dienst nach Vorschrift“ bezeichnen. Es war nur möglich, weil sie eine Vielzahl an Arbeit geleistet haben, dies über das normale Maß hinaus. Wenn wir über dieses normale Maß reden, müssen wir über 1,5 Millionen Überstunden sprechen, die diese Frauen und Männer für die Innere Sicherheit unseres Landes geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Welcher Preis ist zu zahlen? Der Preis lässt sich aus den Antworten der Landesregierung beantworten: Wir haben mittlerweile fast 800 nur noch eingeschränkt dienstfähige Beamtinnen und Beamte und durchschnittlich fast 600 im Jahr kranke Beamte. Das entspricht fast 7 %. Damit haben wir eine Situation, die im Vergleich zu vielen anderen auch in der Beamtenschaft unseres Landes sehr kritisch zu betrachten ist. Bei allem Erfolg in der Aufklärungsquote, so ist diese auf dem Rücken und der Gesundheit der Beamten erreicht worden, die dies geleistet haben. Wenn Sie sich das nächste Mal wieder selbst loben, sollten Sie auch daran denken. Es sind fast 1.500 Beamte, die darunter mittlerweile nachweislich zu leiden haben.

Ich denke, vor diesem Hintergrund ist unsere Forderung nach Neueinstellungen von 200 Beamtinnen und Beamten, die im Begleitantrag avisiert wurde, sowie endlich die Besetzung der 375 Stellen, die nicht besetzt sind, und der Abbau der 1,5 Millionen Überstunden zu verstehen. Ich kann Sie nur alle auffordern, in den nächsten Jahren genau an dieser Stelle den Hebel anzusetzen, wenn wir uns auch weiterhin noch alle über die hohe Aufklärungsquote im Land freuen wollen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine zweite Bemerkung machen, wenn Sie sich selbst loben und die Welt nach dem Motto schönreden: „Rheinland-Pfalz ist sicher“. – Wenn Sie sich die Entwicklung der polizeilichen Kriminalstatistik ansehen – da greife ich nur auf die Antwort der Landesregierung zurück – lässt sich ein Satz sagen: Deutschland ist sicherer geworden. Wir haben bei den Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt über einen Zeitraum von 12 bis 13 Jahren einen Rückgang um 1,7 Prozentpunkte, einen Rückgang in der Häufigkeitsziffer, also der Frage, wie oft die Gefahr besteht, Opfer einer Straftat zu werden, um 3,6 Prozentpunkte.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

– Wir reden über einen Zeitraum von 13 Jahren. Da war auch noch nicht Rotgrün in der Verantwortung, liebe Kollegen der FDP. Da müssen wir noch einmal genau

zurückschauen, wer alles in dieser Zeit Innenminister auf Bundesebene sowie in den Ländern war.

Das ist aber nicht das Thema. Nachdem wir in Deutschland insgesamt einen Rückgang bei den Straftaten und bei der Gefahr haben, Opfer einer Straftat zu werden, haben wir im exakt gleichen Zeitraum einen gewaltigen Anstieg in unserem Land zu verzeichnen, nämlich ein Plus von 27,3 %, bei der Häufigkeitsziffer von 18,6 %. Ich kann Sie nur alle dazu ermuntern, reden Sie sich nicht froh. Nehmen Sie die Situation, wie sie sich in unserem Land darstellt, ernst. Dann können wir auch über die vernünftigen und richtigen Schritte gemeinsam nachdenken.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich das an einem einfachen Beispiel noch einmal deutlich machen, wofür die Veröffentlichungen der Landesregierung über die letzten ein bis zwei Jahre beredtes Beispiel geben. Wir erfahren, dass wir im Bereich der OK-Verfahren einen Rückgang haben. Die Zahl der Fälle geht um etwa 30 % auf einer Zeitachse von 2000 bis 2005 zurück. Dabei wird nicht gesagt, dass wir auch ein Minus an Stellen für die Ermittler im OK-Bereich haben. Wenn man sich das einmal vor Augen führt, dann sei auch daran erinnert, dass in dem OK-Lagebild des Bundeskriminalamtes ausgeführt wird: „Aus einem Rückgang der Gesamtzahlen der OK-Verfahren kann kein Rückgang der Organisierten Kriminalität gefolgert werden. Die Lageerkenntnisse sind vielmehr vom Ressourceneinsatz, dem Ausmaß und der Intensität der Strafverfolgung abhängig.“ – Da sind wir genau an dieser Stelle. Wenn Sie die Zahl der OK-Ermittler im Land reduzieren, werden wir natürlich auch eine geringere Zahl an Verfahren haben. Dadurch haben wir aber nicht weniger Kriminalität im Bereich der Organisierten Kriminalität. Vor diesem Hintergrund kann ich nur davor warnen, sich die Lage in unserem Land schönzureden.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Als wir im Jahr 2001 im Nachgang der Anschläge in den USA eine Debatte geführt haben – anschließend kamen Madrid und Großbritannien –, habe ich gesagt: Die Anschläge rücken näher. Ich habe den Spott und das Gelächter von dieser Seite gehört. Das hat keiner wahrnehmen wollen.

Ich darf dann noch einmal daran erinnern – das wissen Sie alle viel zu gut –, mittlerweile sind wir so weit, dass ein Regionalzug mit Ziel Koblenz auf dem Gleis gestanden hat und wenn es nicht ein technisches Versagen gegeben hätte, hätten wir eine Katastrophe mitten in unserem Land mit größerem Ausmaß als das gehabt, was wir bisher in unserem Land erlebt haben.

(Beifall bei der CDU –

Pörksen, SPD: Wenn wir das gemacht hätten, was Sie gefordert haben, hätte es auch nichts genutzt! Das ist doch so!

Popanz! –

Fuhr, SPD: Was heißt das denn?)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur alle Verantwortlichen bitten, alles dafür zu tun, dass die Inbetriebnahme der Antiterrordatei durch den Teil, den unser Land dazu-

zusteuern hat, gesichert ist, damit wir nicht auf der einen Seite etwas in Übereinstimmung aller Innenminister auf Bundesebene erreicht haben, und hier im Land nicht dazu in der Lage sind, die Dinge umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Noss hat das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Herr Hörter seine Rede begann, dachte ich, das könnte eine gute Rede werden, aber na ja.

(Pörksen, SPD: Das habe ich nicht gedacht! –
Hörter, CDU: Er hat noch keine Ahnung! –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Trotz der bekannt schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte ist es der Landesregierung gelungen, einen tragfähigen und vor allen Dingen zukunftsorientierten Haushalt vorzulegen.

Bezüglich des Einzelplans 03 haben wir im Vorfeld dieser heutigen Sitzung mit zahlreichen Gruppen gesprochen, beispielsweise mit der Polizei, den Gewerkschaften, dem Landessportbund, der Sportjugend usw. Wir haben bei diesen Gesprächen, die den Haushalt zum Thema hatten, weitgehende Übereinstimmung erzielt. Leider war nicht alles, was wünschenswert ist, machbar. Aber man muss auch einmal Nein sagen können. Wir stehen für eine solide Haushaltswirtschaft, die Machbares möglich macht und dabei die Gewinnung der Zukunft nicht aus dem Auge verliert.

Es macht in diesem Zusammenhang im Übrigen wenig Sinn, bei jeder Gelegenheit die Finanzlage des Landes anzuprangern, gleichzeitig aber nicht bereit zu sein, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. In dem Zusammenhang ist das Wort „jedem wohl, aber keinem weh“ sicherlich nicht ganz aus der Luft gegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Was die Reduzierung der Eingangsbesoldung betrifft, so möchte ich nur auf das Haushaltsbegleitgesetz von 1984 hinweisen. Damals war es eine Regierung von der CDU mit der FDP.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Im öffentlichen Dienst wurden Beamte ab Besoldungsgruppe A 11 für vier Jahre eine Besoldungsgruppe tiefer gesetzt. Im gehobenen Dienst geschah das für drei Jahre bei den Besoldungsgruppen A 9 und A 10. Jetzt tun Sie so, als ob damit das christliche Abendland in Gefahr wäre.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der Einzelplan 03 orientiert sich an den tatsächlichen Bedürfnissen und Herausforderungen der Bürgerinnen

und Bürger des Landes, seiner Kommunen und des Landes überhaupt. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Hierzu wird Herr Kollege Pörksen nachher die entsprechenden Ausführungen machen.

Rheinland-Pfalz ist ein Land, welches die Partnerschaft mit seinen Kommunen als Selbstverständlichkeit ansieht und diese auch in Schwierigkeiten nicht im Regen stehen lässt. Das wird Ihnen Herr Kollege Schweitzer deutlich machen.

Wir haben zurzeit in Rheinland-Pfalz etwa 60.000 Feuerwehrleute, die einen unverzichtbaren Beitrag für die Innere Sicherheit, die Gefahrenabwehr und für das Funktionieren der örtlichen Gemeinschaften leisten.

Wir haben im Jahr 2007 genau wie in 2008 14,4 Millionen Euro für den Brandschutz veranschlagt. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das die Mittel der Feuerschutzsteuer komplett im Brandschutz belässt und damit versucht, den Förderstau von Investitionen abzubauen.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Das ist
einen Orden wert!)

Wir könnten im Übrigen genauso arbeiten wie andere Bundesländer. Die gehen hin und reduzieren den Fördersatz. Das lehnen wir ab. Wir sagen, wir setzen Prioritäten und versuchen, die derzeit hohe Förderung der Feuerwehrinvestition peu à peu abzubauen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

In diesem Zusammenhang freut es mich, dass wir einvernehmlich die „Bambini-Feuerwehr“ auf den Weg bringen können.

(Staatsminister Bruch: „Haraldinis“!)

– „Haraldinis“, ja.

Wir halten die „Bambini-Feuerwehr“, diese Vorbereitungsgruppen für äußerst sinnvoll, weil damit erreicht wird, dass die Nachwuchsgewinnung der Feuerwehren schon zu einem frühen Zeitpunkt beginnt und Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren bereits spielerisch an die Feuerwehrarbeit herangeführt werden können.

Im Übrigen möchte ich noch ganz kurz den Entschließungsantrag der CDU bezüglich der Feuerwehrstiftung ansprechen. Sie wollen eine Feuerwehrstiftung mit 50.000 DM Stiftungskapital ins Leben rufen.

(Baldauf, CDU: Euro!)

– Euro, ja.

Ich erinnere daran, dass wir bereits einen Haushaltsansatz im Jahr mit 15.000 Euro haben, der exakt das abdeckt, was Sie mit der Stiftung erreichen wollen. Von daher haben Sie Verständnis dafür, dass wir die Feuer-

wehrstiftung ablehnen werden. Wir können in dieser Angelegenheit durchaus gern im Gespräch bleiben.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Bezüglich des ergänzenden Katastrophenschutzes beabsichtigt der Bund, sich weitgehend zurückzuziehen. Die Folge hiervon werden Mehrkosten für die Länder und die Kommunen sein. Aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten und der Lage vor Ort halten wir es für folgerichtig und erforderlich, dass der Bund diese Entscheidung nochmals überdenkt. Entsprechende Gespräche werden geführt. Zumindest sollte ein sukzessiver Abgang, wenn überhaupt, und kein abruptes Ende der Zahlungen ermöglicht werden. Das Land hat vorab für 2007 und 2008 jeweils rund 500.000 Euro im Haushalt veranschlagt, womit wir die Ausfallkosten des Bundes kompensieren können.

Der Rettungsdienst wird in 2006 genauso wie in 2007 und 2008 mit rund 7 Millionen Euro veranschlagt werden. Daneben werden wir in den nächsten Jahren fünf neue Rettungsleitstellen neben Kaiserslautern, Trier und Bad Kreuznach errichten und finanzieren. Wir finden, das ist ein ganz wichtiger Beitrag und eine Voraussetzung für eine zeitnahe und effiziente Hilfeleistung in den verschiedenen Notfällen.

Wir kommen zum Sozialfonds für Mittagessen in Ganztagschulen. Hierzu hat das Land einen Sozialfonds in Höhe von 1 Million Euro pro Jahr vorgesehen. Wir halten dies für eine sinnvolle Sache, die wir begrüßen. Allerdings sagen wir ganz deutlich, von einem Zuviel an Bürokratie können wir nichts erkennen. Von daher gesehen werden wir den Entschließungsantrag der CDU ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen ausdrücklich die Schaffung einer Zentralstelle IT und Multimedia im Innenministerium. Wir erwarten hierdurch eine bessere Koordination, eine größere Effizienz und eine erhebliche Kostenreduzierung speziell in diesem Bereich. Erste Erfolge zeigen bereits, dass dies ein richtiger Schritt war.

In Bezug auf die Sportförderung wird das Land auch zukünftig trotz der schwierigen Haushaltssituation auf hohem Niveau den Sport fördern. Der pauschale Aufwendungsersatz des Landessportbundes wird unverändert mit 9 Millionen Euro veranschlagt werden. Hierzu kommen 28 % der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Oddset-Sportwette. Die Sportjugend erhält hiervon einen eigenen Anteil von 5 % zur eigenen Verwaltung, was wir auch für folgerichtig und für eine gute Sache halten.

(Beifall des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Darüber hinaus erhält die Sportjugend statt bisher 130.000 Euro rund 160.000 Euro für ihre sehr gute Projektarbeit. Ich erinnere dabei nur an Fortbildungsmaßnahmen, Aktivfreizeiten, internationale Jugendarbeit als wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung, olympisches Jugendlager, Integrationsarbeit im Bereich der Zuwan-

derer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen und an Präventionsarbeit zur Bekämpfung von Alkohol und Drogen.

2007 und 2008 werden je 11,7 Millionen Euro für den Bau von Sport- und Freizeitanlagen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden wir in den nächsten drei Jahren rund 50 Millionen Euro für ein Schuldendiensthilfeprogramm für Schwimmbadsanierungen veranschlagen. Dazu kommen noch 18 Millionen Euro aus Konversions- und Infrastrukturmitteln für die Bädersanierung. Dieses Sonderprogramm schafft Voraussetzungen, damit wir im Bereich von Sportplätzen und Sporthallen verstärkt fördern können.

(Beifall bei der SPD)

Ohne die ehrenamtliche Arbeit vieler Menschen in Rheinland-Pfalz im Bereich der Kultur, der Sozialarbeit, der Feuerwehr, des Sports oder des Rettungsdienstes wäre vieles nicht möglich. Das dörfliche Leben, der Wohnwert würde erheblich an Wert verlieren. Unsere Regierung weiß dies und fördert dieses große ehrenamtliche Engagement in verschiedenen Bereichen. Die SPD-Fraktion bedankt sich an dieser Stelle bei allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern, die im letzten Jahr ehrenamtliche Tätigkeiten geleistet haben, ganz herzlich für Ihr Engagement. Wir wissen, dass ohne diese Arbeit vieles nicht möglich wäre und dass die Gesellschaft um vieles ärmer wäre.

(Beifall bei der SPD)

2007 feiern wir das 25-jährige Jubiläum der Partnerschaft mit Ruanda. Das ist eine Partnerschaft mit einem der ärmsten Länder der Welt. Die Hilfe Rheinland-Pfalz hat geholfen, vieles in Ruanda zu verbessern, sei es im Schulbereich, im Gesundheitswesen, in der Verbesserung des täglichen Lebens oder der Möglichkeit für viele Menschen, dort den nächsten Tag, die nächste Woche oder auch den nächsten Monat zu erleben.

Wir haben hierfür in den nächsten beiden Jahren jeweils 1,8 Millionen Euro eingestellt. Aber auch wir haben von dieser Partnerschaft profitiert, Einblicke in fremde Kulturen erhalten und neue Freunde gefunden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Auler das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD-FDP-Koalition eine erfolgreiche Politik im Bereich des Innern und für Sport betrieben. Ausweislich des Haus-

haltsentwurfs wird die Generallinie dieser Politik im Prinzip fortgeführt.

(Beifall des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Von daher besteht kein Zwang, den Haushalt des Einzelplans 03 auf den Kopf zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ministerium des Innern und für Sport ist das Ressort des öffentlichen Dienstes und der Beamten. Was das Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamten angeht, so sind bereits in der Regierungserklärung Festlegungen getroffen worden, die unserer deutlichen Kritik begegnen. Als nach Inkrafttreten des Föderalismusgesetzes im letzten Sommer die Zuständigkeit für Beamtenbesoldung und Beamtenversorgung sowie Beihilfe auf die Länder übergegangen war, hat die Landesregierung nicht lange gefackelt.

Gleich als erste Maßnahme in der neuen Zuständigkeit – sozusagen zur Eröffnung – wurde beschlossen, die Beamteneingangsgelälter des gehobenen und höheren Dienstes um eine Besoldungsstufe abzusenken. Inzwischen hat die Landesregierung mit der Ankündigung einer weit unter der Inflation liegenden Besoldungserhöhung von 0,5 % für die nächsten beiden Jahre die Beamten vom Tarifbereich völlig abgehängt. Nachdem die Besoldungserhöhung jeweils erst in der Mitte des Jahres gezahlt wird, ist sie auch nur die Hälfte wert, das heißt, die Hälfte von 0,5 %. Wie viel das ist, kann sich jeder selbst ausrechnen. Aber das ist im höchsten Maß sozial ungerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erinnere daran, dass wir in der Koalition im Jahr 2002 dramatische Einschnitte bei den Beamten vornehmen mussten. Ich sage „mussten“, weil es unserer Fraktion äußerst schwergefallen ist. Aber damals gab es keinen anderen Weg, wegen der außerordentlichen Einbrüche bei den Einnahmen die Situation im Griff zu behalten.

Meine Damen und Herren, im Gegenzug denke ich, dass es fair und geboten war, dass die FDP, aber nicht nur sie, sondern auch die SPD damals gesagt haben: Jetzt reicht es, den Beamten ist genug zugemutet worden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in der jetzigen Phase eines ersten Wirkung zeigenden Aufschwungs kann man das damals durch den Einnahmefall verursachte Gegensteuern nicht mehr als Begründung für eine erneute und einseitige Sparaktion gegenüber den Beamten heranziehen.

(Pörksen, SPD: Waren Sie bei Frau Stopp in der Schule?)

Dies läuft dem gegebenen Versprechen diametral entgegen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das gebrochene Wort hat sich in dem Bewusstsein der Beamtenschaft etabliert. Die Beamtinnen und Beamten des Landes sind über die Politik der Landesregierung enttäuscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen des Ministerpräsidenten am Sonntag im ZDF. Dort hat der Ministerpräsident vehement für eine angemessene Erhöhung der Löhne geworben. Hierdurch – so sagte er sinngemäß – solle der Aufschwung stabilisiert werden, und die Bürgerinnen und Bürger, die für den Aufschwung gearbeitet haben, sollten daran beteiligt werden. Außerdem sollen Lohnerhöhungen der Stärkung der Kaufkraft und der weiteren Belebung der Konjunktur dienen. Jetzt frage ich: Haben die Beamtinnen und Beamten zum Beispiel bei der Polizei oder die Lehrerinnen und Lehrer keinen Beitrag zum Aufschwung geleistet?

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Landesregierung einseitig die Beamtenschaft belastet, ist nach dem Gleichstellungsgesetz rechtlich fragwürdig.

(Pörksen, SPD: Was Gleichstellungsgesetz?
Das zitiert er jetzt auch noch! Das ist nicht zu fassen!)

Es bringt im Endeffekt finanziell fast nichts, und es ist allemal keine gute Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die erneuten Operationen zuungunsten der Beamtenschaft haben aber noch andere Konsequenzen. Mit spürbar ansteigender Tendenz fällt es schwer, geeignete Bewerber in ausreichender Zahl für den öffentlichen Dienst zu akquirieren. Drei Gründe sind dafür maßgeblich:

1. Die sich belebende Wirtschaft zieht einen beträchtlichen Teil leistungsstarker Bewerber an sich.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

2. Durch die Demografie nimmt die absolute Zahl der Bewerber ab.

3. Durch die Maßnahmen der Landesregierung entsteht ein Sog aus den benachbarten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg, die nicht gerade die schwächsten Länder sind. Dort haben junge Bewerber bessere Startchancen als in Rheinland-Pfalz. Wer also sollte es ihnen verdenken, wenn sie das Land verlassen – leider.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es am Beispiel der Polizei deutlich machen. Die erwähnte schwieriger werdende Bewerbersuche gewinnt bei der Polizei durch die bevorstehende Pensionierungswelle ab 2010 besondere Bedeutung. Die von der Landesregierung für richtig gehaltene Zielstärke von 9.000 Polizistinnen und Polizisten ist nach Auffassung unserer Fraktion mit den im Haushaltsentwurf bei Kapitel 03 13

– Landespolizeischule – ausgebrachten 250 Anwärtern pro Jahr nicht zu halten. Zwar sollen laut dem Vorwort 285 Polizeianwärter eingestellt werden, ob diese allerdings ausreichend sind, wage ich zu bezweifeln.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Es gibt noch eine neuere Zahl!)

Vor dem Hintergrund eines gewissen Schwundes durch Abbrecher, Durchfaller, Polizeibeamtinnen im Mutterschaftsurlaub usw. muss die Landesregierung ein Konzept entwickeln, mit dem sie die Zielstärke von 9.000 Polizisten und Polizistinnen auf Dauer sicherstellt.

(Beifall der FDP –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist das Allermindeste!)

Nur so kann es gelingen, die Pensionierungswelle vorausschauend aufzufangen und nicht erneut einen schiefen Altersaufbau bei der Polizei in Rheinland-Pfalz zu reproduzieren. Unsere Fraktion hat hierzu einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht.

(Beifall bei der FDP –
Pörksen, SPD: Ohne Zahlen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss sich vor Augen führen, was die Polizistinnen und Polizisten im Wechselschichtdienst hier leisten müssen. Die wenigstens haben wahrscheinlich nur eine vage Vorstellung davon, was etwa zum Beispiel ein Kriminaldauerdienst bedeutet. Ein wirksamer Beitrag, um Polizeidienst noch effizienter zu machen, kann darin gesehen werden, von ausbildungsfremden Aufgaben zu entlasten. Das bedeutet eine weitere Verstärkung der Beschäftigten im Tarifbereich. Ansätze sind hier gemacht worden – das will ich gern einräumen –, aber es reicht bei weitem noch nicht aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ausrüstung der Polizei kann als modern und gut bezeichnet werden. Einiges ist noch zu ergänzen, aber im Großen und Ganzen kommt die Polizei damit gut zurecht. Für die Beschaffung von polizeitechnischen Geräten sieht der Haushalt im entsprechenden Polizeikapitel ein mehrjähriges Beschaffungsprogramm vor.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist eine Verpflichtungsermächtigung einmal an der richtigen Stelle angebracht. Das Beschaffungsprogramm ist durch die Verpflichtungsermächtigung über mehrere Jahre finanziell abgesichert und gibt der Polizei die notwendige Planungssicherheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erwähne abschließend zur Polizei noch die Polizeizulage, die bekanntlich 2007 wegfällt. Durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei der Polizei und den § 808 Landesbeamtengesetz verlieren die Polizeijahrgänge 1946 und 1947 – diese befinden sich in der Überleitung – die Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage. Davon sind 120 Beamtinnen und Beamte bei der Polizei betroffen. Es wäre eine sehr schöne Geste der Landesregierung, wenn sie die Zulage um zwei weitere Jahre verlängern würde, um auch diesen beiden Jahrgängen die Ruhegehaltsfähig-

keit der Zulage zu ermöglichen. Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im operativen Bereich einen schweren und in der Regel sehr belastenden Dienst verrichten. Sie stellen keine Angelscheine aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einige Bemerkungen zum Brand- und Katastrophenschutz und insbesondere zur Änderung dieses Fachgesetzes machen. Über die Bedeutung der freiwilligen Feuerwehren und der Werksfeuerwehren haben wir in der Vergangenheit mehrfach diskutiert, und immer hat der Landtag parteiübergreifend die Bedeutung der Feuerwehr hervorgehoben und die Motivation von 60.000 Feuerwehrangehörigen in 2400 örtlichen Feuerwehreinheiten gewürdigt.

Nicht zu vergessen sind die rund 11.800 Jungen und die 3.000 Mädchen in der Jugendfeuerwehr.

Im Jahr 2004 sind die Feuerwehren zu rund 41.000 Einsätzen beim Brandschutz gerufen worden. Das sind an 365 Tagen pro Tag 112 Einsätze. Die Begriffe „Ehrenamt“ und „freiwilliges bürgerschaftliches Engagement“ sind Attribute, die untrennbar zur Feuerwehr gehören.

Meine Damen und Herren, aber die Feuerwehr hat Nachwuchssorgen. Die Demografie lässt grüßen, und nicht zuletzt muss die sich weiter individualisierende Freizeitgestaltung der Jugendlichen berücksichtigt werden. Deswegen halte ich es für eine sehr gute Idee, Kindern auch vor dem 10. Lebensjahr in sogenannten Jugendvorbereitungsgruppen den Zugang zur Feuerwehr zu ermöglichen und sie quasi spielerisch mit den Angelegenheiten der Feuerwehr vertraut zu machen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Vorbereitungsgruppen für die Jugendfeuerwehr zu gründen, an denen Kinder zwischen sechs und zehn Jahren teilnehmen können. Beruhigend für die Eltern der Kinder ist die Bestimmung, dass die Mitglieder der Vorbereitungsgruppen unter die gesetzliche Unfallversicherung fallen und über die Unfallkasse Rheinland-Pfalz versichert sind.

Unsere Fraktion sieht hierin einen geeigneten und wirksamen Beitrag, dem drohenden Nachwuchsmangel bei der Feuerwehr prospektiv entgegenzuwirken. Deshalb wird unsere Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch die Finanzierung der Löschfahrzeuge ansprechen, an der sich der Bund nicht mehr beteiligen will. Unsere Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Finanzierungslücke durch Landesmittel zu schließen. Die FDP-Fraktion legt größten Wert darauf, dass auch in Zukunft die Qualität des Brandschutzes in der Fläche und in der technischen Ausrüstung auf dem gewohnten Niveau gehalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werfen wir noch einen Blick auf die Finanzlage der Kommunen. Auch wenn die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich – und ich füge hinzu: hoffentlich nachhaltig – zugenommen haben, ist die finanzielle Situation der Kommunen, insbesondere der kreisfreien Städte, nach

wie vor angespannt. Bedenkliche Daten sind der Anstieg der Gesamtverschuldung auf mittlerweile ca. 12,1 Milliarden Euro sowie die Zunahme der Kassenkredite auf einen Stand von 2,75 Milliarden Euro bezogen auf das Jahr 2005. Das sind Zahlen, da wird einem schwindelig.

Bei den kreisfreien Städten entsprechen die Kassenkredite fast der gesamten Höhe der Einnahmen der Verwaltungshaushalte.

Meine Damen und Herren, die Einnahmen der Kommunen sind in der Garantiesumme festgelegt. Deren Steigerung liegt in den beiden kommenden Jahren entsprechend der Regelung des Stabilisierungsfonds bei je 1 %. Das heißt, die Garantiesumme erhöht sich pro Jahr um rund 16 Millionen Euro. Damit erhalten die Kommunen – wie auch in den vergangenen Jahren – die für sie notwendige Planungssicherheit. Die Garantiesumme beträgt 2007 noch rund 63 Millionen Euro. Bereits 2008 erfolgt eine Rückzahlung in Höhe von rund 57 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Finanzausgleichsregelung begrüßen wir die weitgehende Auflösung der Bedarfszuweisung und ihre Überleitung in die Schlüsselmasse. Das Verhältnis von Allgemeinzuweisungen zu den Zweckzuweisungen beträgt 60 : 40. Die Umschichtung gibt den Kommunen den erforderlichen Handlungsspielraum. Der Steueranteil der Kommunen an den Gesamtsteuereinnahmen beträgt rund 40 %. An den Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung sollen die rheinland-pfälzischen Kommunen jedoch nur in Höhe des Verbundsatzes – das sind 21 % – beteiligt werden. Das ist nur etwas mehr als die Hälfte der Mehreinnahmen.

Unsere Fraktion hält diese Aufteilung für nicht sachgerecht, weil, abgesehen von dem hohen Konsolidierungsbedarf der Kommunen, die Steuerbeschlüsse der Bundesregierung in den kommunalen Haushalten zu beträchtlichen Mehrbelastungen führen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt auf unseren Entschließungsantrag zur Abschaffung der Jagdsteuer zu sprechen.

Die Jagdsteuer ist eine Kreissteuer. Ihre Erhebung und ihre Höhe liegen im Ermessen der Kreise. Die Jagdsteuer kann bis zu 20 % der Jagdpacht betragen, und das Gesamtaufkommen beträgt pro Jahr rund 5 Millionen Euro. Die Jagdsteuer ist ein Relikt aus vergangenen Zeiten, das heute seine Berechtigung verloren hat.

(Beifall der FDP)

Der volkswirtschaftliche Wert der freiwilligen Leistungen der Jägerschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Tierschutz liegt erheblich höher als das Aufkommen an der Jagdsteuer.

(Beifall bei der FDP)

Ich erwähne beispielhaft das Beseitigen von Unfallwild und das flächenweise Ausbringen von Impfködern.

Außer Rheinland-Pfalz erheben nur noch das Saarland und Niedersachsen Jagdsteuer. Nordrhein-Westfalen wird sie in dieser Legislaturperiode abschaffen.

Ein finanzielles Äquivalent für die Jagdsteuer wächst den Kreisen durch die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zu, in Sonderheit durch die Überleitung der Bedarfszuweisungsmittel in die Schlüsselmasse, auf die ich bereits eingegangen bin. Durch die Verbreiterung der Kreisumlage wird die Jagdsteuer mehr als kompensiert, selbst wenn der Umlagesatz gesenkt wird.

(Hartloff, SPD: Sie hatten so viel über die Kassenkredite erzählt!)

– Ja.

(Hartloff, SPD: Ist das schon vergessen?)

Meine Damen und Herren, ich darf zum Landesgesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes erklären, dass unsere Fraktion diesem Gesetz zustimmen wird.

Mein Damen und Herren, ich komme zum letzten Teil meiner Rede, nämlich zum Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes, Stichwort „wiederkehrende Beiträge“.

(Zuruf aus dem Hause)

– Von Ihnen hatte ich hier nichts gehört. Ich denke aber, das liegt daran, weil es eine große Einigkeit zwischen den beiden großen Fraktionen gibt.

Dem Gesetzentwurf liegt die Regelung zugrunde, dass sämtliche Verkehrsanlagen eines Gemeindegebietes eine einheitliche öffentliche Einrichtung bilden. Die Gemeinden werden ermächtigt, dies durch Satzung zu bestimmen. Auf den bisher zentralen Punkt des räumlichen und funktionalen Zusammenhangs wird in dem Gesetzentwurf völlig verzichtet.

(Pörksen, SPD: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen will ich die Position unserer Fraktion in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Beiträge dienen dem Ausgleich von Sondervorteilen der Bürger, die nach dem Äquivalenzverhältnis entsprechend dem räumlichen und funktionalen Zusammenhang erhoben werden. Damit wird ein ausreichender Zusammenhang zwischen dem individuellen finanziellen Beitrag einerseits und dem individuellen Sondervorteil andererseits gefunden.

2. Wird der Beitrag dagegen unabhängig vom Ort der Herstellung oder Ausbau einer Verkehrsanlage erhoben, so ist damit die Verbindung zwischen individueller Last und Sondervorteil aufgehoben, und das grundsätzliche Verhältnismäßigkeitsprinzip wird ausgehebelt. Dann gleicht der wiederkehrende Beitrag weitgehend einer kommunalen Steuer.

3. Der Gesetzentwurf geht davon aus, dass die Gesamtheit der Verkehrsanlagen eine einheitliche öffentliche Einrichtung sei. Dieser Gedankenkonstruktion können wir uns nicht anschließen.

(Beifall der FDP)

Unsere Fraktion meint vielmehr, dass sich bei der Herstellung oder dem Ausbau einer Verkehrsanlage sehr wohl feststellen lässt, ob und inwieweit die Maßnahme dem einzelnen Einwohner dient und ihm folglich auch beitragsrechtlich zugeordnet werden kann.

4. Steuern sind dagegen Finanzierungselemente für allgemeine staatliche Leistungen. Auch eine Steuer würde verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen, weil die Beiträge aus Steuern nicht einheitlich erhoben werden dürfen, sondern dem Prinzip der Leistungsfähigkeit folgen müssten, wie das bei Steuern üblich ist.

5. Im Ergebnis folgen wir dem Gutachten von Professor Kube bei der Anhörung im Innenausschuss am 14. November 2006. Wir teilen die Auffassung, dass das Gesetz verfassungswidrig ist, weil – ich zitiere Kube – „die Anonymisierung von Last und Leistung die weitgehende Lockerung des Äquivalenzzusammenhangs dem Bürger die Prüfung der Gleichheitsgerechtigkeit, seine Heranziehung zur Aufgabenfinanzierung stark erschwert.“

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind ferner der Auffassung, dass das Risiko verfassungswidriger Entscheidungen durch Satzung nicht an die Gemeinden weitergegeben werden darf. Ungleiches kann nicht gleich behandelt werden.

Meine Damen und Herren, ich will es auf den Punkt bringen: Was sachlich und rechtlich falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Deshalb werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Lammert das Wort.

Abg. Lammert, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzminister Professor Dr. Deubel hat in seiner Einbringungsrede gesagt, dass Sicherheit ein Grundpfeiler für unsere Zukunft sei. Das ist richtig, Herr Minister. Wenn ich mir aber den Haushalt in Bezug auf die Polizei als einer der Garanten für die Innere Sicherheit ansehe, bin ich der Meinung, dass die angedachten Anstrengungen der Landesregierung bei weitem noch nicht ausreichen, weil die Polizeistärke immer mehr abnimmt. Sie sprechen von einer Mindeststärke von 9.000 Beamtinnen und Beamten, die die polizeilichen Sicherheitsaufgaben erfüllen sollen. Wir brauchen aber eine deutliche

Erhöhung dieser Zahl. Auch die Polizeigewerkschaften fordern, dass wir uns deutlich über 9.000 bewegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die versuchten Sprengstoffanschläge zum Beispiel in Koblenz und die nach wie vor angespannte Sicherheitslage – wir verlängern auch das Sicherheitsgesetz – haben uns vor Augen geführt, dass auch in Rheinland-Pfalz nach wie vor eine latente terroristische Gefahr besteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zahlenspiel der Neueinstellungen im Einzelplan 03 ist alles andere als eine klare Linie. Dort ist keine Haushaltsklarheit zu sehen.

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kommen 285 Neueinstellungen vor. Minister Deubel nannte in seiner Einbringungsrede keine Zahl. Im Haushaltsplan sind unter der Polizeischule 250 Stellen ausgewiesen. Staatssekretär Lewentz spricht in einem Interview mit dem „Polizeikurier“ von 300 Stellen. Man fragt sich jetzt natürlich, welche Zahl stimmt.

(Pörksen, SPD: 300!)

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss nachgefragt. Herr Pörksen, Sie haben das mitbekommen. Dort wurde uns erklärt – das ist der springende Punkt –, dass 250 Stellen eingestellt seien und für die anderen 50 im Stellenplan ausgewiesene, nicht besetzte Stellen herübergenommen werden. Herr Kollege Hörter hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass rund 375 Stellen in Rheinland-Pfalz unbesetzt sind. Wir könnten also die Einstellungszahlen ohne Probleme erhöhen. Nach dem Stellenplan sind zumindest mehr Polizeibeamte vorhanden.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sagen: 9.000 Polizeibeamte und nicht darunter. – Tatsache ist aber, dass ohne eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit die Stärke von 9.000 nicht mehr zu halten gewesen wäre. Im Jahr 2010 werden die Pensionierungen – Herr Minister, Sie wissen das, da Sie selbst aus dem Polizeibereich stammen – deutlich über 300 liegen. Im Jahr 2013 werden sie sogar über 400 liegen. Deshalb müssen wir jetzt handeln und dürfen uns nicht erlauben, so lange zu warten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt in Bezug auf das Personal sei auf Kante genäht, würde aber gerade noch ausreichen. Diesen Satz hat Innenminister Bruch anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Deutschen Polizeigewerkschaft am vergangenen Wochenende gesagt. Herr Minister, das reicht eben nicht mehr. Wir müssen handlungsfähig bleiben. Deshalb beantragt die CDU-Fraktion in einem Entschließungsantrag zusätzlich pro Haushaltsjahr 100 weitere Anwärter einzustellen, also insgesamt 200 Anwärter.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kurz noch etwas zur Absenkung der Eingangsbesoldung für den gehobenen und höheren Dienst für die ersten drei Jahre.

Dies führt natürlich zwangsläufig zur Abwanderung der Besten. Jetzt werden Sie natürlich sagen, dass die Bewerberzahlen im Augenblick noch relativ gut liegen. Das ist wohl wahr. Die Nachbarländer nehmen aber nicht diese Absenkung vor, sondern behalten den Einstieg bei A 9 bei. Deshalb werden in Zukunft die besten Kräfte von Rheinland-Pfalz abgeworben.

(Beifall der CDU)

Das ist – das hat Herr Kollege Auler auch schon gesagt – ein Rückschritt erster Güte und ein Schlag in das Gesicht der jungen Leute. Das ist letztlich die Einführung des mittleren Dienstes durch die Hintertür. Auch wenn das nur für drei Jahre geschieht, ist das aber letztlich der mittlere Dienst. Das machen wir nicht mit, und das wird die CDU nicht mittragen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf noch kurz etwas zum Thema „Feuerwehr“ sagen. Wir haben über 60.000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die sich landesweit in Feuerwehren engagieren, davon allein 15.000 junge Menschen. Die Feuerwehr ist damit das bedeutendste Sicherheitsorgan im Bereich zur Abwehr von Gefahren. Dieses Engagement muss weiter gefördert werden.

Wir werden daher in einem Entschließungsantrag die Gründung einer Feuerwehrstiftung beantragen. Sie wissen, es kommt immer wieder vor, dass Feuerwehrangehörige bei Einsätzen oder Übungen körperliche Schäden erleiden. Es gibt natürlich die gesetzliche Regelung über die Unfallkasse. Wir wollen daneben aber auch Fälle abdecken, in denen darüber hinaus ein Anspruch erfüllt werden soll, zum Beispiel die Unterstützung der Familie des Betroffenen.

(Harald Schweitzer, SPD: Es sind 15.000 Euro im Haushalt!)

Deshalb wollen wir eine Feuerwehrstiftung einrichten, die mit einem Grundvermögen von 50.000 Euro ausgestattet ist, um das Engagement der Feuerwehren zu unterstützen.

(Harald Schweitzer, SPD: Das ist Teil im Haushalt! Sie wollen kürzen!)

Wir würden uns freuen, wenn gerade Sie als Oberfeuerwehrmann das unterstützen würden.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Schluss noch etwas Erfreuliches für Sie: Wir werden der Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes – Einführung von Vorbereitungsgruppen ab sechs Jahren – zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin etwas irritiert und überrascht. Ist es jetzt schon so, dass Sie, um bei der Polizei Wirkung zu erzielen, mit zwei Rednern antreten müssen? Herr Kollege Hörter hat mit seiner typisch weichen Welle angefangen, aber dann kam es wie immer. Jetzt hat Herr Lammert zum gleichen Thema gesprochen. Es ist aber Ihr Problem, wie Sie das bewerten.

Herr Kollege Hörter, Sie wissen genauso gut wie ich, dass der versuchte Terroranschlag in der Regionalbahn auch dann nicht verhindert worden wäre, wenn wir all das umgesetzt hätten, was Sie gefordert haben. Deshalb lassen Sie diese Art der Darstellung. Angstmacherei ist in diesem Zusammenhang nicht in Ordnung.

(Beifall der SPD)

Ich sitze seit heute Morgen im Parlament. Von mehreren Rednern der Oppositionsfractionen habe ich immer die Sparappelle gehört. Sie kamen sowohl von Herrn Martin als auch von Herrn Baldauf. In dem, was Sie vorschlagen, kann ich nicht einen einzigen Sparvorschlag erkennen. Wie geht das zusammen? Ist das so einfach, dass die ersten Leute eine Rede über das Sparen halten, während die anderen nachher das Geld ausgeben? So einfach lassen wir Sie nicht davonkommen.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

– Ach so, Arbeitsteilung ist das. Wir erwischen Euch aber dabei.

Ich war genauso wie Herr Lammert auf der Veranstaltung der Polizeigewerkschaft am vergangenen Samstag. Herr Kasel begann mit seiner Rede und sprach von 6.200 Polizisten. Herr Lammert griff zum Schreiber und begann mitzuschreiben. Es gebe nur zwölf Bedienstete im gehobenen Dienst und schlechte Löhne. Auf einmal merkte auch er, dass es um das Jahr 1966 ging. Herr Kollege Lammert, leider war diese Vorlage nicht für heute gedacht.

Ich will nur ein Fazit aus der Veranstaltung ziehen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, wenn Sie uns schon nicht glauben und meinen, wir würden nur die Regierung loben. Das tun wir natürlich hin und wieder auch. Selbst ich tue das. Wenn das aber die Deutsche Polizeigewerkschaft zum Ausdruck bringt – sowohl der Bundesvorsitzende, Herr Speck, als auch der Landesvorsitzende –, kann man das meiner Meinung nach als ein gerechtes Urteil bezeichnen. Unsere Polizei in Rheinland-Pfalz ist gut aufgestellt. Das sagen wir auch. Herr Kollege Auler sagt das ebenfalls, wobei ich bei ihm jetzt ein bisschen Beißhemmung habe.

Herr Kollege Auler, auch Sie waren bei dieser schönen Veranstaltung dabei. Sie haben offenbar besonders gut

zugehört, als Frau Stopp aufgetreten ist. Sie scheinen jetzt die Nachfolge des verehrten CDU-Kollegen Bischel antreten zu wollen. Wenn Frau Stopp, die seine Vorgesetzte war, eine Rede gehalten hat, hat er die gleiche Rede in diesem Haus noch einmal gehalten. Ich weiß nicht, ob Ihnen als FDP-Mitglied das so zupass kommt. Wir werden uns aber noch häufiger begegnen, und da werde ich immer wieder sehr gut aufpassen.

Zum Totlachen finde ich, dass Sie das Gleichstellungsgesetz zitieren. Das gerade bei den Äußerungen, die aus der FDP-Ecke zu diesem Gesetz getroffen worden sind. Machen Sie so weiter, aber wir werden Sie immer wieder daran erinnern.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Er meinte
das Gleichbehandlungsgesetz!)

– Er meinte das Gleichbehandlungsgesetz? Ich habe gedacht, er hätte das Gleichstellungsgesetz genannt. Ich meine aber natürlich auch das Gleichbehandlungsgesetz. Sie kennen aber auch die Äußerungen der FDP zu diesem Gesetz.

Wir gehen von einer guten Situation für die Polizei aus. Dabei leugnen wir doch gar nicht die Probleme, die die Polizei hat. Wer tut das? Ich komme auf Einzelheiten kurz zu sprechen.

Herr Kollege Auler, ich glaube, Sie waren noch nicht im Parlament, als wir gemeinsam gesagt haben, dass es im Schnitt 9.000 Polizistinnen und Polizisten sein sollen. Wir haben bis 2027 die jeweiligen Stärken der einzustellenden Anwärterinnen und Anwärter festgelegt. Sie waren mit dabei. Was hat sich seitdem in der Frage geändert? – Nichts.

Ihr Antrag ist ein bisschen Augenwischerei, weil Sie keine Zahlen nennen. Dann müssen Sie, wie die CDU sagen, wir wollen 100, 150 oder 200 Anwärterinnen und Anwärter mehr. Das machen Sie aber nicht. Sie schreiben nur „eine ausreichende Anzahl von Polizistinnen und Polizisten“. Das ist meiner Auffassung nach nicht konsequent, um es vorsichtig zu sagen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Auler, FDP)

Wir können auf diesen Antrag gut verzichten und werden ihm nicht zustimmen.

Werfen wir einmal einen Blick nach Hessen. Das haben wir heute schon öfter getan. Sie haben auch von Hessen und darüber gesprochen, dass die Polizistinnen und Polizisten abwandern würden. Was macht Hessen zurzeit mit den Stellen? Hessen baut über 300 Stellen in der Vollzugspolizei und über 600 Stellen im Bereich der Tarifangestellten ab. Die Polizistinnen und Polizisten laufen höchstens weg, weil sie Angst haben, dass sie ihre Stelle verlieren. Hessen hat die schwarze Polizei eingeführt. Finden Sie das besonders gut? Wir nicht.

(Zuruf des Abg. Auler, FDP)

Ich darf Herrn Speck zitieren. Herr Speck hat im Zusammenhang mit der zweigeteilten Laufbahn gesagt, die

Baden-Württemberger müssen aufpassen, dass ihnen nicht die guten Polizisten nach Rheinland-Pfalz abwandern. Das hat er gesagt, und nicht umgekehrt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich komme zu der Frage der Anwärterinnen und Anwärter. In den beiden Jahren werden 300 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Das ist die Zahl. Wir können die Zweifel beseitigen.

Reden wir einmal über die Zahlen. Zurzeit liegen 3.000 Bewerbungen vor. Insofern muss ein Riesenaufwand betrieben werden, um eine einigermaßen gerechte Lösung herzustellen. Wenn Sie sagen, wir müssten uns um Bewerber fürchten, ist das völlig neben der Sache. Lassen Sie solche Äußerungen sein!

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Auler, FDP)

Wenn Sie sich einmal den Haushalt anschauen, werden Sie feststellen, dass es im Jahr 2007 mehr Beförderungstellen als im Jahr 2008 gibt. Solche Beförderungsmöglichkeiten im Bereich der Polizei finden Sie in keiner anderen Landesverwaltung. Das muss man den Polizistinnen und Polizisten auch einmal deutlich sagen.

Wir haben schon bei den Beratungen Schwierigkeiten, das durchzusetzen. Das sind keine Wohltaten für die Polizei, um nicht falsch verstanden zu werden, sondern es ist ein wichtiger Beitrag zur Motivation. Sie haben recht, wir brauchen und haben eine hoch motivierte Polizei, die mit 61 % Aufklärungsquote Riesenerfolge zeitigt. Ich glaube, das ist die dritthöchste Zahl. Die meisten Bundesländer und Stadtstaaten liegen erheblich hinter uns. Ich will sie nicht im Einzelnen aufführen.

Das liegt auch an der sehr guten Ausrüstung der Polizei. Hinzu kommt, dass damit begonnen wird, eine lange Forderung der Polizei umzusetzen, nämlich die Anschaffung neuer Schusswaffen. Ich will auf die Westen nicht eingehen, weil es sich hierbei um ein etwas schwieriges Kapitel handelt.

Die Einführung des Digitalfunks ist ein langwieriger Prozess. Wir hoffen, dass in den nächsten Tagen – ein Gespräch wird nächste Woche stattfinden – endlich dieser Zug auf die Gleise gesetzt werden kann, damit wir noch vor Albanien den digitalen Polizeifunk eingeführt haben werden. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür sind geschaffen.

Die Überstunden bei der Polizei sind ein ständiges Thema, ich bin schon lange in der Politik. Überstunden sind bei der Polizei nicht auszuschließen. Erforderlich ist jedoch, einmal über die Anzahl zu reden. Wenn vonseiten der Gewerkschaft gesagt wird, bei der WM seien über 400.000 Überstunden geleistet worden, sollte man sich einmal genauer erkundigen. Insgesamt waren es 23.000 oder 24.000 Überstunden. Das andere waren ganz normale Arbeitsstunden der Polizistinnen und Polizisten. Von daher sind diese Zahlen hin und wieder ein bisschen neben der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich müssen wir bei den Castortransporten Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stellen. Wir müssen im Bereich des Kampfes gegen Rechts Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stellen, damit sie gegen die Machenschaften der Hetzer und ähnlicher Personen vorgehen können. Dafür benötigen wir viele Polizistinnen und Polizisten. Das ist leider so. Insofern lässt es sich nicht vermeiden, dass Überstunden anfallen.

Gerade beim Kampf gegen Rechts ist es dringend erforderlich, dass der Staat klar Flagge zeigt. Hier darf es keine Toleranz geben. Das würde von den Rechten geradezu falsch verstanden.

Allein seit Mai dieses Jahres waren sechs Skin-Konzerte durchgeführt worden. Davon sind zwei mit einer großen Anzahl von Polizistinnen und Polizisten aufgelöst worden.

In diesem Zusammenhang nenne ich ein Beispiel, wie es laufen kann. Beim Marsch in Zweibrücken der Rechten hat ein junger Mann – es war ein Berufsschüler – zu einer Demonstration aufgerufen. Es waren 250 Demonstrantinnen und Demonstranten. Das ist der richtige Weg, nämlich die Bevölkerung einzuschalten, damit sie sich gegen diese Machenschaften zur Wehr setzt. Das kann man nur lobend hervorheben.

(Beifall der SPD)

Wer glaubt, das sei übertrieben, dem wünsche ich eine kleine Reise nach Mecklenburg-Vorpommern. Dort werden inzwischen ganze Dörfer von Rechten beherrscht. Die Vorstellung ist schrecklich. Schauen Sie es sich dort einmal an. Ich glaube, dann ist jeder mit mir der Auffassung, dass wir das nicht zulassen dürfen. Das darf sich bei uns nicht entwickeln. Dazu hat der Ministerpräsident heute Morgen das Nötige gesagt.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu der Untersuchung der Universität Leipzig. Für mich, der sich seit fast 40 Jahren gegen Rechts zur Wehr setzt, sind das erschreckende Ergebnisse: Fast 10 % sind rechtslastig, könnten NPD wählen, 25 % Ausländerfeindlichkeit. – Das sind Zahlen, die müssen erschrecken. Insofern muss man sich immer wieder die Frage stellen, ob wir auf diesem Gebiet genug machen. Ich glaube, wir machen nicht genug. Hier liegen wir nicht auseinander. Die Beispiele, was man machen kann, sind heute in einigen Redebeiträgen schon aufgeführt worden und werden noch aufgeführt, sodass ich im Moment darauf verzichten kann.

Wir begrüßen, dass in einem gemeinsamen Antrag das Landesverfassungsschutzgesetz bis zum 31. Dezember kommenden Jahres verlängert wird, weil wir hoffen – wir sind nicht so sicher –, dass man sich auf der Bundesebene bis zu diesem Zeitpunkt über die Probleme einig ist. Wir erwarten, dass auch unser Verfassungsgerichtshof bis dahin entschieden hat, ob das POG verfassungsgemäß ist, wie wir denken, oder Probleme macht, wie es ein Rechtsanwalt denkt.

Zur Antiterrordatei nur so viel: Auch hier könnten Sie mit Blick in den Haushalt und die dazugehörigen Blätter feststellen, dass Vorsorge getroffen ist. Dafür brauchen

wir Ihren Entschließungsantrag nicht. Die personellen und die sachlichen Voraussetzungen werden dafür geschaffen, dass die Antiterrordatei wie geplant auch in Rheinland-Pfalz aufgebaut werden kann. Mehr können wir nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen begrüßen wir, dass es nach jahrelangen Auseinandersetzungen gelungen ist, dass auf der Bundesebene eine aus unserer Sicht verfassungsrechtlich zulässige und erforderliche Antiterrordatei aufgestellt werden kann. Das war eine relativ schwierige Geburt.

Eine weitere schwierige Geburt, die auch Herr Kollege Auler angesprochen hat, ist sicherlich der Vorschlag, wie wir das Kommunalabgabengesetz ändern wollen.

Herr Kollege Auler, wenn man sagt, dass das Gesetz so, wie wir es vorschlagen, verfassungswidrig ist, frage ich Sie, wo Ihr Vorschlag ist. Wie sollen wir es regeln? Wir haben uns doch nicht umsonst zwei Jahre lang mit Professoren, Politikern und Leuten aus der Praxis auseinandergesetzt, wie wir ein Gesetz hinbekommen, das auf der einen Seite den Gemeinden das notwendige Handwerkszeug gibt, um ihre Beiträge einholen zu können, und auf der anderen Seite unserer Verfassung und der Bundesverfassung entspricht. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir das geschafft haben. Sie büxen mit Ihrer Art, dieses Thema zu behandeln, aus. Sie sagen nicht, wie Sie den Kommunen helfen wollen. Sie müssen ihnen helfen.

(Zuruf des Abg. Auler, FDP)

Noch ein Satz zu Ihrem Gutachter. Dieser hat gesagt, was der Herr Minister a. D. Mertin vorher schon gesagt hat. Das war für uns nichts Neues. Da Sie auch sonst auf den Wissenschaftlichen Dienst bauen – zumindest in einem anderen Fall, wie ich mich aus der letzten Zeit erinnern kann –, kennen Sie dessen Gutachten, das zu einem klaren Ergebnis kommt. Natürlich hat das Gesetz wie viele andere Gesetze auch ein gewisses Problem im Bereich der Verfassung. Wer will das leugnen? Wir sind aber der festen Auffassung, dass es hält. Jetzt müssen wir abwarten, was die Gerichte daraus machen. Zu sagen, wir dürfen es nicht machen, fand ich etwas billig. Heute war in der Zeitung zu lesen, dass die Kommunen teure Straßen ausbauen und die Armen dies mitbezahlen müssen. Wer so Kommunalpolitik betrachtet, scheint sie nicht zu kennen, es sei denn bei Ihnen in Ludwigshafen.

(Zurufe von der FDP)

– Das kenne ich nicht so genau. Ich weiß es aus vielen anderen Bereichen. Ich denke, dem Kommunalpolitiker dürfte man solche Dinge nicht per se unterstellen.

Wir sind der Auffassung, es ist ein praktikables Gesetz.

Herr Kollege Auler, das lassen Sie auch weg. Das Gesetz besagt ausdrücklich, dass es möglich ist, auch Abschnitte zu bilden, wenn dies entsprechend in den Satzungen begründet ist. Man kann es also machen, wenn man will.

Ich meine, dass den Kommunen ein ausreichender Spielraum gegeben ist. Sie werden es in der Regel auf die ganze Fläche legen, aber sie können es auch auf bestimmte Bereiche reduzieren, wie zum Beispiel Ortsteile.

Abschließend noch ein Hinweis auf den Änderungsantrag, der das Problem aufgreift, das entstehen könnte, wenn eine Kommune nach der alten Satzung einen Ausbaubeitrag beschlossen hat und dieser nach dem neuen Gesetz nicht mehr möglich wäre. Um diesen für das Jahr 2006 zu retten, wird diese Übergangsregelung bis zum 31. März nächsten Jahres geschaffen.

Insgesamt bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Kollege Henter.

Abg. Henter, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Ausführungen zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und zur finanziellen Situation unserer Kommunen im Land machen.

Die Entwicklung des wiederkehrenden Straßenbeitrags in Rheinland-Pfalz lässt sich wie folgt beschreiben: Die Einführung erfolgte im Jahre 1986 mit dem Kommunalabgabengesetz. Mit diesem Gesetz wurde den Städten und Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, zur Finanzierung des Investitionsaufwandes für den Ausbau von Straßen größere Gebiete festzulegen, innerhalb derer sämtliche Verkehrsanlagen als eine Abrechnungseinheit anzusehen waren.

Dadurch konnten die Aufwendungen auf alle in dem Gebiet der Abrechnungseinheit gelegenen Grundstücke als wiederkehrender Beitrag verteilt werden.

Im Jahre 2003 änderte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz seine Rechtsprechung und stellte verschärfte Maßstäbe und Voraussetzungen für den wiederkehrenden Beitrag auf. Insbesondere wurde die Voraussetzung für den erforderlichen räumlichen und funktionalen Zusammenhang wesentlich enger gefasst.

Für die Praxis bedeutete diese Rechtsprechung, dass die Vorgaben von vielen Gemeinden nicht mehr erfüllt werden konnten. Die gesetzlich mögliche Einführung von wiederkehrenden Beiträgen wäre damit vielfach leergelaufen. Eine rechtssichere Erhebung von Beiträgen war nur noch eingeschränkt möglich.

Als Lösung sieht der Gesetzentwurf im Wesentlichen folgende Änderung vor: Abweichend von der bisherigen Gesetzeslage kann künftig bestimmt werden, dass das gesamte öffentliche Verkehrsnetz der Gemeinde eine

einheitliche öffentliche Einrichtung bildet. Der Gemeinderat kann jedoch – soweit es die örtlichen Gegebenheiten erfordern – bestimmen, dass dies auch für Verkehrsanlagen lediglich einzelner Gebietsteile der Gemeinde gilt.

Der Beitragspflicht unterliegen in beiden Fällen alle Grundstücke, die durch das eine Einheit bildende Verkehrsnetz erschlossen sind. Sämtliche Verkehrsanlagen, also das gesamte öffentliche Verkehrsnetz des Gemeindegebietes, bilden eine eigenständige öffentliche Einrichtung und nicht lediglich eine Abrechnungseinheit.

Der Gemeinderat hat die Befugnis, dies durch Satzung zu bestimmen. Es handelt sich bei dieser Konzeption auch nicht – wie von Kritikern eingewandt wird – um eine getarnte Straßensteuer.

(Beifall der CDU und des Abg. Pörksen SPD)

Steuern sind allgemeine Deckungsmittel zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte ohne direkte Gegenleistung für den Zahlenden. Der wiederkehrende Beitrag kann jedoch ebenso wie der Einmalbeitrag nicht als Steuer im gesetzlichen Sinne verstanden werden; denn seine Erhebung ist investitionsabhängig, zweckgebunden und vermittelt dem Grundstückseigentümer entsprechende Vorteile.

(Beifall der CDU)

Es besteht damit ein hinreichender Zusammenhang zwischen der individuellen Lastenüberbürdung und dem tatsächlichen individuellen Vorteil durch den Straßenausbau. Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Gesetzentwurf aus diesem Grund zustimmen, weil wir denjenigen Gemeinden helfen wollen, die im System des wiederkehrenden Beitrags drin sind und für die Sie keinen Ausweg aufgezeigt haben, meine Kollegen von der FDP-Fraktion.

(Beifall der CDU und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige Ausführungen zur Finanzlage unserer Kommunen im Land machen.

Die Haushaltsberatungen der rheinland-pfälzischen Städte, Gemeinden und Landkreise sind im vollen Gange. Festzustellen ist, dass sich die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen nach den schwierigen rot-grünen Regierungsjahren in Berlin wieder leicht erholt haben.

Ursache dafür ist vor allem die Tatsache, dass mit dem Regierungswechsel hin zur Großen Koalition wieder stabilere wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden.

(Beifall der CDU)

Die Finanzsituation der rheinland-pfälzischen Kommunen bleibt jedoch weiterhin in einem bedrohlichen Zustand. Nach wie vor ist keine ausreichende Bereitschaft des Landes zu erkennen, insbesondere nicht in dem uns hier vorliegenden Doppelhaushalt für die Jahre 2007 und 2008, den Kommunen eine aufgabengerechte Finanz-

ausstattung zukommen zu lassen, wie es in der rheinland-pfälzischen Verfassung eigentlich vorgesehen ist.

Das lässt sich anhand folgender Fakten belegen: Die rheinland-pfälzischen Kommunen weisen 2006 im 17. Jahr in Folge einen negativen Finanzsaldo aus. 974 von 2.493 Kommunen konnten 2004 ihren Haushalt nicht ausgleichen. Der Fehlbetrag war mit 1,354 Milliarden Euro im Jahr 2000 um 39 Millionen Euro höher als im Vorjahr.

1.123 Kommunen wiesen für 2005 einen Fehlbedarf von insgesamt 1,95 Milliarden Euro aus. Die Gesamtschulden der Kommunen, einschließlich der Kassenkredite und der Verpflichtung aus dem Verstaatlichungsdarlehen, stiegen im Jahr 2005 um 0,7 Milliarden Euro auf 12,1 Milliarden Euro.

(Glocke der Präsidentin)

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Das entspricht einem Betrag von 2.971 Euro je Einwohner.

Ich hätte mir gewünscht, im Doppelhaushalt wären ausreichende Finanzgrundlagen für unsere Kommunen vorhanden gewesen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Wo sind
denn Ihre Antragsentwürfe?)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Koblenz und Umgebung sowie Seniorinnen und Senioren der Stadt Schifferstadt. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harald Schweitzer.

Abg. Schweitzer, Harald, SPD:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war gespannt, was die CDU in neuer Konstellation in der ersten Haushaltsberatung in der neuen Rolle sagen wird. Ich war gespannt, ob sie „bald drauf“ ist.

Jetzt, nachdem die Rednerinnen und Redner zu der Situation der Kommunen gesprochen haben, weiß ich, Sie sind es nicht; denn Sie verfahren nach dem gleichen Strickmuster, nach dem Sie in den letzten Jahren verfahren sind.

Zwei Jahre versprechen Sie den Kommunen das Blaue vom Himmel, versprechen Ihnen, dass wenn die CDU Verantwortung trägt, die Kommunen besser ausgestattet würden.

Zwei Jahre lang laufen Sie den Kommunen hinterher und versprechen ihnen alles, was sie nur wollen. Dann kommt es hier zur Nagelprobe, und es passiert das, was Sie seit 15 Jahren machen. Sie stellen keinen einzigen Antrag, der den Kommunen auch nur einen Euro mehr Geld bringen würde.

(Beifall der SPD)

Dann werfen Sie vor – gerade jetzt am Schluss noch; leider zu wenig Zeit, Herr Henter –, Sie hätten sich gewünscht, dass das Land die Kommunen besser mit Finanzmitteln ausstatte. Es liegt zwar kein Antrag vor, aber wie sieht denn die CDU die Situation um den Beistandspakt, um den Stabilisierungsfonds?

Dies hat den Kommunen 688 Millionen Euro zunächst einmal gespart. Wenn wir Ihnen, die das abgelehnt haben, gefolgt wären, müssten die Kommunen kurzfristig 688 Millionen Euro an das Land zurückzahlen. Dann gingen bei vielen Kommunen die Lichter tatsächlich aus.

(Beifall der SPD)

Nun kann man Rheinland-Pfalz einmal mit den Ländern vergleichen, in denen die CDU die Verantwortung trägt, wie sie im kommunalen Finanzausgleich mit ihren Kommunen umgehen. Das ist in dem einen oder anderen Fall angedeutet worden.

Baden-Württemberg: im kommenden Jahr Kürzung Landesregierung beim kommunalen Finanzausgleich 560 Millionen Euro; Hessen: Kürzung 170 Millionen Euro; Nordrhein-Westfalen: Kürzung 180 Millionen Euro; Rheinland-Pfalz: knapp 18 Millionen Euro im Jahr 2007 mehr, knapp 35 Millionen Euro im Jahr 2008 mehr.

Meine Damen und Herren, wer dieser Landesregierung Kommunalfeindlichkeit vorwirft, lebt nicht mehr auf diesem Planeten.

(Beifall der SPD)

Nun sagen Sie: „Wir haben aber einen Antrag eingebracht, der eine Umschichtung von 70 Millionen Euro zugunsten der allgemeinen Zuweisungen und zulasten der Zweckzuweisungen vorsieht. Wenn wir das machen, ist die Situation der Kommunen gerettet und alles ist in trockenen Tüchern.“

Der Ministerpräsident hat schon gesagt, dass dies eindeutig gegen den ländlichen Raum gerichtet ist. Viele Kommunen könnten nicht mehr ihre Dorfgemeinschaftshäuser bauen, nicht mehr ihre Feuerwehrfahrzeuge anschaffen und vieles mehr.

Ich will einmal sagen, was denn eigentlich in diesen Zweckzuweisungen enthalten ist.

Darin sind zum einen Schulbaumittel. Ich erinnere mich an die vielen Anfragen, die von Ihnen gestellt wurden, wann die Landesregierung endlich den Zuschuss für die Schule bezahlt. Die Kommunen müssten schon zwei Jahre lang warten. Das ist an Unehrllichkeit nicht mehr

zu überbieten. Solche Anfragen zu stellen und gleichzeitig zu kürzen, das geht nicht.

(Beifall der SPD)

Was ist eigentlich noch in den Zweckzuweisungen? – Darin sind auch die Kindergartenzuweisungen für die Kommunen. Sie haben ein gebrochenes Verhältnis zu Kindergärten. Das hat sich schon daran gezeigt, dass Sie in der Enquete-Kommission „Kommunen“ beantragt haben, größere Gruppen einzurichten und weniger Personal für die Kindergartengruppen bereitzustellen. Das haben Sie beantragt. Wir haben es abgelehnt, und wir machen es auch zukünftig nicht. Aber da Sie Zweckzuweisungen bei den Kindergärten sparen wollen, können Sie das durch die Hintertür jetzt natürlich wieder neu einbringen. Ich denke, das ist eine unverantwortliche Politik angesichts der Studien, die es über PISA und über andere Themen gibt.

(Beifall der SPD)

Ich möchte des Weiteren erwähnen, dass es sich nicht in Einklang bringen lässt, einen Entschließungsantrag über die Situation des Sports zu stellen, weil Sie mehr Mittel haben möchten, aber gleichzeitig die Zweckzuweisungen auch bei den Sportanlagen einzusparen. Das ist eine Durcheinander-Politik, die kein Mensch mehr verstehen kann.

Des Weiteren möchte ich bemerken, Zuweisungen an die Kommunen bestehen nicht nur aus dem kommunalen Finanzausgleich. Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, den Einzelplan 20 bis zur letzten Seite zu lesen, dann wüssten Sie, dass die Kommunen im Jahr 2007 44 Millionen Euro und im Jahr 2008 140 Millionen Euro mehr erhalten. Interessant ist aber, wie die CDU Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit mit den Kommunen verfahren ist. Sie haben uns den Verbandsatz, so wie Sie ihn einmal nach oben, einmal nach unten gefahren haben, mit 20,25 % übergeben, obwohl er einmal bei 23 % lag. Sie sind die größten Kürzer im kommunalen Finanzausgleich gewesen, die es jemals gab.

(Beifall der SPD –

Ramsauer, SPD: Das ist festzuhalten! Genau!)

Im kommunalen Finanzausgleich waren im letzten Haushalt der CDU-Regierung 1,2 Milliarden Euro, im SPD-Haushalt sind es 1,7 Milliarden Euro.

(Ramsauer, SPD: Hört, hört!)

Bei den Schlüsselzuweisungen waren im letzten Haushalt der CDU-Regierung 684 Millionen Euro, im SPD-Haushalt sind es 897 Millionen Euro.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, man muss in der Tat die Kommunen vor der CDU schützen. Mit Ihnen ist kein Staat zu machen!

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung spricht nun Innenminister Karl Peter Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Einzelplan 03 einige Schwerpunkte erörtern bzw. herausgreifen. Herr Kollege Schweitzer hat die Situation der Kommunen gerade beschrieben. Ich möchte noch einige Bemerkungen zu den Themen „Vereinfachung“ und „Aufgabenkritik“, die bereits heute Morgen angesprochen worden sind, sowie auch zu Ihrem Antrag machen.

Ich denke, man muss über die Sicherheit sprechen, die schon mehrmals Thema war, sowie über die IT-Zentralstelle, die ein Thema im Haushalts- und Finanzausschuss war, und wir müssen über den Sport sprechen.

Wenn ich persönlich eine Haushaltsrede vorbereite und mich damit beschäftige, geht es eigentlich immer nur um drei Fragen: Ist das, was wir tun, zukunftsgewandt? Ist es finanziell vertretbar? Vermag es die Fragen der Zeit, die jetzt anstehen, nicht etwa erst in vier Jahren, sondern aktuell zu lösen?

Wir haben eine Vorgabe des Ministerpräsidenten in der Frage erhalten, die demografische Entwicklung mit der haushaltsrechtlichen Situation des Landes zu verbinden, aber auch im weiteren Ausblick mit dem Landesentwicklungsprogramm IV, und wir haben in der Regierungserklärung die Aufgabe erhalten, eine Kommunalverwaltungsreform vorzunehmen. Sie finden den Niederschlag dieses Beschlusses im Haushalt. Dort steht ein Betrag im Zusammenhang mit dem Reformkonzept in Höhe von 350.000 Euro für Sachverständigenkosten.

Das war der Teilbereich, in dem wir zu dem Ergebnis gelangt sind, wir brauchen eine Aufgabenkritik, wenn wir uns dieser Frage zuwenden wollen. Wie sieht die Zukunft der Kommunen aus? Wie sieht die Zukunft bei den Gebietsreformen aus? Wie sieht die Zukunft in der Aufgabenkritik insgesamt aus? – Erforderlich war eine Aufgabendefinition. Dazu brauchen wir den kommunalen Sachverstand. Dazu brauchen wir auch alle drei Fraktionen, die in die Beratungen, die vor uns liegen, eingebunden sind, und ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen drei Fraktionen. Dazu brauchen wir wissenschaftlichen Beistand. Deswegen haben wir diese Summe eingesetzt.

Nun wundere ich mich über den vorliegenden Entschließungsantrag, innerhalb von zwei Jahren 500 Stellen in der Verwaltung in Rheinland-Pfalz einzusparen und damit das Ganze vorwegzunehmen, wie auch immer zu verändern oder Geld einzusparen. Sie alle wissen, dass dies nicht möglich ist.

Wenn man ehrlich miteinander umgeht, muss man erkennen, dieser Antrag ist eine Luftnummer. Er stammt von der CDU. Ich denke, man muss ehrlich miteinander umgehen. Wenn wir sagen, wir wollen eine Aufgabenkritik,

wir wollen eine Verwaltungs- und Gebietsreform, die nicht unten, sondern oben beginnt, sollten wir uns auch gemeinsam ersparen, solche Anträge zu stellen.

(Beifall der SPD)

Ich denke schon, dass es durchaus legitim ist, sich kritisch über die Frage des Kommunalabgabengesetzes zu unterhalten sowie auch über die Frage, wie es mit der Situation der Gemeinden aussieht.

Meine Damen und Herren, Sie alle, die Sie Verantwortung tragen, haben nicht nur Verantwortung in Rheinland-Pfalz, sondern auch in anderen Gremien. Sie werden auch bei verschiedenen Konferenzen gefragt, wie bestimmte Dinge in Ihrem Land aussehen. Mir ist immer aufgefallen, wenn ich über den Beistandspakt gesprochen habe, wenn ich über den Stabilisierungsfonds gesprochen habe oder über die Situation der Kommunen in Rheinland-Pfalz, wurde ich immer gefragt: Wie macht ihr das? – Wenn man wiederum ehrlich ist, muss man sagen, ein Teil der kritisierten Verschuldung des Landes kommt doch daher, dass wir die Gemeinden nicht von ihren finanziellen Mitteln entblößen wollen. Das war die Linie der SPD/FDP-Koalition. Das war doch der Hintergrund.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin schon der Meinung, man muss ab und zu einmal in das Landesfinanzausgleichsgesetz hineinschauen. Unser Vorschlag war, den Ausgleichsstock aufzulösen und die Schlüsselzuweisungen in die Kommunen hineinzugeben. Nachdem wir dies entschieden haben, haben sich alle drei kommunalen Spitzenverbände beschwert, sie seien ungerecht behandelt worden. Daraufhin war ich der Meinung, wir haben gerecht gehandelt. Wenn sich alle drei beschwerten, muss schließlich etwas Richtiges dabei gewesen sein.

Ich denke, dies war ein richtiger Schritt. Tatsache ist aber auch, dass wir die Zuschüsse beibehalten haben. Wir haben im Bereich des Investitionsstocks, der Strukturmittel und der Dorferneuerung mehr Geld bekommen. Dies wird sehr selten erwähnt. Es geht immerhin um 1 Million Euro bei der Dorferneuerung und 1,5 Millionen Euro beim Städtebau. All dies sind Entwicklungen, die den Gemeinden nützen werden, weil sie ihre Investitionskraft stärken. Von daher gesehen bin ich sehr zufrieden mit diesem Haushalt und sage, dass er zukunftsgerichtet ist und finanziell richtig aufgestellt ist. Wir können damit das tun, was die Gemeinden von uns verlangen oder erwarten. Auch die Kommunen haben Aufgaben, die sie lösen. Auch sie betreiben Haushaltspolitik. Aber auch wir können dies unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich kenne auch das Spiel. Ich war auch einmal in der Opposition in diesem Haus. Auch wir haben in der damaligen Konstellation die Situation der allgemeinen Zuweisungen im Verhältnis zu den Zweckzuweisungen kritisiert. Wir haben uns dann belehren lassen, dass man Zweckzuweisungen, aber auch allgemeine Zuweisungen braucht.

(Dr. Weiland, CDU: In der Regierungszeit habt Ihr Euch belehren lassen?)

– Ja, damals war eine andere Regierung an der Reihe. Stellen Sie sich das einmal vor. Das kann man sich gar nicht mehr vorstellen. Diese Regierung hat uns erklärt, was passiert, und dabei ist genau das gesagt worden, was Herr Kollege Schweitzer und andere gesagt haben.

Ich gehe aber noch ein Stück weiter. Ich meine das ganz ernst: Wer sagt, wir müssten die Zweckzuweisungen zugunsten allgemeiner Zuweisungen zurückfahren, zerstört die Struktur unserer Gemeinden. Er will den ländlichen Raum nicht haben. So sieht das aus! So ist das.

(Beifall der SPD)

Nur wenn es weiterhin Zweckzuweisungen gibt, werden die Gemeinden weiterhin ihr Leben gestalten können mit Dorfplätzen und mit anderen Dingen.

(Licht, CDU: Es will sie keiner abschaffen!)

– Ja, ja. Herr Kollege Licht, wir sind an einem Punkt, an dem man etwas mehr als nur plakativ sagen muss: „Wir müssen das verändern.“

(Licht, CDU: So platt kann man es nicht machen!)

Ich denke, die Kommunen können auf diese Landesregierung bauen. Sie machen es auch. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich fahre viel durch das Land und erlebe dort, egal, welche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit mir reden, ob rot, ob schwarz, gelb, grün oder frei, sie sind alle mit dieser Landesregierung sehr zufrieden. Die sagen: „Das macht Ihr gut. Das gefällt uns.“

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen, so harsch ist die Kritik der kommunalen Spitzenverbände nicht.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Sagen Sie jetzt nichts Falsches, Herr Licht, sonst bekommen Sie in ihrer eigenen Fraktion Probleme.

Wenn man über die Kommunen redet, muss man natürlich auch darüber reden, was die Kommunen machen. Wenn man 1.000 Gemeinden mit unter 100.000 Einwohnern hat, so machen sie es ehrenamtlich. Es ist das Ehrenamt, das die Gemeinden trägt. Diese Landesregierung hat durch die Leitstelle „Ehrenamt“ bei der Staatskanzlei, bei weiteren Ehrenamtsinitiativen in meinem Ministerium oder bei den Ehrenamtsinitiativen im Ministerium von Malu Dreyer viel getan, und zwar nicht nur für den Sport, sondern auch für andere Bereiche.

Herr Kollege Euler hat recht gehabt, wenn man über Sicherheit redet, muss man über das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz reden. Außerdem muss man über die Feuerwehr und viele Initiativen reden, die das Land tragen. Man muss dann auch über die Polizei sprechen. Ich habe mich dann schon gewundert, oder eigentlich

habe ich mich nicht gewundert; ich muss das zurücknehmen. Über den Kollegen Hörter habe ich mich nicht gewundert.

(Pörksen, SPD: Ich auch nicht!)

Er hat das mit den zwei Fragen ganz intelligent gemacht. Erfolg? Toll, 61 %, vielleicht gibt es noch ein bisschen mehr. Es kann vielleicht einen Zuschlag für 2005 bzw. für 2006 geben. Dann hat er gefragt: „Wieso?“ – Dann hat er den Preis genannt. Dann hat er die eingeschränkt Dienstfähigen genannt. Wissen Sie, das ist ein Thema, das mich umtreibt, seitdem ich im Landtag bin.

Eingeschränkt dienstfähig – Ich habe ein Gutachten auf dem Tisch über einen eingeschränkt dienstfähigen Polizisten liegen. Er kann Dienst von montags um 09:00 Uhr bis freitags um 16:00 Uhr machen. Keinen Nachtdienst, und er kann nicht weiter als 20 Kilometer von seinem Wohnort fahren. Glauben Sie, dass jeder eingeschränkt Dienstfähige so zu beurteilen ist, wie Sie es getan haben? Ich nicht. Ich komme aus dem Betrieb.

Wir haben deshalb in diesem neuen Haushalt eine Einstellungspolitik mit einem neuen weiteren Polizeiarzt betrieben, weil ich nicht einsehe, dass ich mich genau durch Ihre Schlussfolgerungen in eine Situation bringen lasse, in der ich das alles akzeptiere.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich war in Fernthal. Dort machen Kolleginnen und Kollegen, die eingeschränkt dienstfähig sind, vollen Dienst. Sie sind auf der Autobahn zusammengefahren worden. Ich weiß sehr wohl zu unterscheiden. Es also allein am Preis von eingeschränkt Dienstfähigen oder Kranken festzumachen, ist mir zu wenig. Ich möchte nicht sagen, es ist mir zu billig, denn da kenne ich Sie zu gut, lieber Herr Kollege Hörter, dass Sie das auch nicht gemeint haben. Ich denke aber schon, wir müssen dort genauer hinschauen.

Der Preis, den die rheinland-pfälzische Polizei für ihre hervorragende Arbeit bezahlt, wird von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gezahlt. So gut ist die Polizei noch nie bezahlt worden, wie sie jetzt bezahlt wird. Fragen Sie einmal den Kollegen Euler, wie er bezahlt wurde, als er eingetreten ist. Fragen Sie einmal den Kollegen Bruch, als er eingetreten ist, oder fragen Sie den Kollegen Hüttner. Wo ist er?

(Hüttner, SPD: Hier!)

Das ist nicht der Punkt. Sie haben die Überstunden angesprochen. Ich warte immer noch auf die Abrechnung der Überstunden, da in Rheinland-Pfalz die Überstunden nach einem Jahr abgerechnet werden. Das eine Jahr nach der Weltmeisterschaft ist noch nicht herum. Jetzt warte ich einmal ab, bis das Jahr herum ist. Dann werden wir zusammenkommen und schauen, ob es möglich ist, wenn es so wäre, dass Millionen Überstunden angefallen sind, darüber zu reden, ob wir eine finanzielle Erstattung vorsehen. Soweit ich es bisher sehe, entscheiden sich die Kolleginnen und Kollegen lieber für die Möglichkeit, dass sie die Überstunden abfeiern. Von

daher gesehen sollte man ein bisschen gemächlich in der Sache mit der Frage des Preises sein.

Die Zahl der Neueinstellungen hat Frau Kohnle-Gros schon immer umgetrieben. Auch in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses habe ich mich gewundert. Natürlich muss man ein bisschen in den Haushalt hineinschauen und überprüfen, wo die einzelnen Etats niedergelegt sind und welche Schlüsselzahlen und statistischen Zahlen dahinter stecken.

Klar ist doch, der Ministerpräsident hat bei der Regierungserklärung vorgegeben, er möchte 285 Polizistinnen und Polizisten pro Jahr haben. Das war die Vorgabe, wenn Sie sich noch daran erinnern. Wenn ich diese haben möchte, brauche ich mindestens 300 Anwärterinnen und Anwärter, um 285 zu bekommen. Ich habe die Lebenserfahrung, dass nicht jeder das Ziel erreicht, das wir mit ihm gern erreichen wollen, nämlich den Kommissarslehrgang erfolgreich abzuschließen. Das ist unser Problem.

Wo ist jetzt das Problem der Zahlen? Jetzt kommen Sie und sagen, wir könnten noch 150 nach dem Motto draufsetzen: „Wie hätten Sie es denn gerne?“ – Das ist auch ganz schön. Nur, wissen Sie, dass Sie mit 300 Anwärterinnen und Anwärtern auf der Landespolizeischule am Ende unserer Möglichkeiten sind? Das heißt, wenn Sie mehr haben wollen, dann reden wir nicht nur über 100 Anwärterinnen und Anwärter mehr, die das kostet, sondern wir brauchen dazu Räume. Außerdem brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer sowie Dozenten. Dies bedeutet – ich möchte nicht übertreiben –, ich muss eine weitere Polizeihochschule aufbauen. Dies ist schlichtweg finanziell nicht zu schaffen. Es ist auch nicht nötig, wenn ich mir die ganze Entwicklung betrachte.

Wir haben mit Datum vom 1. Mai 2007 nicht 9.156 Polizisten, sondern 9.256 Polizisten. Wir haben 100 mehr. Wir werden das haben, was Herr Kollege Pörksen und Herr Kollege Auler gesagt haben, nämlich einen Zuwachs bis 2010. Dann wird es schwierig, Herr Lammert. Das ist klar. Das wussten wir. Wir beobachten dies.

Sie reklamieren doch immer, wenn wir über Polizeizahlen reden und wenn ich Ihnen vorhalte, wie es 1987 war, als ich in den Landtag kam, dass wir damals ganz andere Einwohnerzahlen hatten. Wir werden auch zukünftig andere Einwohnerzahlen haben, nämlich weniger. Es sind nicht viel weniger, aber es sind weniger.

Wir werden eine Polizei haben, die in sich ganz anders aufgestellt ist, und zwar technisch und räumlich besser. Sie wird allerdings auch in vielen Teilbereichen andere Aufgaben haben. Das sieht man jetzt schon.

Ich habe dies auch vor der Polizeigewerkschaft gesagt, der allgemeine Dienst ist zu leisten und auf Kante genäht. Wir haben immer die Problematik, die Präsenz der Polizei sicherzustellen. Ich habe auch an dieser Stelle schon einmal gesagt, ich kann das ganz einfach lösen, wenn ich nämlich eine Errungenschaft wegnehme, was wir nicht wollen, nämlich den Fünf-Gruppen-Schichtdienst zum Vier-Gruppen-Schichtdienst zu machen. Dann habe ich mit einem Schlag 20 % mehr Polizeibeamtinnen und –beamte auf der Straße.

Man sollte von daher gesehen ein bisschen genauer bei den ganzen Forderungen hinschauen. Das Ganze ist ein Ergebnis einer Koalitionsarbeit gewesen. Das muss man auch einmal fairerweise sagen, lieber Herr Kollege Auler. Deswegen habe ich Ihren Antrag nicht verstanden. Wir haben vor genau eineinhalb Jahren diesen Antrag gemeinsam formuliert. Wir haben das gemacht. Die beiden Koalitionsfraktionen haben damals ein Zukunftsprojekt gestartet und gesagt, wir wollen wissen, wie das umgesetzt werden kann. Heraus kam aus dieser Entwicklung ein Mindestbedarf von 9.000 Polizistinnen und Polizisten.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Ich denke, von daher gesehen sind wir insgesamt gut aufgestellt, auch wenn man die altersbedingten Ruhestandsversetzungen sieht.

Ich möchte im Übrigen noch einmal darauf hinweisen, dass wir ein Spezialistenprogramm haben. Ich möchte es nur noch einmal erwähnen, weil es hier schon angesprochen worden ist. Das macht auch nicht jede Landesregierung. Wir machen es im Bereich DNA und im Bereich Internetkriminalität. Dort müssen wir stärker hineingehen, was jeder weiß. Von daher sind wir gut dabei.

Wichtig ist, dass wir in der Prävention eine Menge machen. Ich möchte nur darauf hinweisen, die Präventionsarbeit ist weit ausgebaut worden. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen. Was läuft in Rheinland-Pfalz? Ich habe gestern die Auszeichnung „Jugend für Respekt“ vergeben. Es ist eine Initiative dieser Landesregierung, bei der wir die Jugend gebeten haben, sich einmal Gedanken zu machen, wie es mit der Gewalt in Schulen aussieht und was wir dagegen tun können. 48 Schulen haben sich mit Wettbewerbsbeiträgen beteiligt. 100 Schulen hatten Interesse. Wir werden den Wettbewerb weitermachen.

Wenn Sie sehen, welche Arbeit dort geschieht und was gemacht wird, so meine ich, das ist der richtige Weg. Er ist schwierig. Er hat nicht sofort einen Erfolg, aber er wird langfristig Erfolg haben, wie das auch in vielen anderen Bereichen der Fall ist, wenn ich beispielsweise sehe, was wir an Projekten gegen Rechts machen.

Meine Damen und Herren, Sie werden in der Zeitung gelesen haben, dass wir über den Digitalfunk geredet haben. Der Einzige, der darüber noch geredet hat, war der Kollege Pörksen. Der Digitalfunk macht uns viel Kummer, da die Bundesregierung – damals Otto Schily – sehr schnell entschieden hat, der Betrieb dieses Digitalfunks möge über die DB Telematik laufen. Das ist eine kleine Software- und Leitungsfirma – so nenne ich sie einmal – der Deutschen Bundesbahn. Das hat mich schon damals als Staatssekretär etwas irritiert. Es irritiert mich immer noch.

Ich sage an dieser Stelle – vorbehaltlich der Zustimmung des Ministerrats –, wir können nicht einen Weg gehen, der uns mehr Geld kostet, als es jemals im Bereich der Betriebsführung vorgesehen war, nämlich über 4 Milliarden Euro. Das wird das Land nicht finanzieren können. Möglicherweise machen wir es dann alleine.

Im Übrigen bin ich mit dieser Position als Innenminister nicht alleine auf weiter Flur, sondern wir haben eine Entscheidung von 16 : 0 in Nürnberg getroffen. Wenn die DB Telematik kein entsprechendes Angebot für die Zukunft vorlegen kann, werden wir dies nicht machen.

Meine Damen und Herren, wenn man über Sicherheit redet – Sie haben das getan –, denke ich, dann gehört die Situation der Feuerwehr dazu. Sie haben alle die Feuerwehr angesprochen, nicht nur die „Haraldinis“, sondern auch die Frage der Bundesfahrzeuge und Ähnliches mehr. Wir sind in Verhandlungen über die Frage, wie es aussieht, ob der Bund noch seine Aufgaben im Bereich des vorsorgenden Zivilschutzes wahrnimmt, zu dem der Brandschutz gehört.

Herr Noss, Sie haben es angesprochen. Herr Kollege Auler hat es gefordert. Wir werden natürlich nicht hingehen können und aus dem Haushalt heraus die Fahrzeuge, die wegfallen werden, ersetzen. Das wird nicht gehen. Wir reden über 350 Fahrzeuge. Die werden wir so nicht ersetzen können. Noch ist das nicht ganz entschieden. Aber ich denke, dass wir in der gesamten Entscheidung wahrscheinlich nicht umhinkommen, über die Frage zu reden, wie wir das wirklich lösen, und zwar gemeinsam mit Ihnen hier im Parlament. Deswegen haben wir einen vorsorgenden Haushaltsbetrag bereitgestellt. Ich sehe schon, dass sich der Bund zurückziehen will.

Ich mache eine Bemerkung zur IT-Stelle. Es zeigt sich, dass die Entscheidung der Landesregierung E-Government, Multimedia, IT-Kompetenz an einer Stelle zusammenzubündeln und mit den haushaltsrechtlichen Befugnissen auszustatten und zu schauen, dass man Synergieeffekte gewinnt, die richtige war.

Ich bekomme gerade auf den Tisch, dass wir mit Microsoft eine Übereinkunft getroffen haben, mit der wir unsere Softwarekosten entscheidend dadurch senken können, dass wir es in Rheinland-Pfalz bündeln und für viele Dienststellen Verträge schließen. Ich denke, das war der richtige Weg. Von daher gesehen bin ich mit dieser Entwicklung sehr zufrieden.

Meine Damen und Herren, ich will noch eine Bemerkung machen, nicht nur, weil es mir am Herzen liegt, sondern auch weil Walter Zuber immer darauf hingewiesen hat. Ich habe schon aufgezeigt, das Land Rheinland-Pfalz lebt im Ehrenamt. Eine große Leistung dieses Landes Rheinland-Pfalz ist die Partnerschaft mit Ruanda.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben weit über 300 lebendige Initiativen in diesem Land, die sich um Ruanda kümmern. Nicht dass die Landesregierung sie auffordern muss, sondern sie fordern eigentlich uns auf, mit ihnen gemeinsam zu helfen. Wir haben im Haushalt etwa 1,8 Millionen Euro als Hilfe bereitgestellt.

Ich habe gestern ein Gespräch mit einem Investor geführt, der in Ruanda möglicherweise bei Energieträgern einsteigen will. Das ist ein gebürtiger Inder, der in Tansania lebt. Mit dem haben wir über vorhandene Möglichkeiten gesprochen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass so

etwas geschieht. Ich freue mich, wenn das 25-jährige Jubiläum bei Ihnen auf den Widerhall stößt, den ich mir erhoffe, nämlich dass wir mit unseren Beiträgen für Ruanda den Menschen Mut machen können, sich weiterhin in Rheinland-Pfalz für Ruanda zu engagieren.

Meine Damen und Herren, ich habe am Anfang drei Bemerkungen gemacht. Ich bin schon der Meinung, dass dieser Haushalt, den wir heute einbringen und morgen verabschieden werden, für den inneren Bereich, und nicht nur da, zukunftsgerichtet ist. Er ist finanziell seriös. Er ist haushaltsklar und -wahr. Ich denke, er löst die direkten Aufgaben, die in den nächsten zwei Jahren vor uns liegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport – vor. Wir sind am Ende der Beratung zu diesem Einzelplan.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die zweite Beratung des Landesgesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Landesgesetzes zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen wird.

Ich darf zu Punkt 8 der Tagesordnung darauf hinweisen, dass damit die erste Beratung zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 10 GG und zur Fortentwicklung verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften vom 16. Dezember 2002 erledigt ist. Die zweite Beratung erfolgt am Donnerstag nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz.

Ich rufe nunmehr zur Beratung auf:

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz –

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Axel Wilke.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ganze 3,8 % beträgt der Anteil des Justizhaushalts am gesamten Landeshaushalt, kein großer Anteil verglichen mit den anderen Einzelplänen. Daraus wird eines unzweifelhaft klar: Selbst wenn man in diesem Etat die härtesten Sparanstrengungen unternehmen würde, dann könnten wir den Marsch dieses Landes in den Verschuldungsstaat nicht stoppen.

Gott sei Dank ist wenigstens unsere Redezeit als Rechtspolitiker nicht so knapp bemessen, wie es den 3,8 % entspräche; denn die Justiz, die hoch geschätzte dritte Gewalt, verdient es, dass wir uns alle zwei Jahre ganz grundsätzlich damit auseinandersetzen, ob hier die Weichen richtig gestellt sind. Ist der soziale Rechtsstaat

noch gewährleistet? Das ist die alles beherrschende Frage, und weiter: Sind Ansätze erkennbar, ihn im gebotenen Maß weiterzuentwickeln?

Die erste Frage kann man, wenn man ehrlich ist, mit „überwiegend gerade noch so“ beantworten.

(Ministerpräsident Beck: Na, na, na!)

Es ist heute Nikolaus. Ich glaube, das hat noch kein Vorredner angesprochen. Es ist kein Grund dafür, dass ich die Rute heraushole. Herr Minister, aber Naschwerk haben Sie jetzt auch nicht wirklich verdient. Deswegen dieses Urteil „überwiegend gerade noch so“.

(Ministerpräsident Beck: Überwiegend gerade noch so, da muss man doch wirklich einen schiefen Blick haben!)

– Herr Ministerpräsident, ich werde das später noch im Detail ausführen, ich komme noch darauf.

Wir können gern noch einen Antrag stellen, um einige Richterinnen und Richter mehr einzustellen, dann kommen wir wieder zum Thema „Sparbemühungen“. Lassen Sie uns das im Einzelfall ausführen.

Eines ist ganz wichtig an dieser Stelle zu tun. Es gibt in unseren Gerichten, in den sonstigen Justizbehörden und im Strafvollzug jede Menge engagierte Menschen, die mit großem Fleiß, Engagement und Einsatz ihre Arbeit tun. Wenn es die nicht gäbe, dann ginge unser Rechtsstaat ziemlich schnell am Krückstock.

(Beifall bei der CDU)

Eine Haushaltsdebatte bietet auch eine gute Gelegenheit, diesen Frauen und Männern den herzlichen Dank für ihre Arbeit zu sagen. Diesen Dank möchte ich für die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich und von Herzen aussprechen.

(Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: Was machen Sie denn? Den müsste man doch runterholen!)

– Herr Ministerpräsident, da gehen wir dann zusammen hin.

Bei der zweiten Frage, der Frage nach der Fortentwicklung des sozialen Rechtsstaates, haben wir nicht den Eindruck, dass Sie sonderlich durch große Kreativität auf sich aufmerksam machen würden, Herr Minister.

(Pörksen, SPD: Das können Sie sich gerade erlauben, mein lieber Freund!)

Was haben wir bisher von Ihnen als Rechtspolitiker gehört? Wo ist Ihr Profil? Außer, dass Sie der Streitschlichtung und der Mediation größeren Raum einräumen wollen und eine Ausweitung des sogenannten Cochemer Modells propagieren, haben wir noch nicht viel von Ihnen gehört.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schnabel:

Ich darf vielleicht darum bitten, dass wir die Dialoge etwas zurückstellen, damit der Redner entsprechend vortragen kann.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich zitiere aus der Antwort von Herrn Minister Bamberger auf den entsprechenden Berichtsantrag der SPD im Rechtsausschuss: „Über die familiengerichtlichen Modellprojekte hinaus ist eine Mediation sicher noch in einem weiteren Umfang nutzbringend einsetzbar.“ – Als geneigter Leser denkt man, jetzt kommt es. Fehlanzeige. Es werden Dinge aus anderen Bundesländern referiert. Da wird man sich als Rechtspolitiker dieses Landes einige etwas konkretere Dinge wünschen.

Aber vielleicht müssen Sie noch in Ihrem eigenen Ministerium Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Sinnhaftigkeit Ihrer Ideen überzeugen. Ihre Vorgänger haben bekanntermaßen für diese Dinge – außerhalb des familiengerichtlichen Bereichs, Frau Kollegin Ebli, ich will das gar nicht infrage stellen, dass wir uns da nicht missverstehen – nicht so viel Sympathie aufgebracht.

(Pörksen, SPD: Sie sollten sich nicht überheben!)

Ich darf deutlich sagen, bei vielen anderen Punkten kommen Sie mir nicht wie der Heizer auf der Lok vor, der dafür sorgt, dass der Kessel unter Dampf steht, sondern eher wie ein hartnäckiger Bremser, und zwar selbst dann, wenn die Signale schon auf grün geschaltet sind. Ich muss es leider so deutlich sagen.

Betrachtet man den Justizetat näher, so wird schnell deutlich, dass er an den gleichen strukturellen Problemen leidet wie der gesamte Landeshaushalt. Diese sind heute Vormittag in der Generaldebatte schon hinreichend zur Sprache gekommen.

(Pörksen, SPD: Machen Sie ruhig auf diesem Niveau weiter!)

Zwei Drittel des Justizetats sind Personalausgaben, und diese laufen uns davon.

(Pörksen, SPD: Ich laufe gleich davon!)

Die Versorgungslasten insgesamt nehmen uns immer mehr Luft zum Atmen und lassen wenig Handlungsspielraum für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der aktiven Justizangehörigen, die so wichtig wäre. Sie, die Landesregierung dieses Landes, gehen freilich auch im Justizetat den gleichen falschen Weg wie in den anderen Einzeljets, um das Thema der Versorgungslasten in den Griff zu bekommen. Sie füttern auf Pump den Pensionsfonds.

(Pörksen, SPD: Seien Sie vorsichtig!)

Ich will das Thema jetzt nicht vertiefen. Das haben Vorredner heute Morgen bereits in aller Deutlichkeit getan.

(Pörksen, SPD: Daneben gelegen!)

Ich darf daran anknüpfen.

(Pörksen, SPD: Ich bin gespannt!)

Kollege Pörksen, lassen Sie mich lieber auf einige spezielle Themenbereiche unseres Ressorts eingehen. Darauf warten Sie wahrscheinlich gemeinsam mit den anderen Kolleginnen und Kollegen.

(Pörksen, SPD: Endlich einmal etwas zur Sache!)

Zunächst zur Personalsituation in der ordentlichen Gerichtsbarkeit einschließlich der Staatsanwaltschaften. Herr Minister, Sie haben in den Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses mitgeteilt, dass 15 zusätzliche Stellen für Proberichterinnen und Proberichter in den Etat eingestellt sind. Damit wollen Sie vor allem die Staatsanwaltschaften und die Strafgerichte verstärken. „Endlich“ sagen wir; denn das haben wir schon seit Jahr und Tag gefordert.

(Zurufe der SPD)

Sie haben vor kurzem die Strafverfolgungsstatistik 2005 vorgestellt. Aus ihr war erkennbar: Noch nie in den letzten zehn Jahren hat es so viele Verurteilungen gegeben wie im vergangenen Jahr. Es kann – darüber sind wir uns hier im Hause völlig einig – nicht angehen, dass Untersuchungsgefangene an die frische Luft gesetzt werden müssen, weil kein Hauptverhandlungstermin bestimmt werden kann, oder dass in komplexen Verfahren mehrere Jahre bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens vergehen.

Ich weiß einen, dem bei diesem Punkt Tränen in die Augen treten müssten. Er befindet sich gerade nicht im Saal. Ich meine den Kollegen Martin. Er hatte sich genau das immer gewünscht, hatte es nur beim Finanzminister nie durchsetzen können. Herr Minister, Ihnen ist es gelungen. Respekt davor. Wir unterstützen dies nachhaltig.

Wir begrüßen das also. Aber gestatten Sie mir heute die gleiche Anmerkung, die ich bereits in den Ausschussberatungen gemacht habe. Vergessen Sie bei Ihrer Orientierung auf die Strafjustiz nicht die anderen Abteilungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Uns berichten immer öfter Bürgerinnen und Bürger über Prozesse, die nicht vorankommen, weil die Bearbeiter ständig wechseln.

Das führt mich zum nächsten Punkt. Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns zugestehen, dass es in diesem Etat noch mehr neue Stellen geben kann, so nehmen wir diesen Ball dankbar auf. Allerdings hatten wir uns beschieden und sind dankbar für die 15 Stellen, die es jetzt gibt. Mindestens so wichtig wie die Schaffung neuer Stellen ist es, die vorhandenen Stellen zügig wiederzubesetzen, wenn sie frei geworden sind. Das gilt für Spitzenämter in diesem Land genauso wie für die R-1-Stellen. Zur Wiederbesetzung der Stelle des OLG-

Präsidenten in Koblenz will ich an dieser Stelle nichts sagen, auch wenn man vielleicht versucht wäre, dies zu tun. Wohl will ich aber etwas zu den Planrichterstellen bei den Staatsanwaltschaften, den Amtsgerichten und den Landgerichten anmerken.

In den vergangenen Jahren – dies wurde bereits im Rechtsausschuss gesagt – war es üblich, dass dann, wenn Richter Altersteilzeit in Anspruch genommen hatten, in der passiven Phase die Stellen nur halb nachbesetzt wurden, weil die andere Hälfte noch buchhalterisch bei dem in der passiven Phase der Altersteilzeit befindlichen früheren Stelleninhaber gebucht war. Ich darf daran erinnern: Jetzt hat der Landtag die Altersteilzeit für Richter Knall auf Fall abgeschafft. Wir dürfen fragen: Werden vakante Stellen in den Eingangsinstanzen damit unverzüglich neu besetzt, und wo, Herr Minister, bleibt bitte schön die Nachfolgeregelung für die abgeschaffte Altersteilzeit?

Eine Antwort auf diese Frage sind Sie bisher schuldig geblieben. Dies hatte ich bereits bei der letzten Debatte zu diesem Punkt angesprochen. Eines ist für mich als CDU-Vertreter klar: Ein „Sonderopfer Justiz“, wie wir es erleben mussten, als die Angehörigen der Richterschaft zwei Jahre länger auf die Einführung eines Altersteilzeitmodells warten mussten als der Rest unserer Landesbeamtenschaft, darf es nicht noch einmal geben.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, gerne hätte man in den Haushaltsplanberatungen im Ausschuss auch mehr über die Auswirkungen der von der Landesregierung geplanten Absenkung der Eingangsbesoldung im richterlichen Dienst und bei den Rechtspflegern erfahren. In den Ausschussberatungen hörten wir, dass dazu keine Berechnungen Ihres Hauses angestellt worden waren und Eingang in den Haushalt gefunden haben. Herr Minister, wollen Sie so die globale Minderausgabe erwirtschaften? Mit Haushaltsklarheit und -wahrheit hat das nicht allzu viel zu tun.

(Beifall der CDU)

Wenden wir uns noch einem anderen wichtigen Thema zu, dem Strafvollzug. Ich habe vorhin bereits die Strafstatistik 2005 erwähnt. Aus ihr geht auch hervor, dass es in diesem Land noch nie so viele Verurteilungen zu Freiheitsstrafen gab wie im Jahr 2005. Im vergangenen Jahr wurde also ein Rekordniveau erreicht. Herr Minister, mit Ihnen wünschen wir uns, dass die Inbetriebnahme der neuen Anstalt Wittlich Ende 2008 endlich dafür sorgen wird, dass hinreichend Haftplätze zur Verfügung stehen. Für uns ist Wittlich unverzichtbarer Bestandteil eines Vollzuges, der gleichermaßen sicher und menschenwürdig ist.

„Strafvollzug in Not“, titelte vor kurzem „DIE WELT“ und stellte dar, dass wir in Rheinland-Pfalz zu den Ländern gehören, die ihre Hausaufgaben bisher noch nicht gemacht haben, und wir unsere Anstalten mit einer unbefriedigenden Überlast fahren, die ein sinnvolles Arbeiten mit den Gefangenen – das ist ja das zentrale Thema – nahezu unmöglich macht.

Abhilfe tut also not. Die Frage, die wir an dieser Stelle zu stellen wagen, lautet: Sind denn die personellen Voraussetzungen gewährleistet?

Der vorliegende Haushalt enthält insgesamt 119 Anwärterstellen für den allgemeinen Vollzugsdienst. Das klingt gewaltig, ob es aber reicht, hängt, wie wir alle wissen, davon ab, wie es mit der bisherigen Anstalt Wittlich weitergeht. Im Haushalts- und Finanzausschuss haben Sie die Erwartung geäußert, dass die alte Anstalt Wittlich nicht aufgegeben werden kann, sondern ein Parallelbetrieb erforderlich sein wird. Die Zahlen, die ich erwähnt hatte – Rekordniveau bei den Freiheitsstrafen – sprechen die gleiche Sprache. Wenn ich zwei Jahre bis 2008 rechne, so sind es genau dieses Verurteilten, die ihre Strafe dann verbüßen müssen.

Außerdem haben Sie, Herr Minister, bei den Ausschussberatungen einräumen müssen, dass, wenn es zum Parallelbetrieb von Wittlich (alt) und Wittlich (neu) kommt, insgesamt mindestens 70 Stellen fehlen. Wie lösen Sie das Problem? Die Kollegin Meurer hat das in den Ausschussberatungen nachhaltig nachgefragt. Sie wollen, haben Sie oder der Vertreter Ihres Ministeriums im Ausschuss gesagt, ab 2009 Angestellte einstellen, um die Lücke zu schließen. Herr Minister, wie soll das funktionieren? Woher wollen Sie auf einen Schlag genügend qualifiziertes Personal hernehmen? Anwärter werden zwei Jahre geschult, bevor sie ihren Dienst aufnehmen. Und die Angestellten machen Sie in Crash-Kursen fit für den Vollzug? Herr Minister, so kommen wir mutmaßlich auf keinen grünen Zweig.

Was ich und was die CDU-Landtagsfraktion nicht will, sage ich in aller Deutlichkeit. Das ist, dass wegen fahrlässig unterlassener Einstellungen von Vollzugsbeamten in rheinland-pfälzischen Anstalten Schwerkriminelle auf Dächern herumspazieren und wilde Reden schwingen, von Vorfällen wie in Siegburg ganz zu schweigen.

(Beifall der CDU –
Abg. Frau Schmitt, SPD: Das ist Ihre populistische Art, Politik zu machen!)

Ich darf das Thema „Strafvollzug“ noch weiterspinnen; denn es ist wirklich eines der zentralen Themen des Justizetats dieses Landes. Herr Minister, wir warten gespannt auf die Neustrukturierung der Arbeitsverwaltung in den Anstalten. Arbeit für möglichst viele Häftlinge ist wichtig für einen menschenwürdigen Vollzug. Hierüber befinden wir uns völlig im Konsens. Wichtig ist dies aber auch für die Kostendeckung. Dafür, dass die Untersuchungen zu neuen Managementsystemen in der Arbeitsverwaltung schon seit 2004 durchgeführt wurden, waren Ihre Antworten auf unsere Nachfragen im Ausschuss doch recht einsilbig. Von den Anstaltsleitungen hören wir, dass durchaus noch Potenzial besteht, die Situation auszubauen und zu verbessern. Diesbezüglich – das ist in dieser Haushaltsdebatte eine Forderung von uns – müssen Sie, Herr Minister, Farbe bekennen, und Sie müssen das auch bald tun.

(Beifall der CDU –
Frau Schmitt, SPD: Dann hätten Sie am besten ein Deckblatt gemacht!)

– Die Deckung vorzuschlagen, ist zunächst einmal Sache des Ministers.

(Frau Schmitt, SPD: Quatsch!)

– Es ist Sache des Ministers, eine Deckung vorzuschlagen und die Neugestaltung der Arbeitsverwaltung zu präsentieren.

(Frau Schmitt, SPD: Das ist aber wenig!)

Wir können nicht vorab darüber diskutieren. Wir wissen ja gar nicht, was gebraucht wird. Zunächst müssen wir die Untersuchungen auswerten, Frau Kollegin Schmitt.

(Frau Schmitt, SPD: Ach so!)

– Ja, genauso ist es.

(Frau Schmitt, SPD: Sie wissen nicht, was Sie wollen! Kann das vielleicht das Problem sein?)

Erst kommt die Untersuchung, dann folgt die Auswertung, und dann können wir an die Diskussion konkreter Punkte herangehen.

Erlauben Sie mir zum Schluss der Behandlung des Strafvollzugs, auch noch kurz den Jugendstrafvollzug zu streifen. Mit dem Kollegen Hartloff, der das heute Morgen in der Generaldebatte ebenfalls kurz behandelt hat, bin ich einer Meinung, dass wir einen Jugendstrafvollzug benötigen, der den jungen Menschen eine Perspektive für ein straffreies Leben bietet. Auf den Gesetzentwurf der Landesregierung sind wir deshalb sehr gespannt. Er soll Anfang des Jahres 2007 vorgelegt werden. Wir werden uns fair mit ihm auseinandersetzen.

Nur – auch das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss abgefragt –, haushaltsmäßig haben Sie dafür bisher null Vorsorge getroffen. So groß kann der Ehrgeiz für eine Neugestaltung des Jugendstrafvollzuges noch nicht sein, wenn haushaltstechnisch keine Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ein Letztes noch zum Komplex Strafvollzug. Strafvollzug endet nicht am Gefängnistor. Wichtig ist – das ist wohl ein Allgemeinplatz – die Nachsorge durch den Sozialdienst. Wir freuen uns, dass endlich – ich sage wiederum mit allem Nachdruck: endlich – unserer seit Langem erhobenen Forderung Rechnung getragen wurde, so dass nunmehr zweimal drei neue Bewährungshelferstellen geschaffen werden. Allerdings warne ich auch nachdrücklich vor falscher Euphorie. Mit diesen Neueinstellungen kommen wir gerade einmal in den Bereich des Bundesdurchschnitts der Belastungszahlen der einzelnen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer. 98 Probanden statt 120, das ist zwar eine sinnvolle und notwendige Verbesserung, aber keineswegs ein Meilenstein.

Schließen will ich mit dem, was uns bei der Betrachtung des Justizhaushalts die größte Sorge macht. Das ist das explosionsartige Ansteigen der Haushaltsansätze bei

den Insolvenzverfahren, bei den Betreuungen und bei der Prozesskostenhilfe.

Herr Minister, bitte sagen Sie jetzt nicht, dass die kostenverursachenden Gesetze keine Landes- sondern Bundesgesetze sind; denn, als Mitglied der Justizministerkonferenz haben Sie es in der Hand, dafür zu sorgen, dass vernünftige Reformvorhaben vorangebracht werden, die dieser Kostenexplosion, die wir allesamt hier im Hause bedauern, Einhalt gebieten würden.

Dieser Verantwortung in der Justizministerkonferenz werden Sie jedenfalls bei der dringenden Reform der Prozesskostenhilfe nicht gerecht, da Sie die von der Mehrheit der Landesjustizminister gutgeheißenen Reformvorschläge zur Stärkung der Eigenbeteiligung in entscheidenden Punkten ablehnen. Wir haben im Ausschuss bereits darüber diskutiert. Insoweit sind Sie – ich komme auf meine Worte von vorhin zurück – gerade Bremser und nicht Heizer.

(Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz)

Das Gleiche gilt auch bei der überfälligen Reform des Gerichtsvollzieherwesens. Mir ist völlig unverständlich, wie Sie im Verein mit dem rot-rot regierten Berlin einer Beliehenenlösung die Zustimmung verweigern können. Würden die Gerichtsvollzieher als staatlich Beauftragte und unter staatlicher Dienstaufsicht ihre Tätigkeit als Freiberufler ausüben, so würden – davon bin ich fest überzeugt – Vollstreckungen nicht nur effektiver werden, der Landeshaushalt würde auch von einem großen Kostenblock entlastet, der durch die Einnahmen aus den Vollstreckungsgebühren nicht einmal ansatzweise gedeckt ist. Hier sehen wir also schon etwas ganz Konkretes, bei dem wir sparen könnten, würden Sie auf Bundesebene helfen, die Voraussetzungen für eine Neugestaltung zu schaffen.

(Heiterkeit bei der SPD)

– So ist es. – Umso mehr macht nachdenklich, dass Ihr Ansatz im jetzigen Haushalt nicht wirklich ehrlich ist. Denn auch das mussten Sie in den Haushaltsplanberatungen einräumen: Für die vom Bundesverwaltungsgericht geforderte Anpassung der Bürokostenentschädigung unserer Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher haben Sie ebenfalls keine Vorsorge getroffen. Das ist ein Risikofaktor mehr im Haushaltsvollzug. Auch dies halte ich nicht für seriös.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich könnte die Diskussion jetzt noch auf die vernünftigen Vorschläge der Justizministerkonferenz zur Übertragung gerichtlicher Zuständigkeiten auf die Notare ausdehnen.

(Pörksen, SPD: Ja, ja!)

– Das habe ich erwartet, liebe Kollegen. Ich tue es nicht. Sonst droht mir nämlich das gleiche Schicksal wie dem Kollegen Dr. Rosenbauer, der sich vor Kurzem vom

Herrn Ministerpräsidenten als Lobbyisten beschimpfen lassen musste.

(Pörksen, SPD: Das ist bezeichnend!)

Ich will dieses Risiko erst gar nicht eingehen und bin sicher, dass sich diese Vorschläge auch ohne die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz durchsetzen werden. 14 – ich wiederhole: 14 – Bundesländer, die dies beschlossen haben, können doch nicht irren.

Nun komme ich wirklich zum Schluss. Nicht nur Mangel verwalten, sondern Zukunft mutig gestalten, lautet somit mein Fazit und mein Appell an Sie, Herr Minister Bamberger. Justiz braucht Leidenschaft. Das sind wir nicht nur den Justizangehörigen schuldig,

(Zuruf des Abg. Fuhr, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD)

sondern auch den Menschen in unserem Land.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich darf zunächst noch Gäste begrüßen, und zwar Mitglieder der CDU aus Bingen-Kempen. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag Rheinland-Pfalz!

(Beifall im Hause)

Zur Geschäftsordnung hat sich der Kollege Bracht gemeldet.

Herr Kollege Bracht, Sie haben das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Beginn der Rede des Kollegen Dr. Wilke in den Saal hineingerufen, wir sollten ihn gefälligst vorne wegholen. Wir weisen dies entschieden zurück und bitten Sie, es künftig zu unterlassen.

(Starker Beifall der CDU)

Dieser Landtag dient der politischen Auseinandersetzung vom Rednerpult aus. Insoweit haben wir heute von Ihnen vieles ertragen müssen. Vielleicht lernen Sie es auch, solches zu ertragen.

(Starker Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Der Ordnung halber will ich hinzufügen: Das war kein Antrag zur Geschäftsordnung, wie ich angenommen hatte, sondern eine Erklärung des parlamentarischen Geschäftsführers.

Nun hat der Herr Ministerpräsident das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gar keine Frage, dass dies ein Haus der freien Aussprache ist. Aber ich halte es für unannehmbar, dass jemand in dieser Runde unwidersprochen feststellt, in Deutschland oder in Rheinland-Pfalz – aus der Rede ging nicht klar hervor, was gemeint ist – sei der Rechtsstaat gerade noch gewährleistet. Ich halte es für eine Aussage, die diesem Land so abträglich ist,

(Licht, CDU: Das ist überhaupt kein Grund, so zu reagieren! –
Weitere Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros und Baldauf, CDU)

dass ich mich wundere, dass aus der CDU-Fraktion niemand reagiert hat. Deshalb habe ich so reagiert, und ich bleibe bei meiner inhaltlichen Positionierung.

(Anhaltend Beifall der SPD –
Keller, CDU: Der Ministerpräsident hat hier offensichtlich Narrenfreiheit! –
Weitere Zurufe von der CDU –
Zurufe von der SPD)

Präsident Mertes:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Wortmeldungen wurden abgehandelt. Ich darf nun bitten, in der Beratung des Einzelplans 05 fortzufahren. Das Wort hat der Kollege Hoch von der SPD-Fraktion.

Abg. Hoch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es überrascht mich doch, dass gerade der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion den Rechtsstaat gefährdet sieht;

(Dr. Weiland, CDU: Wer denn sonst?)

denn es wäre eigentlich Aufgabe des rechtspolitischen Sprechers, sich für den Rechtsstaat einzusetzen und ihn zu wahren.

(Anhaltend Beifall bei der SPD –
Billen, CDU: Dann wollen wir einmal sehen, wie Sie das tun! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich weiß nicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ob Sie mir widersprechen. Ich habe gesagt, es ist eigentlich die Aufgabe eines rechtspolitischen Sprechers, den Rechtsstaat zu wahren. Das ist eine lapidare Feststellung. Ich denke, diese kann jeder unterschreiben.

(Keller, CDU: Schönredner! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich sage Ihnen aber jetzt, warum ich dazu komme.

Zum Rechtsstaat gehört auch der Parlamentarismus.

(Keller, CDU: Das sagen Sie dem Ministerpräsidenten! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Nun bin ich noch ein junger, nicht souveräner Abgeordneter, der vielleicht noch nicht weiß, wie das so läuft.

(Zurufe von der CDU: Sie wissen es! –
Unruhe bei der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Der Kollege Dr. Wilke ist sicherlich an Lebensalter und Erfahrung reicher als ich, ich glaube aber, zu wissen, dass er genauso lange wie ich Abgeordneter dieses Hauses ist.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Mir wurde folgendermaßen erklärt, wie Parlamentarismus funktioniert. Vielleicht können Sie dabei noch etwas lernen.

(Beifall bei der SPD)

Ausschussberatungen sind dazu da, dass man sich grundsätzlich und bis ins Detail mit einer Materie auseinandersetzt, strittige Punkte auch anspricht, diese erörtert, vielleicht auch eine strittige Abstimmung herbeiführt. – So oder so ähnlich wurde mir das erklärt.

(Billen, CDU: So oder so ähnlich!)

Ich habe nach der Rede des Kollegen Wilke das Gefühl, dass entweder zum heutigen Tage in der CDU-Fraktion ein anderer Einzelplan 05 auslag als meiner oder dass es im Haushalts- und Finanzausschuss, als der Einzelplan 05 beraten wurde, einen anderen Herrn Dr. Wilke gab, als den, den wir heute gehört haben.

Ich bitte Sie einfach alle einmal, das Protokoll der Haushaltssitzung dazu nachzulesen.

Zum Ersten finde ich das ja in Ordnung, dass der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion mir weite Teile meiner Eingangsrede zum Einzelplan 5 im Haushalts- und Finanzausschuss klaut, weil er den zuständigen Minister – verzeihen Sie mir den Ausdruck – über den grünen Klee für seine Arbeit gelobt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten haben Sie heute Morgen den Bericht der Vorsitzenden des Ausschusses mit den Anlagen gehört. Ich verweise auf Anlage 2 zum Einzelplan 5. Da hat sich die CDU-Fraktion zum Justizhaushalt enthalten.

(Frau Schmitt, SPD: Weil alles so schrecklich ist!)

Weil alles so schrecklich furchtbar ist und kein Mensch aus der CDU-Fraktion diesem Haushalt offenbar zustimmen konnte, hat man sich enthalten. Ich will jetzt überhaupt nicht sagen, dass Enthaltung keine Entscheidung ist, sondern dass man auch so ein bisschen herumlaviert, um dann, wenn die Kamera läuft, vielleicht

einmal das Fass aufmachen zu können, damit man auch nur ja nicht in die Verlegenheit kommt, erstens Deckblätter abzugeben und zweitens zum Einzelplan 05 vielleicht einen Entschließungsantrag zu stellen. Nein, ich tue Ihnen Unrecht. Es gibt einen Antrag zum Einzelplan 05. Das ist der übliche, der heute Morgen schon in jedem Haushalt lief. Das ist nämlich das, was den Pensionsfonds anbelangt. Das ist das Einzige, was Ihnen an konstruktiven Sachen eingefallen ist. Dann dieses Fass aufzumachen, dass der Rechtsstaat nicht mehr funktioniert – – –

(Billen, CDU: Das hat er ja nicht gesagt!)

– Oh ja? – Ich drücke es anders aus, Herr Billen, damit Sie sich wieder abregen.

(Billen, CDU: Also entschuldigen Sie bitte!)

Das ist gefährlich: Herzkreislauferkrankungen und so etwas. – Ich drücke es anders aus.

(Billen, CDU: Hervorragend!)

Herr Wilke hat – um in dem Jargon zu bleiben, wo die Länder die Hoheit haben, nehmen wir die Bildungspolitik – in etwa ausgedrückt, es sei zumindest arg versetzungsgefährdet. Können wir uns darauf einigen? Ich glaube, in etwa trifft es das.

Aber der Parlamentarismus ist bei Ihnen schon längst einmal sitzen geblieben. Da bin ich mir ganz sicher. Nach dem, was ich heute und eben von Herrn Dr. Wilke erlebt habe, und dass das dann nur vor Kameron und hier im Plenum und nicht in den Ausschüssen, nicht mit konstruktiven Beiträgen läuft, ist mir völlig unbegreiflich, wie das funktionieren kann.

(Beifall der SPD –

Keller, CDU: Sie haben nur gelernt: Die Regierung hat immer Recht! Das ist Ihr Verständnis von Parlamentarismus. –
Vereinzelt Beifall bei der CDU)

– Herr Keller, glauben Sie mir, mein Verständnis von Parlamentarismus habe ich in der Kommunalpolitik gelernt. Ich habe sehr wohl gelernt, wie man ordentlich miteinander umgeht und wie man Kompromisse schließt.

(Keller, CDU: Nein!)

Aber das, was Sie hier auch im Justizhaushalt versuchen, ist wirklich die Quadratur des Kreises. Da gibt es lieb gewonnene Selbstverständlichkeiten, und es werden einfach neue Anforderungen komplett ignoriert, seien es Pensionslasten, um nur eine zu nennen. Aber der Rechtsstaat ist deshalb nicht in Gefahr, weil wir uns bemühen, dem Rechtsgewährleistungsanspruch, den die Bürgerinnen und Bürger haben, auch nachzukommen, und zwar umfassend und zeitnah und dabei insbesondere den Anspruch haben, mit den öffentlichen Ressourcen und den Personalkapazitäten effizient umzugehen und gleichzeitig richterliche Unabhängigkeit zu sichern.

Daneben liegt unser Augenmerk auf dem Strafvollzug, der sozial und sicher zugleich sein soll und es in der Regel auch ist, auch wenn die Diskussionen in den vergangenen Wochen – ich sage nur Sieburg – vielleicht einen anderen Eindruck hinterlassen haben, und wenn ich das höre, was Herr Kollege Wilke eben gesagt hat, dann leider bei mir auch, und irgendwie haben wir dann auch verschiedenen Strafvollzug und nicht nur verschiedene Einzelpläne.

Es geht heute vielmehr darum, in dem Doppelhaushalt der kommenden Jahre die Weichenstellungen für die vielfältigen Aufgaben der Justiz vorzunehmen und zu zeigen, dass die Justiz auch in Zeiten angespannter öffentlicher Kassen ihre Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen kann. Wir wissen alle, dass das Drehen an einer Stellschraube zwingend Einfluss auf die anderen Räder und Schrauben der gesamten Justiz bedingt. Wir sind gewillt und motiviert, dieses Rad zu drehen, und zwar in die richtige Richtung. Aber ein Rad braucht man nicht neu zu erfinden. Das beweist die Bilanz der rheinland-pfälzischen Justiz.

Die Richterinnen und Richter des Landes, seine Beamtinnen und Beamten und selbstverständlich auch die tariflich angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten doch Beachtliches auch wenn Sie das immer so schwarz malen. Deshalb können wir uns auch jedem Benchmarking stellen. Kein Vergleich wird hier mit anderen Bundesländern gescheut. Wir wissen aus eigener Anschauung und haben das gerade wieder bestätigt erhalten, dass unser Personal gut motiviert ist, ordentliche Arbeit leistet und effizient mit den Ressourcen des Staates umgeht. Dafür möchten wir Ihnen danken, sehr geehrter Herr Minister. Ich bitte, das auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzugeben.

(Beifall der SPD)

Bundesweit sind wir Flaggschiff, nicht nur in Verfahren der Verwaltungsgerichtsbarkeit, aber da insbesondere mit deutlichem Abstand. Viereinhalb Monate bei den Verwaltungsgerichten für ein allgemeines Verfahren, 3,1 Monate für ein Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht und glänzende 5,9 Monate im Schnitt für eine Normenkontrolle, da können selbst Ihre hochgelobten Bayern nicht mithalten. Fahren Sie da einmal hin, wie neidisch die nach Rheinland-Pfalz schauen. Neid zu haben, muss man sich erst einmal verdienen. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in der Verwaltungsgerichtsbarkeit hinbekommen.

Nicht nur da, sondern auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit ist das so. Ich gebe Ihr Kompliment gern an die FDP weiter. Herr Mertin hat das Haus hervorragend geführt und ein gut bestelltes Haus hinterlassen. Wir werden jetzt die Stellschrauben – ich habe Ihnen das gerade gesagt – ein bisschen verändern. Wir kriegen das schon hin.

Bei der Arbeitsgerichtsbarkeit ist es ähnlich. In 3,3 Monaten im Schnitt werden die Verfahren zum Rechtsfrieden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erledigt. Trotz wachsender Verfahrenszahlen wurden die offenen Verfahren um 23 % gesenkt. Das sorgt für Sicherheit auf beiden Seiten und bewirkt gegenseitiges Verständnis;

denn gerade dieser Bereich liegt uns doch allen am Herzen. Zügiger Rechtsschutz im Arbeitsrecht ist von besonderer Bedeutung; denn jeder Bürger und jeder Arbeitnehmer blickt hier sehr genau darauf, wie die Justiz arbeitet. Hier geht es in Zeiten angespannter Arbeitsmärkte für die Betroffenen häufig um die eigene Existenz oder um die Existenz ihrer Familien.

Meine Damen und Herren, insgesamt können wir uns mit Recht dieser Bilanz stellen. Ich sagte das gerade, die anderen schauen neidisch. Sprechen Sie einmal mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hessen und aus anderen Bundesländern, wo Widerspruchsverfahren für Landesangelegenheiten abgeschafft werden. Das geht alles zulasten des Justizhaushalts. Wir können und wollen uns aber darauf nicht ausruhen. Wir stellen uns zu Recht immer wieder die Frage: Wie können wir diesen Erfolg halten, wie können wir ihn ausbauen, und wo beginnt er?

Ich sagte das bereits, er beginnt mit gut ausgebildetem, motiviertem Personal und mit vernünftiger Sachausstattung. Ich nannte gerade die Arbeitsgerichtsbarkeit. Wir haben hier die fachliche Kompetenz und Motivation, insbesondere der Richterinnen und Richter, die Betriebspraktika in der Unternehmensführung und bei den Personalräten absolvieren. Wir arbeiten hier in Kooperation mit der Wirtschaft, und Sie sehen, es läuft.

Auch in der Sozialgerichtsbarkeit läuft es, aber nicht zu unserer Zufriedenheit. Auch wenn wir mit einem Verfahren, das regelmäßig in etwa einem Jahr abgeschlossen wird, in der bundesweiten Spitzengruppe liegen, ist das meines Erachtens immer noch zu lang. Wünschenswert wäre hier deshalb eine deutliche Straffung und Beschleunigung der Prozesse. Richtig ist deshalb auch eine Reform des Sozialgerichtsgesetzes, die – Herr Dr. Wilke, Sie haben das eben so destruktiv dargestellt – mit sehr weisen Beschlüssen in der Justizministerkonferenz auch vorangebracht wurde, auch mit den Stimmen von Rheinland-Pfalz.

(Billen, CDU: Haben Sie eigentlich eine andere Rede von Herrn Wilke gehört als ich?)

– Scheinbar. Vielleicht geht sie in diese Richtung anders als in Ihre.

(Billen, CDU: Ich habe da eine andere Rede gehört!)

Auch organisatorisch können wir uns vorstellen, dass man hier in die Diskussion einsteigt, ob man nicht fachlich – ich betone das ausdrücklich –, oder organisatorisch schaut, wie man die Fachgerichtsbarkeiten untereinander strafft. Verbesserungsbedarf in Sachen Personal sehen wir aber vor allem und gerade im Bereich der Strafjustiz und der Staatsanwaltschaften. Von dem Dogma des Gesetzes, das eine Strafe der Tat auf dem Fuße folgen sollte, sind wir leider noch ein Stück entfernt. Geschuldet ist das sicher den hohen Eingangszahlen, die wir bei den Staatsanwaltschaften haben. Aber Herr Dr. Wilke, das ist die Kehrseite der Medaille, dass

unsere Polizei in Rheinland-Pfalz eine hervorragende Ermittlungsarbeit leistet.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mir liegt es fern, die Polizei dafür zu kritisieren, dass sie ihren Job gut macht. Infolgedessen haben wir sicher auch eine Überbelegung unserer Justizvollzugsanstalten, und auch Haftsachen bleiben länger liegen, als uns das lieb ist. Sie haben vollkommen recht, niemand von uns möchte jemandem erklären wollen, dass ein Häftling nur deshalb entlassen wird, weil das Verfahren nicht ordnungsgemäß beschleunigt wird. Gerade deshalb setzen wir die Akzente im Haushalt und schaffen hier 15 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte bereits im Jahr 2007. Das wird hier in der Strafjustiz deutlich Entlastung bringen.

Auch der Sozialdienst der Justiz – Abteilung Bewährungshilfe – wird in den beiden kommenden Haushaltsjahren sechs zusätzliche Stellen erhalten. Sie haben es selbst angesprochen, der Strafvollzug wird ausgeweitet im Zuge des Neubaus in Wittlich. Kurzfristig werden Anwärterstellen dafür geschaffen, die ab dem Jahr 2008 nach und nach in Beamtenstellen umgewandelt werden.

Meine Damen und Herren, immerhin sind es insgesamt 130 neue Stellen. Sehen Sie sich den Gesamthaushalt an. Hervorzuheben ist, dass das nicht nur Stellen von Menschen sind, die aufpassen im Strafvollzug, sondern gerade auch für Menschen – Psychologen, Sozialarbeiter –, die uns helfen, die Resozialisierung weiter auszuweiten; denn nur eine Straftat, die dem Gedanken der Resozialisierung ausreichend Rechnung trägt, ist eine sichere, vielleicht sogar – verzeihen Sie mir den Ausdruck – eine sinnstiftende Straftat; denn die einschlägige Fachliteratur und bereits existierende Konzepte der Betreuung und Therapie für Strafgefangene belegen auch, dass wir deutlich bessere Rückfallzahlen erreichen können und der Einsatz dieser Fachkräfte ein richtiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel ist, die heute noch zu hohen Rückfallquoten zu verringern.

Der Psychologe und der Sozialarbeiter sind zwar sicher kein hundertprozentiger Garant für die Vermeidung von Straftaten, aber sicher ein wesentlicher Pfeiler für unser Ziel „Sicherheit der Bevölkerung“.

Sie wissen es selbst alle – der Kollege hat es eben erwähnt –, ein Personalkostenanteil von 63 % ist ordentlich, gerade in Anbetracht des Gesamtetats und das trotz des Volumens deutlich unter 5 % des Haushaltes. Das ist keine Größe, die einen stolz oder traurig macht, sondern das ist der Ausweis dessen, dass die Justiz mit vielen Menschen arbeitet und für viele Menschen in den täglichen Rechtsangelegenheiten sowie bei denen, die Rechtsschutz suchen, da ist. Das zeigt unsere besondere Verantwortung, die wir den Menschen gegenüber haben.

Genau deshalb haben wir uns stark gemacht, damit wir die Effizienz auch mit dem bestehenden Personal hinbekommen, nämlich Aufgabenübertragung von Richterinnen und Richtern auf Rechtspfleger. Das sind nämlich gut ausgebildete und motivierte Menschen, Beamtinnen und Beamte, denen wir eine Chance geben möchten,

sich in der Justiz weiter fortzuentwickeln. Das geht natürlich nicht einfach so, weil deren Belastung enorm hoch ist, sondern wir sagen auch, da muss es eine Fortentwicklung geben, nämlich Übertragung von Aufgaben auf den mittleren Dienst, zum Beispiel im Kostenrecht.

Wir sind gewillt, justizverwaltungsinterne Lösungen gestaltend zu begleiten, insbesondere dann, wenn der Staat hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Staat solche hoheitlichen Aufgaben genauso effizient wahrnehmen kann, wenn er sich anstrengt und man die richtigen Rahmenbedingungen wie ein Privater setzt. Deshalb gehe ich sogar noch weiter, er kann das sogar ressourcenschonender, weil der Private – Herr Dr. Wilke, ich bleibe bei Ihrem Beispiel mit den Notaren – immer für das, was er tut, einen kleinen Gewinnaufschlag hätte. Den muss die öffentliche Hand nicht nehmen bzw. kann ihn für andere Sachen sinnvoll einsetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Die Gerichtsvollzieher üben insbesondere hoheitliche Aufgaben erster Güte aus. Sie pfänden und versteigern, öffnen Wohnungen, können sogar Schuldner verhaften. Hinzu kommt auch der Gläubiger. Er wäre doch mit einem privaten Gerichtsvollzieher nicht bessergestellt. Häufig genug werfen die Gläubiger gutes Geld schlechtem hinterher, weil nichts zu pfänden da ist.

Jetzt stellen Sie sich einmal vor, dass die Gebühren in etwa auf das Dreifache steigen würden – so schätzt man –, wenn es privatisiert ist. Das heißt, Sie muten vielen Gläubigern zu, die dreifachen Gebühren in den Raum zu schmeißen, ohne dass es nachher einen Erfolg hat.

Lange Rede, kurzer Sinn: Privatisierung von Kernaufgaben der Justiz, sei es im Gerichtsvollzieherwesen oder im Strafvollzug, kommt jedenfalls für uns nicht infrage.

Eine weitere Möglichkeit, um Ressourcen zu sparen oder freizusetzen und gleichzeitig für die Menschen da zu sein, ist die Konfliktvermeidung. Sie haben vollkommen zu Recht das Prestigeprojekt, das Cochemer Modell angesprochen. Auch wir stellen uns vor, dass man gerichtsnahe Mediation auf andere Bereiche ausdehnen kann. Man muss natürlich immer sehr genau schauen, wo man das hinbekommt. Das darf natürlich nicht dazu führen, dass wir zu solchen Ergebnissen kommen, die wir sicherlich alle gutheißen, dass wir Absprachen im Strafprozess, die sicher richtig und wichtig sind, als gerichtsnahe Mediation verkaufen und sich dann reiche Menschen wie Herr Ackermann und Co. für 5,8 Millionen Euro freikaufen können.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Wir müssen uns aber auch weiter auf die Einsparmöglichkeiten konzentrieren, die wir haben.

Herr Dr. Wilke, Sie gehen etwas weit, dem Justizminister den Vorwurf zu machen, er müsste sich in der Justizministerkonferenz verstärkt dafür einsetzen, dass die Aufwendungen für Prozesskostenhilfe, Pflichtverteidigervergütungen, Zeugenentschädigungen, Sachverständigen-

vergütungen, Betreuungskosten, Treuhänderentschädigungen, Verbraucherinsolvenzverfahren usw. im Bund reformiert werden. Sprechen Sie einmal mit Ihrer eigenen Bundestagsfraktion. Die sind emanzipiert genug, auch einmal zu sagen, was sie wollen, und nicht nur, was die Justizminister machen.

(Beifall der SPD)

Aber Sie haben völlig recht, das frisst unseren Haushalt auf. Allein in Insolvenzverfahren steigen die Beträge im nächsten Haushalt um 72 %. Das ist neben den Versorgungslasten sicher ein Bereich, den wir genau im Auge behalten müssen. Deshalb wollen wir es konstruktiv begleiten, wie man dahin kommen kann. Bei der Vereins- und Berufsbetreuung ist es ähnlich: eine Steigerung auf über 30 Millionen Euro, das heißt, um satte 40 %.

Ich bin trotz aller fiskalischen Probleme der festen Überzeugung, dass sich die Justizgewährung für sozial Schwächere mit einem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Ressourcen in einen guten Ausgleich bringen lässt; denn das Primärziel von uns allen ist, auch wenn das bei Ihnen heute Morgen immer wieder etwas anders klang, die Absenkung der Nettoneuerschuldung. Auch deshalb sind globale Minderausgaben richtig und wichtig; denn sie führen zur Haushaltsdisziplin und zur sparsamen Nutzung. Wir haben 5,5 Millionen Euro nächstes Jahr und weitere 8,8 Millionen Euro im zweiten Jahr, im Jahr 2008.

Meine Damen und Herren, ich habe viel über die Effizienz gesprochen. Ich glaube, das läuft ordentlich.

Herr Dr. Wilke, wir haben auf Ihren Antrag hin, den Antrag der CDU-Fraktion, etwas über das elektronische Handelsregister zum 1. Januar gehört. Das ist ein Meilenstein in der rheinland-pfälzischen Justiz. Wir nutzen die Möglichkeiten, die uns die modernen Kommunikationsmittel geben. Wir haben den elektronischen Rechtsverkehr in weiten Teilen schon eingeführt. Am 1. Januar geht es erfolgreich weiter.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir gehen diesen Weg für die Menschen und mit den Menschen der Justiz. Die, wenn auch kleinen Spielräume, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Engagement und Fleiß erarbeiten, werden wir positiv begleiten. Wir werden in den beiden kommenden Jahren die Rahmenbedingungen für die Bediensteten und für die Rechtsuchenden mit dem vorliegenden Haushalt deutlich verbessern.

Wir sind, Rheinland-Pfalz ist auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass der Justizhaushalt einer der Gewinner des zukünftigen Doppelhaushaltes ist. Ich bin ebenso davon überzeugt, dass Sie ihm ruhigen Gewissens Ihre Stimme geben können und sich nicht enthalten müssen wie im Haushalts- und Finanzausschuss.

Ich danke Ihnen, und für alle die, die ich nicht mehr sehe, eine besinnliche Weihnachtszeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Lejeune das Wort.

Abg. Frau Dr. Lejeune, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!
Für mich ist der Rechtsstaat in Ordnung,

(Beifall der FDP und der SPD)

und das nicht nur in Rheinland-Pfalz und in Deutschland. Jeder, der dies infrage stellt, und das mit so deutlichen Worten, Herr Kollege Wilke, diskreditiert die Justiz und stellt diese Republik in den Bereich einer Bananenrepublik. Auch dagegen muss auch ich mich verwahren.

(Beifall der FDP und der SPD –
Ministerpräsident Beck: So ist es!)

Damit treten Sie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz in den Rücken. Da kann ich ganz ehrlich nur sagen, das ist unfair und alles andere als gerecht.

(Beifall der FDP und der SPD)

Auch in der Rolle der Opposition sollte an der Stelle Fairness gewahrt und sich nicht solcher Mittel bedient werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Kollegin Lejeune, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Wilke?

Abg. Frau Dr. Lejeune, FDP:

Aber selbstverständlich.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Frau Kollegin Lejeune, Sie haben auch mitbekommen, dass ich die Angehörigen der Justiz, des Strafvollzugs, die Richterinnen und Richter und die Staatsanwälte für ihre sehr engagierte Arbeit von Herzen gelobt habe

(Hoch, SPD: Das war aber scheinheilig!)

und es mir um das Thema der Arbeitsbedingungen in unserer Justiz angesichts der Sparzwänge unserer Haushaltssituation ging. Das haben Sie mitbekommen?

Abg. Frau Dr. Lejeune, FDP:

Selbstverständlich habe ich es mitbekommen, Herr Wilke. Aber dennoch haben mich Ihre Worte sehr erstaunt; denn wenn ich recht im Bilde bin, sind Sie auch

ein Organ der Justiz, oder nicht? Ebenso wie ich, nur ruht mein Amt auch.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, betrachte ich die veranschlagten Mittel im Justizhaushalt, komme ich zu dem Ergebnis, üppig ist es nicht, und es war es auch nie, was von der Finanzseite für die Justiz bereitgestellt worden ist.

Im Gesamthaushalt stellt das Justizressort wahrhaftig nicht den größten Ausgabenposten dar. Wenn ich mir allein den Titel für die Öffentlichkeitsarbeit betrachte, dann weiß ich, dass man hier wohl auch weiterhin auf die in anderen Ressorts üblichen und teuren Hochglanzprospekte verzichten wird. Die Broschüren der Marke „Einfache Gestaltung – Pfiffiger Inhalt“ werden dennoch nachgefragt und gelesen.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Ausgabenpolitik in der Justiz traditionell von Vernunft und dem Bewusstsein getragen wird, dass staatliche Pflichtaufgaben auch unter Kostengesichtspunkten verantwortungsvoll wahrgenommen werden können. Der Entwurf zum Justizhaushalt gibt zunächst keine Anhaltspunkte dafür, dass dieser Pfad der Tugend verlassen werden soll.

Für die Zukunft der Justiz wird es allerdings darauf ankommen, dass die Möglichkeiten zur Gestaltung und Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landes- und besonders auch auf Bundesebene genutzt werden. Voraussetzung dafür ist vor allem Ihre Bereitschaft zum kritischen Dialog über Länder- und Parteigrenzen hinweg und insbesondere auch gegenüber dem Bund.

Sie alle wissen, dass bei detaillierten gesetzlichen Vorgaben zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben die exekutiven Gestaltungsmöglichkeiten eher begrenzt sind. Allerdings steht es um sie nicht ganz so schlecht. Ein Justizminister – auch das wissen Sie alle – ist keinesfalls völlig hilflos an den Marterpfahl der rechtlichen und finanziellen Pflichten gebunden. Es gibt – das räume ich ein – auf Landesebene außer organisatorischen Gestaltungsmöglichkeiten nur sehr bedingt gesetzgeberische Handlungsfreiräume. Den Strafvollzug, der heute schon mehrmals erwähnt worden ist, nehme ich ausdrücklich aus; denn Sie alle wissen, dass wir seit September die Gesetzgebungskompetenz für diesen Bereich haben. Wir sind auch sehr gespannt auf den Gesetzentwurf, der uns zum Jugendstrafvollzug präsentiert wird. Ein Gesetzentwurf zur Untersuchungshaft müsste ebenfalls noch vorgelegt werden.

Auf Bundesebene gibt es aber für einen Landesminister durchaus Einfluss- und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten, sei es über den Bundesrat oder sei es über den Bundestag und natürlich auch über die Bundesregierung. Ich könnte mir zumindest theoretisch vorstellen, dass die Einflussmöglichkeiten eines von einer Volkspartei gestellten Justizministers sogar noch größer sind als die jenes Ministers von einer noch nicht so großen Partei. Wichtig sind in diesem Zusammenhang gute Sachargumente, auch wenn mir natürlich nicht verborgen geblieben ist, dass die Abgeordneten der beiden Volks-

parteien des Deutschen Bundestags nicht selten für diese geradezu taub sind. Hier hilft nur das ständige Wiederholen unbestreitbarer Fakten. Dies kann durchaus zum Erfolg führen.

Ich verweise hierzu nur auf das erste Justizmodernisierungsgesetz aus dem Jahre 2003, das zahlreiche Forderungen enthält, die über Jahre hinweg immer wieder ohne Erfolg gestellt wurden. Das heute vorliegende Gesetz stammt zu drei Vierteln aus rheinland-pfälzischer Feder. Es entlastet die Praxis erheblich und zeigt, Beharrlichkeit zahlt sich aus.

(Beifall der FDP)

Am pauschalierten System zur Vergütung ehrenamtlicher Betreuer im Betreuungsrecht war Rheinland-Pfalz auch alles andere als unbeteiligt. Auch dieses System hat sich in der Praxis – das haben Sie in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses bestätigt, Herr Justizminister – bewährt.

Beharrlichkeit oder Hartnäckigkeit vermag allerdings dann wenig auszurichten, wenn sie versucht, ein Projekt auf den Weg zu bringen, dessen tieferer Sinn sich auch den Eingeweihten nicht zu erschließen vermag. Als Stichwort nenne ich nur die große Justizreform mit umfangreichen Plänen zur Reform der Rechtsmittel besonders im Zivilprozess und zur Rückführung der richterlichen Unabhängigkeit. Inzwischen ist aus der großen Reform Gott sei Dank ein Reförmchen geworden. Man kann nachträglich nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizministerien bedauern, die die Berge von Papier zu bewältigen hatten, die damit verbunden waren.

Meine Damen und Herren, Sie werden vielleicht fragen: War oder ist eine Reform in der Justiz überflüssig? – Ich möchte diese Frage mit einem Ja und einem Nein beantworten. Wir benötigen keine Reform etwa im Sinne einer funktionalen Zweigliedrigkeit oder Zweistufigkeit, die den Rechtsschutz erheblich verkürzt. Dies trägt nicht zum Rechtsfrieden bei und verbessert auch nicht die zügig und qualitativ sehr gut arbeitende Justiz in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP)

Die Aufgabenübertragung innerhalb der Justiz oder auch durch Beleihungssysteme verdient dann eine kritische Betrachtung, wenn sie für die Bürgerinnen und Bürger zu einer deutlichen Kostensteigerung führt. Berücksichtigt man dann noch die Einschätzung der Justiz als einen wesentlichen Standortfaktor für die Wirtschaft in Deutschland, weiß man, dass die Rechtsprechung gar nicht so langsam und so umständlich sein kann, wie sie von den Befürwortern der besagten funktionalen Zweistufigkeit immer wieder dargestellt worden ist. Wie gesagt, Gott sei Dank ist diese Reform zumindest vorläufig vom Tisch.

Eine Reform, oder besser Maßnahmen – ich meine, mittlerweile ist der Begriff „Reform“ schon etwas abgenutzt –, die wir brauchen, sind solche, die die Justiz effizienter arbeiten lassen, sie von einer vermeidbaren Bürokratie entlasten und missbräuchliche Klagen und

damit überflüssige Prozesse verhindern. Die Verfolgung solcher Ziele wirkt sich auch günstig auf den Justizhaushalt aus. Zwar werden sich die Einnahmen und damit die Kostendeckungsquote nur sehr wenig erhöhen lassen, aber langfristig werden die Ausgaben in einigen Teilbereichen spürbar gesenkt werden können.

Bei solchen Vorschlägen ist es entscheidend, die Menschen, die in und für die Justiz arbeiten, mitzunehmen und in die Entscheidung einzubinden; denn sie wissen aus ihrer täglichen Erfahrung, wo Verbesserungs- und Handlungsbedarf besteht. Daran krankt im Übrigen auch die große Justizreform: denn sie war im Wesentlichen von Politikerinnen und Politikern auf den Weg gebracht worden – um es einmal ganz deutlich zu sagen –, die zur Justiz nur sehr marginale Berührungspunkte hatten.

Eine Staatsgewalt ist kein Wirtschaftsunternehmen, das ausschließlich nach Rendite und Verkaufszahlen beurteilt werden kann. Andererseits bedeutet das nicht, dass Gesichtspunkte von Effizienz und Nützlichkeit keine Rolle spielen dürfen. In der Mitte liegt wie so oft die Lösung.

Die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Anliegen Rat bei der Justiz suchen, sollen die Gewähr haben, dass sie nicht nur auf ein rechtsstaatliches Verfahren zählen dürfen, sondern auch, dass Gesichtspunkte wie Zeit, Kosten und Qualität des Ergebnisses von Bedeutung für staatliches Handeln sind. Deshalb nutzen maßvolle und vernünftige Veränderungen nicht nur den Bediensteten, sondern insbesondere auch den Bürgerinnen und Bürgern.

Dazu zählen nach Auffassung der FDP-Fraktion unter anderem die Zusammenführung der Fachgerichtsbarkeiten, insbesondere der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, die Einführung pauschaler Gerichtsgebühren in den Verfahren vor den Sozialgerichten, die Reform der Prozesskostenhilfe, die weitere Förderung der ehrenamtlichen Betreuer im Betreuungsrecht und die Flexibilisierung der Wirtschaftsführung in Eigenbetrieben der Justizvollzugsanstalten. Damit habe ich nur einige Beispiele genannt.

Diese Maßnahmen machen eines deutlich: Es bedarf keines grundsätzlichen Umbaus der Justiz. Sie hat sich in ihren Grundstrukturen bewährt. Vielmehr brauchen wir Einzelmaßnahmen dort, wo ein konkreter Handlungsbedarf besteht.

So würde die Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit zu einer besser steuerbaren und gleichmäßigeren Belastung der Richterinnen und Richter beider Gerichtsbarkeiten beitragen. Bisher divergierten die Eingangszahlen in beiden Gerichtsbarkeiten stark und waren auch erheblichen Schwankungen unterworfen.

Würde man beide Gerichtsbarkeiten zusammenfassen, könnte hier durch die Nutzung von Synergieeffekten bei gleichzeitiger Wahrung der fachlichen Kompetenz Abhilfe geschaffen werden.

(Beifall der FDP)

Das oft dagegen ins Feld geführte Argument, dann seien für die Betroffenen in sozialgerichtlichen Streitigkeiten künftig weniger sozialverträgliche Entscheidungen zu erwarten, verursacht bei mir nur ein Kopfschütteln. In sozialgerichtlichen Verfahren sind die Erfolgsquoten der Klägerinnen und Kläger nicht höher als im verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Vor diesem Hintergrund hätte sich die Situation für Empfänger von Sozialhilfeleistungen bzw. von Hartz IV durch die Zuteilung dieser Streitigkeiten zu den Sozialgerichten dramatisch verbessern müssen. Davon ist mir nichts bekannt. Auch Sozialrichterinnen und -richter entscheiden nach Recht und Gerechtigkeit und nicht nach ihrem sozialen Gewissen. Das dürfen sie gar nicht. Das ist eine Tatsache, die noch nicht in allen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen zur Kenntnis genommen wurde. Ich hoffe aber, dass das bald der Fall sein wird.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Eine Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit wäre durch die Einführung pauschaler Gerichtsgebühren für alle Prozessbeteiligten zu erwarten. Wegen der derzeitigen Gebührenfreiheit werden nicht selten Prozesse geführt, die den Klägerinnen und Klägern einen Steuervorteil von noch nicht einmal 100 Euro pro Jahr einbringen. Zur Klärung des Sachverhalts müssen meist mehrere Gutachten eingeholt werden, die weit höhere Kosten als 100 Euro verursachen. Die Kosten für die Einholung von Gutachten trägt in der Regel der Staat. Einen Anwaltszwang gibt es nicht, sodass auch ein für den Staat sehr kostenintensives Verfahren für den Betroffenen noch einen Gewinn darstellt oder zumindest keinen Verlust bringt, auch nicht im Falle des Unterliegens.

In Zeiten finanzieller Üppigkeit mag man dem Rechtsstaat einen solchen Tribut zollen. In Zeiten leerer Kassen stellt sich aber die Frage nach der Verhältnismäßigkeit.

Gäbe es eine Gebühr von ungefähr 150 Euro für die erste Instanz, wäre zumindest eine gewisse Hemmschwelle für diejenigen, die es einfach einmal darauf ankommen lassen wollen, gegeben.

(Beifall der FDP)

Dies sind wegen der Kostenfreiheit gar nicht so wenige. Sie binden die richterliche Arbeitskraft sowie jene der Sachverständigen und sind mitverantwortlich dafür, dass andere, die dringend auf eine Entscheidung in einer existentiellen Frage angewiesen sind, warten müssen. Mit sozialer oder auch Chancengerechtigkeit hat das für mich nichts zu tun.

(Beifall der FDP)

Es hat mich umso mehr überrascht, wenn gerade von den Bundestagsabgeordneten der Großen Koalition immer wieder zu beiden Vorschlägen darauf hingewiesen wird, der Rechtsstaat sei im Falle einer Umsetzung wegen der zu befürchtenden Einschränkung von Rechten in Gefahr. Hier sind sie unbegründet sehr aufgeregt. Ähnliche Bedenken schienen ihnen allerdings zunächst nicht gekommen zu sein, als sie eine Fristverlängerung

für das Stasiunterlagengesetz ablehnen und damit dem Opferschutz eine klare Absage erteilen wollten.

(Beifall der FDP)

Warum mit diesem Änderungsgesetz der CDU, der SPD und den GRÜNEN im Bundestag gerade jene Schergen des DDR-Unrechtssystems geschützt werden sollten, vermag sich mir nicht zu erschließen.

Glücklicherweise wurde letzte Woche nach einer Expertenanhörung und auf Drängen des Bundesrats doch noch ein Kompromiss gefunden, der es ehemaligen Stasi-Mitarbeitern nicht gestattet, sich in Sicherheit zu wiegen, und ermöglicht, dieses dunkle Kapitel der DDR aufzuarbeiten.

Lobenswert und sinnvoll sind die Bestrebungen zur Flexibilisierung der Wirtschaftsverwaltung in den Eigenbetrieben der Justizvollzugsanstalten. Solche Maßnahmen, die bereits schon länger in Planung im Justizministerium waren, aber wie nicht selten auf eine entsprechende EDV-Technik warten mussten, lassen nicht nur wirtschaftlicheres Arbeiten in Eigenbetrieben erwarten, sondern fördern die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bescheren durch die zu erwartenden Zahlen an eingehenden Aufträgen auch höhere Beschäftigungsquoten für die Strafgefangenen.

(Beifall der FDP)

Demnach kann eine größere Selbstständigkeit der Eigenbetriebe nur begrüßt werden. Das Zauberwort „Motivation“ spielt aber auch noch bei anderen Überlegungen des Justizministeriums eine entscheidende Rolle, so bei der erwogenen Aufgabenübertragung vom gehobenen Dienst auf den mittleren Dienst und vom höheren Dienst auf den gehobenen Dienst.

Zunächst besticht dieser Gedanke; denn wer fühlt sich nicht herausgefordert, wenn ihm Aufgaben, die traditionell einer höheren Laufbahn zugeordnet sind, übertragen werden sollen. Allerdings waren die Beweggründe für solche Aufgabenübertragungen justizintern weniger Motivationssteigerungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern vielmehr ein Personalüberhang. Da dieser vielleicht in anderen Ländern, wie etwa im gehobenen Dienst in Nordrhein-Westfalen, bestanden haben mag, aber nicht in Rheinland-Pfalz, verdienen diese Überlegungen eine kritische Betrachtung.

Zunächst mag sich der Finanzminister freuen, dass die gleiche Arbeit von Kräften mit einem geringeren Gehalt erledigt wird. Wir wissen aber alle, dass dies auf Dauer nicht der Fall sein wird. Die Forderung nach einer höheren Besoldung wird kommen, und dann – das muss man einräumen – zu Recht. Auch wird das Problem der dünnen Personaldecke besonders im gehobenen Dienst dadurch nicht behoben. Das Gegenteil ist der Fall. Nimmt man dann noch die Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst dazu, und zwar so, wie es die Landesregierung beschlossen hat, wird die Lage für die Rechtspfleger wirklich dramatisch.

Herr Justizminister, Sie werden alle Mühe haben, gut ausgebildete Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger für

die rheinland-pfälzische Justiz begeistern zu können; denn Banken und Versicherungen werden mit pekuniären Argumenten immer die Nase vorn haben. Wie wichtig gerade der gehobene Dienst für die rheinland-pfälzische Justiz ist, brauche ich Ihnen, meine Damen und Herren, nicht zu sagen.

(Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz)

Die Absenkung der Eingangsbesoldung wird auch den höheren Dienst, um es ironisch zu sagen, ganz besonders freuen. Aus zahlreichen Vorstellungsgesprächen weiß ich, dass der Richterberuf und auch jener des Staatsanwalts auch deswegen sehr gern gewählt wird, weil er sich gut mit einer Familie vereinbaren lässt. Viele junge Menschen möchten nach der Beendigung ihres Studiums möglichst zeitnah in das Berufsleben eintreten und eine Familie gründen, was mit Ende 20 oder Anfang 30 sehr wichtig ist.

In dieser Phase sind sie dann nach dem Studium, in dem die wenigsten einen größeren Verdienst gehabt haben dürften, dringend darauf angewiesen, eine angemessene Besoldung zu bekommen. Insofern kann es sie nur freuen, wenn ihnen das, was Sie, Herr Ministerpräsident, für die Privatwirtschaft fordern, im öffentlichen Dienst nicht nur versagt, sondern sogar zurückgeführt wird. Mit Familienfreundlichkeit hat das nichts zu tun. Von daher nimmt es schon etwas Wunder, wenn heute Morgen Herr Hartloff betont hat, wie wichtig das für die Kindergartenbeiträge sei. An der Stelle sieht man es mit der Familienfreundlichkeit ein bisschen anders.

(Beifall der FDP)

Einsparungen, die Sie so dringend zu wünschen scheinen und die der Haushalt auch dringend benötigt, ließen sich mit den von mir unterbreiteten Vorschlägen machen. Wir hätten auch noch eine ganze Reihe mehr. Das wissen Sie. Die Zeit ist aber begrenzt. Allerdings gingen diese Vorschläge nicht nur auf Kosten der Berufseinsteiger, sondern wären deutlich gerechter verteilt.

Ich möchte es auch nicht versäumen, abschließend noch einmal ganz ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der rheinland-pfälzischen Justiz insgesamt für ihren Einsatz und ihr Engagement im Namen der FDP-Fraktion sehr herzlich zu danken und Ihnen für die Zukunft alles Gute zu wünschen und vor allen Dingen weiterhin viel Freude bei Ihrer Arbeit.

Danke.

(Zuruf von der FDP: Bravo!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Dieter Burgard.

Abg. Burgard, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Dr. Lejeune, zunächst herzlichen Dank für die klaren Worte eingangs Ihrer Rede.

(Beifall bei der SPD)

Der Justizhaushalt ist für die Jahre 2007 und 2008 gut ausgestattet. Eine deutliche und notwendige Steigerung von rund 9 % ist besonders im Bereich Strafvollzug, auf den ich speziell eingehen will, veranschlagt. 9 % mehr wurden angesetzt, bevor die schrecklichen Ereignisse in der Haftanstalt in Siegburg, nämlich der Häftlingsmord, stattgefunden haben.

Gestiegene laufende Ausgaben für Kleidung, Essen, Zellenausstattung, Energie und Personal sind bei der hohen Belegungszahl zu veranschlagen.

Herr Kollege Dr. Wilke, der Anstieg der Verurteilungen zu Haftstrafen ist ein bundesweiter Trend. Dieser hat mit Rheinland-Pfalz im Speziellen nichts zu tun. Lesen Sie die Statistiken, und machen Sie sich schlau!

(Dr. Wilke, CDU: Zuhören ist auch eine Kunst!)

Gerichtsurteile zur Belegung von Zellen mit mehreren Gefangenen erfordern ständig Investitionen in neue Einzelhaftplätze. Neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Inhaftierte stehen auf der Prioritätenliste ganz oben. Um die Sicherheit innerhalb des Gefängnisses zu gewährleisten, setzt Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren auf die personale Präsenz in den Justizvollzugsanstalten. Moderne Sicherheitstechnik unterstützt wirksam, kann und darf aber den menschlichen Kontakt nicht ersetzen. Hier werden gut ausgebildete, motivierte Vollzugsbedienstete eingesetzt.

Durch den persönlichen Kontakt der Bediensteten werden die Gefangenen in ihrem Verhalten einschätzbar. Jedem von uns muss jedoch klar sein: Ein risikofreies Leben gibt es vor und auch hinter geschlossenen Türen nicht. Es lassen sich weder Suizide noch Übergriffe auf andere Gefangene oder Bedienstete ganz vermeiden. So wie Gewalt in der Gesellschaft vor den Gefängnismauern in unterschiedlichsten Formen auftritt, so ist gerade das zwangsweise Leben auf engem Raum in den Justizvollzugsanstalten nicht ohne Konflikte.

Intensive, praxisorientierte Ausbildung, an den Problemen ausgerichtete Fortbildungen, zum Beispiel zur Deeskalation, zur Krisenintervention, und die Stärkung der sozialen Dienste setzt die Justiz aktiv gegen Gewalt in den Haftanstalten ein. Die Sicherheit ist in den rheinland-pfälzischen Haftanstalten sehr hoch.

Der Anstieg von psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft spiegelt sich bei den Inhaftierten verstärkt wider und erfordert bei psychisch auffälligen Straftätern besondere Anstrengungen. Sozialarbeit, therapeutische Angebote und zusätzliche Krankenhausstationen im Vollzug werden in Rheinland-Pfalz weiter ausgebaut.

Lassen Sie mich an dieser Stelle für die SPD-Fraktion die Gelegenheit nutzen, den Beamtinnen und Beamten insbesondere des mittleren Vollzugsdiensts in den Justizvollzugsanstalten zu danken, die mit einem besonnenen Umgang zur Sicherheit in rheinland-pfälzischen Gefängnissen wesentlich beitragen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Justizvollzug in Rheinland-Pfalz generell ist ein Bereich hoheitlicher Aufgaben und wird durch Vollzugsbeamte ganzheitlich wahrgenommen. Natürlich wäre es kurzfristig betrachtet am billigsten, die Gefangenen einfach wegzuschließen und von schlecht ausgebildeten „schwarzen Sheriffs“, wie es beispielsweise in Hessen teilweise geschieht, bewachen zu lassen. Das hat aber etwas mit einem modernen, am Gebot der Resozialisierung orientierten Strafvollzug nichts zu tun.

Im Strafvollzug arbeiten schon seit Jahren auch Private, so zum Beispiel Lehrer, Ärzte und private Organisationen wie die Straffälligenhilfe, Entlassenenhilfe, Drogenberatung und Aidshilfe. Sie arbeiten eng mit den Hauptamtlichen zusammen. Die SPD will diese Zusammenarbeit stärken und ausbauen.

Den ehrenamtlichen Vollzugshelferinnen und -helfern sagen wir auch für ihre nicht einfache vorbildliche Arbeit Dank, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht. Für den rheinland-pfälzischen Strafvollzug sind im Doppelhaushalt insgesamt 130 neue Personalstellen eingeplant. Vorrangig dient diese deutliche Stellenvermehrung für Personal dem Neubau der JVA Wittlich. Ende 2008 sollen die dann neu ausgebildeten Beamten bei den 650 zusätzlichen Haftplätzen eingesetzt werden.

Die SPD-Fraktion sieht die Notwendigkeit, in dem beschriebenen Umfang der Ausbildungssteigerung jetzt zu handeln. Mit Minister Bamberger sind auch wir der Meinung, dass erst 2008 mit Blick auf die dann aktuelle Belegungssituation geschaut wird, ob und wo gegebenenfalls zusätzlicher Bedarf besteht. Es wäre bei einer Abnahme der Inhaftierten, wie sie derzeit festzustellen ist, unverantwortlich, über Bedarf Beamte auszubilden.

Über 50 % der Inhaftierten gehen einer Arbeit in den Werkbetrieben der Justizvollzugsanstalten nach. Mehr Werkplätze, mehr Arbeitsplätze für Inhaftierte in den Haftanstalten sollten mit der guten Konjunkturlage der Unternehmen im kommenden Jahr realisiert werden können. Mit regelmäßiger Arbeit bereiten wir die Gefangenen auf ein Leben in der Freiheit besser vor. Mehr Flexibilität, mehr Eigenprodukte und moderne Förderungstechniken sind Möglichkeiten, wettbewerbsfähig zu sein.

Die Neustrukturierung der Arbeitsverwaltung hat von der Projektphase und von Pilotprojekten hin zur allgemeinen Umsetzung im kommenden Jahr geführt. Mehr betriebswirtschaftliches Management für die Arbeitsverwaltungen beinhaltet eine Verbesserung der Produktivität und der Kostentransparenz der Arbeitsbetriebe. Die Leistungserbringung innerhalb der Justizvollzugsanstalten durch Inhaftierte ist nicht unerheblich. So spart die Justiz beim Neubau in Wittlich durch die Fertigung der Fenster und Gitter in eigenen Werkbetrieben langfristig 2 Millionen Euro.

Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen Straffälligkeit und fehlenden Schul- oder Berufsabschlüssen. Die Resozialisierungschancen sind mit einem Abschluss wesentlich größer. Die bisherigen Kürzungen und Einschränkungen durch die Bundesagentur für Arbeit nimmt das Justizministerium nicht tatenlos hin. Zuschüsse für die berufliche Qualifizierung wurden durch die Bundes-

agentur für Arbeit erneuert, doch ein weiterer Abbau der Zuschüsse ist absehbar.

Von 340.000 Euro auf 680.000 Euro verdoppelt sich der Ansatz im Landeshaushalt für Ausbildungsgänge für Inhaftierte. Wir geben Inhaftierten eine wichtige Startchance für die Freiheit, einen qualifizierten Abschluss.

Seit mehreren Jahren sind die Zahlen im offenen Vollzug stagnierend, teilweise sogar rückläufig. Freie Kapazitäten sind feststellbar. Der offene Vollzug ist eine gute Möglichkeit, Haftschäden zu vermeiden. Er ist eine Chance der Teilnahme am Leben draußen, der Aufrechterhaltung und des Bezugs zur Arbeitswelt, und er ist auch kostengünstig. Der offene Vollzug sollte nicht die große Ausnahme sein.

Es ist ein legitimer Anspruch der Öffentlichkeit, vor weiteren Straftaten geschützt zu sein, doch in jedem Einzelfall ist genau zu prüfen, ob geschlossener oder offener Vollzug notwendig ist. Menschen, die beispielsweise eine Geldstrafe nicht bezahlen können, gehören nicht gemeinsam mit Kriminellen in den geschlossenen Vollzug. Gemeinnützige Arbeit für Menschen, die eine Geldstrafe nicht zahlen können, ist für den Strafvollzug eine Entlastung und für den Zahlungsunfähigen eine Chance, in Freiheit in seinem Umfeld zu verbleiben.

In diesem Bereich hat sich das Modellprojekt „Schwitzen statt Sitzen“ bewährt. 2.110 Straftäter wählten im letzten Jahr in Rheinland-Pfalz das Motto „Schwitzen statt Sitzen“. Insgesamt wurden so über 65.000 Hafttage in den Justizvollzugsanstalten eingespart. Dies sind Kosteneinsparungen von rund 4,9 Millionen Euro.

Durch die Föderalismusreform hat das Land neue Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich des Strafvollzugs. Dies wird verantwortungsvoll genutzt. Zusätzlich wird mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 31. Mai die gesetzliche Neuregelung des Jugendstrafvollzugs bis zum Jahresende 2007 verabschiedet. Die SPD-Fraktion unterstützt Herrn Minister Bamberger im klaren Willen, aktuell mit neun weiteren Bundesländern Anfang 2007 einen einheitlichen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Beifall der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich sagen, ich habe kein Verständnis dafür, dass es kein Bemühen gibt, gemeinsame Standards zu entwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Länder wie Niedersachsen, Hessen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen werden nun mit eigenen Entwürfen antreten. Es ist schade, dass sich die Entwicklung dergestalt vollzieht.

(Glocke des Präsidenten)

Der Haushalt für den Strafvollzug sieht insbesondere unter dem Motto „Investieren, Konsolidieren, Vorsorgen“ Folgendes vor:

Investieren wir in gut ausgestattete Justizvollzugsanstalten, in ausgebildetes und kompetentes Personal sowie in die Ausbildung der Gefangenen.

– Ich komme zum Schluss.

Konsolidieren wir die Kostensituation bei den Haft- und den Werkplätzen. Sorgen wir vor, damit Inhaftierte und Mitarbeiter in der Haft sicher sind und damit die Gesellschaft sicher ist vor erneuten Straftaten. Sorgen wir vor, dass straffreie Haftentlassene in unserer Gesellschaft in Würde, mit Chancen und mit Perspektiven leben und arbeiten können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung hat nun Herr Justizminister Dr. Bamberger das Wort.

Dr. Bamberger, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussprache hat schon zu einem großen Teil die wesentlichen Probleme im Zusammenhang mit dem Justizhaushalt für die Jahre 2007 und 2008 dargestellt. Ich kann mich deshalb auf das Wesentliche beschränken.

Ich möchte vorausschicken, die Justiz des Landes ist mit diesem Doppelhaushalt zufrieden, und sie kann auch damit zufrieden sein. Der Rechtsstaat ist nicht in Gefahr. Im Gegenteil, der Rechtsstaat ist bei den Richtern und Staatsanwälten des Landes ausgezeichnet aufgehoben und gewährleistet.

(Beifall der SPD)

Es ist schon darauf verwiesen worden, dass die Laufzeiten der verwaltungsgerichtlichen Verfahren in Rheinland-Pfalz beispielhaft sind. Dasselbe gilt inzwischen auch für die sozialgerichtlichen Verfahren im Ländervergleich. Wir sind mit unseren Verfahren vor den Arbeitsgerichten auch sehr gut. Dasselbe gilt für die anderen Gerichte und die Staatsanwaltschaften. Die Justiz des Landes ist dank der Arbeit zurückliegender Regierungen, aber auch dank der Arbeit dieser Regierung sehr gut aufgestellt, und darüber können wir uns freuen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich kurz auf die Eckpunkte des Haushalts sowie die Auswirkungen auf die rheinland-pfälzische Justiz eingehe. Der rheinland-pfälzische Justizhaushalt weist ein Ausgaben-volumen von rund 700 Millionen Euro aus. Mit einem Budget in dieser Größenordnung wird die Justiz des Landes angemessen ausgestattet und in die Lage versetzt, ihre vielfältigen Aufgaben gut lösen zu können.

(Beifall der SPD)

Ich brauche nicht zu betonen, dass ein gut funktionierendes Rechtssystem für das Gemeinwesen, für die Bürgerinnen und Bürger, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft unerlässlich ist. Es geht darum, mit diesem Doppelhaushalt die Funktionsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Justiz, die eine gute Arbeit geleistet hat und leistet, auch für die Zukunft sicherzustellen.

Wir müssen gewährleisten, dass die Justiz die ihr obliegenden Aufgaben auch weiterhin ordnungsgemäß in guter Qualität und zeitnah erfüllen kann. Diesem Anspruch trägt der vorliegende Haushaltsentwurf Rechnung. Er ist so angelegt, dass die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und die Justizvollzugsanstalten des Landes den an sie gestellten hohen Anforderungen gerecht werden und entsprechend mit den hierfür erforderlichen Haushaltsmitteln ausgestattet werden.

Es ist schon gesagt worden: Die Ausgaben der Justiz entfallen zu 63 % auf den Personalbereich und zu 37 % auf Sachausstattung sowie Investitionen. Die Gesamtausgabenansätze steigen 2007 um rund 27 Millionen Euro und 2008 um rund 38,5 Millionen Euro.

Mit dem Personalkostenbudget von rund 436 Millionen Euro bzw. rund 440 Millionen Euro wird es möglich sein, der weiterhin auf hohem Niveau liegenden Belastungssituation zu entsprechen und den zu ihrer Bewältigung benötigten Personalbestand in der vorhandenen Größenordnung auch in den beiden kommenden Jahren beizubehalten.

Darüber hinaus werden dort, wo es geboten ist, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch personelle Verstärkungen vorgenommen. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass wir 15 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte in den Haushalt eingestellt haben, die wir vornehmlich für den Bereich der Strafjustiz, also der Staatsanwaltschaften und der Strafgerichte einsetzen wollen.

Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, für den Sozialdienst in der Justiz sechs zusätzliche Stellen einzurichten.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Abgeordnete Burgard hat bereits die Situation im Strafvollzug geschildert. Wir haben in Rheinland-Pfalz einen modernen, effizienten, um Resozialisierung bemühten Strafvollzug.

Wir werden bis zum Jahresende 2008 in Wittlich einen modernst ausgestatteten Erweiterungsbau bekommen. Im Strafvollzug sind dafür 130 neue Stellen vorgesehen. Die genügen auch und werden ausreichen, um dann Wittlich zu einer modernen Strafanstalt zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden bis Ende des Jahres einen ersten Entwurf – erarbeitet mit neun weiteren Bundesländern – für ein modernes Jugendstrafvollzugsgesetz vorlegen. Es wird ausgehen von den Grundlagen, die uns das Bundesverfassungsgericht geliefert hat.

Sie werden sehen, es wird ein Jugendstrafvollzug konzipiert in diesem Gesetz, der modernsten Anforderungen entspricht, vom Erziehungsgedanken und vom Gedanken der Sozialisierung ausgeht und alles bereitstellt, damit diese Ziele erreicht werden können.

Meine Damen und Herren, die Mittel für Sachausstattung und den laufenden Betrieb der Gerichte, Staatsanwaltschaften sowie der Justizvollzugsanstalten werden unter Berücksichtigung der absehbaren Ausgabenentwicklung dem zu erwartenden Bedarf angepasst. Hierzu zählen mit rund 128 Millionen Euro bzw. rund 132 Millionen Euro die unmittelbar durch die gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren entstehenden bundesgesetzlich vorgegebenen Auslagen in Rechtssachen.

Das sind in erster Linie die Aufwendungen für Prozesskostenhilfe, Pflichtverteidigergebühren, Zeugenentschädigungen, Sachverständigenvergütungen und Betreuungskosten. Diese Aufgaben sind – darauf wurde bereits hingewiesen – in den vergangenen Jahren überproportional gestiegen. Sie müssen auch im vorliegenden Doppelhaushalt erneut der von den Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht zu steuernden Aufgabenentwicklung angepasst werden.

Darüber hinaus werden auch im kommenden Doppelhaushalt die Voraussetzungen geschaffen, um Investitionen zur Erneuerung vorhandener Ausstattungen sowie zur Fortsetzung von Modernisierungsmaßnahmen auf dem bisherigen Niveau fortzuführen. Das wird zu einer weiteren Steigerung von Effektivität und Effizienz der Justiz führen und einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung darstellen.

Meine Damen und Herren, wenige Bemerkungen zum Thema "Rechtspolitik". Ich finde, es ist nicht alles sinnvoll, was auf Bundesebene an rechtspolitischen Vorhaben und Überlegungen von den CDU-geführten Ländern angeschoben wurde. Ich nenne nur das Stichwort „große Justizreform“. Frau Dr. Lejeune hat darauf bereits hingewiesen.

Wir haben dem nicht zugestimmt, weil es nicht den Namen einer Reform verdient.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Wir haben auch dem Vorhaben einer Aufgabenübertragung auf Notare nicht zugestimmt,

(Pörksen, SPD: Sehr vernünftig!)

weil wir finden, dass die Nachlassgerichte, speziell die freiwillige Gerichtsbarkeit der Amtsgerichte, seit 150 Jahren eine exzellente Arbeit leisten und es keine Gründe dafür gibt, diese Aufgaben auf Notare zu übertragen.

(Pörksen, SPD: Das gilt nicht nur für Notare!)

Was die Frage der Beleihung oder Privatisierung der Gerichtsvollzieher angeht, so habe ich Bedenken, ob es sinnvoll ist, das zu tun, oder es nicht besser ist, das vorhandene System zu verbessern. Inzwischen steht

fest, dass die Kosten um drei- bis viermal so hoch wären, wenn wir zu dieser Privatisierung kämen.

(Pörksen, SPD: Tolle Reform!)

Zur Zusammenlegung der Sozialgerichtsbarkeit mit den Verwaltungsgerichten kann ich sagen, dies stellt eine Sache dar, der wir näher treten würden. Frau Dr. Lejeune, Sie wissen selbst auch, dass es im Bund dort Probleme gibt, die derzeit schwierig zu überwinden sind.

Ähnliches gilt für die Reform der Prozesskostenhilfe, die beim Bundesministerium der Justiz liegt. Dasselbe gilt für die Reform der Sozialgerichtsgebühren. Hier warten wir den Bericht des Bundesministeriums ab.

Zur Frage der Aufgabenübertragung überlegen wir. Das, was Sie gesagt haben, erscheint mir selbst auch prüfenswert. Wir können keinen zu stark belasteten Rechtspflegerstand in den Gerichten noch zusätzlich mit Aufgaben betrauen.

Hier muss zuerst geprüft werden, ob die Rechtspfleger das schaffen. Dazu wollen wir auch prüfen, ob es sinnvoll ist, Aufgaben von den Rechtspflegern auf die Urkundsbeamten zu verlagern.

Auf das, was wir im Bereich von Mediation betreiben, sind wir stolz. Es kann nicht Grund sein, etwas nicht zu tun, weil es andere Länder auch nicht tun. Im Gegenteil, das Cochemer Modell ist ein rheinland-pfälzisches Modell, wird in Rheinland-Pfalz praktiziert und in anderen Ländern übernommen.

Meine Damen und Herren, die Gerichte und Staatsanwaltschaften unseres Landes treffen wichtige Entscheidungen, die – soweit es um Freiheitsentzug geht – in unseren Justizvollzugsanstalten vollstreckt werden. Sie betreffen die Freiheitsrechte der Bürger, ihre zivilrechtlichen und anderen Ansprüche. Sie betreffen Investitionen.

Die Justiz muss eine verlässliche Einrichtung bleiben, die Rechtssicherheit mit Verfahren und Entscheidungen in guter Qualität und angemessener Zeit garantiert. Das stellt hohe Anforderungen an die, die daran mitarbeiten. Deshalb gebührt den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz Dank und Anerkennung für das Engagement, mit dem sie eine nicht geringe Belastung bewältigen.

(Beifall der SPD)

Danken möchte ich an dieser Stelle aber auch dem Finanzministerium, seiner Spitze sowie seinen Beamten, die uns mit einer guten, fairen und fruchtbaren Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Einzelplans geholfen haben.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses und dem Haushalts- und Finanzausschuss und den Fraktionen dieses hohen Hauses, die den Einzelplan 05 mit viel Sachverstand, aber auch mit kritischem Wohlwollen begleitet und mitgestaltet haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Nun danke ich Ihnen, Herr Minister. Zum Einzelplan 05 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe nunmehr zur Beratung auf:

**Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales,
Familie und Gesundheit –**

Abgeordnete Frau Thelen ist die erste Rednerin. Frau Thelen, Sie haben das Wort. Die Fraktionen haben bis zu 20 Minuten Grundredezeit verabredet.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch zu der fortgeschrittenen Stunde müssen wir uns noch etwas Zeit für den Einzelplan 06 nehmen. Wie in den Jahren zuvor lässt sich das Land natürlich die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik viel kosten. Sie ist der SPD nach wie vor lieb und teuer, was uns nicht wundert.

Ich möchte eingangs noch einmal die Gesamtzahlen nennen, weil ich denke, sie sind beeindruckend. Der Einzelplan 06 wird nach den jetzt vorgesehenen Änderungen im Jahr 2007 Ausgaben von 1,515 Milliarden Euro und im Jahr 2008 von 1,519 Milliarden Euro vorsehen, also durchaus eine erträgliche Steigerungsrate. Ich möchte auch nicht mit den bisherigen Ansätzen vergleichen, weil einiges dazugekommen ist.

Fakt ist natürlich auch, dass dieser Einzelplan auf erhebliche Zuschüsse angewiesen ist, da er sich selbst nur zu einem geringen Teil aus Einnahmen deckt. Das sind in beiden Jahren jeweils rund 860 Millionen Euro, damit also schon erhebliche Beträge. Deshalb ist es der Einzelplan auch wert, sich Zeit für eine Aussprache zu nehmen, auch wenn die Besuchertribüne bis auf wenige Ausnahmen leer ist.

Weshalb möchte ich nicht vergleichen? Wir haben eine neue Aufgabengliederung, was wir heute Morgen im Landtag gehört haben. Es gibt Zuweisungen von Aufgaben an das Ministerium, die nicht nur durch den Weggang von Herrn Zöllner zu erklären sind. Vielmehr hat man sich seitens der Landesregierung entschieden, die frühere Ausländerbeauftragte und jetzige Beauftragte für Integration und Migration im Sozialministerium anzuschließen.

Damit wir nicht nur Kritik vortragen, möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir das für eine sehr gute und nachvollziehbare Entscheidung halten. Integration, die darauf hinarbeitet, insbesondere – ich denke aber, nicht nur insbesondere – Menschen mit einem Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft zu integrieren, sie sozial auch einzubinden und entsprechend zu unterstützen, ist im Sozialministerium sehr wohl gut angesiedelt.

Wichtig ist uns dabei, dass man nicht nur die Menschen im Auge hat, die einen Migrationshintergrund haben, sondern in gleicher Weise auch die bedenkt, die in unserer eigenen deutschen Gesellschaft Unterstützungsbedarf haben, um alle Chancen, die diese Gesellschaft bietet, auch besser wahrzunehmen. Deshalb ist es auch wichtig, diese Aufgabe mit diesem etwas breiteren – so formuliere ich es einmal – sozialen Blick auch zum Beispiel für sozial bedürftige Familien wahrzunehmen. Ich hoffe sehr, dass das durch die Ansiedlung im Sozialministerium in Zukunft auch so geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten zunächst einmal eine kurze Gesamtbewertung des Einzelplans 06 vornehmen. Für die, die bei der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses dabei gewesen sind, wird heute jetzt nichts Neues zu hören sein. Wir sind der Auffassung, dass Sozialpolitik in Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen einen wichtigen Stellenwert hat und Sozialpolitik natürlich auch Geld kosten muss. Wir wollen armen Menschen helfen. Wir wollen denen helfen, die Unterstützung brauchen, um ihre Chancen wahrzunehmen.

Wir sind aber der festen Überzeugung, dass auch Sozialpolitik mit einem vernünftigen Maß betrieben werden muss. Eine Sozialpolitik, die sich zu einem hohen Teil zulasten der Zukunft finanziert, weil wir natürlich auch einen erheblichen Zuschussbedarf haben, und eine Sozialpolitik, die darauf baut, dass die künftigen Träger unserer Gesellschaft diese Politik in Form von Schuldenabbau wieder mitfinanzieren, ist auch eine unsoziale Politik.

Frau Ministerin Dreyer, wir hätten uns deshalb gefreut, hier und da auch einmal Ansätze von Sparbemühungen in Ihrem Einzelplan zu finden. Das haben wir allerdings nicht gefunden.

(Beifall bei der CDU –
Dr. Rosenbauer, CDU: Nicht
ein einziger Vorschlag!)

Es ist sicherlich verständlich, weil es weitaus angenehmer ist zu schauen, wo man im Land noch Bedürfnisse findet, die gedeckt werden müssen, und Gruppen findet, die Hilfe brauchen. Davon gibt es unzählige. Mit Sicherheit gibt es noch viele, die Sie noch nicht entdeckt haben. Ich denke, deshalb ist es schwierig, im Sozialetat verantwortungsbewusst mit den Finanzmitteln umzugehen. Aber jemand, der in der Regierungsverantwortung steht, muss sich auch solchen unbequemen Schwierigkeiten stellen, Frau Ministerin Dreyer.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Was wollen
Sie denn einsparen?)

– Wir lassen uns den Ball des Schuldenabbaus nicht in unser Spielfeld zurückspielen, Frau Brede-Hoffmann.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Nein, gar nicht!)

Ich knüpfe an das an, was Herr Kollege Schreiner völlig zu Recht gesagt hat: Diejenigen, die sich diese Ver-

schuldensuppe selbst eingebracht haben, müssen sie auch auslöffen.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht Regierungsverantwortung tragen und an dieser Stelle völlig kneifen und die unangenehmen Aufgaben auf die Opposition delegieren. Das werden wir nicht mitmachen.

(Zurufe der Abg. Frau Brede-Hoffmann und des Abg. Pörksen, SPD)

Kommen wir einmal zu unseren Einsparvorschlägen. Ich gehe davon aus, dass Sie unsere Deckblätter gelesen haben. Sie haben sie auch im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Sie werden gesehen haben, dass wir uns diesmal mit konkreten Einsparvorschlägen im Sozialetat durchaus zurückgehalten haben,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Durchaus!)

weil wir an der einen oder anderen Stelle gesehen haben, dass auch schon die Vorschläge aus vergangenen Jahren durchaus Wirkung erzielt haben. Ich möchte nur einmal den Titel 684 19 mit über 16 Millionen Euro ansprechen, die immer noch enthalten sind. Wir haben aber einmal vor zehn Jahren bei ganz anderen Beträgen angefangen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Da ging auch das Abendland unter!)

Für alle Vorschläge, die wir gemacht haben, wurden wir an die Wand gestellt.

(Pörksen, SPD: Na, na, na!)

– Selbstverständlich, mit Briefen an alle Sozialverbände, was alles nicht möglich wäre, wenn die böse CDU doch eine Mehrheit für ihre Vorschläge bekommen hätte.

Aber siehe da, wenn man anscheinend noch einmal darüber nachdenkt, kann man die Ansätze selbst wieder ein Stück reduzieren. Auch diesmal ist es gelungen, einen Vorschlag von uns indirekt umzusetzen.

Wir hatten beim letzten Mal beispielsweise vorgeschlagen, die Mittel für die Technologieberatungsstelle – immerhin 620.000 Euro im Jahr, also in zwei Jahren über 1,2 Millionen Euro – zu streichen. Jetzt ist es gelungen, sie in den Titel zu integrieren, ohne dass dort mehr Geld ist. Also hat man doch wieder 1,2 Millionen Euro gespart, die man bereit ist, zumindest nicht im Land zu verteilen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aber feststellen, dass Sie sich in vielen Bereichen nicht konsequent genug fragen, welche Aufgaben und in welchem Umfang wir sie wahrnehmen müssen. Wo werden die Aufgaben am besten wahrgenommen?

Ich möchte da anknüpfen, wo wir vor zwei Jahren schon einmal gestanden haben, nämlich bei der Familienförde-

rung. Dort haben Sie im letzten Doppelhaushalt, der meines Erachtens ein wenig auf die Wahlen hin gestrickt war, jeweils 1 Million Euro für das neue Projekt „Viva Familia“ eingestellt. Jetzt müssen wir uns vor Augen halten, das ist alles auf Pump. Das ist natürlich wunderbar, aber ich sage Ihnen, die konkreteste Hilfe für Familien kann ich dort leisten, wo Familien wohnen. Das heißt, ich muss in erster Linie sehen, dass ich die Kommunen in die Lage versetze, den Familien vor Ort zu helfen. Dazu muss ich nicht die goldenen Zügel des Landes über viele Projekte einsetzen, sondern geben Sie vielmehr den Kommunen mehr Geld. Dann wird auch mehr laufen.

(Beifall bei der CDU – Pörksen, SPD: Wieder ein neuer Sparvorschlag!)

Siehe da, es geht jetzt auch mit etwas weniger.

Ich komme noch einmal zur Arbeitsmarktpolitik. Wir haben seit 2005 eine ganz erhebliche Änderung, was die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit bei der Arbeitsmarktpolitik angeht. Sie alle wissen, wir haben „Hartz IV“. Seit 2005 ist diese Aufgabe qua Gesetz den Agenturen und den ARGEn oder den optierenden Kreisen zugeschrieben, wovon wir im Lande zwei haben. Das Land hat dann gesagt: Ja gut, so schnell kann man nicht umstellen, wir haben Anlaufschwierigkeiten. Wir müssen noch ein Stück begleitend helfen. – Diese Begleitung dauert jetzt seit 2005 an. Wir sind also jetzt im zweiten Jahr. Wir hätten uns schon etwas klarere Aussagen gewünscht, Frau Ministerin, wohin es gehen soll.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich – dies schon zu Ihrem Antrag, den wir heute noch bekommen haben –, Sie bleiben diesmal noch ein Konzept schuldig. Sie verweisen auch in Ihrem Entschließungsantrag auf den noch von der Landesregierung zu formulierenden und vorzulegenden Leistungsauftragsbericht. Wir kaufen die Katze nicht im Sack.

Wir sind der Auffassung, dass man bei der Arbeitsmarktpolitik noch einmal schauen muss, was die Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“, die viel Zeit und Arbeit investiert hat, um sich die Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz anzuschauen, an Empfehlungen gegeben hat. Danach sollte man ein ganz konsequentes Konzept aufbauen. Dann hätte es einen roten Faden und hätte Hand und Fuß. Dann könnten wir tatsächlich auch schauen, was dabei herausgekommen ist.

Ich kann nur sagen: So, wie dieser Antrag formuliert ist, werden wir dem nicht folgen können. Wir warten aber mit großer Spannung auf Ihren Bericht. Es würde uns sehr freuen, wenn man sehen würde, dass sich die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ ein Stück auch in diesem Leistungsauftrag widerspiegelt. Ich denke, dann haben wir alle Möglichkeiten, dies durchaus auch konstruktiv im Ausschuss zu begleiten.

(Beifall bei der CDU)

Damit es nicht nur in der Kritik endet, möchte ich abschließend noch einmal ausdrücklich dem Ministerpräsidenten, dem Sie es vielleicht bitte ausrichten können,

auch für seine Verhandlungserfolge zu dem Kostenanteil danken, der jetzt aus Bundesmitteln für die Kosten der Unterkunft von „Hartz IV“ übernommen wird.

Ich denke, das ist wirklich ein gutes Ergebnis für Rheinland-Pfalz, was wir für Rheinland-Pfalz durchaus anerkennen und was sicherlich im Sinn unserer Kommunen ist. Es sollte dabei bleiben, dass wir in Rheinland-Pfalz diese Mittel tatsächlich an die Kommunen weiterleiten.

Zum Thema „Frauenpolitik“ wird nachher die Kollegin etwas sagen.

(Pörksen, SPD: Welche?)

Auch das ist ein neuer Bereich, der jetzt bei der Ministerin Dreyer angesiedelt ist. Wir sind optimistisch, dass die Aufgabe weiterhin gut wahrgenommen wird. Ich denke, dafür sollte die Biographie von Frau Dreyer sprechen. Wir freuen uns auch da auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Grosse.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungsvorlage für den Haushalt 2007/2008 für den Bereich Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit ist ein Entwurf, der ausgewogen und verantwortungsvoll gestaltet ist. Er steht unter der Überschrift der sozialen Verantwortung.

Ich möchte vorab sagen, dass ich bei Frau Kollegin Thelen zu schätzen weiß, dass sie die Dinge, die sie begrüßt, nämlich dass die Integration jetzt im Haushaltsplan für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit enthalten ist, hervorhebt und sie im Gegensatz zu einigen anderen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen auch hier das sagt, was sie im Ausschuss gesagt hat. Da gibt es keine großen Überraschungen. Das finde ich deshalb in Ordnung, weil wir besser miteinander umgehen können und besser über die Dinge streiten können, bei denen wir nicht übereinstimmen.

Ich möchte anhand von vier Themenbereichen sozialdemokratische Grundzüge und die wichtigsten Bausteine in der Sozialpolitik erläutern und fange mit der Familienpolitik an. Ich möchte dann gleich zu dem großen Projekt von „Viva Familia“ kommen, das bei der CDU-Fraktion großen Anklang gefunden hat, glaube ich. Jedenfalls habe ich das so verstanden, dass die unterschiedlichen Projekte aus „Viva Familia“, die 2005 ins Leben gerufen wurden, allseits Unterstützung finden. Dazu gehören familienorientierte Dienstleistungen, Krisenintervention, Gesundheitsförderung und das neue Programm der Hebammen, die möglichst früh in die Familien hineingehen können, um möglichen Kindes-

missbrauch zu verhindern. All das schien mir jedenfalls von großer Unterstützung geprägt.

Frau Thelen, Sie sagen jetzt: „Geben Sie mehr Geld in die Kommunen, dann brauchen wir solche Projekte nicht.“– Ich darf das verkürzen. Das greift deshalb zu kurz, weil man sich letztlich fragen sollte oder kann, warum wir überhaupt Familienpolitik in Rheinland-Pfalz brauchen, wenn wir letztlich sagen: „Geben Sie den Kommunen genug Geld, dann brauchen wir solche Programme in Rheinland-Pfalz nicht.“

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir brauchen alle politischen Ebenen, Bund, Land und Kommunen, um innovative und effektive Familienpolitik zu gestalten.

Ich bin bei Punkt 2, Alten- und Pflegehilfe. Wie wichtig dieser Aspekt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist, brauche ich nicht weiter zu erläutern, glaube ich. Zwei Punkte sind mir dabei wichtig. Wir müssen es den Menschen möglich machen, so lange wie möglich zu Hause leben bleiben zu können. Deshalb haben wir einen Entschließungsantrag eingereicht, weil wir das für außerordentlich wichtig halten. Ich möchte der Ministerin persönlich für ihre Qualitätsoffensive „Menschen pflegen“ danken, die in Rheinland-Pfalz tatsächlich zu einem erheblichen Umdenken beigetragen hat. Ich bin der Landesregierung dankbar für die unterschiedlichen und sehr wichtigen Projekte, die im Bereich der Pflege laufen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig ist auch, dass der Ansatz „Zuschüsse an ambulante Pflegeeinrichtungen“ für die Jahre 2007 und 2008 erheblich erhöht worden ist. Damit wird noch einmal unterstrichen, wie wichtig dieser Paradigmenwechsel von stationär zu ambulant ist. Das gilt nicht nur bei der Altenpflege, sondern auch bei Menschen mit Behinderungen. Dazu komme ich gleich.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir in der Pflege in Rheinland-Pfalz mit den unterschiedlichen Projekten uns sehr gut sehen lassen können. Das gilt auch für den Haushalt.

Jetzt komme ich zu den Menschen mit Behinderungen. Dort ist es wichtig, dass wir gemeindenahe integrierte Wohnformen weiter vorantreiben, wie wir das bisher von der Landesregierung sehen und wie wir das von der Regierungsfraktion nachhaltig unterstützen. Wichtig ist aber auch, dass das Betreuungsangebot noch individueller gestaltet werden kann. Darum sind solche Projekte „Selbst bestimmen – Hilfe nach Maß für behinderte Menschen“ mit dem persönlichen Budget für Menschen mit Behinderungen außerordentlich wichtig.

Ich nenne einen dritten wichtigen Punkt für Menschen mit Beeinträchtigungen. Das ist der Arbeitsmarkt. Wir haben es in Rheinland-Pfalz aufgrund der unterschiedlichen Initiativen des Landes und natürlich auch mithilfe der Kommunen geschafft, dass die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren erheblich abgebaut werden konnte. Bun-

desweit nehmen wir einen Spitzenplatz ein. Ich denke, darauf können alle sehr stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, damit bin ich beim vierten und letzten Schwerpunkt, den ich Ihnen erläutern wollte. Das betrifft die Arbeitsmarktpolitik. Seit vielen Jahren sind die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die wir in Rheinland-Pfalz haben, von außerordentlich großer Bedeutung. Es ist nicht umsonst so, dass Rheinland-Pfalz das drittbeste Ergebnis bezüglich der Arbeitslosenquote hat. Wir liegen derzeit bei exzellenten 7,1 %. Ich bin fest überzeugt, dass wir dieses hervorragende Resultat ohne die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht erreichen würden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, darum glaubt die SPD, dass diese Maßnahmen unerlässlich für die Politik unseres Landes sind. Wir haben dazu einen Entschließungsantrag formuliert. Ich nenne Beispiele, weil Statistiken immer so anonym sind, Menschen mit Behinderungen, die ich eben schon erwähnt hatte, junge Menschen ohne Arbeit, die diese Qualifikationsmaßnahmen brauchen, um wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können, Frauen und Langzeitarbeitslose. All diese Menschen brauchen diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, um auf dem Arbeitsmarkt wieder eine Chance haben zu können.

Frau Thelen, Sie haben die Technologieberatungsstellen angesprochen. Darüber hatten wir im Ausschuss gesprochen. Um dem Missverständnis vorzubeugen, dass wir diesen Technologieberatungsstellen etwa keine Bedeutung mehr beimessen würden, habe ich im Ausschuss schon darauf hingewiesen, dass diese Technologieberatungsstellen im Haushalt explizit benannt sind. Sie sind in die allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingeflossen. Das hängt mit den veränderten Strukturen der Arbeitsmarktpolitik und der Drei-Säulen-Struktur zusammen, die nach den Änderungen im SGB II im Land Rheinland-Pfalz stattgefunden haben. Wir halten das weiter für sehr wichtig. Wir halten auch daran fest, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu den Anträgen. Ich werde bei der FDP auf den wesentlichen Antrag zu sprechen kommen, nämlich Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds sowie andere EU-Mittel, die Sie von 18 Millionen Euro um 12,5 Millionen Euro kürzen wollen. Ich glaube, dass Sie da einen Denkfehler gemacht haben. Diese Mittel sollen in den Hochschulbereich übertragen werden. Diese Mittel sind so, wie sie im Haushalt ausgeschrieben sind, zwingend zweckgebunden. Das heißt, rein rechtlich gibt es Schwierigkeiten, weil sich das, was Sie jetzt mit Ihrem Antrag fordern, nämlich diese Übertragung der 12,5 Millionen Euro in den Hochschulbereich, nach meiner Auffassung nicht mit dem EU-Recht deckt.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Aha, Sie sagen „doch“. Da sind unsere Juristen anderer Auffassung. Ich schätze, darüber werden wir noch diskutieren müssen.

Aber selbst wenn es so wäre und es juristisch möglich wäre – was ich nicht glaube –, ist es nach Auffassung der SPD-Fraktion unstrittig, dass wir diese 12,5 Millionen Euro für die Arbeitsmarktpolitik des Landes Rheinland-Pfalz brauchen. Wir können sie nicht umschichten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Zum Antrag der CDU-Fraktion: Ich finde es bedauerlich, dass Sie in Ihrem Antrag globale Minderausgaben in Höhe von 6 Millionen Euro fordern.

(Frau Thelen, CDU: Das sind 0,4 %!)

– Dazu komme ich gleich noch. – Das meine Damen und Herren, kann ich wirklich nicht begreifen, schon gar nicht in der Sozialpolitik.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das ist die klassische Politik nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, damit man dann in die Wahlkreise gehen und sagen kann: Wir wollten keine arbeitsmarktpolitischen Mittel kürzen, wir hatten globale Minderausgaben; das konnte gestaltet werden, wie immer die Regierung das wollte, wir waren nicht schuld. – Das ist, wie ich finde, alles andere als kreative Sozialpolitik und alles andere als mutige Politik.

(Beifall der SPD)

Sie haben recht, Frau Thelen: Wir haben die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den letzten Jahren, von 2002 bis 2005, um 10 Millionen Euro heruntergefahren, aber im Gegensatz zu sämtlichen Anträgen der CDU-Fraktion Schritt für Schritt, im Laufe der Jahre gut entwickelt und immer in Absprache mit den Trägern. – Das, was Sie in den letzten Jahren an Kürzungen im Arbeitsmarkt beantragt haben, hätte unsere arbeitsmarktpolitische Struktur völlig über den Haufen geworfen.

(Beifall der SPD –
Dr. Rosenbauer, CDU: Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, nun ein direkter Appell an die Sozialpolitiker. Sie wissen, dass der Einzelplan 06 nur in ganz geringem Maße frei zu gestalten ist. In diesem Haushalt spiegeln sich sehr viele Aufgaben wider, die gesetzlich einfach umgesetzt werden müssen. Das Land Rheinland-Pfalz muss insoweit vollziehen.

In diesem Haushalt gibt es 38 Millionen Euro, die zur freien Verfügung sind, und von diesen 38 Millionen Euro wollen Sie wiederum 6 Millionen Euro streichen. Das würde zwingend darauf hinauslaufen, dass wir die wichtigen Beratungsstellen in der Familienpolitik oder die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen streichen müssten; etwas anderes fällt mir tatsächlich nicht ein. Weil Sie keinen Hinweis geben, wohin die Reise bei den Kürzun-

gen gehen soll, wird, so schätze ich, nur das übrig bleiben können.

(Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich bitte Sie also, beim nächsten Haushalt hinsichtlich der Kürzungen konkreter zu werden, damit wir dann auch wissen, wovon wir sprechen, und damit wir damit auch umgehen können. Das, was Sie uns im Sozialetat an Vorschlägen vorgetragen haben, halte ich geradezu für unvermittelbar.

Meine Damen und Herren, die Politik, die wir am Regierungsentwurf des Einzelplans 06 sehen können, ist verlässlich durchdacht. Der Einzelplan ist gerecht, und er steht unter der Überschrift sozialer Verantwortung, und er ist die Fortführung erfolgreicher Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die Sozialpolitik angeht, ist Rheinland-Pfalz nicht irgendein Bundesland. In entscheidenden sozialpolitischen Bereichen gingen von Rheinland-Pfalz über die letzten Jahrzehnte Impulse aus, die Bedeutung für die ganze Bundesrepublik erlangten.

Die FDP hat diese rheinland-pfälzische Sozialpolitik oft in Regierungsverantwortung begleitet und mitverantwortet. Auch während der letzten Legislaturperiode wurden umfangreiche sozialpolitische Aktivitäten entwickelt, es gab effizienzsteigernde Maßnahmen im Ministerium selbst, im Verwaltungsumfeld des Ministeriums, aber vor allem gab es einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel, der mit dem Begriff des Förderns und Forderns überschrieben wird. Diese Begrifflichkeit hat auch Eingang in die praktische Politik gefunden.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang das – viele werden es schon vergessen haben – Mainzer Modell, den Umbauversuch des ehemaligen Sozialministers Gerster bei der Bundesagentur für Arbeit und auch die Hartz-Gesetze I bis IV.

Es gab viele weitere unterschiedliche Konzepte, Modellversuche, Dinge, die in der letzten Legislaturperiode erfolgreich umgesetzt wurden. Darauf bin ich gemeinsam mit der Regierung stolz, und das prägt auch meine Einlassungen zum heutigen Doppelhaushalt.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich lässt sich nicht übersehen, dass es in dieser Zeit auch neue Herausforderungen gab, die man einfach nicht ignorieren kann. Wir haben bei der Integration von Menschen mit

Migrationshintergrund zunehmende Probleme zu beklagen. In diesem Zusammenhang begrüße auch ich die Eingliederung der Ausländerbeauftragten in das Ministerium. Ich denke, diese Funktion gehört dahin, und damit ist gewissermaßen auch eine Aufwertung verbunden, was den Aufgabenbereich angeht.

(Zustimmung des Abg. Eymael, FDP)

Wir haben auch – die Kollegin Thelen hat darauf hingewiesen; es lässt sich nicht von der Hand weisen – immer noch massive Probleme bei der Umsetzung von Hartz IV. Die Zeit der Einführungsphase, auch die Zeit des Gefühls, dass das nicht von heute auf morgen funktionieren kann, ist zwei Jahre nach Beginn dieses Programms endgültig vorbei. Das will ich betonen. In diesem Zusammenhang mache ich genau wie meine Vorredner der Landesregierung das Kompliment, dass sie für Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Kosten der Unterkunft so viel herausgeholt hat. Ich bin überzeugt davon, das wird Rechtsbestand haben; denn Rheinland-Pfalz wird nicht bevorzugt, sondern Nachteile von Rheinland-Pfalz werden ausgeglichen.

Weitere ernst zu nehmende Probleme sind die außergewöhnlichen Schul-, Bildungs- und Aufstiegshandicaps vor allem von Kindern aus bildungsfernen Schichten, auch solchen mit deutschen Eltern. Die Unterschicht von heute als Unterschicht von morgen – da tickt eine Zeitbombe.

Wir haben zunehmend Probleme im Bereich der Sozialversicherungssysteme und deren Auswirkungen eben auch auf Rheinland-Pfalz, beispielsweise Gesundheits-Jahrhundertreformen mit immer kürzerer Verfallsdauer. Bei aller sozialen Verantwortung, die wir gerne betonen, wurde eines bislang noch nicht angesprochen: Es besteht darüber hinaus eine Überlastung vor allem junger Familien mit niedrigem Normaleinkommen durch eine viel zu hohe Abgabenquote. Diese macht Erwerbsarbeit inattraktiv und gibt vielen das Gefühl, schlechter als diejenigen dazustehen, die in den Sozialsystemen Unterstützung finden. Das muss zum Nachdenken anregen. Das kann man nicht einfach hinnehmen.

(Beifall der FDP)

Darüber hinaus besteht immer noch die Massenarbeitslosigkeit als das gravierendste Problem unserer Gesellschaft. Trotz einer aktuell etwas besseren Arbeitsmarktlage kann von einer Entspannung leider Gottes bei Weitem keine Rede sein. Sozialpolitik – das führen Sie an anderer Stelle richtig aus – darf nicht in erster Linie das Begleiten von Arbeitslosigkeit sein, sondern der sozialpolitische Auftrag muss in erster Linie lauten, Arbeitslosigkeit bei der Wurzel zu packen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen – dazu später mehr –, das Ganze – auch das ist nicht neu, aber wichtig – bei einer weiter zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Hand, und dies trotz des konjunkturellen Aufschwungs, das ist für uns als FDP besonders wichtig, weil wir nicht vergessen haben, dass wir bis zum Frühjahr dabei waren. Aber, meine Damen und Herren, wir haben uns mit unserer Haushaltspolitik antizyklisch verhalten. Sie verhalten sich prozyklisch. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Von

daher kann ich Ihnen diese Kritik und diese Anmerkungen nicht ersparen.

Meine Damen und Herren, gerade weil sich Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren sozialpolitisch wacker geschlagen hat, richten sich unsere gespannten Blicke bei der Vorlage des Einzelplans 06 für die Jahre 2007/2008 darauf, ob die jetzt allein regierende SPD die richtigen Antworten auf diese drängenden sozialpolitischen Fragen gibt. Das ist nicht nur deshalb spannend, weil die Antworten von gestern niemals ausschließlich die Lösungen von heute sein können und weil unsere Gesellschaft nach sozialpolitischen Antworten, die glaubwürdig den Weg aus der Krise zeigen, geradezu giert, sondern es ist auch spannend, weil bis in die SPD hinein das Aufbrechen starrer Positionen zu beobachten ist.

Immerhin ist es unser Ministerpräsident gewesen, der die Unterschichtsdiskussion losgetreten hat, und auch die folgende Äußerung lässt aufhorchen – ich zitiere –: „Der nachsorgende und überwiegend beitragsfinanzierte Sozialstaat bismarscher Prägung bietet keine ... Perspektiven mehr. Wir haben keinen Grund, nostalgisch weiter an ihm festzuhalten. Der vorsorgende Sozialstaat setzt auf Bildung und Qualifizierung. Er ist etwas grundsätzlich anderes als ein materiell versorgender und fürsorglicher Sozialstaat.“

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es wird Ihnen nicht verborgen sein, dass das Worte Ihres früheren Bundesvorsitzenden Platzeck sind. Kompliment, Herr Platzeck!

Vorsorge statt Fürsorge, Prävention statt Sozialpolitik als wirtschaftliche Ergebniskorrektur, das sind ganz neue Töne, meine Damen und Herren. Was macht Rheinland-Pfalz konkret daraus? Ich greife weit voraus. Auf diese neuen Fragen gibt auch der vorliegende Doppelhaushalt Antworten, viele Antworten, aber nicht nur überzeugende Antworten. Insgesamt neben den Dingen, die wir gemeinsam tragen, die uns wichtig sind, die Schwerpunktsetzungen darstellen, gibt es zu viel „Business as usual“, zu viel Beharren auf Rezepten der Vergangenheit, zu wenig Schwerpunktbildungen, gerade diesen neuen Herausforderungen gegenüber. Das Ganze ist eingebettet in unzählige Einzelmaßnahmen, im Haushalt oft gegenseitig deckungsfähig, deren Wirkung im Einzelnen aber nicht ausreichend überprüfbar ist. Das ist bei dem vielen Geld, um das es geht, etwas, was man nicht einfach durchgehen lassen kann.

Meine Damen und Herren, über all dem steht das kräftezehrende Primat politischen Marketings: keine Woche ohne Einladungen, Hearings, Fortbildungen, Preisverleihungen usw. – Jetzt mag man sagen, das gehört zum politischen Geschäft. Sei es drum, ich habe gewissermaßen Verständnis dafür, und wenn die Schatullen voll wären, würde ich kein Wort darüber verlieren. Aber ein Bundesland, das sich mit einer, wenn auch nur virtuellen, weil das Ganze bei Neuverschuldung faktisch nicht stattfindet, Zinslast von 1,2 Milliarden Euro herumschlagen muss, ist das keine Bagatelle mehr, die man einfach nicht ansprechen sollte, sondern das ist schon ein Kern des Problems.

Meine Damen und Herren, beispielsweise im Bereich der Beratungs- und Koordinierungsstellen – Frau Thelen ist ein wenig darauf eingegangen –, hatten wir in der letzten Legislaturperiode eine höchsttrichterliche Entscheidung zu akzeptieren. Da ging es immerhin um 2,7 Millionen Euro Zuschuss. Dieses Geld sollte für den letzten Haushalt – so hatte ich es verstanden – einmalig noch einmal gezahlt werden. Für die Zukunft jedoch sollten die Ausgaben auf den Prüfstand. Wir möchten zukünftig wissen, was insbesondere die Ausgewogenheit dieser Mittelverwendung hinsichtlich kirchlicher Beteiligung, freigemeinnütziger Beteiligung und auch privater Beteiligung angeht. Wir werden im Ausschuss nachfragen.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist mir wichtig, dass es nicht die einzelne Aktivität ist, die ich als kritikwürdig empfinde, sondern die mangelnde Effizienz und die damit manchmal fehlende synergetische Stoßkraft. Verzettlungsgefahr droht statt sozialpolitischer Durchbrüche, zu viel „allen wohl und niemand weh“, zu wenig Bereitschaft, lieb Gewordenes zugunsten neuer Schwerpunkte zurückzustellen.

Ein weiteres Beispiel gefällig? – Die gesundheitspolitische Unterstützung in sozialen Brennpunkten oder bei der Männergesundheit. Dies ist selbstverständlich, wie so vieles, gut gemeint, aber sie muss scheitern, solange die chronische Unterfinanzierung im ambulanten Gesundheitsbereich das genaue Gegenteil bewirkt. Da schiebt man mit dem Hintern der Gesundheitsreform das wieder um, was man auf Landesebene mit Steuergeldern aufzubauen versucht. So geht es nicht.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es mehrfach gesagt –

(Zuruf von der FDP)

– Fraktionsfreunde – –, wichtige Fragen bleiben unbeantwortet. Man tut viel für die Chancengerechtigkeit für Kinder. Herr Ministerpräsident, wie will man den Durchbruch für das Thema, das Sie angerissen haben, für die Motivation der Unterschicht, in der Unterschicht korrekterweise, wie den Durchbruch bei der Integration von Migrantinnen und Migranten schaffen? Wie schaffen wir es in Rheinland-Pfalz, ausreichende Arbeitsplatzangebote für Menschen mit niedriger Qualifikation vor allem auf dem ersten Arbeitsmarkt sicherzustellen? Wie bringt sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene ein, vor allem mit dem doppelten Gewicht unseres Ministerpräsidenten? Das meine ich natürlich nur politisch.

Was ist mit der Gesundheitsreform, der Pflegeversicherungsreform, der Fortentwicklung von Hartz IV, dem jahrelang angekündigten Präventionsgesetz, der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte? Seit vielen Jahren gibt es Ankündigungspolitik und beruhigende Worte.

Meine Damen und Herren, die FDP kritisiert aber nicht nur, wir machen auch konkrete Vorschläge in einer Größenordnung, die sich sehen lassen kann. Immerhin 12,5 Millionen Euro aus ESF-Mitteln – sie waren heute schon mehrfach Thema – setzen wir um aus der allgemeinen Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des SGB II für

eine Neuakzentuierung bei den Hochschulen. Dies tun wir in der Überzeugung, dass mit den ca. 88 Millionen Euro der Bundesagentur für Arbeit für SGB-II-Integrationsmaßnahmen – 88 Millionen Euro – und immerhin noch nach Abzug unserer 12,5 Millionen verbleibenden 23,5 Millionen Euro aus Landes- und ESF-Mitteln ein vollkommen ausreichender Betrag in diesem zugegebenermaßen wichtigen Politikfeld zur Verfügung steht.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Mittel wollen wir ganz im Sinne einer modernen Sozialpolitik im Hochschulbereich einsetzen. Sie komplettieren das von der FDP geforderte Hochschulsonderprogramm auf 50 Millionen Euro pro Jahr, dies ganz im Sinne auch Ihrer Forderung, der Arbeitslosigkeit den Nachschub zu entziehen; denn auch akademische Arbeitslose sind Arbeitslose. Ich gehe nicht davon aus, dass die SPD dies anders sieht.

Meine Damen und Herren, den Einwendungen der Frau Kollegin Grosse kann ich getrost und gut gewappnet entgegentreten. Selbstverständlich haben wir gerade die juristischen und europarechtlichen Fragen vorher auf Herz und Nieren geprüft, und alle kompetenten Befragten haben uns beteuert, dass insbesondere unter der Neuformulierung der ESF-Bedingungen ab 2007 genau dieser Weg nicht nur möglich ist, sondern nachgerade als mit gefordert erscheint.

(Beifall der FDP)

Frau Kollegin Grosse, sind Sie beruhigt, es wird gehen, wenn Sie denn wollen. Das haben Sie infrage gestellt.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus kann man natürlich – ich habe es schon erwähnt – zwei Jahre nach Einführung von Hartz IV füglich nicht mehr von einer Startphase sprechen. Wir hatten seinerzeit Mittel an die Begründung gebunden, diese Startphase im Rahmen der regionalen Budgets entsprechend zu begleiten.

Meine Damen und Herren, die Zeit eilt. Ich versuche, einen Teil einzudampfen, und möchte mir erlauben, zum Ende meiner Ausführungen noch einmal auf einen Punkt einzugehen, der in den nächsten Monaten und Jahren in Rheinland-Pfalz von hoher Bedeutung sein wird. Es sind die Auswirkungen der laufenden Gesundheitsreform. Wir haben die Beziehung auch zu diesem Haushalt durch unseren Entschließungsantrag hergestellt, bei dem wir eindringlich die Landesregierung auffordern, Mittel beispielsweise der Krankenhausfinanzierung so einzusetzen, dass sich die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf Rheinland-Pfalz als Flächenland nicht so auswirken, wie sie sich auswirken müssen, wenn man Honorarreduzierungen, Krankenhaussonderopfer, Mehrwertsteuererhöhung und Tarifierhöhungen zusammenführt; denn das ist eine teuflische Mischung insbesondere für Krankenhäuser in der Fläche, in der auch der Hinweis, das ließe sich mit Aktivitäten im ambulanten Bereich kompensieren, nach unserer sicheren Überzeugung insbesondere kurzfristig nicht greifen wird. Weitere Ausführungen zu dieser Spezialproblematik haben an dieser Stelle keinen Platz.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, nicht in einer Art von Beratungsresistenz zu verharren und das Gefühl aufkommen zu lassen, die gesamte kommentierende und schreibende Zunft dieser Bundesrepublik sei von der Opposition gekauft oder sei inkompetent und könne dieses Reformwerk nicht beurteilen.

Ich habe im politischen Raum noch nie etwas erlebt, was einer so verheerenden Unisono-Kritik unterworfen wurde.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es aufgrund des weit fortgeschrittenen politischen Prozesses nicht hinkriegen, diese Dinge zu revidieren – immerhin haben Sie Einwirkungsmöglichkeiten über den Bundesrat; andere Bundesländer versuchen sehr massiv, noch einmal Schlimmeres zu verhindern –, dann sollten Sie sich wenigstens die von mir angesprochenen, in Zukunft anstehenden Reformen unter diesem Aspekt anschauen und nicht versuchen, erneut eine eierlegende Wollmilchsau zu konstruieren, die dann am Schluss eher eine Missgeburt ist, vor der nicht nur die Leistungserbringer – von Ihnen Lobbyisten genannt, Herr Ministerpräsident – verständlicherweise Angst haben, sondern vor der Patienten und Beschäftigte im Gesundheitswesen Angst haben müssen. Meine Damen und Herren, das sind sehr viele. Die zählen auch in Rheinland-Pfalz noch Hunderttausende.

Unsere Forderungen sind zusammengefasst in vier Punkten zu beschreiben:

Das ist erstens das Wegkommen von einer sozialpolitischen Gießkannenpolitik, Schwerpunktsetzungen für klarere und erfolgskontrollierbare Konzepte. Setzen Sie sich sozialpolitische Ziele, deren Erfüllung Sie selbst und auch wir überprüfen können.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Tragen Sie damit dazu bei, soziale Sicherungssysteme vom Kopf auf die Füße zu stellen und dauerhaft die Unterstützung in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Setzen Sie zweitens einen Schwerpunkt im Bereich der Chancengerechtigkeit.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Kinder und Jugendliche aus gesellschaftlichen Problemgruppen brauchen fördernde und fordernde Unterstützung in einer anderen Dimension als bisher, wenn man die Dinge wirklich zum Besseren wenden will.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Meine Damen und Herren, kämpfen Sie mit uns gemeinsam und kraftvoll für die Wiederherstellung der Durchlässigkeit unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP)

Drittens sind das Einhalten des Lohnabstandsgebotes einerseits und ausreichende Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor andererseits der Schlüssel. Beidem gleichzeitig gerecht werden Sie nur durch eine Maßnahme: die

Senkung der historisch immer noch zu hohen Abgabenquote.

(Beifall der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Meine Damen und Herren, beenden Sie viertens eine Schuldenpolitik auf Kosten der nächsten Generation, die selbst in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs zur Konsolidierung unfähig ist. Der Hinweis des Finanzministers in der Einbringungsrede auf kreditfinanzierte Investitionen in den sozialen Frieden muss für jeden ordnungspolitisch halbwegs gefestigten Politiker zynisch klingen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Herr Ministerpräsident, Sie haben heute ein ständig neues Ausbalancieren versprochen und eingefordert. Die FDP reicht die Hand zu solchem Ausbalancieren, wenn es im Sinne neuer Schwerpunktsetzungen erfolgt. Unser Thema ist die Vorsorge. Unser Thema ist die Sozialverantwortung einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers in unserem Land.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, unser Thema ist die Chancengerechtigkeit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP –
Auler, FDP: Bravo!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung spricht Staatsministerin Frau Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Herren und Damen! Es wird nicht möglich sein, auf all diese Themen adäquat einzugehen. Aber ich werde versuchen, in den 20 Minuten die wesentlichen Dinge, die diesen Sozialetat umfassen, wenigstens zu streifen.

Vorab etwas sehr Grundsätzliches: Auch wenn der Sozialetat mit seinem Gesamtvolumen von ca. 1,5 Milliarden Euro sehr vielschichtig ist und die Einzelausgaben sich in einer Bandbreite von 100 Euro bis mehrere 100 Millionen Euro bewegen, so gibt es doch eine große Klammer, die alles verbindet. Diese Klammer verbindet die Investitionen, die Ausgaben, und macht sehr deutlich, dass es eben nicht das Gießkannenprinzip ist, das wieder mehrfach angesprochen ist, sondern unsere Investitionen sehr zielorientiert getätigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Klammer – sie ist heute schon einmal genannt worden – um alle Bereiche meines Ressorts könnte man mit den zentralen Werten definieren: Soziale Gerechtigkeit, Verantwortung, Solidarität sowie Zukunftssicherung aller Generationen. Konkret heißt das was? Es bedeutet,

dass der Sozialetat die finanzielle Grundlage dafür ist, Menschen zu unterstützen, Vorsorge für eine positive Lebensgestaltung zu treffen – das ist eben von Herrn Dr. Schmitz angesprochen worden –, zum Beispiel durch gesundheitliche Prävention oder durch Stärkung der Erziehungskompetenz, um zwei von vielen Beispielen in unserem Etat zu nennen.

Es bedeutet, dass der Sozialetat die finanzielle Grundlage dafür ist, Menschen in Rheinland-Pfalz Sicherheit zu geben, dass sie im Bedarfsfall die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, sei es, dass sie arm, krank, alt, verletzt oder behindert sind. Es ist natürlich auch die finanzielle Grundlage dafür, Menschen in Rheinland-Pfalz darin zu unterstützen, ihre Notlage selbst zu überwinden, aktiv überwinden zu können, zum Beispiel durch die gezielte Arbeitsmarktpolitik oder im Bereich der Sicherstellung der medizinischen Versorgung.

Last but not least ist der Sozialetat die finanzielle Grundlage dafür, Menschen, die sich freiwillig für unser Zusammenleben engagieren, zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihnen diese Arbeit leicht machen und andere motiviert, mitzumachen. Deshalb die vielen kleinen Einzeltitel, wenn es darum geht, Ehrenamt zu fördern, Selbsthilfe zu unterstützen, Hospizbewegungen zu finanzieren und ähnliche Dinge.

Handlungsleitend für mein Ministerium ist dabei Selbstbestimmung und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Dies ist immer aktiv ausgerichtet. Wenn ich den Behindertenbereich nenne: Wir sind weg von diesem rein fürsorglichen Gedanken. Wir sind längst da, wo die Menschen selbstbestimmt entscheiden wollen, wie sie leben, wie sie wohnen, wie sie arbeiten wollen. Genauso handeln wir auch im Sozialetat.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind immer auf eine gute Kooperation mit unseren Partnern und Partnerinnen angewiesen; denn kaum ein Bereich – so gut wie keiner – liegt in unserer originären Zuständigkeit. Wir müssen fast alles gemeinsam mit anderen tun. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass diese Kooperation sich in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt hat. Der Sozialetat bietet 2007 und 2008 unseren Partnern auch wiederum eine verlässliche Basis, ihre Aufgaben bedarfsgerecht und innovativ zu erfüllen.

Ich sage ganz deutlich, auch noch einmal an die Adresse von Herrn Dr. Schmitz, ohne Best-Practice, ohne Fachtagung, ohne Broschüren sind wir überhaupt nicht in der Lage, Prozesse im Land zu initiieren. Wir machen es nämlich nicht selbst, sondern wir müssen andere gewinnen. Wir sind nicht in der Lage, außer über solche Prozesse, die Partner tatsächlich dafür zu gewinnen, sozialpolitisch relevante Themen in der Fläche umzusetzen.

Noch einen Satz zum Thema „Sparsamkeit“: Wir sind kein klassischer Personalhaushalt und haben nur 2,5 % in unserem Haushalt, die wir sozusagen freiwillig verausgaben. Im Übrigen bewegen wir uns im Bereich der verpflichtenden Aufgaben. Trotzdem sage ich sehr deut-

lich, es war immer unser Ziel, klare Sozialpolitik zu machen und gleichzeitig auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu achten. Ich möchte deshalb zwei, drei Dinge aus der Vergangenheit nennen: Kommunalisierung der Gesundheitsämter, die Neuorganisation des Landeskrankenhauses, die Modernisierung der Sozialverwaltung mit der Einsparung von 30 % des Personals. Die Einsparungen im Arbeitsmarkttitel, die uns nicht leicht gefallen sind, sind bereits erwähnt worden. Die Verpflichtungsermächtigungen werden auch in diesem Haushalt in unserem Etat wieder reduziert.

Was vielleicht das Allerwesentlichste ist: Wir versuchen im Pflichtbereich, zum Beispiel in der Eingliederungshilfe, neue Wege zu gehen, die nicht nur den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, sondern die sich auch wirtschaftlich auswirken. Ich glaube, das ist unsere einzige Chance, Sozialpolitik zu gestalten und gleichzeitig auf Wirtschaftlichkeit zu achten, wenn wir beispielsweise Paradigmenwechsel in wichtigen sozialen Feldern einläuten und diese vehement vertreten, auch gegen den Widerstand von vielen, zum Beispiel etablierten Institutionen vor Ort, häufig aber auch kommunalpolitisch Tätigen.

Wenn Sie ein, zwei Beispiele hören wollen: Das ist natürlich der Bereich der Integrationspolitik. Es sind das persönliche Budget, der Ausbau der ambulanten Hilfe. Ich kann aber auch in die Pflege schauen, wo wir mit dem neuen Gesetz einen komplett neuen Paradigmenwechsel vorgenommen haben, nämlich in diesem Sinne, dass wir die Professionellen nicht mehr institutionell fördern, sondern sagen, die Pflege der Zukunft braucht das Ehrenamt. Deshalb entwickeln wir Ehrenamtsnetze landesweit und finanzieren diese.

Das ist auch die Antwort auf Ihre Frage. Die 2,7 Millionen Euro gehen jetzt nicht mehr in die institutionelle Förderung, sondern jeder ambulante Pflegedienst, egal, ob privat, kirchlich oder sonst etwas, hat die Chance, Ehrenamtsnetze aufzubauen und mit diesem Geld sozusagen zu arbeiten.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen, der mir wichtig ist, wenn es um das Sparen geht. Wir haben eine Auflage erhalten in Form einer Effizienzrendite im Personalbereich. Das Ministerium hat diese immer eingehalten. Mein persönlicher Ehrgeiz ist, dass wir das auch in Zukunft hinbekommen.

Zum Thema „Sparen“ möchte ich abschließend nur sagen: Wir übernehmen einerseits ganz klar die Verantwortung für die soziale Entwicklung in unserem Land, aber wir achten auch immer auf verantwortliches wirtschaftliches Handeln. Ich stehe immer dafür ein, dass ich auch für den gesamten Haushalt des Landes mit verantwortlich bin. Deshalb bemühe ich mich, einen entsprechenden Beitrag dazu zu leisten.

(Beifall der SPD)

Nun zum Arbeitsmarkt: Rheinland-Pfalz hat die drittgrößte Arbeitslosenquote in Deutschland. Ich sage das noch einmal ganz bewusst. Ich könnte jetzt viel erzählen, aber ich möchte nur einige Punkte aufgreifen.

Allein die Tatsache, dass wir jetzt um die Kosten der Unterkunft (KdU) kämpfen müssen, zeigt, wie erfolgreich über Jahrzehnte hinweg die Landesarbeitsmarktpolitik in diesem Land war. Natürlich haben die Kommunen vor Ort das letztlich umgesetzt, aber ohne die Investitionen seitens des Landes wäre es uns niemals gelungen, die Sozialhilfequote so tief zu drücken.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Das ist eine Konsequenz, weshalb wir heute darum ringen müssen, einen fairen Ausgleich bei den KdU zu erhalten.

(Beifall der SPD und des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Auch der Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wächst in Rheinland-Pfalz. Mit einem Plus von 1,3 % Mitte des Jahres im Vergleich zum Vorjahr haben wir ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wachstum in diesem Bereich. Darüber sind wir sehr, sehr froh. Nicht mehr nachvollziehen kann ich aber die ewige Argumentation seitens der CDU – das ist zuvor in der Generalaussprache wieder ein Thema gewesen – mit den Arbeitsplätzen in Luxemburg, Mannheim oder sonst wo. Ich habe es an dieser Stelle meines Wissens schon mindestens hundert Mal gesagt: Wir investieren ESF-Geld zum Beispiel auch, um die Aktivitäten in den Großregionen zu unterstützen, weil wir in Rheinland-Pfalz davon abhängig sind, dass die Großregionen wachsen, sie stark werden und wir uns zu einem gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt entwickeln. Da liegt unsere Zukunft auch im Bereich Arbeit.

(Beifall der SPD)

Ich bin mir sicher, dass es notwendig ist, die Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft fortzusetzen. Herr Kollege Hering und ich waren kürzlich gemeinsam auf dem Hahn. Das ist ein Thema, das sehr lange von der FDP gepusht wurde und zu dem wir auch vieles gemeinsam gemacht haben. Dort ist noch einmal klar geworden, dass ein Hand-in-Hand-Gehen von Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik durchaus sinnvoll ist. Der Hahn ist ein guter Beweis dafür. Er ist tatsächlich ein Jobmotor.

Wir beabsichtigen, unsere Arbeitsmarktmittel in der Zukunft genau dort einzusetzen, nämlich einmal in den Bereichen, in denen wir Betriebe motivieren können, indem wir das Fachpersonal, das sie benötigen, zur Verfügung stellen, aber zum anderen müssen wir natürlich auch die Langzeitarbeitslosen weiter im Blick behalten. Wir sind nicht damit zufrieden, auch wenn wir bei 7,1 % liegen, dass wir nach wie vor so viele Langzeitarbeitslose haben.

Frau Thelen, zum Inhalt unserer Arbeitsmarktpolitik: Wir haben schon seit zwei Jahren einen Leistungsauftrag, der aus meiner Sicht sehr detailliert ist. In ihm steht eigentlich all das, was wir in diesem Bereich machen. Ab dem Jahr 2007 wird es eine neue Förderperiode geben, die aber eigentlich erst im Jahr 2008 beginnt. Dann werden wir das natürlich erneut definieren. Aus diesem Leistungsauftrag ist aber sehr klar ersichtlich, was wir machen und warum wir das machen.

Natürlich fließen in unsere Arbeitsmarktpolitik auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission ein. Dafür gibt es viele Beispiele. In der Zukunft haben wir aber auch vor, unter der Koordinierung des Staatssekretärs diesen Bereich weiterzuentwickeln.

Nun zum Thema „gesundes Rheinland-Pfalz“. Es ist nicht möglich, alle Themenbereiche anzusprechen. Vorab will ich aber eine Feststellung treffen: Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die gesundheitliche Versorgung der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger auf einem hohen Niveau bewegt. Deshalb nur zwei Anmerkungen, nämlich zum einen zur Gesundheitsreform und zum anderen zum Thema „Krankenhäuser“, weil sie in dieser Debatte und in unterschiedlichen Anträgen angesprochen worden sind.

Ich sage klar, wir sind nicht beratungsresistent. Das ist ein Vorwurf, der gegenüber der Bundesregierung erhoben wird, aber nicht gegen uns. Wir pflegen kontinuierlich einen Austausch mit allen Partnern im Gesundheitswesen. Wir haben auch etliche Anträge im Bundesrat gestellt. Wir greifen das auf, was konstruktiv ist und was aus unserer Sicht richtig ist. Diese Punkte verfolgen wir auch.

Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass der ambulante Bereich verstärkt wird. Wir wollen einen höheren Anteil von der Gesamtvergütung für die niedergelassene Ärzteschaft. Herr Dr. Schmitz, ich kann das jetzt nicht im Detail ausführen, aber im Grunde genommen wäre das ganz einfach gewesen. Man hätte, wenn man die Frage von mehr Steuern in unser System gelöst hätte, so wie wir das eigentlich wollten, der niedergelassenen Ärzteschaft etwas mehr Geld geben können. Weil wir nicht genug Einnahmen haben, ist das jetzt nicht möglich. Deshalb müssen wir an allen Ecken und Enden sparen. Das bedeutet auch, dass der ambulante Bereich derzeit nicht aufgewertet werden kann.

Gestatten Sie mir aber noch einige Worte zum Protest. Das Einzige, was diese unterschiedlichen Gruppen verbindet, ist aber der Protest. Sie protestieren zum Teil für total widerstrebende Dinge. Die Krankenkassen protestieren, weil die Krankenhäuser zu teuer sind. Die Krankenhäuser protestieren, weil sie zu wenig Geld bekommen. So ähnlich kann man das in allen anderen Bereichen fortsetzen. Die Stärke des Protestes allein ist also noch lange kein Ausdruck dafür, ob die Reform etwas Gutes bringt oder nicht. Ich meine, dass sie in vielen Bereichen durchaus die richtigen Ansätze verfolgt.

(Beifall der SPD)

Zur Krankenhausfinanzierung: Die Krankenhäuser werden es in der Zukunft nicht ganz einfach haben. Das, was im FDP-Antrag angesprochen worden ist, ist durchaus richtig; denn sie stehen großen Anforderungen gegenüber. Herr Mertin hat das heute Morgen schon angesprochen. Wir haben den höchsten Landesbasisfallwert bei uns im Land, aber es gibt seit heute eine Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes – das wusste ich zuvor auch noch nicht –, in der deutlich aufgezeigt wird, dass Rheinland-Pfalz bei den Behandlungskosten unter dem Durchschnitt in Deutschland liegt.

Wir werden also in den nächsten Monaten vor der großen Aufgabe stehen, genau zu überlegen, wie es mit den Krankenhäusern weitergeht. Wir haben bestimmte Gespräche schon geführt. Es ist selbstverständlich, dass die neuen Herausforderungen in die Krankenhausplanung aufgenommen werden. Ich meine nicht, dass die Versorgung tatsächlich gefährdet ist. Es ist aber klar, dass die Krankenhäuser vor großen Herausforderungen stehen. Das gilt auch für die Zukunft.

Ein Blick zurück zeigt uns, dass sie in der Vergangenheit schon viele Probleme gelöst haben. Deshalb schaue ich vertrauensvoll im Hinblick auf eine Weiterentwicklung in die Zukunft. Ziel der Landesregierung ist es, die wohnortnahe Versorgung im Krankenhausbereich auch in Zukunft zu sichern. Ich bin mir sicher, dass wir das mit entschiedenen und planerisch guten Schritten auch gemeinsam mit den Partnern hinbekommen werden.

Die Initiative „Menschen pflegen“ ist von Frau Grosse angesprochen worden. Dazu will ich auch noch einige Sätze sagen. Selbstverständlich werden wir die Initiative, die jetzt drei oder dreieinhalb Jahre alt ist, fortführen. Wir werden sie auch mit neuen Schwerpunkten versehen.

Im Mittelpunkt stehen nach wie vor aber die häusliche Pflege und die Weiterentwicklung in diesem Bereich. Das scheint mir auch für die Zukunft nach wie vor das wichtigste Thema zu sein, weil die Menschen eben weniger gern in den stationären Einrichtungen ihr Alter verbringen wollen als zu Hause. Unser Job als Politikerinnen und Politiker ist es zu schauen, welche Wege wir gehen können, um die ambulante Pflege zu Hause zu verstärken.

(Beifall der SPD)

Es ist eigentlich keine alte Kamelle, dass wir 135 BeKo-Stellen auch in der Zukunft fördern werden, sondern das ist eher etwas Neues. Mit dem neuen Landesgesetz haben die BeKo-Stellen nämlich ganz neue Aufgaben erhalten. Sie werden zentral sein, um gerade die Menschen, die zu Hause sind, zu informieren, zu beraten und in der Zukunft das Ehrenamt zu unterstützen, das wir für den sogenannten Hilfemix benötigen. Das ist die neue Aufgabe der BeKo-Stellen. Ich bin mir sicher, dass Sie das sehr erfolgreich vollziehen werden. Wir wären nicht in der Lage, ein solches Netz ohne die Unterstützung der BeKo-Stellen aufzubauen. Deshalb bin ich mir sicher, dass das Geld sehr, sehr gut investiert ist.

Trotz der späten Stunde und meiner immer knapper werdenden Zeit möchte ich noch die Leitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ erwähnen. Wenn man über Alter spricht, ist es aber meiner Meinung nach wichtig, nicht immer nur über das Thema „Pflege“ zu sprechen, sondern auch über die aktiven Seniorinnen und Senioren. Die Leitstelle leistet in diesem Bereich sehr wertvolle Arbeit. Die Menschen über 60 sind eigentlich unser Zukunftspotenzial. Das gilt vor allem für die ehrenamtlichen Aktivitäten. Menschen im Alter von 60 und aufwärts steht in der Regel sehr viel Zeit zur Verfügung, und sie verfügen über sehr viel Kompetenzen. Deshalb werden wir unser Augenmerk besonders auf die aktiven Seniorinnen und Senioren richten.

Frau Grosse hat die gleichwertigen Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen angesprochen.

In Rheinland-Pfalz leben immerhin 10,3 % Menschen mit Schwerbehinderung. Das ist eine große Gruppe, um die wir uns auch sehr intensiv kümmern und kümmern wollen. Die Ansprüche und das Selbstverständnis dieser Gruppe fordern uns, dass wir im ambulanten Bereich unsere Angebote nach wie vor stärker verändern und integrierte ambulante Angebote schaffen und weiterentwickeln.

Anpassungen des Leistungsangebots sind erforderlich. Mit 600 Millionen Euro ist das die Haushaltsstelle, die am meisten Geld bekommt und wo wir am meisten Geld verausgaben. Deshalb sind wir immer wieder gefordert, neue Ansätze zu gehen. Im Moment sind wir auf dem Weg, die Vergütungssysteme im Bereich der Behindertenhilfe zu verändern und umzustellen, um noch mehr zusätzliche Anreize für die ambulanten Hilfen zu schaffen.

Ich verweise auf eine kleine Minierfolgsbilanz. In den letzten Monaten und Jahren ist es immerhin gelungen, 500 Arbeitsplätze im Bereich der Integrationsprojekte zu schaffen. Die Zahl soll bis 2010 auf 2.000 wachsen. Das ist ein hoher Anspruch. Ich denke, das ist der richtige Weg. Wir flankieren diesen Weg mit dem neuen Persönlichen Budget für Arbeit. Auch das ist ein Novum, das es bundesweit nirgends außer in Rheinland-Pfalz gibt. Ich denke, das ist ein guter Weg.

(Beifall der SPD –
Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ich hätte gern noch etwas zur Familienpolitik gesagt. Viel Zeit habe ich nicht mehr. Deshalb nehme ich nur das heraus, was Frau Thelen angesprochen hat, weil ich nicht glaube, dass es der Weisheit letzter Schluss ist. Sie hat gefordert, den Jugendämtern mehr Geld zu geben. Ich möchte dazu noch zwei oder drei Sätze sagen, um dieser Mär ein Ende zu bereiten.

Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das den Kommunen im Bereich der Hilfen zur Erziehung Fördermittel zur Verfügung stellt. Es gibt kein anderes Bundesland, das dies tut. Es gibt wenige andere Bundesländer, die das über den kommunalen Finanzausgleich machen. Ansonsten sind wir das einzige Bundesland, das eine freiwillige Leistung gibt. Die Jugendhilfe ist inklusive der Kosten kommunalisiert. Daneben gibt es die Erziehungshilfeoffensive, um die Kommunen in der Entwicklung zu unterstützen.

Interessanterweise haben wir jetzt die ersten brauchbaren Ergebnisse des Berichtswesenprojekts vorliegen. Aus diesen Berichten wird deutlich, dass es zwischen den Jugendämtern sehr große Unterschiede gibt. Das hat nichts damit zu tun, dass das eine Jugendamt mehr Geld oder weniger Geld erhält; denn die Ausstattung ist vom Prinzip her gleich. Das hat etwas damit zu tun, wie Kommunen kommunal Schwerpunkte setzen und wie stark sie der Auffassung sind, dass die Jugendhilfe ein wichtiges Thema ist.

Ich glaube, dass es viel mehr Bedarf gibt, kommunal noch einmal dahin gehend zu wirken, in bestimmten Bereichen deutlich zu machen, dass Kinder- und Jugendarbeit ein zukunftsweisendes Thema ist. Wir wissen inzwischen durch die Berichtswesen, dass es sich lohnt, in Personal zu investieren, weil am Schluss weniger kostenintensive Fälle vorhanden sind und es den Kindern und Jugendlichen sehr viel besser geht. Ich glaube, das ist die richtige Zielrichtung.

(Beifall der SPD)

Ich freue mich auch, dass die Integration und die Migration in meinem Ressort sind. Wir werden – das haben wir angekündigt – aufbauend auf den bestehenden Leit-sätzen ein rheinland-pfälzisches Integrationskonzept erstellen. Diejenigen, die die Sozialpolitik kennen, wissen, dass die Integration und die Migration – das kam auch zum Ausdruck – sehr gut in diesen Ressortzuschnitt passen. Dazu gibt es zu einem späteren Zeitpunkt mehr und ausführlichere Informationen.

Da ich Frauenministerin bin, darf ich die letzte eine Minute noch auf mein neues Thema verwenden. Ich freue mich auch darüber, dass die Frauen in meinem Ressort sind. Es ist schon angedeutet worden. Ich komme aus den frauenbewegten Zeiten und habe sehr viel im frauenpolitischen Bereich getan. Viele Projekte in der Frauenabteilung sind mir sehr wohl vertraut. Es gibt auch sehr viele Schnittstellen, vor allem zu der Arbeitsmarktpolitik.

Wir werden das mit großer Empathie weiter verfolgen. Es gibt auch ein paar Projekte, die sich in diesem Haushalt niederschlagen, vor allem im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Ich freue mich sehr, ab heute diese Frauen und einen Mann in meinem Ressort willkommen zu heißen. Ich denke, wir werden im Parlament genug Möglichkeiten haben, über die Details zu sprechen.

Alles in allem glaube ich, dass dieser Etat eine gute Grundlage ist, um weiterhin eine gute Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz zu gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Wopperer das Wort.

Abg. Frau Wopperer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Zunächst danke ich auch im Namen meiner Fraktion Ihnen, Frau Ministerin Ahnen, für die Zusammenarbeit im Bereich Gleichstellung und Frauenförderung. Das ist der Bereich, den Sie nun an das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen abgeben. Wir waren sicher nicht immer einer Meinung. Die Diskussionen waren jedoch im Allgemeinen offen und fair.

Im Einzelplan des nun zuständigen Ministeriums machen die Titel, die für Gleichstellung und Frauenförderung bestimmt sind, nur einen kleinen Teil aus. Das ist ein Grund, warum hier keine im Gesamthaushalt dringend notwendige Haushaltseinsparungen vorgenommen werden können. Der wesentliche Grund ist, dass in diesem Bereich noch sehr viel getan werden muss. Manchmal kommt mir ein Spruch des Philosophen Sokrates in den Sinn. Schon vor 2400 Jahren soll er formuliert haben: Eine Frau, die gleichgestellt ist, wird überleben.

(Beifall der CDU)

Vielleicht liegt es daran, dass die Gleichstellung und Frauenförderung von manchen Regierenden so vernachlässigt werden. Man schaue sich an: In Rheinland-Pfalz soll in den nächsten Jahren eine Imagekampagne für das Land geplant werden. – Dafür sind allein im Jahr 2007 5 Millionen Euro veranschlagt. Ist das nötig? Der gesamte Haushalt für Gleichstellung und Frauenförderung mit allen Haushaltsstellen ist ca. eine halbe Million Euro niedriger als dieser einzige Ansatz.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Menschenwürde ist einer der Grundwerte christdemokratischer Politik. Wir haben uns immer für Programme eingesetzt, die Frauen helfen, speziell auch Frauen, die Opfer von Gewalt wurden oder von ihr bedroht sind, so zum Beispiel für die Interventionsstellen.

Bezogen auf den Haushalt 2007/2008 halten wir es für wichtig, dass weitere Interventionsstellen im Land eingerichtet werden. Allerdings hat uns das zuständige Ministerium bisher nicht sagen können, wo diese Stellen angesiedelt werden sollen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollte festgestellt werden, welche Städte und in welcher Reihenfolge für die geplanten zusätzlichen Interventionsstellen ausgewählt werden.

Wir in der CDU-Fraktion stehen für eine aktive Politik der Gleichstellung und Frauenförderung. Es ist uns daher ein besonders Anliegen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Dabei ist uns die Wahlfreiheit wichtig. Es kann hier nicht nur um den Ausbau von Krippen und Kindergärten gehen. Insbesondere Regelungen und Förderungen für eine flexible Tagesbetreuung, etwa durch Tagesmütter, müssen entwickelt werden.

(Beifall der CDU)

Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf. Mit der bevorstehenden Einführung des Elterngeldes ist ein weiterer Schritt getan, dass sich Eltern gemeinsam um die Erziehung ihrer Kinder kümmern können. Es geht dabei um den nötigen Freiraum für beide Eltern und das Engagement auch der Väter für ihre Kinder.

(Beifall der CDU)

Ein Schwerpunkt unserer Politik ist die Integration. Auch hier spielen die Frauen eine Schlüsselrolle. Durch gezielte Sprachförderung wird nicht nur ihre, sondern indirekt auch die Integration ihrer Kinder vorangebracht. In dem Zusammenhang möchte ich das Programm „Mama lernt Deutsch“ erwähnen. Das ist ein in der Theorie

gutes Programm, das aber in der Praxis verbessert werden muss. So müssen Förderzusagen frühzeitig vor Kursbeginn erfolgen. Es muss nach einem einführenden Kurs auch ein aufbauendes Kursangebot gewährleistet werden.

Es gibt eine weitere Entwicklung, die unsere Aufmerksamkeit verlangt. Immer mehr Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund leben in einem Spannungsfeld zwischen der Kultur ihrer Herkunftsfamilie und den sie hier umgebenden Bedingungen. Wir werden darauf achten müssen, ob die bestehenden Einrichtungen nach Art und Umfang der Angebote ausreichen, um mit den verstärkt auftretenden Konflikten umzugehen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, durch den Wechsel der Zuständigkeit der Ministerien darf es nicht zu einer Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen für Gleichstellung und Frauenförderung kommen. Entscheidend für uns ist nicht nur die theoretische Gleichstellung, sondern es ist insbesondere hochzuhalten, die praktische Umsetzung zu realisieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es spricht Frau Abgeordnete Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich widme meine Ausführungen dem Einzelplan 06, insbesondere der Gesundheitspolitik. Wir wollen ein gesundes Rheinland-Pfalz für Jung und Alt.

Dazu brauchen wir gute Rahmenbedingungen inhaltlicher und finanzieller Art, die in diesem Haushalt eindrucksvoll dargestellt sind und von vielen Partnerinnen und Partnern und hoch qualifizierten Menschen, die in vielseitigen und vielschichtigen Bereichen des Gesundheitswesens arbeiten, erbracht werden.

Dazu gehören ebenso die vielen Ehrenamtlichen wie auch die Selbsthilfegruppen, die auf eine kontinuierliche Förderung ihrer Arbeit vertrauen dürfen. Ihnen gehören ganz besonders unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall der SPD)

Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik ist die Gesundheitsförderung, die Gesundheitserziehung und Prävention. Auch in Viva Familia – Frau Ministerin ist vorhin schon darauf eingegangen – sind gesundheitsfördernde Ansätze, insbesondere für Familien ausgewiesen. Ein deutlicher Schwerpunkt ist hierbei das Thema „Kindergesundheit“.

Dazu gibt es mittlerweile viele gute Beispiele aus Kindertagesstätten und Schulen. An zwei Standorten, nämlich

in Trier und Mainz, wurden mit dem Projekt „Gesundheitsteams vor Ort“ gerade für sozial schwache und benachteiligte Familien besondere Schwerpunkte gesetzt.

Dieser Ansatz ist richtig und wichtig. Wir können Kindern das Recht auf ein gesundes Leben sichern, wenn wir die Instrumentarien zur Früherkennung, zum Beispiel bei Vernachlässigung, haben. Wir haben dazu einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht.

(Beifall der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, überhaupt ist Früherkennung und Prävention unabdingbar für ein gesundes Leben. Das beginnt bei den Vorsorgeuntersuchungen für Kinder, U 1 bis U 8, und auch der Zahnprophylaxe wie auch der großartigen und erfolgreichen Vorsorgekampagne für Frauen „Brustlife“, die mit vielen guten Aufklärungsaktionen gut im Land etabliert ist.

Sorge macht mir allerdings das Thema „Männergesundheit“, Herr Dr. Schmitz. – Wo ist er denn?

Zusammen mit der Gesundheitsministerin Dreyer bin ich der Auffassung, dass viele Todesfälle durch Krebs vermeidbar wären.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ist das die Aufgabe der Landesregierung? Müssen das nicht die Krankenkassen machen?)

– Aber natürlich, verehrte Frau Kollegin.

Viele Kosten müssten nicht in der Höhe ausfallen, wenn Gruppen, Menschen – insbesondere die Männer sind angesprochen – das Angebot der Krankenkassen annehmen würden, nämlich regelmäßig zu Vorsorgeuntersuchungen ab 45 gehen würden.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Es ist wirklich traurig, wenn man liest, dass nur 15 % der Männer in der Altersgruppe davon Gebrauch machen. Das soll sich, muss sich ändern.

Gemeinsam mit der Landeszentrale für Gesundheitsaufklärung wird hier sicherlich demnächst eine Aufklärungskampagne ins Leben gerufen, die zur Motivation für Männer dienen soll, dass sie gestärkt werden und die Vorsorgeangebote annehmen.

Die Auswirkungen der Gesundheitsreform – Frau Ministerin und andere sind darauf eingegangen – auf die Krankenhäuser im Land werden wir mit der Aufstellung eines neuen Landeskrankenhausplans positiv begleiten.

Wir wissen, dass die Krankenhäuser einiges zu schultern haben. Wir sind aber sicher, dass wir jetzt auch, wie in der Vergangenheit, mit selbstverständlicher Beteiligung der Träger, der Akteure in diesem Bereich eine gute flächendeckende stationäre Versorgung sicherstellen werden.

Nach wie vor hat dabei zu gelten ambulant vor stationär. Das hat eine wichtige Bedeutung nach wie vor. Ich denke, in diesem Zusammenhang wäre eigentlich der FDP-Antrag überflüssig.

Ein wichtiges Anliegen ist mir persönlich darüber hinaus der Ausbau von ambulanter Palliativversorgung, von ambulanten Palliativcareteams und der ambulanten Hospizarbeit. Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz gilt bis zum letzten Atemzug.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen die Dezentralisierung der stationären psychiatrischen Versorgung für Erwachsene, auch mit tagesklinischen Angeboten, Außenwohngruppen und ambulanten Betreuungsangeboten. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie wird ebenfalls weiterentwickelt, sodass auch für Kinder und Jugendliche in Wohnortnähe eine gute Versorgung möglich ist.

Das Hilfeangebot, sich auch in diesem Bereich am individuellen Bedarf zu orientieren, ist eine gute Entscheidung.

Meine Damen und Herren, dieser Einzelplan enthält weitere wichtige Schwerpunkte wie die Gesundheitsberichterstattung, die Pandemieplanung oder die Überwachung der Arzneimittelsicherheit oder von Medizinprodukten.

Ich sagte eingangs, wir wollen ein gesundes Rheinland-Pfalz, natürlich nicht ohne an die Eigenverantwortung zu appellieren. Dieser Haushalt ist dafür eine gute Grundlage.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, ich bin immer wieder verwundert, wenn Sie sagen, gerade in Ihrem Haushalt wäre gespart worden. Wir sind den Haushalt hoch- und runtergegangen. Uns ist keine Position aufgefallen, an der man das hätte belegen können. Sie sind auch heute den Beweis völlig schuldig geblieben.

Wir trauen Ihnen anscheinend mehr zu als Sie sich selbst oder die SPD.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten letztes Jahr eine globale Minderausgabe von 6 Millionen Euro eingehalten, haben Sie gesagt. Ich

finde, was letztes Jahr und vorletztes Jahr gegangen sei, müsste nächstes Jahr auch gehen.

(Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Deshalb haben wir den Antrag gestellt. Wir sind sicher, deshalb würde es in Rheinland-Pfalz niemandem schlechter gehen.

Ich wollte das nur noch einmal klarstellen. In Ihrem Haushalt ist nicht ein Euro gespart worden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit des Abg. Hartloff, SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es spricht Frau Kollegin Steinruck.

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Grundgesetz besagt zunächst, Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(Pörksen, SPD: Stimmt!)

Das ist schön. Im nächsten Satz wird es aber schon konkreter. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Dieser Satz weist darauf hin, dass es nicht ausreicht, ein noch so schönes und gut gemeintes Gesetz zu verabschieden. Die moralische Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss auch von den Menschen verinnerlicht werden. Das ist ein Anliegen, das gerade Doris Ahnen in den zurückliegenden Jahren in ihrer Verantwortung als Frauenministerin immer wieder deutlich gemacht hat.

(Beifall der SPD)

Gleichstellung als Thema für Männer, nicht nur für Frauen. Wir sind ein gutes Stück des Weges gegangen; denn Frauenpolitik ist mittlerweile, insbesondere durch das Gender Mainstreaming,

(Pörksen, SPD: Wie heißt das?)

als Strategie zur Verwirklichung von Chancengleichheit zu einem ressortübergreifenden Anliegen geworden.

Im Frauenministerium erfolgen zusätzliche frauenpolitische Schwerpunktsetzungen, die in vielen Bereichen wichtige Synergie- und Folgeeffekte auslösen. Landesweit wird durch diesen Haushaltstitel immenses ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement, zum Beispiel in Frauenhäusern, unterstützt. Für dieses ehrenamtliche Engagement möchte ich mich im Namen

meiner Fraktion bei den ehrenamtlich tätigen Damen und Herren herzlich bedanken.

(Beifall der SPD)

Im vorliegenden Haushaltsentwurf werden erfolgreich eingeschlagene Wege weiterentwickelt. Unsere zentralen frauenpolitischen Schwerpunkte finden sich hier wieder. Es ist festzustellen, dass der Frauenhaushalt trotz schwieriger Haushaltslage stabil geblieben ist, ja sogar leichte Steigerungen vorsieht. In unserem Interesse liegt der hier gesetzte Schwerpunkt „Frauen und Arbeitswelt“, beginnend bei der Unterstützung junger Frauen bei der Berufswahlorientierung, zum Beispiel mit dem Ada-Lovelace-Mentoring-Projekt im Hochschulbereich, Qualifizierungsprogrammen, Projekten für den Wiedereinstieg für Berufsrückkehrerinnen und den Beratungsstellen „Frauen und Beruf“. Dazu gehört auch die Förderung von Migrantinnen.

Hervorzuheben ist die seit eineinhalb Jahren erfolgreich arbeitende Informationsstelle „ZeitZeichen“, die einen wichtigen Beitrag zu einer familiengerechten und chancengleichen Arbeitszeitgestaltung leistet, sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und für Männer verwirklicht, wobei dennoch noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten ist.

Politik hat zwar keine großen Eingriffsmöglichkeiten auf die Wirtschaft, aber wir können durch Beratungsstellen wie „ZeitZeichen“ weiterhelfen und sensibilisieren, damit man sich auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel einstellt und die Potenziale von Frauen nutzt.

Ganztagsschulen und eine gute, zuverlässige Kinderbetreuung helfen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immens.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat mit ihrem Entschließungsantrag „Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Wirtschaft weiter fördern“ die Bedeutung des Themas für die Zukunft hervorgehoben.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer Fraktion ist der Schutz von Frauen gegen Gewalt. Seit 1999 wird das Interventionsprojekt „Gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ kontinuierlich ausgebaut. Es geht weiter von jetzt sechs auf zehn RIGG-Interventionsstellen.

Gespräche vor Ort haben uns bestätigt, wie wichtig die Vernetzung der lokalen Akteure ist. Das Netz, das gemeinsam mit dem Innenministerium geknüpft wurde, wird immer engmaschiger. Andere Bundesländer wie Hessen kürzen in diesem für die betroffenen Frauen so wichtigen Bereich. Wir bauen aus. Wir lassen die Frauen nicht alleine stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig für uns ist auch, dass sichergestellt ist, dass die Frauenhäuser, die Notrufe und die Beratungsstelle

„SOLWODI“ weiter gut arbeitsfähig sind. Der vorliegende Haushaltsentwurf ermöglicht dies.

Bei unseren Besuchen vor Ort wurden oft die Verdienste und die Verlässlichkeit von Doris Ahnen hervorgehoben. Deshalb ist Ihnen, Frau Ministerin, für Ihre Arbeit als Frauenministerin und für Ihr großes Engagement für eine aktive Frauenpolitik im Lande zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir sicher, dass wir mit Malu Dreyer eine ebenso engagierte wie fachkompetente Frauenministerin haben werden;

(Beifall bei der SPD)

denn bisher hat sie schon im Rahmen von „Viva Familia“, und dem Gesundheitsbereich, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch um die

Sprachförderung und Qualifizierung von Migrantinnen geht, frauenpolitische Themen positiv vorwärts gebracht.

Mit diesem Haushalt wird die gute Politik in der Gleichstellung und Frauenförderung fortgesetzt. Davon ist meine Fraktion überzeugt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich darf Sie für morgen zur 13. Plenarsitzung, 9:00 Uhr, einladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19:34 Uhr.